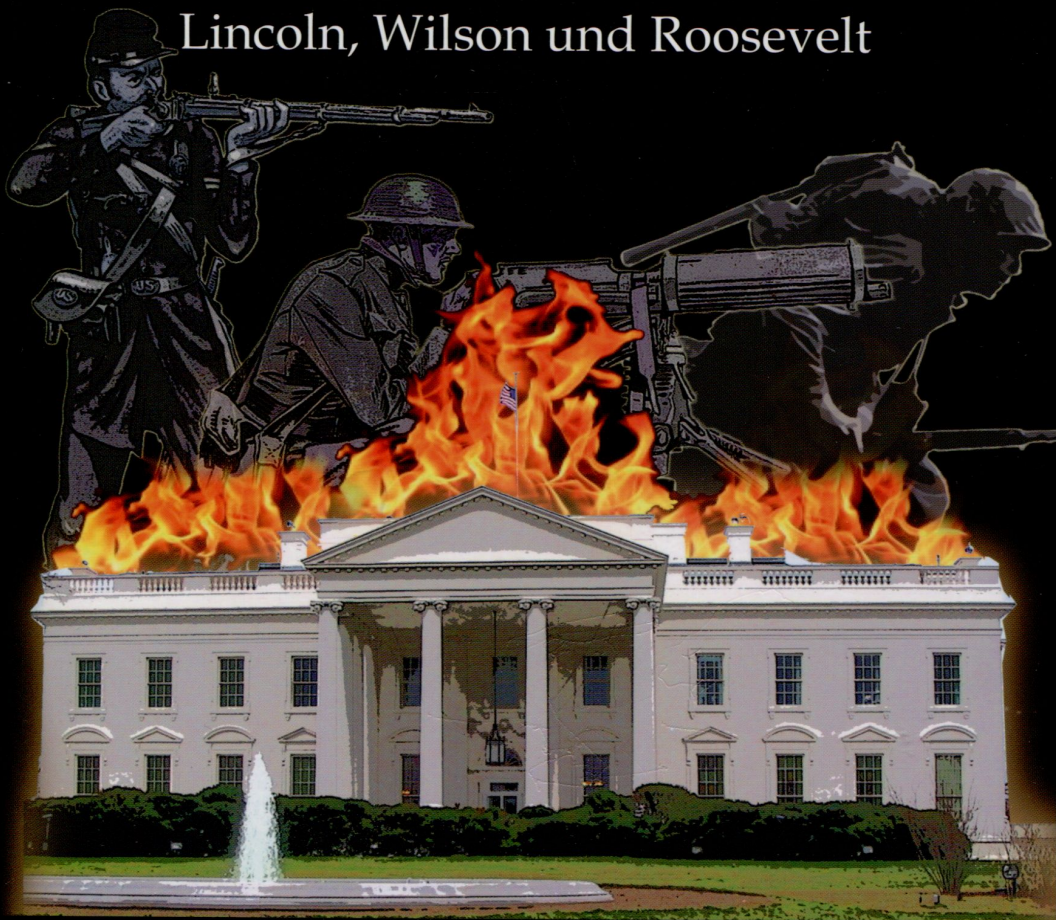


John V. Denson

Sie sagten Frieden und meinten Krieg

Die US-Präsidenten
Lincoln, Wilson und Roosevelt



Herausgegeben und übersetzt von Gerd Schultze-Rhonhof

DRUFFEL & VOWINCKEL

*Dieses Buch ist den beherzten Einzelkämpfern gewidmet,
die gegen Gewinnsucht und persönliche Interessen
sowie die Allmacht des Staates ankämpfen,
um einen allgemeinen Friedenswillen ins Leben zu rufen.*

John V. Denson

Sie sagten Frieden und meinten Krieg

Die US-Präsidenten
Lincoln, Wilson und Roosevelt

*Herausgegeben und übersetzt von
Gerd Schultze-Rhonhof*

Druffel & Vowinckel-Verlag

Gilching

ISBN 978-3-8061-1234-4

3. Auflage 2014

2. überarbeitete Auflage 2014

1. Auflage 2013

Copyright für die deutsche Ausgabe

© 2013 Druffel & Vowinckel Verlag

Originalausgabe: „A Century of War“ -
Ludwig von Mises Institut 2008² (2006)

Abbildungen: Archiv des Herausgebers

Schutzumschlag & Satz: www.druckfahne-medien.de

Gedruckt in der Europäischen Union

Alle Rechte sind vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert werden, mit Ausnahme von Auszügen für Buchbesprechungen. Bezüglich Fotokopien verweisen wir auf §§ 53, 54 UrhG.

Für Informationen: www.druffel-vowinckel.com

Inhaltsverzeichnis

Danksagungen	6
Einführung durch den Herausgeber	7
Anmerkung des Übersetzers und Herausgebers	23
Vorwort	24
1. Ein Jahrhundert der Kriege	35
2. Abraham Lincoln und der „erste Schuss“	55
3. Die Katastrophe des Ersten Weltkriegs	129
4. Franklin D. Roosevelt und der „erste Schuss“	133
5. Lincoln und Roosevelt: Die amerikanischen Cäsaren	216
6. Ein weiteres Jahrhundert der Kriege?	225
7. Der Wille zum Frieden	231
Anhang	
Roosevelt, Pearl Harbor und das Rote Kreuz	240
Bibliographie	242
Personenverzeichnis	252

Danksagungen

Ich möchte Donna Moreman für die vielen Überstunden danken, die sie zusätzlich zu ihrer regulären Arbeitszeit als meine Gerichtssekretärin geleistet hat, um meine Reden, Bücher und Vorlesungen zu schreiben. Ich will auch Judy Tommesen vom Ludwig von Mises Institut für ihre Arbeit als Lektorin dieses Buchs Dank sagen und für ihre Beratung und ihre Vorschläge. Mein Dank gilt auch Chad Parish vom Mises Institut für den Umschlagentwurf, der die Grauen des Krieges so plastisch zum Ausdruck bringt. Schließlich danke ich noch Lew Rockwell, nicht nur für seine Freundschaft seit wir uns 1982 kennengelernt haben, sondern auch für seinen Einsatz für die Gattin von Ludwig von Mises, das Mises-Institut ins Leben zu rufen.

Dank auch dafür, dass er sein Leben der Förderung der Ideen des brillianten von Mises gewidmet hat. Das Mises-Institut ist ein unwahrscheinlicher Erfolg geworden, und ich bin stolz, von Anbeginn an mit ihm zusammengearbeitet zu haben.

John V. Denson (Auburn, Alabama)

Einführung durch den Herausgeber

Der Inhalt dieses Buchs von John V. Denson ist halb verfassungsrechtlicher und halb kriegsgeschichtlicher Natur. Denson setzt sich zu Anfang mit dem ungleichen Geschwisterpaar von Freiheit und Staatsmacht auseinander, ehe er den Widerstreit der beiden anhand der Kriege der USA von 1845 bis 1945 darstellt. Dann folgt der für die deutschen und österreichischen Leser aufschlussreichste Teil. John Denson beschreibt die Methoden, mit denen die amerikanischen Regierungen ihre Kriege seit 1846 als Feldzüge für „Frieden, Menschlichkeit und Freiheit“ deklariert und doch oft als Intrigenspiele inszeniert haben. Er deckt dabei die Kriegsgründe, Kriegsmotive und die Kriegsziele der USA auf, die immer eher in den Expansionen der amerikanischen Herrschaft und den Wirtschaftsvorteilen zu erkennen waren, als bei dem Engagement für Menschenrechte, Demokratie und Frieden. Es ging dabei kaum um Ideale. Es ging fast immer um Interessen.

Die deutschsprachigen Leser, die inzwischen fast alle von der Alleinschuld ihrer Eltern und Großeltern an den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts überzeugt sind, und die Japaner, denen die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg im Pazifik zugesprochen wird, werden sich an manchen Stellen dieses Buchs die Augen reiben. Das uns Deutschen innewohnende Bewusstsein von der eigenen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in Europa, von der oft unangemessenen Gewaltherrschaft in den von uns im Krieg besetzten Ländern und von der Ermordung von Sinti, Roma und Juden in jener Zeit verstellt uns den Blick auf das, was um Deutschland und Japan herum zur gleichen Zeit verursacht und verbrochen worden ist. Der Reiz des Buchs besteht für den deutschsprachigen Leser darin, dass es von einem US Amerikaner geschrieben worden ist.

Das Buch kann dem Leser auch helfen, die Diskrepanz zwischen den humanitären Idealen der USA und ihren immer

wiederkehrenden Menschen- und Völkerrechtsverstößen zu verstehen. Der Buchautor zeigt auf, wie sich der idealistische Selbstanspruch der Amerikaner und ihre in den Kriegen oft brutalen Verhaltensmuster wie rote Fäden durch die nordamerikanische Geschichte vom Amerikanisch-Mexikanischen Krieg von 1846 bis nach Guantanamo auf Kuba im Jahr 2013 ziehen.

Wie ein solcher Faden zieht es sich durch Amerikas Geschichte, dass nicht wenige ihrer Präsidenten Kriegsanklässe fingierten und ihre Gegner so lange provozierten, bis diese selbst den Krieg eröffnen mussten. So haben sich nicht wenige US Präsidenten ihre „Verteidigungskriege“ selber arrangiert, die US Kongresse oft durch vollendete Tatsachen zur Abgabe von Kriegserklärungen genötigt und das amerikanische Volk durch falschen Anschein kriegsbereit gemacht.

Das begann vor über 150 Jahren. 1846 ließ Präsident James Polk amerikanische Truppen in ein von Mexiko beanspruchtes Gebiet im heutigen Texas, Neu Mexiko und Colorado bis an den Rio Grande vorrücken, um es zu annektieren. Als mexikanische Truppen daraufhin den Rio Grande überschritten und gegen die Amerikaner vorgingen, erklärte Präsident Polk dem amerikanischen Kongress, nun wäre keine Kriegserklärung mehr nötig. Die Mexikaner hätten den Krieg längst selbst eröffnet. Der rote Faden, der hier anfängt und der sich bis in den Zweiten Weltkrieg und danach durchzieht, ist die Methode, Gegnerstaaten zu Abwehrreaktionen zu verleiten und dann vor dem amerikanischen Volk, dem US Kongress und der Welt zu behaupten, die Vereinigten Staaten wären angegriffen worden.

Schicksalhaft für die Amerikaner selbst wurde dies Vorgehen, als Präsident Abraham Lincoln 1861 den großen Bürgerkrieg der Nordstaaten gegen die Südstaaten inszeniert hat. 1860-61 hatten sich sieben amerikanische Bundesstaaten von der amerikanischen Union gelöst, was ihnen nach der US Verfassung von damals offenstand. Es ging dabei nicht um die Sklavenbefreiung, wie Präsident Lincoln später vorgab. Selbst gegen Ende des Bür-

gerkriegs gestand Lincoln den Südstaaten die Beibehaltung der Sklaverei für den Fall zu, dass sie in die Union zurückkehrten. Der Streitgrund der zwei Bürgerkriegsparteien waren vor allem die von Präsident Lincoln eingeführten extrem hohen Zollgebühren und Steuern, die nur dem Norden nutzten. Der industrialisierte Norden der USA und der agrarische Süden hatten sich wirtschaftlich auseinanderentwickelt. Die Industrie des Nordens wurde mit gewaltig hohen Schutzzöllen vor der leistungsfähigeren Industrie Englands geschützt, und die Menschen in den Südstaaten durften die wesentlich preiswerteren Produkte aus Europa nicht ohne die sehr hohen Zollaufschläge kaufen. So versuchten die Südstaaten dem einheitlichen Zollgebiet der Union durch Austritt zu entkommen und einen eigenen Freihandelsraum mit Niedrigzöllen zu errichten.

Ein weiterer Anlass für den Verdruss der Südstaaten ergab sich aus der inneramerikanischen Verteilung der Zoll- und Steuereinnahmen, die zu etwa 80 % aus dem Süden kamen und weit überwiegend in den Infrastrukturaufbau des Nordens flössen.

Aus Präsident Lincolns Perspektive sah das allerdings anders aus. Er wollte nicht als der Präsident in die Geschichte eingehen, unter dem die USA zerfallen waren. Er stand vor der Gefahr des Auseinanderbrechens seiner noch jungen Republikanischen Partei. Er verfügte weder im Repräsentantenhaus noch im Senat über eine eigene Mehrheit. Er musste damit rechnen, dass die Warenströme aus Übersee nun nicht mehr über New York sondern über Charleston und andere Südstaaten-Häfen laufen würden. Er stand vor einem Bankrott des Staates. Für Lincoln gab es nur eine Lösung für diese Vielzahl von Problemen. Er brauchte einen Krieg, der seine Partei und die Nordstaaten hinter ihm vereinigen und die Südstaaten in die Union zurück zwingen würde. Die Sache hatte nur politisch und moralisch einen Haken. Er durfte diesen Krieg nicht selbst beginnen. Die Südstaaten mussten den „ersten Schuss“ in diesem Krieg abfeuern.

Als Lunte hierfür diente Präsident Lincoln die wichtigste Zolleinnahmestelle in den Südstaaten. Das war das Fort Sumter an der Zufahrt vom Atlantik zur Hafenstadt Charleston in Süd Carolina. Der Präsident verkündete zunächst mehrfach öffentlich und vor der Regierung von Süd Carolina, Fort Sumter würde nicht mit Truppen verstärkt. Eine Versorgung des Forts durch die Nordstaaten war zudem nicht nötig, weil die Besatzung des Forts täglich aus Charleston mit Frischverpflegung beliefert wurde. Präsident Lincoln fuhr mit seinen Versicherungen fort, Sumter würde weder personell verstärkt noch materiell versorgt, ließ aber heimlich einen Verband vom acht Kriegsschiffen mit 1.400 Soldaten nach Fort Sumter laufen und ließ im Norden verbreiten, er hätte nur Schiffe mit Verpflegung für die „hungernden“ Soldaten des Forts in Marsch gesetzt. Das war das Feuer an der Lunte. Als die acht Kriegsschiffe vor Fort Sumter eintrafen, eröffnete die Südstaatenartillerie das Feuer auf das Fort, und Lincoln erklärte, die Südstaaten hätten die „ersten Schüsse“ abgegeben und den Norden angegriffen. Auf das Bedauern seiner Berater über das Misslingen des Fort-Sumter-Unternehmens erwiderte Lincoln ein paarmal selbstzufrieden, dass der Zweck erfüllt wäre. Die Südstaaten hätten nun den Krieg eröffnet. Präsident Lincoln hat mit diesem Winkelzug die Einheit der USA gerettet. Aber diese Rettung hat die Südstaaten für ein halbes Jahrhundert in ihrer Entwicklung aufgehalten und über eine halbe Million Amerikaner ihr Leben gekostet. Lincoln hat sein Volk in diesen Krieg hinein gelogen. Hier ging es nicht um die Menschenrechte von Sklaven. Hier ging es um Machterhalt und um Interessen.

Der Leser wird Lincolns Motive von 1861, nämlich Zoll- und Wirtschaftsinteressen, 1917 und 1941 wiederfinden, und seine Strategie 1941 in Roosevelts Motiven und Verhalten wiedererkennen, als der versucht, erst die Deutschen, dann die Japaner zur Abgabe der „ersten Schüsse“ und einer Kriegserklärung zu verleiten.

Die Südstaaten hatten sich noch nicht von ihrem Aderlass erholt, da provozierte ein weiterer Präsident 1898 den Amerikanisch-Spanischen Krieg. In den 1860er Jahren hatten amerikanische Zei-

tungen und Politiker wiederholt gefordert, die Karibikinsel Kuba für die USA zu annektieren. Doch die republikanische Partei hatte sich auf die „Unabhängigkeit Kubas“ festgelegt. Sie wollte keinen weiteren „Südstaat“ in den USA. Aber hinter Kuba lockte eine andere Beute, die Philippinen auf der Handelsroute von Amerika nach Ostasien. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte es immer wieder Unruhen auf Kuba und Versuche der Kubaner gegeben, die spanische Kolonialherrschaft dort abzustreifen. Damit gab es immer neue Anlässe für die USA, hier einzugreifen. So nutzte die Regierung der USA 1898 eine Gelegenheit, einen Krieg um Kuba zu beginnen, um damit die Spanier aus Südamerika vertreiben und ihnen dabei auch gleich noch das nützliche Inselreich der Philippinen und eine weitere Insel im Pazifik zu entreißen. Es fehlte dazu aber ein defensiver Kriegsgrund, und den lieferte ein Vorkommnis auf Kuba.

Im Januar 1898 entsandte Präsident William McKinley den modernen Panzerkreuzer MAINE gegen den Protest der dortigen Spanier in den Hafen von Havanna. Nachdem die Spanier ein paar Wochen lang nichts dagegen unternommen hatten, explodierte das Schiff am 15. Februar auf zunächst ungeklärte Weise. 268 amerikanische Seeleute fanden dabei ihren Tod. Die US-Regierung beschuldigte sofort die Spanier, das Schiff versenkt zu haben und blockierte zur Strafe alle Häfen Kubas. Spanien erklärte daraufhin am 23. April den USA den Krieg. Doch schon einen Monat vor der spanischen Kriegserklärung, am 25. Februar, hatte der Stellvertretende US Flottenminister - und spätere Präsident der USA - Theodore Roosevelt die amerikanische Pazifikflotte zum Einsatz zu den Philippinen in Marsch gesetzt. Am 1. Mai 1898, also eine Woche nach der spanischen Kriegserklärung wegen der amerikanischen Seeblockade gegen Kuba, erschien die amerikanische Pazifikflotte vor Manila, schlug die Spanier dort in einer Seeschlacht und leitete damit die Eroberung der Philippinen ein.

Was dort zunächst als Befreiung von den Spaniern ausgegeben wurde, erwies sich schnell als der Beginn einer 65 Jahre

dauernden, anfangs sehr brutalen Kolonialherrschaft der Amerikaner über die Philippinos. Im Freiheitskrieg der Philippinos gegen ihre „Befreier“ von 1899 bis 1902 verloren noch einmal rund eine Million der „Befreiten“ im Krieg gegen ihre neuen Kolonialherren ihr Leben. Auch hier klappte der Selbstanspruch der Amerikaner - die Befreiung eines unterdrückten Volks - und ihre politische Selbstverwirklichung - die Machtausdehnung bis weit in den Pazifik - um Welten auseinander.

Nach dem Ende des Spanisch-Amerikanischen Krieges stellte sich bei der Untersuchung des gehobenen Wracks der MAINE heraus, dass diese weder beschossen noch von außen mit Minen beschädigt worden, sondern von innen heraus explodiert war. Den „ersten Schuss“ der Spanier, der jenen Krieg verursacht haben sollte, hatte es nicht gegeben. Der Verdacht gegen die Spanier war damit widerlegt. Der umgekehrte Verdacht, dass die Amerikaner ihr Schiff und seine Besatzung für eine Eroberung der Philippinen selbst geopfert hatten, war damit aber weder bestätigt noch aus der Welt geschafft.

Der Autor dieses Buchs John Denson spürt den steten Verhaltensmustern erneut im Ersten und im Zweiten Weltkrieg nach. Dabei stehen die zwei Präsidenten Woodrow Wilson und Franklin Delano Roosevelt im Fokus der Betrachtung. Beide führten ihre Wahlkämpfe um das Präsidentenamt mit dem Versprechen, die USA aus den zu der Zeit in Europa tobenden Kriegen herauszuhalten. Doch Wilson, Sohn einer englischen Mutter und eines Vaters irisch-schottischer Abstammung, hatte schon früher seine Fühler nach England ausgestreckt und mit englischen Politikern die Möglichkeiten eines amerikanischen Kriegseintritts an Englands Seite erörtert. Er hielt seinen Friedenskurs solange durch, bis ein zu großer wirtschaftlicher Schaden für die USA drohte und bis seine Wiederwahl als Präsident gesichert war.

Amerikas Privatbanken hatten die Kriegskosten Englands und Frankreichs nach Aufbrauch deren eigenen Vermögens finanziert und dabei auch die immensen Rüstungskäufe beider Länder bei

der amerikanischen Industrie bezahlt, als sich das Kriegsglück zeitweise den Mittelmächten zuneigte. Im Frühjahr 1917 schied Russland geschlagen aus dem Kriege aus, und so entstand plötzlich die Möglichkeit eines Sieges der deutsch-österreichischen Seite. Damit wären die amerikanischen Kriegsgewinne weitgehend und die englisch-französischen Kriegsschulden in Gänze für die USA verloren gewesen. Wilson teilte seinen Entschluss zu einer Kriegserklärung an Deutschland dem Kabinett am 20. März 1917 mit, also eine Woche nach Ausbruch der Revolution in Russland.

Nun griff Präsident Wilson zu altbewährten Mitteln. Er brauchte moralisch einwandfreie Gründe, um die USA an der Seite Englands und Frankreichs in den Krieg zu führen. Die Rettung amerikanischer Banken und Kriegsgewinne wären keine Gründe gewesen, die dem Selbstanspruch der amerikanischen Öffentlichkeit genügt hätten. Die drei altbewährten Mittel waren die Fehlinformation der eigenen Bevölkerung, der Appell an hohe Ideale und die Propaganda-Aussagen über Deutschland. Kriegsgründe, die dazu geeignet schienen, waren der verschärfte deutsche U-Boot-Krieg, der zwei Jahre zurückliegende LUSITANIA-Untergang, die von England erfundenen und publizierten deutschen Kriegsgreuel, das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Fremdnationen unter Österreich-Ungarns Herrschaft, die Bewahrung der Menschheit vor weiteren Kriegen für alle Zeit und der Kampf um die Ausbreitung der Demokratie.

Zurück zum deutschen U-Boot-Krieg und zur LUSITANIA-Versenkung: Zu Beginn des Ersten Weltkriegs nahm die Britische Admiralität mit einer Seeblockade gegen Deutschland auch den Seekrieg gegen die neutrale Handelsschifffahrt auf, was das Kriegsvölkerrecht verletzte, aber durch die USA toleriert wurde. Als die Deutsche Seekriegsleitung mit dem U-Boot-Krieg gegen den britischen Seekrieg antwortete, was der internationalen Prisenerordnung widersprach, kamen hingegen scharfe Reaktionen aus den USA. Präsident Wilson erklärte den deutschen U-Boot-Krieg zum „Krieg gegen die Menschheit“ und forderte den Verzicht auf diese Art der deutschen Reaktion. Der amerikanische

Außenminister William J. Bryan bat Präsident Wilson, sowohl auf England als auch auf Deutschland einzuwirken, ihre jeweiligen Methoden des Seekriegs gegeneinander zu entschärfen. Präsident Wilson ging darauf jedoch nicht ein.

Die deutsche U-Boot-Blockade Englands blieb ein Dauerthema zwischen der amerikanischen und der deutschen Regierung bis Wilson sie 1917 zum Grund für seine Kriegserklärung machte.

Die Stimmung gegen Deutschlands U-Boot-Krieg war in der amerikanischen Bevölkerung bereits seit jenem spektakulären Ereignis angeheizt, das zwei Jahre vor der amerikanischen Kriegserklärung an das Deutsche Reich lag. Am 7. Mai 1915 hatte ein deutsches U-Boot ein großes englisches Passagierschiff, die LUSITANIA, versenkt. Sie war damals das schnellste Ozeanschiff der Welt. Die LUSITANIA, die im britischen Schiffsregister als Hilfskreuzer registriert war, hatte auf ihrem Weg von New York nach England außer englischen Passagieren und in den USA gekauften Waffen und viel Munition auch amerikanische Passagiere mit an Bord. Vor der Abfahrt des Schiffes aus den Staaten hatte der deutsche Generalkonsul in New York amerikanische Staatsbürger durch ein Zeitungsinserat vor einer Passage mit dem Schiff gewarnt, weil es im Seekriegsgebiet um England von deutschen U-Booten gejagt werden würde. Der amerikanische Außenminister Bryan hatte versucht, Wilson zu veranlassen, amerikanische Staatsbürger offiziell zu warnen, auf Schiffen der kriegführenden Staaten mitzufahren. Auch das fand bei Wilson kein Gehör. Er war der Ansicht, das läge in der freien Entscheidung der mitreisenden Amerikaner. Wilson sah, so vermutet der Autor dieses Buchs, im möglichen Verlust amerikanischer Menschenleben den erwünschten, offenkundigen Grund, in den Krieg gegen Deutschland zu Gunsten Englands einzutreten.

Hier hat offensichtlich auch der Erste Seelord der Britischen Admiralität Winston Churchill versucht, mit dem Opfer von Schiff und amerikanischen Passagieren die USA auf Englands Seite in den Krieg zu ziehen.

Die LUSITANIA stach am 1. Mai 1915 mit Engländern und ein paar hundert Amerikanern an Bord in See und erreichte am 7. Mai vor Irland das Seegebiet um England, das die deutsche Regierung zur Kriegszone erklärt hatte. Als sich die LUSITANIA ihrem Bestimmungshafen näherte, bekam das eskortierende Kriegsschiff, die JUNO, von der Britischen Admiralität die Weisung, ihren bisherigen Auftrag zu beenden. So fuhr die LUSITANIA ohne Begleitschutz weiter. Sie wurde weder informiert, dass sie nun alleine war, noch dass ein deutsches U-Boot direkt auf ihrem Kurs lag, was der Admiralität jedoch bekannt war. Und zum Schluss gab die Admiralität dem Kapitän noch den Befehl, die Geschwindigkeit zu drosseln. Damit war die LUSITANIA zur leichten Beute für deutsche Torpedos geworden. 128 amerikanische Staatsbürger kamen bei der Versenkung des Schiffes ums Leben. Die Empörung in den USA war groß. Als US Präsident Wilson in zwei Noten von Deutschland verlangte, die Versenkung der LUSITANIA als Verbrechen zu verurteilen, trat Bryan als US Außenminister zurück, weil die Noten Wilsons den Charakter eines Ultimatums hatten, und die USA in einen Krieg mit Deutschland hätten verwickeln können. So wurde der Untergang der LUSITANIA erst nach der russischen Revolution zu einem Kriegsgrund. Am 6. April 1917 erklärte Wilson dem Deutschen Reich den Krieg, ohne dass Deutschland je die Interessen der USA bedroht oder - wie von Präsident Wilson behauptet - nach der Weltherrschaft getrachtet hätte.

Präsident Wilson war indes ein recht zweifelhafter Prophet für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für die Durchsetzung der Menschenrechte. 1913 ließ er die Freiheitsbewegung in der amerikanischen Kolonie Philippinen mit äußerster Gewalt unterdrücken, und 1914 und 1916 ließ er zweimal US Truppen ohne Kriegserklärung in das benachbarte Mexiko marschieren, um amerikanische Interessen durchzusetzen.

Nach Kriegsende gab Präsident Wilson am 5. September 1919 in einer Rede in St. Louis selbst zu, *„Dieser Krieg war von Beginn*

an ein wirtschaftlicher und industrieller Krieg. Er war kein politischer KriegZ¹

Genau 20 Jahre später eröffnete Adolf Hitler am 1. September 1939 nach elf Monaten vergeblicher Verhandlungen einen zunächst lokalen Krieg mit Polen um die Wiedervereinigung der deutschen Stadt Danzig mit Deutschland, um eine exterritoriale Verkehrsanbindung der seit 1921 vom Reichsgebiet abgeschnittenen Provinz Ostpreußen und um die Wahrung der Menschenrechte für die deutsche Minderheit in Polen. Eine Woche später schon hatte sich der deutsch-polnische Konflikt mit den Kriegserklärungen Englands, Frankreichs, Australiens, Britisch-Indiens, Südafrikas und Kanadas zu einem zweiten Weltkrieg ausgeweitet.

Am Tag der britischen Kriegserklärung gegen Deutschland erklärte der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt in einer Rede an sein Volk: ***„Ich hoffe, dass wir uns aus diesem Krieg heraushalten können!“*** Doch Roosevelt hatte schon zwei Jahre vorher und noch einmal im Januar 1939 damit begonnen, einen Krieg gegen Deutschland politisch vorzubereiten. Und bereits sechs Jahre vorher hatte er angefangen, die Rüstung der USA auf einen solchen Krieg einzustellen. Er begann sofort nach seinem Amtsantritt 1933 damit, die US Navy aufzurüsten und verlangt zur gleichen Zeit von Deutschland, jede Wiederaufrüstung zu unterlassen. Die gigantische Aufrüstung der Sowjetunion zur selben Zeit hat Roosevelt dagegen kritiklos toleriert. Präsident Roosevelts Distanz zu Deutschland und seine Toleranz gegenüber Sowjetrußland hatten offensichtlich wirtschaftliche Gründe.

Zum ersten hatte der deutsche Reichskanzler bald auf einem Feld der Politik Erfolg, wo Roosevelt ihn selber dringend nötig gehabt hätte. Deutschlands 6,3 Millionen Arbeitslose von 1933 waren bis 1936 zum größten Teil zurück in Lohn und Brot, während von den 12,8 Millionen arbeitslosen Amerikanern des Jahres 1933 trotz Roosevelts New-Deal-Programms 1938 noch immer

1 The Papers of Woodrow Wilson, Herausgeber S. Link, Princeton, N.J, Princeton University Press, 1990, Band 63, Seiten 45f

10,4 Millionen Menschen in den USA ohne Arbeit waren. So war Hitlers deutscher Weg mit seinem „Wirtschaftswunder“ zu einem Popularitätsproblem für Roosevelt im eigenen Land geworden.

Zum deutschen „Wirtschaftswunder“ gehörte als Zweites der wachsende devisenlose Handel deutscher Firmen in Südamerika, der den Nordamerikanern ihre Marktanteile deutlich schmälerte. Das Deutsche Reich schloss mit 25 devisenschwachen Ländern in Südosteuropa, im Nahen Osten und in Südamerika zweiseitige Verträge über einen zahlungsfreien d.h. devisenlosen Außenhandel, also Ware gegen Ware. Der Warenaustausch zwischen Deutschland und den Partnerländern wurde Wert gegen Wert verrechnet, ohne dass noch Devisen zur Bezahlung fließen, und ohne dass der Handel mit geliehenem und verzinstem Geld vorfinanziert werden musste. So hatte sich Deutschland zwischen 1932 und 1936 eine informelle Sonderwirtschaftszone aufgebaut. An dem System des devisenlosen und weitgehend zinsfreien Außenhandels profitierte jedes Land, das sich vertraglich an Deutschland band. Dabei aber - und das war der Pferdefuß - verloren die USA, Großbritannien und Frankreich auf Märkten große Marktanteile, auf denen sie bisher beherrschend waren, besonders die USA in Südamerika. Außerdem verloren New York und London ihre Kreditgeschäfte bei der Vorfinanzierung des Außenhandels in den Staaten, die jetzt Tauschhandel mit den Deutschen trieben. So übte die Lobby der US-Industrie, der Banken und der Landwirtschaft Druck auf Präsident Roosevelt aus, die deutsche Konkurrenz in Südamerika durch einen Krieg zu stoppen.

In der gleichen Zeit eroberte Italien 1935 Äthiopien, und Japan setzte ab 1937 seine Machtausdehnung im Großreich der Chinesen fort. Das veranlasste Präsident Roosevelt, am 5. Oktober 1937 zu einer spektakulären, in Ton und Inhalt scharfen Rede. Er sagte, „Terror und Rechtlosigkeit haben einen Grad erreicht, der die zivilisierten Staaten bedroht.“ „Frieden und Freiheit von 90% der Weltbevölkerung werden von 10% bedroht.“²

2 Die sog. Quarantänerede von Chicago

Wie Präsident Roosevelts Außenpolitik und seine Vorzugsbehandlungen auf der einen Seite und seine Strafmaßnahmen auf der anderen Seite bald offenbarten, waren Italien, Japan und Deutschland die „Terrorstaaten“, und Sowjetrussland gehörte zu den „zivilisierten Staaten“. Was das Deutsche Reich betraf, so hatte Hitler-Deutschland bis zu diesem Zeitpunkt jedoch noch keine einzige Revisionsforderung gegen einen der Gewinnerstaaten von Versailles erhoben. Auf der anderen Seite hatte Roosevelt bald nach seinem Amtsantritt diplomatische Beziehungen mit Sowjetrussland aufgenommen und Stalins Terror-Regime damit politisch anerkannt.

Nun tauchten die alten Drehbücher der Kriege gegen Mexiko, die Südstaaten, Spanien, und das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg wieder auf: der Aufbau eines moralischen Bühnenbilds, die Diffamierung des Gegners, die Täuschung der eigenen Bevölkerung, das Hintergehen des US Kongresses, das Missachten der eigenen Verfassung, das Provozieren des Gegners bis zum „ersten Schuss“, der Kampf bis zum Sieg und die Rache an den Besiegten.

Schon im Januar 1939, als Hitler den Polen noch die Verhandlungslösung „Danzig bleibt wirtschaftlich bei Polen und kommt politisch zur deutschen Gemeinschaft“ angeboten hatte, hatte Präsident Roosevelt die polnische Regierung gedrängt, nicht auf die deutschen Wünsche einzugehen. Am Tag vor Kriegsausbruch spielte Roosevelt noch einmal dieselbe böse Rolle. An diesem Tag erfuhr er vom Hitler-Stalin-Pakt und durch sofortigen Verrat vom geheimen Teilungsplan für Polen. Roosevelt gab dies Wissen nicht nach Warschau weiter. Er ließ der polnischen Regierung stattdessen übermitteln, sie sollte gegenüber Deutschland unnachgiebig bleiben. Roosevelt befürchtete ein Nachgeben Warschaus in der Danzig- und der Korridor-Frage im allerletzten Augenblick. Roosevelt hatte auf Krieg gesetzt.

Als Hitler dann Polen im September angreifen ließ, hatte Roosevelt verkündet: *„Ich hoffe, dass wir uns aus diesem Krieg*

heraushalten können." Nicht einmal drei Wochen später war das „Heraushalten" beendet. Die USA belieferten einseitig England und Frankreich mit Waffen und Munition, nach der „cash and carry"-Regel. 1940 führte Präsident Roosevelt seinen Wahlkampf um die Wiederwahl noch immer mit dem Versprechen, die USA aus jedem fremden Krieg herauszuhalten, schloss aber im Juli d. J. bereits ein Abkommen mit England über die Lieferung von 50 Zerstörern für Britanniens Royal Navy. Im August 1940 übernahm Roosevelt außerdem den Acht-Punkte-Plan seines Fernost-Beraters McCollum, Japan durch ein Embargo wirtschaftlich zu strangulieren und militärisch zu provozieren, bis es selbst den Krieg mit den USA eröffnet.

Ab März 1941, nach der Erschöpfung der englischen Staatsfinanzen, beschloss der US Kongress das „lend and lease"-Gesetz zur weiteren Finanzierung der britischen Kriegskosten. Zur selben Zeit begann Präsident Roosevelt die amerikanische Bevölkerung, die ihre eigene Kriegsteilnahme bisher mit übergroßer Mehrheit abgelehnt hatte, durch „Lügenpropaganda"³ umzustimmen. Roosevelt hielt Rundfunkreden über einen bevorstehenden deutschen Angriff auf die USA. Etliche seiner Kabinettsmitglieder echoten die Reden nach und gossen Öl ins Feuer dieser Panikvorstellungen. Ab 1941 begann Roosevelt, einen „Drang Deutschlands zur Eroberung aller fünf Kontinente" auszumalen, den nur die Amerikaner würden stoppen können. Ihre Spitze erreichte diese Angstkampagne, als Roosevelt den Amerikanern am 27. Mai 1941 „eröffnete", dass die Deutschen planten, die USA über Spanien, Nord- und Westafrika, den Südatlantik, Brasilien und Panama von Süden her anzugreifen. Damit hatte Roosevelt die von ihm angestrebte Kriegsteilnahme der USA zur Selbstverteidigung umgedeutet. Im September 1941 erließ Roosevelt den ersten Schießbefehl an die US Navy gegen deutsche U-Boote auf dem Atlantik und ordnete militärischen Konvoi-Schutz für englische Schiffe durch die US Navy auf dem

3 Das Wort in Bezug auf Präsident Roosevelt stammt von seinem Amtsvorgänger Präsident Herbert Hoover.

Nordwestatlantik an. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatten die USA unter Roosevelt den Krieg gegen Deutschland eröffnet und zwar ohne Kriegserklärung. Hitler reagierte allerdings nicht wie gewünscht. Er griff die USA nicht an, er erklärte Amerika keinen Krieg und er hielt an seinem bisherigen Schießverbot gegen amerikanische Schiffe fest.

So sah sich Präsident Roosevelt gezwungen, den Krieg gegen Deutschland über die Hintertüre eines Kriegs mit Japan zu erzwingen. Roosevelt ließ ab Juli 1941 mehrfach amerikanische Flottenverbände in japanische Hoheitsgewässer laufen, um die Japaner zu einer Kriegseröffnung zu verleiten. Doch die Japaner haben Roosevelts Erwartung nicht entsprochen und nicht geschossen. Sie haben nur diplomatisch mit Protesten reagiert. Erst als Präsident Roosevelt den Japanern mit einem Erdöl- und Rohstoff-Embargo den Lebensnerv abgequetscht hat, haben sie versucht, die USA mit einem Überraschungsschlag aus dem Pazifik zu vertreiben und dazu im Dezember 1941 Pearl Harbor überfallen. Nun endlich reagierte Hitler wie gewünscht. Er trat auf der Seite der verbündeten Japaner in den Krieg mit Amerika ein und erklärte den USA den Krieg.

Diese Abhandlung mag dem deutschen und österreichischen Leser sehr Roosevelt-zentriert erscheinen und die Rollen Hitlers und Japans zu Unrecht zu übergehen, aber das entspricht der Sicht und Beschreibung des amerikanischen Autors John V. Denson, in dessen Fokus die drei US Präsidenten Lincoln, Wilson und Roosevelt stehen.

So ist das Verleiten der Kriegsgegner zur formalen Kriegseröffnung eines der Markenzeichen amerikanischer Kriegspolitik. Ein weiteres Markenzeichen, das noch kurz gestreift werden soll, ist die Missachtung der eigenen Verfassung, des Kriegsvölkerrechts und der Menschenrechte. Es zieht sich wie ein eingewebtes Muster durch die Geschichte der Vereinigten Staaten. Viele Präsidenten und Teile ihrer Exekutiven fühlten sich in Zeiten von Krieg und Spannung frei von den Bindungen ihrer eigenen Rechts-

normen. So ließ Präsident Lincoln 1861 kurzerhand die Habeas-Corpus-Akte⁴ außer Kraft setzen und 13.000 Bürgerkriegsgegner in den Nordstaaten ohne Rechtsgrundlage und ordentliche Gerichtsverfahren ins Gefängnis werfen. Er ließ auch die Abgeordneten aus Maryland verhaften und gefangen setzen, die er im Verdacht hatte, sie könnten bei einer bevorstehenden Abstimmung für die Abspaltung ihres Bundesstaates von der Union stimmen. Beides waren selbstherrliche Verfassungsbrüche eines „allmächtigen“ Präsidenten, denn der Schutz der US Bürger vor Rechtswillkür und das Recht der Bundesstaaten auf Abspaltung von der Union waren damals geltendes Verfassungsrecht.

Dasselbe Verhaltensmuster wurde im Amerikanisch-Spanischen Krieg von 1898 und im Zweiten Weltkrieg wieder sichtbar. Im Februar 1942 zum Beispiel ließ Präsident Roosevelt über 117.000 amerikanische Staatsbürger japanischer Abstammung unter Entzug ihrer bürgerlichen Freiheitsrechte und ihres Vermögens für Jahre ohne Rechtsgrundlage in Arbeitslager sperren. Und am Ende des Zweiten Weltkriegs, im März 1945, entzog die amerikanische Regierung den westlich des Rheins in Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten ihren Schutz-Status nach der Haager Landkriegsordnung und der Genfer Konvention, obwohl die USA beide Konventionen unterzeichnet hatte. Etwa 750.000 deutsche Kriegsgefangene lagen demzufolge wochenlang in 18 Lagern entlang des Rheins, kaum gepflegt, ohne medizinische Versorgung unter freiem Himmel auf engstem Raum eingepfercht. Deutschen Ärzten und der Bevölkerung aus der Nachbarschaft der Lager wurde mit Todesandrohung verboten, medizinisch zu helfen oder Verpflegung und Wasser zu den Gefangenenpferchen zu bringen. Die amerikanische Führung verweigerte dem Internationalen Roten Kreuz den Zutritt zu den Lagern. In diesen Wochen sind zigtausende von deutschen Kriegsgefangenen elendiglich gestorben. Es hat gedauert,

4 Die englische „Habeas Corpus Amendment Act“ von 1679 hatte die Pflicht zur richterlichen Haftprüfung innerhalb von drei Tagen eingeführt. Sie ist auch in den USA geltendes Recht.

bis sich die Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft des amerikanischen Volks gegen diese Art der Regierungswillkür durchgesetzt hat. Dasselbe Verhaltensmuster ist auch in jüngster Zeit wieder zu beobachten: 2003 nach dem Dritten Golfkrieg im US Gefangenenlager Abu Ghuraib im Irak, wo es zu unmenschlichen Folterungen kam, und noch heute im Lager Guantanamo auf Kuba. In beiden Fällen sind Kriegsgefangenen gerichtliche Verfahren und der Schutz der Genfer Konvention vorenthalten worden und werden es in letzterem noch immer.

Der Leser wird bei der Lektüre dieses Buchs noch auf viele „Kriegsgebräuche“ amerikanischer Präsidenten und Regierungen stoßen, die eigentlich nicht zum Wesen dieser aufgeklärten und freiheitsliebenden Nation zu passen scheinen. Dazu gehören nicht nur das bereits erwähnte Verleiten von Gegnerstaaten zur Kriegseröffnung und zum „ersten Schuss“ und das Missachten verbrieftener Freiheits- und Menschenrechte für feindliche Kriegsgefangene und eigene Kriegsgegner. Zu den Gebräuchen, die für die USA in Kriegen fast typisch sind, gehören auch das Verhüllen eigener Macht- und Wirtschaftsinteressen durch moralisch hohe Ideale, das Vorgaukeln falscher Kriegsgründe, das Eröffnen von Kriegen und Interventionen ohne Kriegserklärung, das Ablehnen von Verhandlungen vor Kriegseröffnung und vor Kriegsende, falsche Propaganda zur Verunglimpfung und Beschuldigung der Gegner, die Einmischung in fremde Kriege ohne selbst bedroht zu sein, das Opfern von Schiffen und Menschen als Köder für den Gegner, die Härte der Bestrafung nach eigenen Siegen und das Hinterlassen von Chaos und Destabilisierung nach ihren Einmischungen.

Gerd Schultze-Rhonhof

Anmerkung des Übersetzers und Herausgebers

(Lesehilfe)

Die Zitate aus dem deutschsprachigen Raum sind Rückübersetzungen aus dem Amerikanischen mit Ausnahme des einen Literaturzitats aus dem Roman „Im Westen nichts Neues“.

Ergänzungen in runden Klammern stammen vom Buchautor.

Ergänzungen in eckigen Klammern sind kurze sinnerklärende Hinweise vom Übersetzer.

Längere Erklärungen des Übersetzers zu Amerikanismen, historischen Ereignissen in den USA und Textzusammenhänge finden sich in den Fußnoten als „Anmerkung des Übersetzers“.

Die Wortgruppe „der erste Schuss“ ist das Leitmotiv des ganzen Buchs. Um vom Beginn des Buchs an darauf hinzuweisen, hat der Übersetzer diese Worte stets mit Anführungszeichen herausgestellt.

Vorwort des Autors

Das 21. Jahrhundert muss einen weniger bewegten und rückwärts gewandten Verlauf nehmen als das kriegsgeschüttelte 20. Jahrhundert, das blutigste der Geschichte. Als sich der Erste Weltkrieg, in dem 10 Millionen Soldaten ihr Leben verloren, zum Zweiten Weltkrieg entwickelte, in dem 50 Millionen Menschen getötet wurden, erlebten wir das Konzept des totalen Krieges. Ein großer Prozentsatz der 50 Millionen waren Zivilisten, Frauen und Kinder, durch britische und amerikanische Flieger getötet, die ihre Bomben auf nichtmilitärische Ziele abwarfen, um die Bevölkerung der Feindstaaten zu demoralisieren. Mit anderen Worten, der Zweck heiligte die Mittel.

Der Zweite Weltkrieg endete mit dem Abwurf der ersten Atombomben auf Japan, obwohl die japanische Regierung bereits Monate zuvor die Kapitulation angeboten hatte. Allerdings hatten die Japaner die Bedingung gestellt, dass ihr Kaiser auf dem Thron bleiben dürfte. Dies Angebot wurde abgelehnt, weil Präsident Truman die Politik seines Vorgängers Roosevelt der „bedingungslosen Kapitulation“ übernommen hatte. Erst nachdem die Amerikaner die Atombomben abgeworfen hatten, und nachdem die Sowjets sechs Tage vorher in den Krieg gegen Japan eingetreten waren, akzeptierten wir die Kapitulation, und die Japaner durften ihren Kaiser behalten.

Dem Krieg folgten das Nürnberger und das Tokyoter Militärtribunal. Beide Tribunale führten die Sitte ein, dass die politischen und militärischen Führer der Besiegten in Zukunft von den Siegern vor Gericht gestellt und hingerichtet wurden. Das hat dazu geführt, dass von da an kein militärischer oder politischer Führer mehr gewillt war, einen Krieg zu verlieren. Das hat sichergestellt, dass Kriege fortan zu totalen Kriegen eskalierten. Keiner wollte mehr riskieren zu verlieren und hingerichtet zu werden.

Ich glaube, dass das 21. Jahrhundert das nukleare Zeitalter sein wird. Die erstaunliche Energiequelle des Urans birgt die Aussicht auf den zukünftigen Wohlstand für eine schnell wachsende industrialisierte Welt. Aber wenn die Atomkraft in totalen Kriegen zum Einsatz kommt, sehen wir buchstäblich der Auslöschung der Menschheit entgegen, zumindest aber der Zerstörung der westlichen Zivilisation.

Wir müssen lernen, Kriege zu vermeiden und wir müssen einen allgemeinen Willen zur Erhaltung des Friedens entwickeln. Ich glaube, dass der Schlüssel zu solch einer Entwicklung darin liegt, dass wir lernen müssen, die Wahrheit über die wirklichen Gründe und Auswirkungen von Kriegen zu erkennen. So werden wir auch lernen, die falsche Propaganda zu durchschauen, mit der uns politische Führer überzeugen, in Kriege zu ziehen.

Ich rede einem sorgfältigen Studium der Geschichte das Wort, um damit einen unbedingten Willen zum Frieden zu erzeugen. Einer meiner bevorzugten Geschichtsprofessoren ist Ralph Raico. Er hat das Geschichtchen erzählt, wie er seine Studenten fragte: „*Was ist Geschichte?*“ Einer der Gefragten antwortete: „*Das ist nur ein verfluchtes Ereignis nach dem anderen.*“ Henry Ford sagte: „*Geschichte ist Quatsch*“, womit er meinte, dass Geschichte falsch und irreführend ist oder unwichtig, wenn sie korrekt niedergeschrieben ist. In Ambrose Bierces „Wörterbuch des Teufels“⁵ ist Geschichte definiert als „*ein meist falscher, meist unwichtiger Bericht über Ereignisse, geschrieben von Herrschern — meist Schuften - und Soldaten - meist Trotteln —.*“ Wenn Geschichte aber wahrheitsgetreu geschrieben wird, glaube ich, dass Bolingbroke die beste Definition geliefert hat: „*Geschichte ist Philosophie an Beispielen gelehrt.*“ Wenn wir Geschichte lesen und vergangene Ereignisse betrachten, um herauszufinden, welche Ideen verfolgt worden sind, können wir sehen, wie sich diese in der Praxis ausgewirkt haben. Wir können unsere Lehren aus den Erfahrungen anderer ziehen, um die Wiederholung ihrer Fehler

zu vermeiden. Die enorme Bedeutung der Geschichte und ihres Studiums ist am überzeugendsten von Patrick Henry festgehalten worden: „*Ich habe nur eine Laterne, die meinen Füßen leuchtet, und das ist die Laterne der Erfahrung. Ich kenne keinen anderen Weg, die Zukunft zu beurteilen als im Lichte der Vergangenheit.*“

Die große Frage, die zur Geschichte gestellt wird, ist normalerweise: „Was waren die wirklichen Fakten?“ Man kann sich nicht immer auf die Augenzeugen verlassen, denn sie können ihre Voreingenommenheiten haben. Manchmal sind Tagebücher und schriftliche Zeitzeugnisse wahrheitsgemäß, werden aber über Jahre, Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte nicht aufgefunden. Es ist fast unmöglich, dass Geschichte ohne das Urteil oder Vorurteil des Schreibers oder ohne die Form einer Interpretation zum Ausdruck kommt. Deshalb entwickelt sich Geschichte ständig weiter, und deshalb ist sie immer der Revision und Verbesserung anhand noch besserer und zuverlässigerer Beweismittel unterworfen.

Der Revisionismus

Das bringt uns auf die kontrovers behandelte Frage: „Was ist Revisionismus?“ Wenn eine Institutsauffassung diskutiert und zu ihrer Glaubwürdigkeit hinterfragt wird und dabei eine neue Geschichtsdarstellung präsentiert wird, wird sie normalerweise als „Revisionismus“ verurteilt und als Versuch, die Wahrheit zu verdrehen. Das geschieht selbst, wenn tatsächlich richtige Fakten vorgestellt werden. Die beste Definition des Revisionismus stammt von einem der führenden amerikanischen revisionistischen Historiker, Harry Elmer Barnes: „*Revisionismus bringt die Geschichtsschreibung in Einklang mit den Fakten.*“ In George Orwells berühmtem Roman „1984“⁶ stellt der Autor „Revisionismus“ als ein schändliches Wort dar. Er erklärt den Revisionismus anhand einer Regierungsbehörde mit dem Namen „Ministerium für Wahrheit“, in dem Geschichtsschreibung gefälscht wird, um

6 Originaltitel: Nineteen Eighty-Four

die Vergangenheit zu verschleiern. Eine Bevölkerung, die die Wahrheit über die Vergangenheit nicht kennt, kann keine Lehren aus ihr ziehen. Sie ist damit leichter durch ihre Regierung zu lenken, nicht nur jetzt sondern auch in Zukunft. Deshalb muss man, wenn man von Revisionismus spricht, sagen, in welchem Sinn man das Wort „Revisionismus“ gebrauchen will, im Sinne von Barnes oder im Sinne von Orwells Roman.

Eines der dramatischsten Beispiele für wahren Revisionismus ist die „Constantinsche Schenkung“. Das war ein Dokument, das über Jahrhunderte in der westlichen zivilisierten Welt verbreitet war, und von dem behauptet wurde, es wäre von Kaiser Constantin (272-337 n. Chr.) verfasst worden. Mit diesem Dokument soll der Römische Kaiser die Stadt Rom und den westlichen Teil des Römischen Reichs dem Papst Sylvester als Schenkung übereignet haben, während der Ostteil des Imperiums der Hauptstadt Constantinopel zugeordnet wurde. Diese angebliche Schenkung bildete das Fundament der religiösen und weltlichen Macht in Rom. Das war zum Beispiel einer der Gründe, warum Karl der Große nach Rom reiste, um sich dort am Weihnachtstag des Jahres 800 zum Kaiser krönen zu lassen. Erst im 15. Jahrhundert deckte Lorenzo Valla (1407-57 n. Chr.) auf, dass es sich bei diesem Dokument um eine komplette Fälschung handelte.⁷ Das hatte zu damaliger Zeit in der westlichen zivilisierten Welt enorme Nachwirkungen auf die weltliche und päpstliche Souveränität und Macht von Rom.

In Bezug auf Kriege wird der Revisionismus allerdings zur Notwendigkeit, weil die Wahrheit fast immer das erste Opfer der Kriege ist. Während der meisten Kriege in der gesamten Geschichte brauchten die politischen Führer zuerst einmal die Unterstützung ihrer Bürger. Die sollten kämpfen, Steuern zahlen und ihr Leben opfern. Um dazu die öffentliche Zustimmung der Bürger zu erlangen, haben die politischen Führer oft von fal-

7Anmerkung des Herausgebers: Lorenzo Valla gilt als Begründer der modernen Textkritik. Er wies zusammen mit Nicolaus von Kues und Reginald Pecock die Fälschung der sog. Konstantinischen Schenkung nach.

scher Propaganda Gebrauch gemacht, um damit Gründe für ihre Kriege darzulegen. Diese Lügenpropaganda setzte sich oft einen ganzen Krieg hindurch fort, um den Hass auf den Feind zu entfachen und den ganzen Krieg lang wach zu halten.

Schließlich wurde der Hass nach dem Kriege dazu benutzt zu beweisen, dass es sich um einen gerechten Krieg gehandelt hat, der die Opfer, welche die Bürger erbringen und ertragen mussten, rechtfertigte. Da die Sieger die Geschichte schreiben, wurde die falsche Propaganda, die von Kriegsbeginn bis Kriegsende betrieben worden ist, anschließend oft als die wahre Geschichte des Krieges akzeptiert.

Als ein eindeutiges und zugleich dramatisches Ereignis in Bezug auf Krieg und „guten Revisionismus“ ist das Massaker von Katyn bekannt geworden. Dieses Massaker ist im Zweiten Weltkrieg und danach in den Geschichtsbüchern als ein Beispiel für deutsche Grausamkeiten benutzt worden. Der Wald von Katyn liegt im heutigen Weißrussland. Im September 1939 marschierten sowohl deutsche als auch sowjetische Truppen in Polen ein und besetzten es gemeinsam. Später wurde berichtet, dass Tausende polnische Offiziere, Politiker, Intellektuelle und Lehrer zusammengetrieben, massakriert und in Massengräbern verscharrt worden wären. 1943 wurde eines dieser Gräber mit 15.000 vermissten Polen gefunden. Die Toten waren übereinander gestapelt, jede Leiche mit einem Einschussloch im Genick. Die Kriegspropaganda der Amerikaner, Engländer und Sowjets schob den Deutschen die Schuld an diesen Grausamkeiten zu. Die Gräber der übrigen Vermissten wurden bis heute weder entdeckt noch ihre Lage preisgegeben.

Die Behauptung, die Deutschen hätten den Massenmord begangen, half, den Deutschenhass zu befeuern, wie das auch bei anderen falschen Behauptungen der Fall war. Clayton D. Lauria und Benjamin Colby haben das in ihren Büchern „Die Propaganda-Krieger, Amerikas Kreuzzug gegen Nazi-Deutschland“⁸

⁸ Originaltitel: The Propaganda Warriors: America's Crusade Against Nazi Germany

und „Es war ein glorreicher Sieg: Betrug und Propaganda im Krieg gegen Deutschland“⁹ in aller Klarheit aufgedeckt. In den 70er und 80er Jahren las ich verschiedene Berichte, die Zweifel an der Wahrheit der Kriegspropaganda zum Katyn-Massaker aufkommen ließen. Aber erst 1989 präsentierte der sowjetische Staatschef Gorbatschow ein echtes Dokument, das beweiskräftig belegt hat, dass die sowjetische Geheimpolizei 1940 21.587 Polen auf Befehl Stalins als Feinde der Sowjetunion ermordet und die meisten von ihnen in besonderen Gräbern beerdigt hat.¹⁰ Gorbatschow zeigte aber kein Dokument, das die Orte der übrigen Gräber verriet.

Die falsche Propaganda gegen die Deutschen im Ersten Weltkrieg ist mit allen Einzelheiten in dem ausgezeichneten Buch „Lügen in Kriegszeiten, Propaganda-Lügen im Ersten Weltkrieg von Artur Ponsonby dargestellt worden.“¹¹ Ponsonby war Abgeordneter im englischen Unterhaus. Regierungsstellen machten auch vor und während des Zweiten Weltkriegs Gebrauch von Propaganda-Lügen. Eine Untersuchung der falschen Propaganda im Zweiten Weltkrieg legt offen, dass keine Lüge zu groß sein konnte, um nicht gegen Hitler eingesetzt zu werden, und kein Verbrechen Stalins zu schwer, um nicht vor der amerikanischen Öffentlichkeit verheimlicht zu werden.

Seit neue Dokumente durch Forschung von R. J. Rummel entdeckt und in seinem Buch „Regierungsmorde“¹² veröffentlicht worden sind, wissen wir, dass Stalin der führende Mörder der Welt war, gefolgt von Mao Tse Tung als Nummer Zwei, was den Kommunismus zur tödlichsten Philosophie der Geschichte ge-

9 Originaltitel: *Twass a Famous Victory: Deception and Propaganda in the War Against Germany*. Deutsche Ausgabe: *Roosevelts scheinheiliger Krieg. Amerikas Betrug und Propaganda im Kampf gegen Deutschland*. Leoni 1977

10 Eine Gedenktafel am Ort des Massengrabs in Katyn, die die Deutschen der Schreckenstat des Massenmordes beschuldigt hat, wurde entfernt, als das bekannt wurde.

11 Originaltitel: *Falsehood in Wartime: Propaganda Lies of the First World War*

12 Originaltitel: *Death by Government and Power Kills*

macht hat. Und nach dem Zweiten Weltkrieg lebten weitaus mehr Menschen unter der Tyrannei als vor dem Kriege. Diese Tyrannei war der Kommunismus. Dennoch wurde der Krieg wegen der Niederlage Hitlers als großer Sieg über die Tyrannei etikettiert.

Einer der Zwecke dieses Buchs ist es, die Bedeutung des Revisionismus aufzuzeigen, weil ich glaube, dass er der Hauptzugang zur Entwicklung eines allgemeinen Friedenswillens ist. Die folgenden Abhandlungen sind zu verschiedenen Zeiten und zu unterschiedlichen Zwecken geschrieben worden, zum Beispiel als Buchbesprechungen, als Vorträge oder als Buchartikel. Sie alle stehen in Beziehung zur Geschichtsschreibung, und sie befassen sich alle mit den wirklichen Kriegsgründen und den tatsächlichen Kriegsfolgen. Eine Geschichtsuntersuchung wie diese - so glaube ich - wird dazu beitragen, dass Menschen erdichtete Propaganda als Geschichtsschreibung von heute erkennen. Geschichte erscheint nicht nur in Geschichtsbüchern, sondern oft schon in den aktuellen Medienberichten über Kriegsursachen und Kriegsauswirkungen. Besonders Amerikaner sind offensichtlich sehr naiv, was Kriegsursachen und Kriegsauswirkungen betrifft. Sie neigen dazu, die Gründe, die ihnen ihre Politiker vorsetzen, zum Nennwert zu nehmen. Wenn die Amerikaner skeptischer wären und die Gründe für eine Kriegsbeteiligung oder Kriegseröffnung, die ihnen die Politiker angeben, hinterfragen würden, und wenn sie darauf bestehen würden, dass nur der Kongress Kriege erklären darf, was die US Verfassung ausdrücklich vorsieht, statt zuzulassen, dass uns Präsidenten in Kriege lotsen, hätten wir weniger Kriege geführt. Wenn Geschichte untersucht wird, um die wahren Kriegsgründe und Kriegsauswirkungen sowie die Einbußen an Freiheit zu verstehen, die selbst bei gewonnenen Kriegen auftreten, würde die Skepsis zunehmen.

Eine ausgezeichnete Einführung in den Revisionismus bekommt man, wenn man das Buch von Harry Elmer Barnes mit dem Titel „Revisionismus, ein Schlüssel zum Frieden und andere Abhandlungen“¹³ liest, das 1980 vom Cato Institut heraus-

13 Originaltitel: Revisionism: A Key to Peace and Other Essays

gebracht worden ist. Eine andere Einführung in das Thema gibt James J. Martin mit „Der revisionistische Standpunkt, Abhandlung in einer andersdenkenden Geschichtstradition“¹⁴. Diese Bücher führen den Leser in viele weitere detaillierte Geschichtsdarstellungen ein, die die wahren Hintergründe der amerikanischen Kriege vertiefen. Zahlreiche ausgezeichnete Forschungsarbeiten sind erfolgt und veröffentlicht worden, aber die breite Öffentlichkeit wird dieser Schriften nicht gewahrt, weil es viele Torhüter im „Rat für Auswärtige Beziehungen“¹⁵ gibt, die ihre Gründe haben, die Verbreitung dieser Erkenntnisse in der Öffentlichkeit zu verhindern.

Nach dem Ersten Weltkrieg gab es einen immensen Revisionismus in Amerika, der die falsche Propaganda unter Präsident Wilson und anderen aufgezeigt hat, die die USA in den Krieg geschleust hatte. Sorgfältige Ermittlungen nach dem Kriege zeigten auch, dass es die wirtschaftlichen Interessen gewisser Banker und Munitionsfabrikanten waren, die zum Krieg ermuntert hatten. Sie hatten das zum Nutzen ihres eigenen Profits getan. Das war das erste Anzeichen für die Existenz eines industriell-militärischen Komplexes. Nachfolgende Kongress-Untersuchungen entlarvten den Missbrauch von Macht, der Amerika in den Ersten Weltkrieg trug. Das führte dann zu den Neutralitätsgesetzen, die erlassen wurden, um damit zu versuchen, in Zukunft unnötige oder unberechtigte amerikanische Kriege zu verhindern.

Bis zum Zeitpunkt des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 zeigten Meinungsumfragen, dass über 80% der amerikanischen Öffentlichkeit gegen den Eintritt der USA in einen neuen europäischen Krieg eingestellt waren. Es bedurfte des dramatischen Geschehens eines Angriffs auf Pearl Harbor, um die öffentliche Meinung zu einer überwältigenden Zustimmung zu unserem Kriegseintritt zu kippen. Die Bevölkerung war in Unkenntnis des Beweismaterials, das wir heute darüber haben,

14 Originaltitel: Revisionist Viewpoints: Essays in a Dissident Historical Tradition

15 Council on Foreign Relations

dass Präsident Roosevelt den Angriff auf Pearl Harbor selber provoziert hat. Sie wussten nichts über die Informationen, die den dort stationierten Militärkommandeuren vorenthalten worden waren und die, wenn sie ihnen zugänglich gemacht worden wären, wahrscheinlich den Angriff hätten verhindern können.

Es gibt auch viel hervorragende revisionistische Geschichtsschreibung darüber, dass Präsident Lincoln aus wirtschaftlichen Gründen die Beschießung von Fort Sumter provoziert hat. Diese Provokation hatte auch nichts mit der Sklavenbefreiung zu tun. Zwei Abhandlungen in diesem Buch befassen sich im Detail mit der Methode, den „ersten Schuss“ des Gegners herauszulocken. Wenn die Amerikaner die revisionistische Geschichtsliteratur zur Kenntnis nähmen, könnte das einen allgemeinen Friedenswillen in den USA ins Leben rufen. Es gibt hoffnungsvolle Signale, dass die „Torhüter“ nicht in der Lage sein würden, zu verhindern, dass die revisionistische Geschichtsschreibung ein breites Publikum über das Internet erreicht. Natürlich kann auch das Internet sowohl falsche als auch richtige Informationen übermitteln. So braucht man viel Umsicht bei dessen Nutzung. Ein weiteres hoffnungsvolles Signal liegt im Recht auf die Informationsfreiheit. Eine der besten und neuesten Enthüllungen über die Rooseveltschen Provokationen des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor findet sich in dem im Jahre 2000 erschienenen Buch „Tag der arglistigen Täuschung: Die Wahrheit über Roosevelt und Pearl Harbor“¹⁶ von Robert D. Stinnett. Die vollständige Besprechung des Buchs folgt in einem Aufsatz über Roosevelt an späterer Stelle. Stinnetts Buch ist dem früheren Kongress-Mitglied John Moss gewidmet, der das Gesetz über die Informationsfreiheit verfasst hat. Stinnett merkt an, dass die Wahrheiten, die in seinem Buch aufgedeckt werden, ohne dieses Gesetz nicht hätten veröffentlicht werden können.

Die letzte Abhandlung am Ende des Buchs ist dem sogenannten „Weihnachts-Waffenstillstand“ gewidmet. Deutschen und britischen Soldaten wurde am ersten Weihnachtsfest im Ersten Weltkrieg klar, dass sie keinen Grund mehr sehen konnten, war-

16 Originaltitel: Day of Deceit: The Truth about FDR and Pearl Harbor

um sie gegeneinander kämpfen sollten. Die Soldaten in den Gräben beider Seiten feierten Weihnachten 1914 in klarer Missachtung des Fraternisierungsverbots zusammen. Sie wussten, dass sie damit Kriegsgerichtsverfahren riskierten. Als ihre Offiziere sahen, dass sie diese Weihnachtsfeiern nicht verhindern konnten, schlossen sie sich ihren Soldaten an. Das ganze 20. Jahrhundert wäre anders verlaufen, wenn der Krieg zu diesem Zeitpunkt ein Ende gefunden hätte. Das folgende Zitat des Sir Kingsley Wood, eines englischen Ministers im Zweiten Weltkrieg, vorgetragen in der Unterhausdebatte am 31. März 1930, zeigt die Erinnerungen Woods, der selbst am „Weihnachts-Waffenstillstand“ 1914 teilgenommen hat.

„Die Tatsache, dass wir das gemacht haben, und meine Schlussfolgerung von damals, die ich seitdem für richtig halte, ist, dass nie wieder ein Schuss gefallen wäre, wenn man uns gelassen hätte. Der Waffenstillstand hat zwei Wochen lang gedauert. Wir gingen freundlich miteinander um, und dass wir wieder aufeinander geschossen haben, ist nur der Tatsache zu verdanken, dass wir von anderen geführt wurden, die uns dazu gezwungen haben.“ Wood gibt die Schuld für die Wiederaufnahme der Kämpfe dem *„Durchgriff des politischen Systems, das krank war. Ich und die anderen, die damals dort waren, beschlossen damals und dort, nie zu ruhen ... bis wir einen Weg sehen konnten, wie wir das ändern könnten.“* Aber - so Wood - sie konnten es nicht.

Dieses Buch redet weder dem Pazifismus noch dem Isolationismus das Wort. Wenn ein Schurkenstaat einen unprovokierten Angriff startet, müssen sich die Angegriffenen verteidigen. Aber, wie es so oft der Fall ist, zeigt die Geschichte, dass der „erste Schuss“ von der anderen Seite provoziert worden ist, und dass der Krieg unnötig war und von bestimmten Insidern aus verborgenen Motiven angezettelt worden ist. Jetzt, im nuklearen Zeitalter, haben wir allerdings einen Punkt erreicht, von dem aus wir es nicht mehr auf Kriege ankommen lassen dürfen, denn es könnte möglich sein, dass es unsere eigenen Politiker sind, die sie mit einem heimlich provozierten Angriff selbst auslösen. Auch können wir es uns nicht mehr leisten, aus anderen als ge-

rechtfertigten Gründen und zur Verteidigung unseres eigenen Landes in den Krieg zu ziehen. Ich glaube, dass das Überleben der Menschheit wohl von dem Entstehen eines Friedenswillens im nuklearen Zeitalter abhängt. Dieses Buch wird hoffentlich dadurch helfen, einen allgemeinen Friedenswillen zum Leben zu erwecken, dass es den Nutzen eines richtigen Revisionismus aufzeigt und belegt, wie wichtig es ist, die Lektionen der Geschichte zur Vermeidung von Kriegen in der Zukunft zu erlernen.

Ein Jahrhundert der Kriege

Die treffendste Bezeichnung für das 20. Jahrhundert ist „Das Kriegs- und Wohlfahrtsjahrhundert“. Dieses Jahrhundert war das blutigste der ganzen Geschichte. Mehr als 170 Millionen Menschen verloren durch das Wirken von Regierungen ihr Leben, davon 10 Millionen im Ersten Weltkrieg und 50 Millionen im Zweiten Weltkrieg. Bei den 50 Millionen Kriegstoten des Zweiten Weltkriegs ist bezeichnend, dass fast 70 % davon unschuldige Zivilpersonen waren, hauptsächlich die Opfer der Bombardierung von Städten durch die Briten und Amerikaner.

Die Zahl von 50 Millionen Toten schließt die geschätzten sechs bis zwölf Millionen Russen nicht ein, die Stalin vor dem Zweiten Weltkrieg hat umbringen lassen. Sie schließt auch die mehreren Millionen Menschen nicht ein, die Stalin nach dem Krieg ermorden ließ, als Roosevelt ihm ein Drittel Europas auf den Gipfelkonferenzen als Teil ihrer Abmachungen überließ. George Crocker beschreibt diese Abmachungen, zum Beispiel die von der Konferenz von Jalta, in seinem großartigen Buch „Schrittmacher der Sowjets“ (Stuttgart 1960).¹⁷ Er schildert, wie Roosevelt den Kommunismus in Russland und in China durch bewusste Zugeständnisse gefördert hat, Zugeständnisse, die den Kommunismus ganz erheblich stärkten, während der Nationalsozialismus in Deutschland ausgelöscht wurde.

Es ist unfassbar, dass Amerika sich mit Stalin als Verbündetem zusammenschließen konnte und den Zweiten Weltkrieg dann als einen „guten Krieg“ gegen Tyrannei und Totalitarismus anpreisen konnte. Der Krieg und die amerikanische Hilfe haben die Sowjetunion in den Rang einer militärischen Supermacht erhoben, die Amerika und die Welt für die folgenden 45 Jahre bedroht hat. Auch lieferte beides China dem Kommunismus aus und macht auch dieses Land zu einer Bedrohung.

¹⁷ Originaltitel: Roosevelt's Road to Russia

Das Grauen des 20. Jahrhunderts hätte im 19. Jahrhundert kaum vorausgesagt werden können. Das 19. hatte den Ausklang des 18. Jahrhunderts mit dem Ende der amerikanischen Revolution erlebt, welche die erste klassisch freiheitliche Regierung hervorgebracht hatte. Das war eine Regierung, die nach der Blaupause einer geschriebenen Verfassung gegründet worden war. Diese gestand der Zentralregierung nur begrenzte Befugnisse zu und schützte die Freiheiten des Einzelnen selbst vor der Mehrheitsmeinung. Die Verfassung sorgte für das Recht auf Eigentum, den Schutz des Privateigentums, das Recht auf Redefreiheit, die Freiheit der Religionsausübung sowie eine im Grundsatz freie Marktwirtschaft und das Ganze ohne direkte Steuern.

Beide politische Fraktionen [des Kongresses] fanden sich hinter der Regierung des Präsidenten Washington zusammen, die eine Außenpolitik der Nichteinmischung und der Neutralität verkündete, die das vorherrschende politische Ideal Amerikas für über hundert Jahre blieb.

Diese Idee des klassischen Liberalismus breitete sich schnell in der alten Welt Europas aus. Am Ende des 18. Jahrhunderts setzte sie sich in einer anderen Form mit der Revolution in Frankreich durch, auch hier im Namen der Freiheit. Die Französische Revolution hatte allerdings ein weiteres Ideal übernommen, das war die Gleichheit. Sie wurde mit Gewalt durchgesetzt, und sie hat versucht, die Monarchie in ganz Europa abzuschaffen. Die Ideale des klassischen Liberalismus waren nun verdreht und entstellt, aber dennoch mit der Gewalt der französischen Wehrpflichtarmee über ganz Europa verbreitet worden. Dabei bekam der Liberalismus einen schlechten Klang, besonders in Deutschland.

Das 19. Jahrhundert blieb in Wirklichkeit vor allem eine Zeit der Freiheit des Individuums, des materiellen Fortschritts und des relativen Friedens. Hierdurch wurden große Entwicklungen in Wissenschaft, Technologie und Industrialisierung möglich. Der geistige Gärungsprozess gegen und nach der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich allerdings in die Richtung auf den

Kollektivismus. Gegen 1850 begann der große Klassiker des Liberalismus John Stuart Mill die liberalistische Idee aufzugeben und den Sozialismus zu übernehmen, wie die meisten anderen Intellektuellen. Nach dem kurzen Französisch-Deutschen Krieg von 1870-71 gründete Bismarck den ersten Wohlfahrtsstaat. Er verband das mit der Gründung des deutschen Nationalstaats, zu dem er die Konföderation der deutschen Einzelstaaten zusammenfügte, so wie das Lincoln kurz vor ihm mit Amerika getan hatte. Von diesem Zeitpunkt bis zum Ersten Weltkrieg begannen die meisten deutschen Intellektuellen, den Staat und kollektivistische Vorstellungen zu verherrlichen. Sie überhörten die einsame Stimme des schwärmerischen Dichters Johann Christian Friedrich Hölderlin, der 1843 starb. Der hatte behauptet: „*Dass man den Staat zur Hölle auf Erden gemacht hat, liegt daran, dass man versucht hat, ihn zum Himmel zu machen.*“¹⁸ Auch Hegel und Fichte kamen bald darauf.

Die große Tragödie

Mit dem Ersten Weltkrieg brach die große Tragödie der westlichen Zivilisation aus. Das ist wohl das sinnloseste, überflüssigste und vermeidbarste Unglück der Menschheitsgeschichte gewesen. Mit ihm wurde der klassische Liberalismus ausgelöscht. Er hat sich im Grunde genommen aufgelöst und ist durch den Kollektivismus ersetzt worden, der sowohl geistig als auch praktisch für den Rest des 20. Jahrhunderts vorgeherrscht hat. Die Idee des Sozialismus begann nach dem Ersten Weltkrieg, in vielen Regierungen der Welt die Oberhand zu gewinnen. Der Sozialismus war anfangs keine Massenbewegung der Völker. Er war vielmehr eine Bewegung der Intellektuellen, die die Schaltstellen in solchen Regierungen übernahmen, die von kollektivistischen Politikern beherrscht wurden.

18 Die gesammelten Werke von F. A. Hayek, Band 10, Sozialismus und Krieg, Abhandlungen, Dokumente und Besprechungen, Hrsg. Bruce Caldwell, Chicago, University of Chicago Press, 1997, Seite 175

Obwohl ich zahllose Politiker und geistige Führer im gesamten „Jahrhundert der Kriege und der Wohlfahrt“ anführen könnte, habe ich nur einen ausgewählt, der die im 20. Jahrhundert vorherrschenden Gedanken zusammengefasst hat. Er war der Begründer des Faschismus und kam 1922 in Italien an die Macht. 1927 erklärte Benito Mussolini:

„Faschismus ... glaubt weder an die Möglichkeit noch an die Nützlichkeit eines immerwährenden Friedens. ... Allein der Krieg bringt die menschlichen Energien zu ihrer höchsten Entfaltung. Er prägt den Menschen, die sich ihm stellen, das Siegel der Edlen auf. ...Es ist zu erwarten, dass dieses ein Jahrhundert der Autorität, ein Jahrhundert der Linken und ein Jahrhundert des Faschismus sein wird. Nachdem das 19. Jahrhundert eines des Individualismus gewesen ist (Liberalismus bedeutet immer Individualismus), kann man davon ausgehen, dass dieses ein Jahrhundert des Kollektivismus sein wird und deshalb ein Jahrhundert des Staates. ... Während Faschismus, Wachstum des Reiches und Ausbreitung der Nation die wichtigsten Äußerungen der Lebenskraft darstellen, ist das Gegenteil davon ein Zeichen von Dekadenz und Tod.“¹⁹

Leitprinzipien

Mussolinis Erklärung verdient eine eingehende Betrachtung, weil sie einige Leitprinzipien des 20. Jahrhunderts drastisch darstellt.

1. Sie behauptet, dass ein ewiger Frieden weder möglich noch wünschenswert ist.
2. Statt des Friedens ist der Krieg erstrebenswert, weil er eine edle Betätigung darstellt und die wahre Tapferkeit des Mannes hervortreten lässt. Der Krieg setzt kreative Energien frei und schafft Fortschritt. Außerdem ist der Krieg eine erstklassige Triebkraft, den Staat zu fördern und zu verherrlichen. Der Krieg ist die hauptsächliche Methode, mit der die Kollektivistinnen ihr Ziel verwirklicht haben, mit Wenigen die Mehr-

¹⁹ Benito Mussolini, „Die politische und soziale Lehre des Faschismus“ in „Faschismus, eine Anthologie herausgegeben von Nathanael Greene (New York, Thomas Y. Crowell 1968) Seiten 41, 43f

heit zu beherrschen. Die Kollektivisten versuchen tatsächlich, Kriege zu diesem Zwecke zu entfachen.

3. Der Individualismus, die Philosophie des 19. Jahrhunderts, muss beseitigt werden, und der Kollektivismus muss das 20. Jahrhundert beherrschen.
4. Der Faschismus ist als eine Variante der anderen Formen des Kollektivismus anzusehen, insgesamt als Teil der Linken und als Gegensatz des Individualismus. Erst im „roten Jahrzehnt“ der 30er Jahre und mit dem Erscheinen Hitlers begannen die linken Intellektuellen und die Medien, das politische Spektrum umzudeuten und den Faschismus als etwas „Rechtes“ zu erklären. So konnten sie zwischen einem „guten Kollektivismus“, dem Sozialismus, und einem „rechten Extremismus“, dem Faschismus“ unterscheiden.

Der Gründer des Faschismus erkannte klar, dass alle die kollektivistischen Ideen wie Sozialismus, Faschismus und Kommunismus zur Linken gehörten und in Gegensatz zum Individualismus standen. Faschismus ist keine extreme Form des Individualismus. Er ist ein Teil der Linken oder des Kollektivismus.

Die Ideale, auf denen sich Amerika begründet, sind das genaue Gegenteil der von Mussolini und anderen linken Kollektivisten ausgedrückten Ideale. Warum waren die USA im 20. Jahrhundert dann kein Bollwerk zum Schutz der Freiheit, um all' diesen linken Ideen zu widerstehen? Warum haben die Ideen der Gründungsväter Amerikas nicht das 20. Jahrhundert beherrscht und zu einem „amerikanischen Jahrhundert des Friedens und des Wohlstands“ gemacht, statt zuzulassen, dass die Ideen der Linken das Jahrhundert dominiert und zu einem „Jahrhundert der Kriege und der Wohlfahrt“ gemacht haben? Dass die Ideen der Gründungsväter das zwanzigste Jahrhundert nicht beherrscht haben, lag mit Sicherheit nicht daran, dass Amerika mit Waffengewalt von einer auswärtigen linken Feindmacht erobert worden wäre.

Das US-Imperium

Wir müssen die wirklichen Gründe erkennen, warum Amerika von den Grundsätzen seiner Gründungsväter abgekommen ist, und warum es diese Tragödie zugelassen hat. Wir müssen herausfinden, warum Amerika von linkem Gedankengut beeinflusst worden ist, von den Ideen eines Imperiums und der Verherrlichung des Staats. Warum wurden die USA selbst zum Imperium und zu einer sich in die zwei Weltkriege einmischenden Macht? Warum half Amerika, das „Jahrhundert der Kriege und der Wohlfahrt“ hervorzubringen, in dem wir heute leben?

Wir beginnen damit, ein Zitat eines der größten Führer Amerikas im neunzehnten Jahrhundert zu untersuchen und die Antwort wird offensichtlich. Diese Erklärung wurde 1838 von einem nicht gerade unbedeutenden amerikanischen Politiker abgegeben, der 1861 weltberühmt wurde:

„Von welchem Punkt an sollten wir das Aufkommen einer Gefahr erwarten? Mit welchen Mitteln sollten wir uns dagegen wappnen? Sollten wir eine militärische Großmacht von der anderen Seite des Atlantiks erwarten, die den Ozean überquert und uns vernichtet? Nie! Alle Armeen Europas, Asiens und Afrikas zusammen, mit allen Hilfsquellen der Erde ... könnten selbst nicht mit Gewalt Wasser aus dem Ohio trinken oder über den Blue Ridge ziehen, nicht einmal versuchsweise in tausend Jahren.“¹²⁰

Diese Worte stammen von Abraham Lincoln und er schloss seine Erklärung so:

„Sollte der Untergang unser Los sein, müssten wir das schon selbst anrichten und vollenden. Als eine Nation freier Männer müssen wir ewig leben oder durch Selbstmord untergehen.“¹²¹

20 Die gesammelten Werke von Abraham Lincoln, herausgegeben von Roy P. Basler, New Brunswick, N.J., Rutgers University Press, 1953-55, Band 1, Seite 109

21 Ebenda

Vater Abraham

Abraham Lincoln wurde selbst der Hauptverursacher des amerikanischen Selbstmords. Es war kein äußerer Feind, sondern es war ein „siegreicher“ Krieg, der dem Traum der Gründungsväter ein Ende gesetzt hat. Dennoch haben viele Historiker nie den wirklichen Grund und die Auswirkungen des amerikanischen Bürgerkriegs aufgedeckt. Sie haben ihn stattdessen zu einem „anständigen Krieg“ zur Befreiung der Sklaven erklärt, der seinen Preis wert war. In Wirklichkeit war es ein Krieg, der gegen die Idee der begrenzten Zentralgewalt verstieß und Amerika zu einem binnenländischen Imperium gemacht hat, das ein paar Jahrzehnte später unweigerlich zu einem auf das Ausland ausgreifenden Imperium führte.

Fotos von Lincoln gegen Ende des amerikanischen Bürgerkriegs zeigen ihn mit den Anzeichen von großer Belastung. Ich glaube aber, dass die Belastung zum Schluss darin bestand, dass er eingesehen hatte, dass der lange, blutige und teure Krieg hätte vermieden werden können, und dass er es anfangs selbst gewesen war, der den Krieg veranlasst hatte, um die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft des Nordens über den Süden sicherzustellen. Gegen Ende des Kriegs, am 3. Februar 1865, fand eine Friedenskonferenz auf Lincolns Präsidenten-Yacht in Hampton Roads, Virginia, statt. Für die Südstaaten nahmen Vize-Präsident Alexander Stephens und John Campbell, ein ehemaliger Richter am Obersten Gericht von Alabama, teil und ein Herr R.M.T. Hunter als Mitglied des Konföderierten Senats. Für den Norden nahmen Präsident Lincoln und sein Außenminister William Seward teil.²²

Es war vereinbart worden, dass niemand sonst teilnehmen sollte, und dass kein Protokoll geführt werden sollte. Trotzdem hat uns Alexander Stephens mit allen Einzelheiten dieser Konferenz versorgt. Lincoln begann damit, dass er eine Verpflichtung bräuchte, dass sich die Südstaaten dem Norden wieder anschließen würden.

22 Alexander H. Stephens, *A Constitutional View of the War Between the States*, Harrisonburg, Va, Sprinkle Publications, 1994, Band 2, Seiten 589-625

Wenn der Süden diese Verpflichtung zu Verhandlungsbeginn einginge, würde das Feuer eingestellt und dem Süden gestattet, sich der Union ohne Bestrafung wieder anzuschließen. Auch könnten die Abgeordneten sofort wieder mit Stimmrecht in den Kongress zurückkehren. William Seward strich heraus, dass die Südstaaten, wenn sie diesen Vorschlag akzeptierten, im Kongress das 13. Änderungsgesetz, das die Sklaverei abschaffen sollte, ablehnen könnten. Lincoln sagte auch, dass die Emanzipations-Proklamation nur eine befristete Kriegs-Maßnahme wäre, dass er aber glaubte, dass die Gerichte den annähernd 200.000 durch die Proklamation befreiten Sklaven ihre Freiheit ließen. Sonst aber könnte die Sklaverei erhalten bleiben. Lincoln erklärte auch, dass er glaubte, dass der Kongress ein Gesetz zur vollen Entschädigung der Sklavenhalter erlassen werde, so dass sie ihren Sklaven die Freiheit geben könnten. Alle drei Südstaaten-Vertreter legten daraufhin mit Nachdruck dar, dass sie kein Interesse am Schutz der Sklaverei hätten. Der einzige Zweck der Trennung von den Nordstaaten wäre gewesen, die Unabhängigkeit von der Zentralregierung in Washington zu erreichen. Daraufhin endete die Konferenz.

Zwei bedeutende Männer erkannten die eigentlichen Auswirkungen des amerikanischen Bürgerkriegs. Einer von ihnen war der große Unabhängigkeits-Historiker Lord Acton, der einem herausragenden Amerikaner, Robert E. Lee, unmittelbar nach dem Kriege schrieb und feststellte:

„Ich sah im Staatsrecht die einzig brauchbare Barriere gegen den Willen absoluter Herrscher. Die Abspaltung der Südstaaten erfüllte mich mit Hoffnung, nicht auf die Zerstörung der Union, sondern als die Einlösung von Demokratie... Deshalb dachte ich, hätten Sie Ihre Schlachten geschlagen, für unsere Freiheit, unseren Fortschritt und unsere Zivilisation. Ich bedauere den Einsatz, der bei Richmond verloren ging, mehr, als ich mich über das gefreut habe, das bei Waterloo gerettet worden ist.“²³

23 Essays in the History of Liberty, Selected Writings of Lord Acton, edited by J. Rufus Fears, Indianapolis, Indiana, Liberty Classics, 1985, Band 1, Seite 277

In einer vorsichtigen Bewertung der Kriegsergebnisse des Bürgerkriegs antwortete General Lee Lord Acton in seinem Brief vom 15. Dezember 1866:

„Wenn ich über die Erhaltung der verfassungsmäßigen Gewalt der Zentralregierung als Grundlage unseres Friedens und unserer Sicherheit zuhause und im Ausland nachdenke, glaube ich noch immer, dass die Aufrechterhaltung der Rechte und Kompetenzen, die dem Staat und die dem Volk vorbehalten sind, nicht nur äußerst wichtig für die Abstimmung und das Gleichgewicht im allgemeinen System sind, sondern auch den Fortbestand einer freien Regierung gewährleisten. Ich halte es für die hauptsächliche Quelle der Stabilität unseres Systems, während die Vereinigung des Staats zu einer riesigen Republik sicher aggressiv dem Ausland gegenüber und despotisch im eigenen Lande werden wird, und gewiss der Vorbote des Ruins sein wird, der alle überkommen wird, die das vorhergesagt haben.“²⁵

Lee bezeichnet den Sieg der Nordstaaten in aller Klarheit als den Anfang einer Entwicklung zu einem Imperium, zu einem Freiheitsverlust für die Amerikaner und zur Zerstörung der ursprünglichen Ideale unserer Gründungsväter. Er sah auch, dass das Entstehen eines Imperiums auf dem eigenen Kontinent zu einem Imperium im Ausland führen würde. Die Zusammenführung der Macht in einer Zentralregierung ist die wesentliche Voraussetzung für den Kollektivismus, und es war die Grundidee unserer Verfassung, genau das zu vermeiden. Nach dem Aufbau eines Imperiums auf dem eigenen Kontinent durch den amerikanischen Bürgerkrieg und in den drei Jahrzehnten danach verstieß Amerika gegen sein einhundert Jahre altes außenpolitisches Prinzip der Nichteinmischung und löste den Spanisch-Amerikanischen Krieg aus, angeblich, um Kuba zu befreien. Wir wissen heute, dass der eigentliche Zweck des Krieges war, Spanien die Philippinen wegzunehmen, um dort Bunkerstationen für die Kohlenversorgung

24 Anmerkung des Herausgebers: Robert E. Lee war Südstaatengeneral. Er hat von 1807-1870 gelebt.

25 Ebenda, Seite 364

der eigenen Flotte auf den Handelsrouten nach China zu erwerben. Viele amerikanische Wirtschaftsleute sahen darin eine wesentliche Voraussetzung für die Ausdehnung der USA.

US Präsident McKinley²⁶ beorderte amerikanische Kriegsschiffe zu fast derselben Zeit zu den Philippinen, als er das Kriegsschiff MAINE nach Kuba schickte. Die zu den Philippinen entsandte US Flotte bekam den Auftrag, dortige Aufständische gegen ihre spanischen Kolonialherren zu unterstützen. Dann forderte McKinley den Kongress auf, Spanien den Krieg zu erklären, weil die MAINE in Kuba versenkt worden war. Heute wissen wir, dass die MAINE von innen her gesprengt worden war und deshalb nicht von den Spaniern versenkt worden sein kann. Auf den Philippinen hatten die Aufständischen mittlerweile, auch Dank der amerikanischen Marine, ihre spanischen Kolonialherren aus dem Land gejagt. Nach dem Erfolg der Philippinos befahl McKinley, die amerikanischen Kanonen gegen die Aufständischen zu richten. Er ließ sie zu Tausenden kaltblütig hinschlachten. Dann rissen die Amerikaner die philippinischen Inseln an sich, und McKinley regierte dort als Militärdiktator ohne Ermächtigung des US Kongresses. Als Nächstes schickte McKinley, wieder ohne Vollmacht des Kongresses, 5.000 Marines nach China, um dort zu helfen, den Boxer-Aufstand niederzuschlagen. Der Aufstand war ein Versuch der Chinesen, die Ausländer aus ihrem Lande zu vertreiben. Auf der Suche nach Beute in China machte McKinley hier gemeinsame Sache mit anderen europäischen Nationen. Dabei opferte er die Integrität Amerikas und dessen Anspruch, als Führungsnation für die Freiheit zu gelten.

Als Nächstes kam die große Tragödie des 20. Jahrhunderts, der späte Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg. Amerikas Kriegseintritt veränderte das Kräftegleichgewicht der anfänglichen Kriegsparteien ganz entscheidend. Das führte zum entsetzlichen Versailler Vertrag, der wiederum den Weg zum Zweiten Weltkrieg bahnte.

26 Anmerkung des Herausgebers: William McKinley war der 25. Präsident der USA von 1897 bis 1901.

Die Fortschritts-Bewegung

Amerikas Eintritt in den Ersten Weltkrieg war das Werk der so genannten Fortschritts-Bewegung, welche die „Idee der Demokratie an sich“ anbetete. Sie wollte die Demokratie weltweit verbreiten, und das notfalls mit Gewalt. Es war diese Bewegung, die im Amerika des Jahres 1913 eine ganz erhebliche Veränderung in Gang setzte, alles im Namen des Kampfes gegen die Reichen und zum Wohl der Armen.

Der erste Wechsel war die Gründung des Notenbank-Systems, angeblich zur Bankenaufsicht. Stattdessen konzentrierte dies System Macht in den Händen einer „Elite“ von wenigen, nicht gewählten Drahtziehern. Das 16. Änderungsgesetz ließ fortan eine Einkommenssteuer zu, die lediglich dem Kampf gegen die Reichen dienen sollte. Im Ersten Weltkrieg allerdings wurde die Steuer dann erhoben und erweitert. Sie wurde zum unterdrückendsten Umstand des amerikanischen Alltags in diesem Jahrhundert. Heute sorgt diese Steuer dafür, dass Mittelklasse-Amerikaner fast fünf Monate im Jahr für die Regierung arbeiten, ehe sie irgendetwas für sich selbst verdienen.

Der dritte einschneidende Wechsel war das 17. Änderungsgesetz, das den Leuten die „Macht“ gab, US Senatoren zu wählen, statt die gesetzgebenden Körperschaften. Die Gründungsväter Amerikas aber hatten ein System von Staaten-Parlamenten erdacht, die die US Senatoren wählen sollten, damit die Einzelstaaten die Macht der Zentralregierung in Schranken halten konnten.

Die Fortschritts-Bewegung trieb auch das voran, was Isabel Paterson in ihrem Buch „Der Herrgott der Maschine“ als „Philanthrop mit einer Guillotine“ beschrieben hatte, nämlich mit der Wahl Woodrow Wilsons zum Präsidenten.²⁷ Er war der blauäugige, idealistische, selbstherrliche Mann, der die USA in den Ersten Weltkrieg geführt hat. Er tat das, um mit der Gründung des Völkerbunds eine große Rolle zu spielen, und um eine neue

27 Anmerkung des Herausgebers: Woodrow Wilson war der 28. Präsident der USA von 1913 bis 1921.

Weltordnung zu entwerfen und dabei das „demokratische Evangelium“ zu verbreiten.

Wilson genehmigte, dass das Bankhaus J.P.-Morgan²⁸ als einzige amerikanische Bank die Rüstungskäufe Großbritanniens in den USA finanziell abwickeln durfte. Außerdem verfügte er, dass nur Morgan Darlehen an die Alliierten vergeben und Kredite verlängern konnte. Schließlich ließ Wilson die US Regierung alle Morgan-Schulden übernehmen und „Liberty-Anleihen“ ausgeben. So konnten die amerikanischen Steuerzahler helfen, dafür zu bezahlen. Als sich die Alliierten später weigerten, ihre Schulden zu begleichen, stand Amerika am Abgrund eines wirtschaftlichen Desasters, was ein weiterer wichtiger Grund zu Wilsons Entschluss war, in den Krieg einzutreten. Es waren allerdings der Erste Weltkrieg und die durch ihn verursachte Destabilisierung der Volkswirtschaften der westlichen Nationen, die auf direktem Wege zur Depression von 1929 führten. Es waren nicht etwa die Fehler des freien Marktes oder die Idee der Freiheit, die diese wirtschaftliche Katastrophe zur Folge hatten. Es waren die Einmischungen der Regierung in die Wirtschaftsabläufe im Zuge des Ersten Weltkriegs und die Reaktionen verschiedener Regierungen auf den Krieg.

Das Kriegsfieber

Als das Kriegsfieber um sich griff und die Kriegstrommeln geschlagen wurden, schenkten nur wenige Menschen solchen Leitartikeln Beachtung wie sie im „Commercial and Financial Journal“ erschienen:

„Wenn der Krieg erklärt wird, erübrigt es sich, zu erwähnen, dass wir die Regierung unterstützen müssen. Aber dürfen wir nicht fragen, einer den anderen, bevor das letzte schicksalsschwere Wort gesprochen wird, ob wir damit nicht unsere prächtige föderalistische Republik ver-

28 Anmerkung des Herausgebers: John Pierpont Morgan Senior war amerikanischer Unternehmer und Bankier, Gründer der heute größten US-Bank. Er hat von 1837-1913 gelebt.

ändern, die sie gewesen ist, in eine mächtige zentralistische Republik, die sie jetzt ist und sein soll? ... Müssen wir nicht zugeben, dass wir eine neue Republik erschaffen, die anders als die alte sein wird?²⁹

Wilson, genauso wie Polk³⁰, Lincoln und McKinley vor ihm, ließen es betrügerisch so erscheinen, als ob ein angeblicher Feind den Krieg eröffnet hätte, indem er den „ersten Schuss“ abgefeuert hat. Die deutsche Botschaft zum Beispiel warnte Außenminister Bryan, dass das englische Passagierschiff LUSITANIA illegal Waffen und Munition transportierte und deshalb einwandfrei ein völkerrechtsgemäßes Ziel für U-Boote wäre. Außenminister William Jennings Bryan versuchte, Wilson dazu zu bewegen, amerikanische Bürger vor der Passage auf der LUSITANIA zu warnen. Wilson aber weigerte sich, eine Warnung herausgeben zu lassen. Er sah im Verlust amerikanischer Menschenleben einen offenkundigen Grund, in den europäischen Krieg einzutreten. Als sich Wilson weigerte, resignierte Bryan. Über hundert Amerikaner fanden den Tod, als ein deutsches U-Boot die LUSITANIA auf der Überfahrt nach England versenkte.

Der Sieg über die Freiheit

Nachdem der Erste Weltkrieg beendet war, blickte Wilson auf die Schäden zurück, die der Krieg für Amerika verursacht hatte, und er erkannte einen Teil des wahren Wesens dieses Krieges. In einer Ansprache in St. Louis, Missouri, am 5. September 1919 erklärte Wilson:

„Warum meine Mitbürger, gibt es kaum einen Mann oder eine Frau, oder lassen Sie mich sagen, kaum ein Kind hier, das nicht weiß, dass die Saat des Krieges in der modernen Welt industrielle und wirtschaftliche Konkurrenz ist? ... Dieser Krieg war von Beginn an ein wirtschaftlicher und industrieller Krieg. Er war kein politischer Krieg.“³¹

29 Stuart D. Brandes, *Wardogs, A History of War Profits in America*, Lexington, University Press of Kentucky, 1997, Seite 141

30 Anmerkung des Herausgebers: James Knox Polk war der 11. Präsident der USA von 1845 bis 1849.

31 *The Papers of Woodrow Wilson*, Herausgeber S. Link, Princeton, N.J., Prince-

Wenn man über den Verlust an Freiheit nachdenkt, den die „siegreichen“ Kriege den Amerikanern beschert haben, wenn man zurückschaut, merkt man, dass fast alle Kriege nicht nötig waren, um Amerika zu verteidigen, und dass sie überwiegend aus wirtschaftlichen Gründen angestiftet worden sind. In so vielen Fällen haben die amerikanischen Präsidenten die andere Seite provoziert, den „ersten Schuss“ abzugeben, damit es nur ja so aussah, als hätten die angeblichen Feinde den Krieg begonnen. Das machten nicht nur Polk, Lincoln, McKinley und Wilson so, sondern auch später Roosevelt mit Pearl Harbor und Johnson im Golf von Tonking, um den Vietnam-Krieg auszulösen.

Es ist keine wirklich historische Untersuchung, wenn man spekulieren würde, was geschehen wäre, wenn die USA nicht in den Ersten Weltkrieg eingetreten wären. Aber es gibt einige begründete, sogar wahrscheinliche Konsequenzen, wenn Amerika den Ratschlägen seiner Gründungsväter gefolgt wäre:

1. Fast sicher hätte es keine erfolgreiche bolschewistische Revolution in Russland gegeben, die dem Kommunismus eine Heimat gegeben hat, von der aus er sich in der ganzen Welt verbreitet hat.
2. Ein Verhandlungs- und Verständigungsfrieden zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien, als alle angeschlagen aber noch nicht besiegt waren, hätte das Debakel des Versailler Vertrags verhindert, die größte Einzel-Tragödie des Ersten Weltkriegs. Ohne Amerikas Kriegseintritt hätte es einen Verhandlungsfrieden auf gleicher Augenhöhe gegeben, wie auf dem Wiener Kongress 1815-16, als die Napoleonischen Kriege beendet wurden. Damals wurde das besiegte Frankreich von Talleyrand³² am Verhandlungstisch vertreten, und man bemühte sich ernsthaft um Frieden, anstatt den nächsten Krieg zu verursachen.

ton University Press, 1990, Band 63, Seiten 45f

32 Anmerkung des Herausgebers: Charles-Maurice de Talleyrand war 1797 bis 1834 wiederholt französischer Diplomat und Außenminister.

Deutschland und Russland wurden von der Versailler Friedenskonferenz ausgeschlossen und Deutschland [und Österreich und Ungarn] für allein schuldig erklärt, den Krieg verursacht zu haben. Die Konferenzteilnehmer luden Deutschland immense Reparationen für die Kriegszerstörungen auf und trennten dem Land erhebliche Teile seines Gebietes ab. Der Vertrag von Versailles bahnte so den Weg für Hitler. Er wurde demokratisch vom deutschen Volk gewählt, das mit seiner Hilfe vom Versailler Vertrag befreit werden wollte. Ohne den Aufstieg des Kommunismus in Russland und des Nationalsozialismus in Deutschland hätte es den Zweiten Weltkrieg wahrscheinlich nie gegeben.

Die Habsburg-Monarchie

Ich möchte hier eine Fußnote in Bezug auf die Abkommen des Ersten Weltkriegs machen, soweit sie die Habsburgische Monarchie betreffen. Erik von Kuehnelt-Leddihn macht in seinem ausgezeichneten Buch „Die Linke neu betrachtet“³³ deutlich, dass Präsident Wilson wahrscheinlich die Weisheit der Disraelischen³⁴ Worte nicht kannte:

„Die Erhaltung des Habsburger Reiches ist für die Unabhängigkeit, wenn nicht sogar für die Zivilisation und die Freiheit Europas unerlässlich.“

Das Buch weist darauf hin, dass sich Präsident Wilson mit Reverend George Davis Herron einen eingefleischten sozialistischen Prediger als Hauptberater für die Außenpolitik hielt.

Die Habsburger Monarchie ersuchte Wilson im Februar 1918, über einen Separatfrieden zu verhandeln, noch ehe im November der Krieg zu Ende ging. Wien schickte als Unterhändler Professor Heinrich Lammasch, der sich mit Reverend Herron traf. Beide verbrachten zwei Tage miteinander, und Lammasch eröffnete Herron einen Plan, nach dem Habsburg eine föderale politische Gemeinschaft werden sollte. Das entsprach in vollem Umfang

33 Originaltitel: Leftism Revisited,

34 Anmerkung des Herausgebers: Benjamin Disraeli war 1864 und 1874 bis 1880 britischer Premierminister.

den Vorgaben der 14 Punkte Wilsons. Den einzelnen Nationen (ethnischen Gruppen) sollte danach „die freieste Gelegenheit zu ihrer unabhängigen Entwicklung eingeräumt werden“.

Kuehnelt-Leddihns Buch hält fest:

„Während der Nacht begann er [Herron], mit der, Versuchung' zu ringen, wie Jakob mit Gott nahe dem Yabbok rang.“³⁵

Am Morgen wusste er, dass er einen vollkommenen Sieg über sich selbst errungen hatte; Lammasch war nichts anderes als der böse Versucher gewesen. Nein! Die Habsburger Monarchie hatte zu verschwinden, weil Habsburg an sich ein Hindernis für Fortschritt, Demokratie und Freiheit war. Wären die Habsburger an der Macht geblieben, wäre der ganze Krieg umsonst ausgefochten worden.“³⁶

Natürlich wurde Großbritannien als einem Gewinner des Krieges zugestanden, seine Monarchie zu behalten.

Die Bolschewiken und das Königreich des Himmels

Das Buch fährt mit einer interessanten Begebenheit nach Reverend Herrons Rückkehr aus Europa fort. Der Reverend schrieb dem Sozialisten Norman Thomas 1920 einen Brief, in dem er behauptete, dass die Bolschewiken schlimm wären, aber dass die europäische Zivilisation der Zukunft aus Russland kommen werde, und dass sie, so es so käme, zumindest ein Ansatz für ein Königreich des Himmels werde.³⁷ Das linke Vorurteil und die Neigung von Wilsons Vertrauensperson scheinen hier kristallklar durch. Er verkündete den Kommunismus als das große politische System der Zukunft.

Das 20. Jahrhundert, das Jahrhundert „der Kriege und der Wohlfahrt“, sollte uns ein paar Lehren mit auf den Weg geben.

35 Anmerkung des Herausgebers: Das Bild ist einer Szene im Alten Testament entnommen, in der Jakob seinem Bruder Esau entgegenzieht, um sich ihm am Fluss Yabbok zu unterwerfen. Genesis 32,23

36 Erik von Kuehnelt-Leddihn, *Leftism Revisited, From Sade and Marx to Hitler and Pol Pot*, Washington D.C, Regnery Gateway, 1990, Seite 214

37 Ebenda, Seite 216

Eine davon legte Bruce Porter in seinem exzellenten Buch „Der Krieg und der Aufstieg des Staats“ dar. Er schrieb, dass die Zeit des „New Deal“ die einzige Epoche in der Geschichte der USA gewesen ist, in der die Macht des US Gesamtstaats ohne Krieg gewachsen wäre.³⁸ Er folgerte:

„Während der Geschichte der USA war der Krieg die hauptsächlichste Triebkraft hinter dem Wachsen und der Entwicklung des Gesamtstaats. Kriege waren der Hebel, mit dem Präsidenten und andere Offizielle die Macht des Staates trotz des beharrlichen öffentlichen Widerstands vermehrt haben. Kriege waren der Quell des amerikanischen Nationalismus und ein Antrieb für den politischen und sozialen Wandel.“³⁹

Die gleiche Lehre steckt in einer Warnung, die der große Verfechter der Freiheit und Schüler der amerikanischen Demokratie Alexis de Tocqueville Amerika Anfang des 19. Jahrhunderts mitgegeben hat:

„Jeder sich lang hinziehende Krieg wird die Freiheit eines demokratischen Landes gefährden. ... Krieg verändert demokratische Gesellschaften nicht immer zu Militärherrschaften, aber er muss die Macht der zivilen Regierung ausnahmslos und unermesslich vergrößern. Er muss fast zwangsläufig die Führung aller Männer und die Bewirtschaftung aller Dinge in der Hand der Regierung konzentrieren. Auch wenn das nicht gerade durch baldige Gewalttätigkeit zu Despotismus führt, gewöhnt es doch die Männer langsam an die Gebräuche des Despotismus. Alle, die die Freiheit einer demokratischen Nation zerstören wollen, sollten wissen, dass der Krieg der sicherste und kürzeste Weg ist, das zu erreichen. Das ist der erste Grundsatz der Wissenschaft.“⁴⁰

Beide, Porter und Tocqueville, warnen uns, dass selbst „siegreiche“ Kriege durch die Zusammenfassung der Macht bei der Föderations-Regierung einen Verlust an Freiheit verursachen. Eine weitere Lehre ist, dass die Demokratie an sich unsere Freiheit und unsere persönliche Unabhängigkeit nicht schützen

38 Bruce D. Porter, War and the Rise of the State, The Military Foundations of Modern Politics, New York, Free Press, 1994, Seite 278

39 Ebenda, Seite 291

40 Alexis de Tocqueville, Democracy in America, New York, Alfred A. Knopf, 1980, Band 2, Seiten 268f

wird. Ich habe College-Studenten fragen hören: „Warum blieben die Griechen, die die Demokratie erfunden haben, ihr so kritisch gegenüber?“ Die Antwort ist natürlich, dass Demokratie ohne angemessene Schranken und Machtbegrenzungen, wie sie in der ursprünglichen amerikanischen Verfassung vorgesehen waren, genauso tyrannisch sein kann, wie ein einzelner Despot. F. A. Hayek wies darauf hin, als er erklärte:

„Es kann keinen Zweifel geben, dass es in der Geschichte oft viel mehr kulturelle und politische Freiheit unter einer autokratischen Herrschaft gegeben hat, als in manchen Demokratien - und es ist zumindest denkbar, dass unter der Herrschaft einer sehr einheitlichen, doktrinären Mehrheit auch eine demokratische Regierung genauso unterdrückend sein kann wie die schlechteste Diktatur.“⁴¹

Die Begrenzung des Staates

Wir sollten aus dem Jahrhundert des Krieges und der Wohlfahrt die Lehre ziehen, dass die größte Entdeckung der westlichen Zivilisation darin besteht, dass Freiheit nur bei einer angemessenen und wirkungsvollen Begrenzung der Staatsmacht gedeihen kann. Es ist die Begrenzung der Staatsmacht, die den Privatbesitz schützt und die freie Marktwirtschaft sowie die persönlichen Freiheiten. Die Begrenzung der Staatsmacht begünstigt eine Außenpolitik der Nichteinmischung, die in Verbindung mit einer starken nationalen Verteidigungsfähigkeit den Frieden und den Wohlstand erhält, statt Krieg und Wohlfahrt zu bringen. Es ist nicht die Demokratie an sich, welche die Freiheit schützt.

Zu viele Menschen, die in Demokratien leben, sind durch den Glauben eingelullt, sie seien frei, nur weil sie wählen dürfen, und weil regelmäßige Wahlen stattfinden. Wenn man zum Beispiel die Wehrpflicht betrachtet - so glaube ich - würden die Menschen protestieren und den Gehorsam verweigern, wenn sie von einem Monarchen eingeführt würde. Aber in einer Demokratie, wenn die Politiker für die Wehrpflicht gestimmt haben, fügen sich die Leute und denken dabei, sie wären frei.

41 Die gesammelten Werke von F. A. Hayek, Herausgeber Caldwell, Seite 209

Der Fall der Berliner Mauer und der Untergang der Sowjetunion garantieren noch nicht den Tod des Kollektivismus. Ich sage voraus, dass der nächste Angriff von neuen linken Intellektuellen auf die Freiheit auf dem Weg demokratischer Prozesse stattfindet, möglicherweise in Verbindung mit einer religiösen Bewegung, aber sicherlich nicht in Verbindung mit antireligiösen Ideen. Viele, vielleicht die meisten Amerikaner, die das kommunistische Russland abgelehnt haben, waren überzeugt, dass die Sowjetunion unrecht und schlimm war, weil sie atheistisch war, und nicht etwa, weil ihre politischen und ökonomischen Vorstellungen falsch und übel waren. Ich glaube, dass das neue kollektivistische Monster in neuen Kleidern daherkommt, als Verfechter von Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Religion und Wirtschaftssozialismus.

Die Intellektuellen der Zukunft

Für die Intellektuellen der Zukunft wird es wichtiger denn je werden, das rechte Verständnis für die Philosophie der Freiheitsrechte des Einzelnen und das Prinzip der freien Marktwirtschaft zu entwickeln, wenn sie den Kollektivismus im einundzwanzigsten Jahrhundert bekämpfen wollen. Es ist für Amerikaner äußerst wichtig, warum Ludwig von Mises in seinem Buch „Die allmächtige Regierung“⁴² festgestellt hat:

„Dauerhafter Friede ist nur unter einem idealen Kapitalismus möglich, der bisher nie und nirgendwo versucht und erreicht worden ist. In solch einer jeffersonschen Welt⁴³ der ungehinderten Marktwirtschaft ist Handlungsspielraum für Regierungsarbeit auf die Gebiete des Schutzes des Lebens, der Gesundheit und des Privateigentums gegen Gewalt und Betrug begrenzt.“⁴⁴

Alle Beredsamkeit der Befürworter einer allmächtigen Regierung kann die Tatsache nicht leugnen, dass es nur ein einziges Wirtschaftssystem

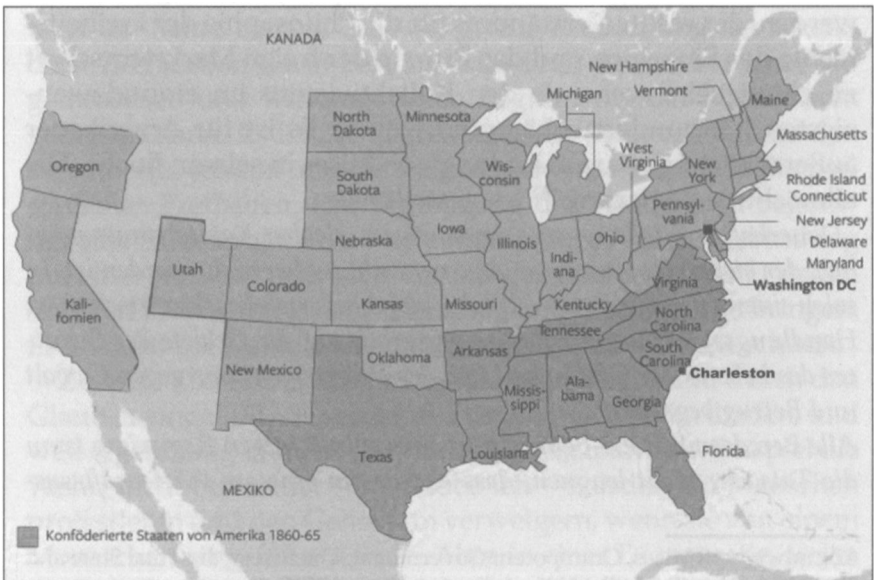
42 Ludwig von Mises, Omnipotent Government, The Rise of the Total State and Total War, New Rochelle, N.Y., Arlington House, 1969

43 Anmerkung des Übersetzers: Thomas Jefferson war der 3. Präsident der USA von 1801 bis 1809. Er war der hauptsächliche Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und ein einflussreicher Staatstheoretiker.

44 Ludwig von Mises, Omnipotent Government, Seite 284

*tem gibt, das dauerhaften Frieden schafft, nämlich die freie Marktwirtschaft. Regierung lenkung für die Wirtschaft führt zu wirtschaftlichem Nationalismus, und der endet in Konflikten.*¹⁴⁵

Die Definition von freiem Markt, die Mises liefert, erlaubt es uns, in Frieden und Wohlstand zu leben. In einem freien Markt ist die Wirtschaft nicht nur frei von staatlicher Lenkung, sondern dort wird die Politik auch nicht von wirtschaftlichen Interessen gesteuert, insbesondere nicht die Außenpolitik, wie das im zwanzigsten Jahrhundert war und jetzt noch ist. Das höchste Kriegsrisiko herrscht da, wo verschiedene Wirtschaftsinteressen die Außenpolitik beeinflussen können, um ihre eigenen Interessen zu fördern, statt das Wohlergehen und die Freiheit des Einzelnen innerhalb der Gesellschaft.



Die US-Bundesstaaten vor Beginn des Krieges 1861

45 Ebenda, Seite 286

Abraham Lincoln und der „erste Schuss“

Kriegsgründe

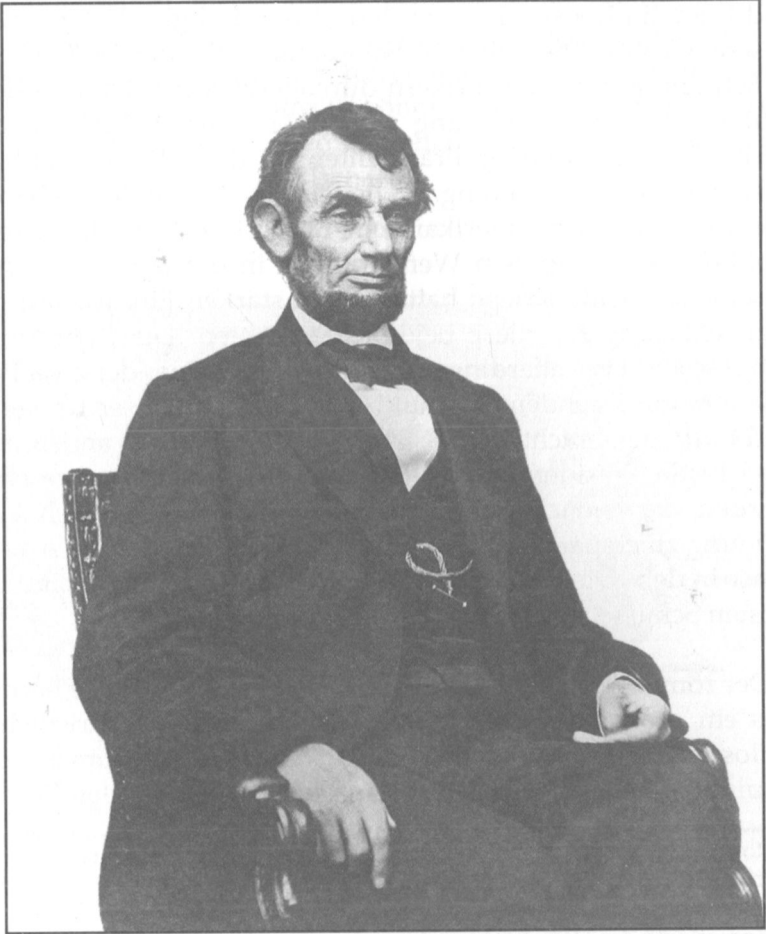
Bei fast jeder Meinungsumfrage oder Einschätzung von Geschichtswissenschaftlern, die seit dem Zweiten Weltkrieg veröffentlicht worden ist, rangieren die Präsidenten Abraham Lincoln und Franklin Roosevelt unter den ersten drei genannten „zwei unserer Größten“⁴⁶. Arthur M. Schlesinger, sen., der 1948 die erste Befragung unter Historikern durchgeführt hat, kam zu dem Schluss, dass die Bewertung zur „Größe“ sehr stark von der Verbindung bestimmter Präsidenten zu den „Wendepunkten unserer Geschichte“ abhing.⁴⁷ Zweifelsohne waren der als Sezessionskrieg bekannte amerikanische Bürgerkrieg und der Zweite Weltkrieg solche großen Wendepunkte in der amerikanischen Geschichte. Beide Kriege hatten einen starken Einfluss auf die Wertschätzung für diese beiden Präsidenten. Die Zuordnung von „Größe“ lässt allerdings vermuten, dass keiner der zwei Präsidenten mit irgendeiner Schuld am Ausbruch dieser Kriege in Verbindung gebracht wurde. Statt dessen kann man annehmen, dass beide Präsidenten als Förderer des Friedens angesehen wurden, die versucht haben, ihren Nationen Kriege durch Ausöhnung zu ersparen, bis sie unerwartet für sich und die Amerikaner in den Krieg gezwungen worden sind, weil der Feind die „ersten Schüsse“ abgegeben hat.

Der römische Richter Cicero quälte sich mit der Frage herum, was ein „gerechter Krieg“ wäre, genauso wie die christlichen Philosophen des Mittelalters Augustinus⁴⁸ und Thomas von Aquin⁴⁹. Später stellte sich der Vater des internationalen Rechts,

46 Robert Murray and Tim H. Blessing, „The Presidential Performance Study; A Progress Report“, *Journal of American History* 70, December 1983, Seite 535
47 Ebenda, Seite 553

48 Anmerkung des Herausgebers: Augustinus von Hippo war Bischof und lateinischer Kirchenlehrer. Er hat von 354 bis 430 gelebt.

49 Anmerkung des Herausgebers: Thomas von Aquin war Philosoph und



Präsident Abraham Lincoln

der Holländer Hugo Grotius, dieselbe Frage, als er sich damit befasste, ob man Kriege gegen Christen mit einem reinen Gewissen gegenüber Gott führen könnte. Als Folge seiner Überlegungen versuchten die Führer westlicher Staaten, ihre Bürger davon zu überzeugen, dass eines der Hauptkriterien für einen „gerechten Krieg“ auf ihre Kriege zutraf; es sollten „Verteidigungskriege“ sein. Präsident John F. Kennedy erklärte im Januar 1961, dass „unsere Waffen nie den ersten Schlag in einem Kriege führen werden. ... Das ist unsere nationale Tradition.“⁵⁰ Für amerikanische Präsidenten ist es immer wichtig gewesen, den Kriegsausbruch so darzustellen, als hätte der Feind die „ersten Schüsse“ abgegeben und den Krieg begonnen.

Diejenigen, die den Mythos um Lincoln und Franklin Roosevelt stützen, versuchen die bohrenden Zweifel um die noch immer offene Frage abzuwehren, ob beide Präsidenten den Feind erst in die Lage hineinmanövriert haben, die „ersten Schüsse“ abzugeben, um die Kriege, die sie wollten, zu bekommen. In beiden Fällen verursachten die Kriege einen Zuwachs an Macht und Ansehen für das Präsidentenamt. Das Meiste der empfundenen „Größe“ beider Präsidenten resultiert aus ihrer wahrgenommenen Rolle als erfolgreiche Führer der Nation im Kriege und als Beschützer „der Freiheit und der Rechte der USA“. Zuerst will ich dieser Frage in Bezug auf die Lincoln-Regierung nachgehen. In einem späteren Kapitel will ich die selbe Frage für Präsident Franklin Roosevelt untersuchen. Gleichwohl, die Frage, die sich für beide Präsidenten stellt, ist, ob sie die Gegner provoziert haben, die „ersten Schüsse“ abzufeuern.

Die meisten Kriege werden aus wirtschaftlichen Gründen ausgefochten, aber die normale Bevölkerung würde sich wohl kaum für solche Gründe um die Fahnen scharen. Deshalb werden normalerweise andere Gründe vorgegeben, um Väter und Mütter dazu zu bringen, ihre Söhne einem ungewissen Schicksal auszu-

Theologe. Er hat von 1225 bis 1274 gelebt.

50 Richard N. Current, *Lincoln and The First Shot*, Prospect Heights, Ill., Waveland Press, 1963, Seite 7

setzen, das damit enden kann, dass sie in Leichenbergesäcken aus dem Krieg heimkehren. Aus diesem Grunde wurden beide Kriege, der Bürgerkrieg wie auch der Zweite Weltkrieg in einen Mythos eingehüllt, der vorgab, dass der Bürgerkrieg ausgefochten werden sollte, um die „Sklaverei abzuschaffen“ und der Zweite Weltkrieg, um der „Tyrannei“ oder dem „Faschismus“ zu widerstehen.

Die Untersuchung, warum die Südstaaten den „ersten Schuss“ auf Fort Sumter abgefeuert haben, führt zu der Frage, ob die Feuereröffnung des Südens auf Fort Sumter den Krieg eingeleitet hat oder ob es vorher provozierende und auslösende Handlungen von Präsident Lincoln und seiner Regierung gegeben hat, die den Süden erst veranlasst haben, das Feuer zu eröffnen.

Einer der entscheidenden Gründe dafür, dass die Südstaaten die Union verlassen wollten, war der Wunsch, ihre wirtschaftliche Ausbeutung durch die Nordstaaten zu beenden. Und einer der Hauptgründe, warum die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Nordens keine Abspaltung des Südens zuließen, war, dass sie diese Ausbeutung fortsetzen wollten. Der langanhaltende Streit über die Sklaverei zwischen dem Norden und dem Süden ging nicht um die Frage, ob die Sklaverei dort abgeschafft werden sollte, wo es sie bereits gab, sondern ob die Sklaverei in die neuen Territorien und Staaten [im Westen] ausgedehnt werden sollte. Die kleine aber lautstarke Gruppe von Sklaverei-Gegnern in den Nordstaaten war die einzige, die eine Abschaffung der Sklaverei dort forderte, wo es sie schon gab. Das hätte auch durch eine Abspaltung des Nordens erreicht werden können. Die Sklaverei-Gegner argumentierten, dass eine Abspaltung den Norden von einer Verpflichtung aus der Verfassung befreit hätte. Ein Artikel der Verfassung verlangte von den Nordstaaten, entlaufene Sklaven in die Südstaaten zurück zu schicken. Sowohl Horace Greely, Besitzer der *New York Tribune*, als auch der Sklaverei-Gegner Henry Ward Beecher sprachen sich dafür aus, „den Süden gehen zu lassen“.⁵¹ Die Gegner waren allerdings im Norden deshalb sehr

51 W. A. Swanberg, *First Blood, The Story of Fort Sumter*, New York, Charles Scribener's Sons, 1957, Seite 155

unbeliebt, weil die Abspaltung kurz vor dem Bürgerkrieg eine unpopuläre Angelegenheit geworden war, obgleich sie vorher durchaus populär gewesen war.⁵² Die Sorge des Nordens war, dass, wenn sich die Sklaverei in die neuen Staaten ausdehnen sollte, der Süden eine Stimmenmehrheit in beiden Häusern des Kongresses erlangen würde, die es ihm erlaubt hätte, sich zunehmend der Ausbeutung durch die Nordstaaten zu entziehen.

Die Vorgeschichte für den Bürgerkrieg reicht zurück bis zur Verfassungsgebenden Versammlung, in der es ein wesentlicher Streitpunkt war, ob eine einfache Mehrheit oder eine Zwei-Drittel-Mehrheit für die Verabschiedung der „Seefahrtsgesetze“ erforderlich sein sollte. Diese Gesetze schlossen auch die Bestimmungen über Zolltarife ein. Sowohl zur Zeit der Verabschiedung der Verfassung als auch zur Zeit des Bürgerkriegs bildeten die Zölle mit mehr als 80 % die Haupteinnahmequelle der amerikanischen Zentralregierung. Georg Mason, einer der Delegierten aus Virginia in der Verfassungsgebenden Versammlung, stritt für die Zwei-Drittel-Regelung mit folgendem Argument:

*„Wenn es stabile Regierungen geben soll, müssen sie aufdem Vertrauen und der Zuneigung der Bevölkerung gegründet sein, und sie müssen so gestaltet sein, dass sie diese auch behalten. Die Mehrheit wird nach ihren Interessen regiert werden. Die Südstaaten sind aber in beiden Häusern des Kongresses in der Minderheit. Es ist zu erwarten, dass sie sich mit Händen und Füßen an die Weststaaten anklammern, und dass die dann sagen können: ‚Der Herr hat sie in unsere Hände ausgeliefert‘, wie Cromwell das bei einer ähnlichen Gelegenheit ausgedrückt hat.“*⁵³

52 Siehe: David Gordon als Herausgeber, *Secession, State and Liberty*, New Brunswick, N. J., Transaction Publishers, 1998: welches die Abspaltung in Amerika gründlich behandelt und zeigt, dass beide, der Norden und der Süden, dieses „Recht“ für sich beanspruchten und mehrmals vor dem Bürgerkrieg damit gedroht haben, sich abzuspalten.

53 Gaillard Hunt and James Brown Scotts eds. *The Debates in the Federal Convention of 1787 Which Framed the Constitution of the United States of America*, Buffalo, N. Y., Prometheus Books, 1987, Band 2, Seite 485, siehe auch Seite 575 für Masons Erklärung zur Zwei-Drittel-Regelung und Seite 582 zu seiner Weigerung, die Verfassung zu unterzeichnen, wie Randolph und Gerry.

Der Delegations-Kollege aus Virginia, James Madison, ein starker Befürworter der Verfassung, der tatsächlich bis heute als „Vater der Verfassung“ gilt, widersprach Masons Forderung nach der Zwei-Drittel-Regelung und argumentierte, es werde keine Übervorteilung des Südens geben, sollte es nur zu einer einfachen Mehrheit bei den Zollgesetzen kommen.⁵⁴ Die Schlussvorlage der Verfassung, die in Philadelphia angenommen wurde, enthielt nur die Regelung mit einer einfachen Mehrheit für die Zollgesetze. Mason weigerte sich, das Dokument zu unterschreiben. Ein Autor, der diesen Streit zwischen Mason und Madison um die Zollgesetze kritisch untersucht hat, der ja später auch zum Hauptgrund für den amerikanischen Bürgerkrieg geworden ist, zeigt auf, dass Mason seinen Widerstand gegen die Verfassung selbst in der Bestätigungsversammlung in Virginia nicht aufgegeben hat und auch dort noch die Zwei-Drittel-Zustimmung für jedwede Zollgesetzgebung verlangt hat.⁵⁵

In der Zeit, als die Verfassung angenommen wurde, waren die Nordstaaten bevölkerungsreicher als die Südstaaten, aber es gab das Bestreben, das dadurch zu kompensieren, dass ein Teil der Sklavenbevölkerung bei der Gesamtbevölkerung mitgezählt werden sollte, wenn es um die Festlegung der Sitze im Repräsentantenhaus ging. Das Konzept wurde als „Föderationsquote“ bekannt. Einer der Gründe, dessentwegen die Politiker der Nord-

54 Ebenda, Seite 485

55 Siehe K. R. Constantine Gutzman, Oh, What a Tangled Web We Weave..., James Madison and the Compound Republic, *Continuity, A Journal of History* 22, 1998: 24

In unseren Tagen mit den NAFTA- und GATT-Auseinandersetzungen haben wir uns an das möglicherweise umstrittene Wesen von Handelsabkommen erinnert. Zu Madisons Zeiten waren solche Dispute noch strittiger und sogar noch erbitterter. Besonders nach der Rede Henry Clays über das „Amerikanische System“ von 1824, in der der Mann aus Kentucky völlig offen zugab, dass dieses System einen zwischenstaatlichen Transfer von Wohlstand bedeuten würde, waren Zoll-Auseinandersetzungen besonders heftig. Mason sagte in Philadelphia voraus, dass die Voraussetzung einer einfachen Mehrheit für den Erlass von Zoll-Gesetzen zu einer Ausbeutung der Südstaaten durch den Norden führen werde, wie sie später mit der Clay-Rede bekannt gemacht worden ist. Madison gab damals unmittelbar danach eine lange Erklärung ab, dass eine solche Entwicklung unmöglich wäre.

Staaten die Sklaverei ablehnten, war, dass dies den Südstaaten zu viel politische Macht verliehen hätte. Ein weiterer Faktor war, dass sich der Norden schneller an die Industrielle Revolution, die von England ausgegangen und sich über den Atlantik ausgebreitet hatte, angepasst hat. Damit war der Norden bis 1820 mehr industriell als agrar geprägt. Die neuen industriellen Arbeitsplätze führten zu einem schnellen Anwachsen der Bevölkerung im Norden, was wiederum zu weitaus mehr Abgeordneten im Repräsentantenhaus führte. Dieser Umstand wurde zum Teil wieder durch die Praxis ausgeglichen, immer gleichzeitig zwei neue Staaten in die Union aufzunehmen, einen Sklaven-Staat und einen sklavenfreien Staat. Damit blieben die Verhältnisse im Senat stabil. Die Südstaaten bemühten sich, sich auch dadurch zu schützen, dass sie hervorragende Vertreter in den Kongress entsandten, und dass sie eine enge Zusammenarbeit mit den Demokraten der Nordstaaten anstrebten.

1824 hielt Henry Clay⁵⁶ aus Kentucky seine berühmte Rede über das „Amerikanische System“. Darin gab er frank und frei zu, dass die Zölle so hoch sein sollten, dass sie die amerikanische Industrie vor der Einfuhr europäischer Manufakturwaren schützen könnte, vor allem vor Waren aus England. Die auf die importierten Güter erhobenen Zölle sollten so hoch sein, dass sich ein Käufer eher Waren aus den Nordstaaten würde leisten können, als welche aus Europa. Da der Süden fast ausschließlich eine Landwirtschaftsregion gewesen ist, mussten Südstaatler fast alle Industrieprodukte entweder aus Europa beziehen und darauf die hohen Zölle zahlen oder Nordstaaten-Produkte zu völlig überteuerten Preisen kaufen. Fast drei Viertel aller Zoll-Einnahmen der US Zentralregierung hatten damit Kunden aus dem Süden zu bezahlen. Eine andere Entwicklung, die anfang, den Norden und den Süden auseinander zu dividieren, war, dass es die Vormachtstellung der Nordstaaten zuließ, dass diese den größten Anteil der Zolleinkünfte als so genannte „Inländische Entwicklung“ für sich verbrauchten. Das waren Hafen- und

56 Anmerkung des Übersetzers: Henry Clay war amerikanischer Jurist und Politiker und von 1825 bis 1829 amerikanischer Außenminister.

Kanalbauten, in ihrer Wirkung ein genossenschaftliches Wohlfahrtsprogramm für die Nordstaaten. Der Norden beanspruchte ein Recht auf diese Gelder. Er bezog sich dabei auf die „Allgemeine Wohlfahrts-Klausel“ der Verfassung. Der Süden hielt dagegen, dass dies eine missbräuchliche Auslegung des Sinnes dieser Klausel wäre. Die „Inländische Entwicklung“ war auch ein Hauptbestandteil von Henry Clays „Amerikanischem System“, das in Wirklichkeit nur eine Verfilzung von US-Regierung mit den Geschäftsinteressen des Nordens bildete.

1828 hatte der Norden so viel politische Macht, dass er ein Gesetz über extrem hohe Schutzzölle durchsetzen konnte. Sie sind als die „Abscheulichkeitsgebühr“ bekannt geworden. Dies führte 1832 in Süd Carolina unter Führung von John C. Calhoun zur „Annullierungs-Bewegung“. Süd Carolina erklärte den Zoll für nichtig und innerhalb von Süd Carolina für ungültig. Eine anschließende Senkung dieses Zolls durch den Kongress löste das Problem allerdings nur vorübergehend. Die Hafenstadt Charleston in Süd Carolina war der Mittelpunkt der ganzen Auseinandersetzung, weil das dortige Fort Sumter die meisten Zollgebühren einzutreiben hatte. Fort Sumter, mit einer Besatzung von Föderationstruppen, lag am Hafenzugang Charlestons, mitten in der Mündung von drei Flüssen. Dort war der Platz, an dem die Zentralregierung in Washington die meisten Zolleinnahmen für die Wareneinfuhr in die Südstaaten erzwingen konnte. Die Zollgebühren blieben bis zum Bürgerkrieg ein heikles Problem zwischen dem Norden und dem Süden. Henry Clay blieb bis zu seinem Tode 1852 sowohl der Anstifter als auch der Schlichter des Problems.⁵⁷

57 Für eine vollständige Erörterung des Zoll-Problems empfiehlt der Autor die Lektüre der drei Bücher von Charles Adams: "For Good and Evil, The Impact of Taxes on the Course of Civilization" und "Those Dirty Rotten Taxes, The Tax Revolts that Built America" und "When In The Course of Human Events, Arguing the Case for Southern Secession" sowie von Kenneth M. Stampp: "And the War Came, The North and the Secession Crisis" sowie von Phillip S. Foner: "Business and Slavery".

Die neue, erst 1854 gegründete Republikanische Partei verabschiedete 1860 ein Grundsatzprogramm, das ausdrücklich einen hohen Schutzzoll und „Inländische Entwicklung“ verlangte. Das bedeutete eine direkte Gefahr für die Südstaaten. Lincoln stand vor und nach seiner Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Republikaner voll hinter diesem Programm. Lincoln gewann die Wahl mit weniger als 40 % der Wählerstimmen und mit nur 18 Stimmen der 33 Staaten. Er bekam die Stimme keines einzigen Südstaats. Obwohl Lincolns Haltung zu den Zöllen und zur „Inländischen Entwicklung“ ein beunruhigendes Zeichen seiner wirtschaftlichen Vorstellungen war, hoffte man im Süden, er werde sich einer Abspaltung der Südstaaten nicht widersetzen. Während Lincolns Wahlperiode im Kongress hatte er sich in Reden gegen den Amerikanisch-Mexikanischen Krieg von 1846 ausgesprochen und das Recht auf Abspaltung als ein Mittel des Protestes gegen den Krieg bezeichnet. Diese Drohungen mit Abspaltung waren nicht nur vom Süden wegen der Zölle, sondern auch mehrfach vom Norden, insbesondere von Neu England ausgestoßen worden: 1803 bei der Louisiana-Erwerbung, 1812 bei der Hartford-Versammlung im Protest gegen den Krieg von 1812 und dann zur Zeit des Krieges gegen Mexiko.⁵⁸ Lincoln erklärte seine ausdrückliche Anerkennung des Rechts auf Abspaltung 1847 wie folgt:

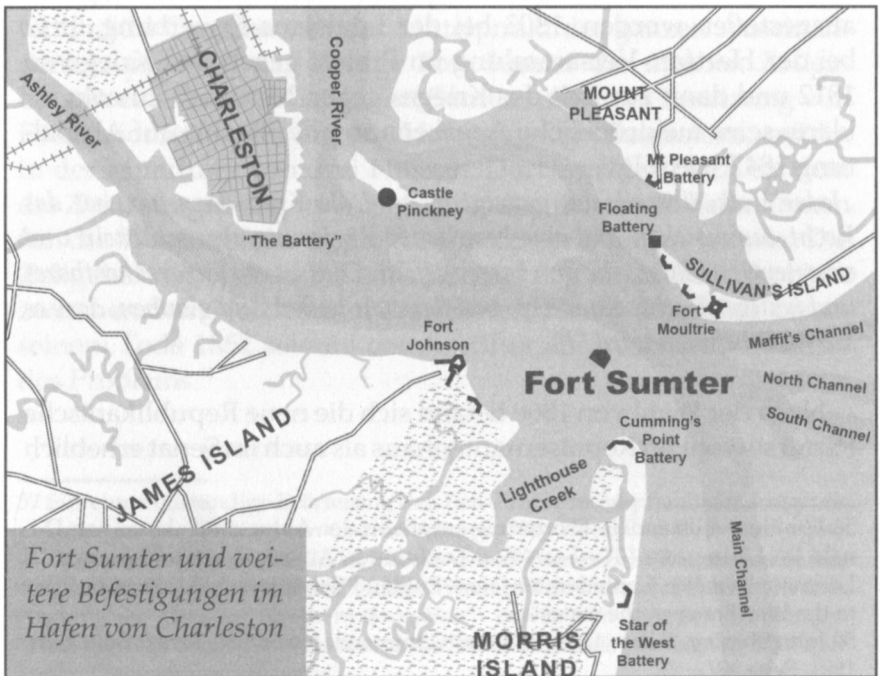
„Jedes Volk, überall, das geneigt ist und die Kraft dazu hat, hat das Recht, aufzustehen und eine bestehende Regierung abzuschütteln und eine neue zu bilden, die ihm besser gefällt. Dies ist ein äußerst kostbares und heiliges Recht, ein Recht, von dem wir hoffen und glauben, dass es die Welt befreien wird.“⁵⁹

Nach der Wahl von 1860 befand sich die neue Republikanische Partei sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat erheblich

58 Für eine vollständige Erörterung empfiehlt der Autor die Lektüre von Donald W. Livingston: "The Secession Tradition in America" und Thomas J. Di Lorenzo: "Yankee Confederates, New England Secessionists Movement Prior to the War Between the States".

59 John Shipley, Tilley, Lincoln Takes Command, Nashville, Tenn., Bill Coats, 1991. Seite XV

in der Minderheit, und sie konnte nur einen der Richtersitze im Obersten Bundesgericht beanspruchen. Die neue Partei bestand aus ein paar Gegnern der Sklaverei und früheren Demokraten, in der Überzahl jedoch aus früheren Nationalliberalen wie Lincoln, die für eine zentralistische Regierung der Union, für hohe Schutzzölle und für eine großzügige Auslegung der Verfassung eintraten. Außerdem stand die Partei für eine enge Verbindung zwischen den Großunternehmen des Nordens und der Regierung. Das sollte eine Expansion der Unternehmen in den Westen fördern und, falls nötig, auch in andere Länder.



Die Bedeutung von Fort Sumter

Kaum, dass Lincoln gewählt war, zog Süd Carolina wieder die Aufmerksamkeit wegen der Zölle auf sich. Es gab drei Forts der Zentralregierung im Hafen von Charleston, also auf dem Territorium Süd Carolinas. Es war [unter anderen] Fort Sumter, das mit seiner Lage mitten vor der Hafeneinfahrt die Hauptstation war, um die Zölle einzuziehen. Für den Fall, dass sich Süd Carolina von der Union lossagte, war es für den Südstaat dringend erforderlich, das Fort auf seinem Gebiet von der Union zurück zu verlangen. Als Süd Carolina der Union beigetreten war, war Fort Sumter nämlich der Union geschenkt oder zur Treuhandschaft übergeben worden. Das Fort war überdies die letzte Verteidigungsbastion zum Schutz des Hafens und der Stadt von Charleston vor äußeren Feinden. Wer Fort Sumter in der Hand hatte, beherrschte auch Charleston, eine Schlüsselregion des Südens.

Am 9. Dezember 1860 trafen sich alle Kongressabgeordneten aus Süd Carolina bei Präsident Buchanan⁶⁰ in Washington. Der Präsident gab ihnen das Versprechen, dass er keinen Schritt zur weiteren Verstärkung von Fort Sumter unternehmen werde.⁶¹ Was die Südstaatler nicht wussten, war, dass der schon gewählte, zukünftige Präsident Lincoln, der sein Amt nicht vor dem 4. März 1861 antreten sollte, bereits am 12. Dezember Verbindung mit dem Generalstabschef General Winfield aufgenommen und ihm befohlen hatte, alle Forts im Süden zu halten und notfalls zurück zu erobern.⁶² Bald darauf, am 20. Dezember 1860, war es Süd Carolina, das als erster Bundesstaat die Union verließ. Sechs Tage später verlegte Major Anderson, der Kommandant von Sumter, auf eigene Initiative seine Unionstruppen vom na-

60 Anmerkung des Herausgebers: James Buchanan war der 18. Präsident der USA von 1857 bis 1861.

61 John Shipley, Tilley, *Lincoln Takes Command*, Nashville, Tenn., Bill Coats, 1991. Seite 121

62 Ebenda, Seiten 105f

hen Fort Moultrie⁶³ nach Fort Sumter. Das rief einen Aufschrei der Empörung im ganzen Süden hervor. Senator Jefferson Davis aus Mississippi behauptete sogar, dies wäre ein offener Kriegsakts von Seiten des Präsident Buchanan. Der aber entgegnete wahrheitsgemäß, dass er die Verstärkung von Fort Sumter nicht angeordnet hätte.⁶⁴ Der Gouverneur von Süd Carolina Pickens beschwerte sich bei Buchanan und erhielt noch einmal die Versicherung, dass es keine weitere Verstärkung für irgendein Fort in Süd Carolina geben werde, besonders nicht für Fort Sumter.⁶⁵

Major Anderson schrieb am 26. Dezember 1860 einen Brief an seinen Vorgesetzten in Washington und meldete, dass er einen Jahresvorrat an Sanitätsmaterial sowie Verpflegung für etwa vier Monate auf Lager hätte, was bis zum 26. April 1861 reichen würde.⁶⁶ Der Verpflegungsvorrat war der, den er in Fort Sumter zur Verfügung hatte. Aber Anderson entwickelte auch schnell ein gutes Verhältnis zum Bürgermeister von Charleston und zu den Kaufleuten daselbst, so dass er von da an täglich mit Nahrungsmitteln von Lebensmittelhändlern und Metzgern vor Ort versorgt wurde. Daher gab es für Anderson und seine Truppe bis unmittelbar vor der Beschießung von Fort Sumter kein Risiko zu hungern. Nach Andersons Truppenumzug nach Fort Sumter trat Kriegsminister Floyd zurück und behauptete, dass Andersons Aktionen ein Zeichen des Mißtrauens gegen die Buchanan-Regierung wären. Er könnte das nicht weiter unterstützen.⁶⁷

Vor der Fortsetzung der Geschichte um Fort Sumter ist es nötig, einen Blick auf das andere Fort zu werfen, das in der Nord-Süd-Auseinandersetzung eine Schlüsselrolle eingenommen hat. Das war zu der Zeit Fort Pickens in der Pensacola Bucht in Florida. Dieser Blick wirft ein Licht auf Lincolns Absichten und

63 Anmerkung des Herausgebers: Fort Moultrie liegt an der Zufahrt nach Charleston dem Fort Sumter in knapp 2 Kilometer Entfernung am anderen Ufer gegenüber.

64 Ebenda, Seitello

65 Ebenda, Seite 122

66 Ebenda

67 Ebenda, Seite 126

Handlungen in Bezug auf Fort Sumter. Pickens war in erster Linie keine Zollstation, sondern eine für den Süden der USA und die ganze Föderation äußerst wichtige Militäranlage.

Der Bundesstaat Florida trennte sich am 10. Januar 1861 von der Union. Am 15. Januar forderten der ehemalige Senator Stephen Mallory und sein Gouverneur von Präsident Buchanan die Rückgabe des Forts an Florida und den sofortigen Abzug der konföderierten Truppen. Nach vielen Auseinandersetzungen und Drohungen von beiden Seiten, sowohl von Florida als auch von der Buchanan-Regierung, gab es am 29. Januar einen offiziellen Waffenstillstand. Das Abkommen sah vor, dass Fort Pickens beim Norden bleiben könnte und nicht beschossen werden würde, wenn die Fortbesatzung nicht verstärkt würde. Das sollte Zeit verschaffen, um die anderen Streitpunkte der Konfliktparteien auszuräumen.

Nach seiner Amtseinführung am 4. März 1861 verletzte Lincoln diesen Waffenstillstand. Er gab am 11. und 12. März heimlich Order, Verstärkungen nach Fort Pickens in Marsch zu setzen. Der Befehl dazu war eigentlich von General Winfield Scott unterzeichnet, der unter der Regierung Lincoln die selbe Stellung inne hatte, die er schon unter Buchanan bekleidet hatte, nämlich er war der Oberkommandierende des US Heeres. Als der Kommandant von Fort Pickens, Kapitän der US Marine Adams, im März 1861 den Befehl von General Scott erhielt, Boote zu einem Kriegsschiff, das unweit des Hafens ankerte, zu entsenden, um Verstärkungen an Bord zu nehmen und ins Fort zu holen, verweigerte er die Ausführung des Befehls. Adams, der die Bedingungen des Waffenstillstands sehr gut kannte, dachte, dass es sich um ein Missverständnis der neuen Regierung handeln müsste. Er wusste, dass eine Verstärkung seiner Fort-Besatzung ohne vorherige Provokation durch den Süden eine eindeutige Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen bedeuten würde. Ihm war völlig klar, dass schon dieser Bruch des Waffenstillstands allein einen Krieg auslösen würde. Außerdem war er als Offizier der Marine nicht gewillt, einen Befehl vom Chef des Heeres zu

akzeptieren. Also schickte er eine Nachricht zurück, er bäte um eine Klärung durch seinen Marine-Vorgesetzten.⁶⁸

Am 1. April erließ Präsident Lincoln eine Reihe von Geheimbefehlen, die Truppe in Fort Pickens zu verstärken. Einige der Befehle wurden unter seinem Namen ausgefertigt, andere im Namen des Marineministers Gideon Wells. Captain M.C. Meigs, der dabei war, als der Präsident die Weisungen zur Fort-Verstärkung gab, schilderte seine Gedanken zu den von ihm miterlebten Ereignissen in einem Brief am 6. April:

„Während die bloße Verlegung von ein paar Leuten nach Fort Pickens nur eine kleine Angelegenheit zu sein scheint, ist die Eröffnung dieses Vorgangs eine große. Wenn dieser Verlegung keine Marinekräfte und reichlich Versorgungsgüter folgen ... wird sie ein Fehlschlag werden. Das ist der Anfang eines Krieges.“⁶⁹

Captain Meigs erkannte, dass der Akt der Truppenverstärkung eine Kriegshandlung war, die den Waffenstillstand zwischen den USA und Florida gebrochen hätte. Er sah, dass der Präsident hiermit heimlich einen Krieg begonnen hatte, ohne den Kongress zuvor zu konsultieren. Die Kriegsschiffe des Nordens liefen in den Pensicola Hafen ein. Aber weil die Landung der Verstärkung nicht vor Dunkelheit der Nacht des 12. April stattfand, wurde sie von den Süd-Truppen nicht vor dem nächsten Morgen entdeckt. Danach verhandelten die Kommandeure beider Seiten erst einmal bis zum 17. April. Dann erst fiel der erste Schuss.⁷⁰

Später, nachdem der Krieg begonnen hatte, und Lincoln am 4. Juli eine Rede vor dem Kongress gehalten hatte, verlangte der Kongress in einer schriftlichen Anfrage vom 19. Juli die Vorlage des Waffenstillstands-Dokuments von Fort Pickens. Präsident Lincoln schickte Marineminister Wells mit einer schriftlichen Antwort vom 30. Juli in den Kongress. In der Antwort lehnte

68 Ebenda, Seiten 48-52

69 Ebenda, Seite 63

70 Ebenda, Seite 75

Lincoln ab, dem Kongress das verlangte Dokument aushändigen zu lassen. Er beanspruchte Immunität als Regierungschef und erklärte, „*es wäre davon auszugehen, dass die Erteilung der erbetenen Auskunft zur Zeit nicht im öffentlichen Interesse läge.*“⁷¹

Zurück zur weiteren Entwicklung in Fort Sumter. Ein entscheidendes Ereignis geschah am 9. Januar, noch zur Buchanan-Zeit. Ohne Ankündigung und ohne Wissen von Major Anderson in Fort Sumter, lief das Handelsschiff STAR OF THE WEST mit Kurs auf das Fort in den Hafen von Charleston ein. Die Südcaroliner hatten kurz zuvor erfahren, dass sich unter Deck des Schiffs 200 bewaffnete Soldaten versorgt mit Munition und Nachschub an Bord befanden. Sie feuerten dem Schiff deshalb einen Warnschuss vor den Bug. Die STAR OF THE WEST drehte daraufhin ab und verließ das Gewässer vor Charleston. Innenminister Thomson räumte wegen dieses Vorfalls seinen Posten in der Buchanan-Regierung. Er erklärte, dass dies Vorgehen ein Zeichen für die Täuschungsabsicht der Regierung wäre.⁷² Präsident Buchanan behauptete erneut, dass der Landungsversuch von Verstärkungstruppen für Fort Sumter ohne seine Ermächtigung unternommen worden wäre, aber in Wirklichkeit hatte er den Versuch zunächst genehmigt, und dann vergebens versucht, den Befehl dazu zu widerrufen.⁷³ Am 12. Januar verlangte der Gouverneur von Süd Carolina Pickens erneut die Rückgabe des Forts, aber Präsident Buchanan erklärte, er wäre dazu nicht befugt.⁷⁴

Obwohl die Festung ursprünglich ein Geschenk Süd Carolinas an die Union gewesen war, war der Bundesstaat nun dazu bereit, den vollen Marktwert für das Land und alle Einrichtungen darauf für die Rückkehr des Forts an Süd Carolina und den Abzug der Unions-Truppen zu bezahlen. Gouverneur Pickens ließ gegenüber Buchanan und seiner Regierung zur gleichen Zeit

71 Ebenda, Seite 92

72 Ebenda, Seite 156

73 Swanberg, First Blood: the Story of Fort Sumter, Seiten 121, 123, 127 und 145

74 Tilley, Lincoln Takes Command, Seiten 149-151

keinen Zweifel aufkommen, dass jeder weitere Versuch eines Schiffs, Truppen in Fort Sumter anzulanden, die sofortige Feuereröffnung auf das Schiff und auf Fort Sumter nach sich ziehen würde. Diese Drohung wurde bald darauf allgemein bekannt.⁷⁵ Desgleichen wurde in der Auseinandersetzung mit Buchanan klargestellt, dass schon jeder weitere Versuch, Schiffe mit Verstärkungen zu schicken, als Kriegshandlung angesehen und nicht geduldet würde.⁷⁶

Am 4. Februar 1861 übernahm die konföderierte Südstaatenregierung die Zuständigkeit für alles Unionseigentum im Süden, was auch die zwei Forts Sumter und Pickens einschloss.⁷⁷ Am 6. Februar bestätigte Präsident Buchanan den auf Fort Pickens bezogenen Waffenstillstand mit der Verpflichtung, dass es keine weiteren Versuche geben werde, die Fort-Besatzung zu verstärken. Wie er schon vorher versichert hatte, sollte das auch auf Fort Sumter zutreffen. Im Gegenzug war zugesichert worden, dass die Forts nicht beschossen würden, solange keine neuen Verstärkungsversuche unternommen würden.

Am 7. Februar wurde ein gewisser Kapitän zu See a. D. Gustavus Fox bei der Buchanan-Regierung und bei General Winfield Scott mit einem geheimen Plan vorstellig, wie man Fort Sumter erfolgreich verstärken könnte. Der Plan erforderte ein nächtliches Unternehmen mit mehreren Hafenschleppern voraus, die Walfangschiffe voll Soldaten und Nachschubgüter in die Charleston-Bucht ziehen sollten, denen dann mehrere Kriegsschiffe mit weiteren Soldaten folgen würden. General Scott stellte Fox dem Kriegsminister Holt vor, der den Plan für gut befand. Aber schon am nächsten Tag musste Scott Kapitän Fox davon in Kenntnis setzen, dass die Buchanan-Regierung im Begriff war, alle Pläne aufzugeben, Sumter zu verstärken.⁷⁸

75 Ebenda, Seite 152

76 Ebenda

77 Ebenda, Seite 154

78 Ebenda, Seite 153

Lincoln und die Sklavenfrage

Am 2. März unterschrieb Präsident Buchanan das Morrill-Zollgesetz⁷⁹ mit den höchsten Zöllen der amerikanischen Geschichte. Bis Anfang 1862 erreichte der Zolltarif damit eine Höhe von 47,06 % auf den Durchschnitt aller eingeführten Waren.⁸⁰ Der Morrill-Zoll blieb der Eckpfeiler der republikanischen Zollpolitik bis in das 20. Jahrhundert. Präsident Buchanan stammte aus dem Bundesstaat Pennsylvania, einem traditionellen Hoch-Zoll-Staat. Obwohl er zwei Tage später aus dem Amt schied, wollte er seine politische Karriere mit der Unterzeichnung dieses Gesetzes krönen, das zwar in Pennsylvania beliebt war, aber bedrohlich für die Südstaaten. Zwei Tage danach, am 4. März, sah die Nation der Antrittsrede des Präsidenten Lincoln mit großen Erwartungen entgegen. Lincoln sprach in ihr die Sklaven-Frage direkt und offen an und zitierte dabei aus einer seiner früheren Reden:

„Ich habe keine Veranlassung, direkt oder indirekt in den Gebrauch der Sklaverei einzugreifen, wo es sie bisher gibt. Ich glaube, dass ich keine gesetzliche Befugnis dazu habe. Ich habe auch keine Neigung, es zu tun.“⁸¹

Lincoln hatte auch von seinen Kabinettsmitgliedern eine eidliche Versicherung verlangt, dass sie der Verfassung Geltung verschafften, besonders der Bestimmung über flüchtige Sklaven, die den Norden verpflichtete, geflohene Sklaven in den Süden zurückzuschicken.⁸² Lincoln versprach in seiner Rede ausdrücklich, dieser Bestimmung Nachdruck zu verleihen. Der Historiker David Potter führt dazu weiter aus:

„Lincoln kam in seiner Rede später noch einmal auf die Frage des verfassungsmäßigen Schutzes der Sklaverei in den Vereinigten Staaten zurück. Er wies auf die 13. Verfassungsänderung hin, die gerade den

79 Anmerkung des Herausgebers: Das Gesetz ist nach dem Abgeordneten im Repräsentantenhaus Anson Morrill benannt.

80 Frank Taussig, *The Tariff History of the United States*, New York, Putnam, 1931, Seite 167

81 David M. Potter, *Lincoln and His Party in the Secession Crisis*, Baton Rouge, Louisiana State University Press, 1995, Seite 321

82 John Nevin, Gideon Welles, *Lincoln's Secretary of Navy*, Baton Rouge, Louisiana State University Press, 1994, Seite 311

Kongress passiert hatte, und die die Sklavenhaltung in den Staaten garantierte. Er fügte noch hinzu, dass er, obwohl er sich nur über die Grundzüge seiner Politik äußern wollte und nicht über Einzelfragen, doch sagen wollte, dass er - um eine solche Verfassungsgarantie zu halten - keine Scheu habe, dies explizit und unwiderruflich zum Ausdruck zu bringen."⁸³

Präsident Lincoln hatte damit die Sklaverei völlig aus den Auseinandersetzungen zwischen Nord und Süd ausgeklammert. Er tat das mit dem Versprechen, der „Sklaven-Flucht-und-Rückführ-Klausel“ in der Verfassung Geltung zu verschaffen, die entsprechende Verfassungsänderung zu unterstützen und die Sklaverei ausdrücklich zu schützen. Der Schutz der Sklavenhaltern war in der ursprünglichen Verfassung nur an drei Stellen erwähnt. Das waren die „Sklaven-Flucht-und-Rückführ-Klausel“, das Verbot des Sklavenhandels und die Klausel mit der „drei-Fünftel-Quote“⁸⁴.

Die Verteidiger Lincolns erklärten die folgenden Hinweise gegenüber den Südstaaten in dieser Antrittsrede damit, dass er lediglich deutlich machen wollte, dass er Frieden anstrebt und nicht Krieg:

*„Meine unzufriedenen Landsleute, das augenblickliche Problem eines Bürgerkriegs liegt in Ihren Händen, nicht in meinen. Die Regierung will Sie nicht angreifen. Es wird keine Kämpfe geben, wenn Sie nicht selbst angreifen.“*⁸⁵

Der Mythos, der Lincoln umgibt, bezieht sich gewöhnlich auf dieses Zitat, um damit zu belegen, dass Lincoln alles in seiner Macht Stehende getan hat, einen Krieg zu verhindern. Unmittelbar nach dieser Antrittsrede fassten die Südstaatler Lincolns Worte allerdings als Kriegserklärung auf, obwohl der Präsident nichts erwähnt hatte, was die Sklaverei im Süden bedroht hätte.

83 Potter, Lincoln and His Party in the Secession Crisis, Seite 321

84 Anmerkung des Herausgebers: Die Zahl der Sitze im US Repräsentantenhaus wurden für die US Bundesstaaten nach ihrer Einwohnerzahl bemessen. Sklaven zählten dabei als drei-fünftel Personen mit.

85 Charles W. Ramsdell, Lincoln and Fort Sumter, The Journal of Southern History 3, Southern Historical Association, February-November 1937, Seite 264

Es muss also andere Bemerkungen in dieser Rede gegeben haben, die die Südstaatler zu ihrer Auffassung gebracht haben, Lincoln hätte eine Kriegserklärung ausgesprochen. Wir finden diese Bemerkungen in seiner Rede:

„Die Macht, die mir übertragen ist, soll genutzt werden, das Eigentum und die Plätze, die der Regierung gehören, zu halten, zu besetzen und zu besitzen, und um die Abgaben und Steuern einzuziehen. Aber jenseits dessen, was dazu nötig ist, wird es keine Einmärsche und keine Gewaltanwendung an irgendeinem Ort gegen oder unter der Bevölkerung geben.“

Senator Wigfall aus Texas kündigte Gouverneur Pickens gleich nach der Rede an, dass diese früher oder später Krieg bedeute, und dass die Regierung höchstwahrscheinlich keine Zeit verlieren werde, Verstärkungen nach Fort Sumter in Marsch zu setzen.⁸⁶ Ein anderer prominenter Südstaatler L. Q. Washington, der die Rede in Washington D. C. mit angehört hatte, schrieb dem Kriegsminister der Konföderierten Leroy Walter einen Brief, in dem er Wigfalls Meinung bestätigte, die zweifelsohne auch der Meinung der anderen Kabinettsmitglieder der Konföderierten entsprach. In dem Brief steht:

„Wir alle, die wir die Antrittsrede Lincolns zusammen sorgfältig durchgegangen sind, legen seine Worte in derselben Weise aus. Wir stimmen darin überein, dass Lincoln die Absicht hat, sofort zu versuchen, die Staatseinkünfte einzutreiben, die Forts Sumter und Pickens zu verstärken und zu behalten und die anderen Plätze zurückzuerobern.

Wir nehmen an, dass diese Pläne sofort in die Tat umgesetzt werden sollen. Ich hörte, dass fünf oder sechs Schiffe der Marine fertig zum Auslaufen im New Yorker Hafen liegen. Der US Dampfer PAWNEE lief neulich aus Philadelphia kommend ein. Er ist voll versorgt und kann jederzeit in See stechen.“⁸⁷

Außerdem verleugnete Präsident Lincoln in seiner Antrittsrede seinen früheren Standpunkt aus dem Kriege gegen Mexiko, dass eine Abspaltung ***„ein äußerst kostbares und heiliges Recht“*** ei-

86 Tilley, Lincoln Takes Command, Seite 163

87 Ebenda, Seiten 163f

nes jeden Bundesstaates der Union wäre. Nun hatte er verkündet, dass „*kein Bundesstaat nur aus eigenen Beweggründen rechtmäßig die Union verlassen könnte.*“⁸⁸ Später, während des Bürgerkriegs, erkannte Lincoln das Recht von 49 Landkreisen wieder an, sich von Virginia abzuspalten und den neuen Bundesstaat West Virginia zu gründen. Die Bildung eines neuen Bundesstaats auf diese Weise verstieß gegen Artikel V, Absatz 3 der Verfassung. Aber sie fand trotzdem statt, nur wegen des Loyalitätsversprechens der Bürger West Virginias. Diese Abspaltung brachte zwei neue Senatoren und etliche zusätzliche Abgeordnete, die auf Lincolns Seite standen.

Mit Zustimmung des Konföderierten Kongresses berief der Präsident der Südstaaten Davis⁸⁹ drei „Bevollmächtigte für Verhandlungen mit der Union“ über alle Streitfragen zwischen den zwei Regierungen im Norden und im Süden.⁹⁰ Die Berufungen fanden am 25. Februar statt und [die Bevollmächtigten] erreichten Washington am 5. März, dem Tage nach Lincolns Amtseinführung. Die Konföderierte Regierung bot der Washingtoner Regierung an, ihren Teil der Staatsschulden der Union zu übernehmen und einen fairen Marktpreis für alles Staatseigentum im Bereich der Südstaaten zu bezahlen. Sie ersuchte außerdem, ihre Anerkennung als unabhängige Regierung neben der Lincoln-Regierung. Präsident Davis legte dar, dass der Süden nur allein gelassen werden wollte, und dass er keinerlei Gefahr für die bestehende Regierung in Washington bedeute: „Wir streben keine Eroberung, keine Vergrößerung und keine weiteren Entgegenkommen irgendwelcher Art an. ...Wir bitten nur, allein gelassen zu werden.“⁹¹

88 Potter, Lincoln and His Party in the Secession Crisis, Seite 322

89 Anmerkung des Herausgebers: Jefferson Davis war von 1861 bis 1865 der 1. und einzige Präsident der Konföderierten Staaten.

90 Ramsdell, Lincoln and Fort Sumter, Seite 264

91 William C. Davis, A Government of Our Own, The Making of the Confederacy, New York, The Free Press, 1994, Seiten 340f

Lincolns heimliche Kriegsvorbereitungen

Präsident Lincoln lehnte es ab, die drei Bevollmächtigten zu empfangen und irgendwelche Friedensbedingungen zu verhandeln. Er weigerte sich vor allem, die Konföderierte Regierung anzuerkennen. In Bezug auf Fort Sumter verhandelte er ausschließlich mit Gouverneur Pickens in Süd Carolina. Die Bevollmächtigten bekamen keine Gelegenheit, Präsident Lincoln persönlich zu sprechen. Und wie später noch im einzelnen gezeigt wird, mussten ihre Verhandlungen über zwei der Obersten Bundesrichter und über Außenminister Seward laufen, der sie glauben machte, er spräche für die Lincoln-Regierung.

Mittlerweile, und zwar am 9. März, beauftragte Präsident Lincoln seinen Ersten Militärischen Berater, General Winfield Scott, erstens Major Andersons Lage in Fort Sumter zu ermitteln, und ihn zweitens über die Realisierbarkeit einer Verstärkung der dortigen Besatzung zu unterrichten. Das Tagebuch des Generalstaatsanwalts Edward Bates verrät, dass am selben Tag, dem 9. März, eine Kabinettsitzung zur Frage stattfand, ob das Entsenden von militärischen Verstärkungen nach Charleston überhaupt erstrebenswert wäre. Die Vertreter von Heer und Marine trugen ihre Auffassungen vor, die von Bates mit folgenden Worten in seinem Tagebuch festgehalten worden sind: **„Die Marineleute haben mich überzeugt, dass das Ding zu machen ist, doch dass das fast sicher den Beginn eines Kriegs bedeuten würde. Ich bin Willens, dem militärischen Rat zu folgen und Fort Sumter zu evakuieren.“**⁹² Dennoch hat Präsident Lincoln, wie wir schon bemerkt haben, General Scott am 11. März die Weisung erteilt, Fort Pickens zu verstärken, die Weisung, die Kapitän zur See Adams zu befolgen, sich geweigert hatte. Ebenfalls am 11. März telegraphierte Senator Wigfall aus Texas an General Beauregard und teilte ihm mit, dass in Washington die Ansicht vorherrschte, es hätte eine Kabinettsitzung mit der Entscheidung stattgefunden, Anderson anzuweisen, Fort Sumter binnen fünf Tagen zu verlassen.⁹³

92 Tilley, Lincoln Takes Command, Seite 165

93 Ebenda

Am 12. März sah Generalpostmeister Blair seinen Schwager, den pensionierten [bereits erwähnten] Marineoffizier Gustavus Fox und drängte ihn, Präsident Lincoln persönlich aufzusuchen und ihm seinen Verstärkungs-Plan vorzutragen, den Plan, der bereits unter der Buchanan-Regierung abgelehnt worden war.⁹⁴ Nachdem Lincoln den Fox-Plan und die Ratschläge seiner militärischen Berater angehört hatte, einschließlich die der Generale Scott und Totten, rief der Präsident das Kabinett für den 15. März erneut zusammen. Da ließ er alle Kabinettsmitglieder einzeln und schriftlich zu Papier bringen, was in Bezug auf Sumter unternommen werden sollte. Alle Mitglieder des Kabinetts, außer Generalpostmeister Blair, widersprachen schriftlich einer militärischen Verstärkung von Fort Sumter. Anders Blair; der Generalpostmeister bot seinen Rücktritt für den Fall an, dass der Fox-Plan abgelehnt würde.⁹⁵ Außenminister Seward, der allgemein als die Nummer Zwei der USA nach Lincoln galt, widersetzte sich konsequent jeder Verstärkung von Fort Sumter, weil er der Überzeugung war, dass das einen Krieg mit den Südstaaten auslösen würde. Seine schriftlichen Ausführungen für den Präsidenten enthielten die Sätze:

„Angenommen, die Unternehmung hätte Erfolg, dann besäßen wir eine Garnison in Fort Sumter, die Angriffen sechs Monate widerstehen könnte. Was käme danach? Sollen wir dann das Artilleriefeuer eröffnen und versuchen, die Verteidigungsanlagen von Charleston zu zerschießen? ... Sollte ich gefragt werden, ob ich in keinem Fall und zu keiner Zeit Gewalt anwenden würde, ob ich vorschlagen würde, alles aufzugeben? Ich sagte Nein! Ich würde aber keinen Krieg auslösen, um eine nutzlose und unnötige Stellung auf dem Boden der abgefallenen Südstaaten zurückzuerobern.“⁹⁶

Schatzminister Chase schrieb in seiner Aufzeichnung für den Präsidenten:

94 Ebenda, Seite 166

95 Ebenda, Seite 167

96 Edgar Lee Masters, Lincoln, The Man, Columbia, South Carolina, Foundation for American Education, 1997, Seite 392

„Wenn der Versuch einen Bürgerkrieg entflammt und dabei die sofortige Einberufung von Truppen und die Ausgabe von Millionen verursacht, kann ich unter den bestehenden Verhältnissen des Landes und der augenblicklichen Finanzlage nur abraten.“⁹⁷

Kriegsminister Cameron riet mit folgendem Wortlaut gegen die Verstärkung von Sumter:

„Was auch immer noch im letzten Monat hätte getan werden können, jetzt liegt leider zu deutlich auf der Hand, dass das Ziel ohne unangemessene Opfer an Menschenleben und Finanzen nicht mehr erreicht werden kann. Und da die Aufgabe des Forts in ein paar Wochen früher oder später eine unvermeidliche Notwendigkeit ist, scheint es mir, je früher desto besser ...“⁹⁸

Das Unternehmen, das Herr Fox vorgestellt hat, so ernst es gemeint und so kompetent es vorgetragen worden ist, hätte einen Anspruch auf mein wohlwollendes Urteil, wenn ich und so viele honorige militärische Fachleute nicht der Ansicht wären, dass der Versuch, es in die Tat umzusetzen, einen blutigen und langandauernden Konflikt auslösen würde.“⁹⁹

Marineminister Wells widersprach sowohl der Verschiffung von Versorgungsgütern als auch der Verstärkung der Truppe. Er erklärte:

„Lösen wir keinen Krieg aus, wenn wir Lebensmittel nach Sumter schicken oder es versuchen? Das mag ja bei jeder Politik, die man verfolgen kann, unvermeidlich sein, aber ich bin nicht bereit, zu einem Gang der Dinge zu raten, der den Ausbruch von Feindseligkeiten provoziert. Es scheint mir nicht gut für die Würde, die Stärke und die Art unserer Regierung zu sein, wenn wir versuchen, Fort Sumter in der vorgeschlagenen Weise zu versorgen, selbst wenn es gelingt. Sollte es fehlschlagen, würde eine unabsehbare Katastrophe folgen.“¹⁰⁰

Auch Generalstaatsanwalt Bates war mit seinem Text gegen den Plan:

97 Ebenda

98 Ebenda, Seiten 392f

99 Tilley, Lincoln Takes Command, Seite 171

100 Masters, Lincoln, The Man, Seite 393

„Der Besitz des Forts, so wie wir es jetzt haben, versetzt uns nicht in die Lage, Zölle einzuziehen oder die Gesetze der Handelsschiffahrt durchzusetzen. Es mag tatsächlich eine Frage der Ehre oder des Stolzes sein, aber ich kann keinen Gewinn von nationalem Interesse im bloßen Besitz des Forts erkennen, so wie wir es jetzt in der Hand haben.“¹⁰¹

General Scott und General Totten erschienen beide zur Kabinettsitzung, und Scott überreichte eine Denkschrift mit seiner militärischen Stellungnahme. Er lehnte nicht nur den Fox-Plan ab, sondern er riet auch, die Forts Sumter und Pickens unverzüglich zu räumen. Er erklärte außerdem, dass der Plan des Kapitäns Fox mit seinem bloßen Versuch, sich dem Fort mit Schiffen zu nähern, unweigerlich zu einer Auseinandersetzung führen würde.¹⁰² Ergänzend wies Scott darauf hin, dass, selbst wenn der Plan Erfolg hätte, die Nordstaaten nicht in der Lage sein würden, das Fort für eine nennenswerte Zeit zu halten. General Scott war auch der Meinung, dass eine Aufgabe der Forts Sumter und Pickens die übrigen acht Sklavenhalter-Staaten, die sich bisher nicht von der Union losgesagt hatten, tief beeindruckt würde. Das könnte sie bewegen, in der Union zu bleiben.¹⁰³

Präsident Lincoln nahm die Ratschläge sowohl der Generale als auch der Kabinettsmitglieder entgegen und, bei nur einem zustimmenden Votum für den Fox-Plan, wurde beschlossen, den Plan nicht auszuführen, weil schon der bloße Versuch dazu ohne Zweifel einen Krieg auslösen würde.

Charles W. Ramsdell zeigt in seiner ausgezeichneten Untersuchung über alle Berichte und Tagebücher der beteiligten Personen folgendes auf:

„Ein Plan, den Lincoln offensichtlich für kurze Zeit erwogen hat, nachdem das Kabinett beschlossen hatte, Fort Sumter aufzugeben, zog das Erheben der Zölle mit Hilfe von Zollschiffen in Betracht. Diese Schiffe sollten von Kriegsschiffen unterstützt unweit außerhalb der konföderierten Häfen arbeiten. Es gab auch Andeutungen in der Presse, dass

101 Ebenda

102 Tilley, Lincoln Takes Command, Seite 172

103 Ebenda

*Andersons Truppe auf ein Schiff vor Charleston verlegt werden sollte. Selbst wenn das je ernsthaft erwogen sein sollte, dann wurde diese Absicht schnell wieder aufgegeben, möglicherweise aus rechtlichen Hin-derungsgründen, wahrscheinlicher aber, weil diese Lösung nicht ganz den Erfordernissen entsprach.*¹⁰⁴

Kapitän Fox war allerdings von sehr hartnäckiger Natur. Nach der Kabinettsitzung fragte er bei Lincoln an, ob er nicht zum Fort Sumter reisen könnte, um sich vor einer endgültigen Entscheidung vor Ort ein Bild über die dortigen Verhältnisse zu machen. Lincoln wies General Scott an, eine Reise von Fox zu Anderson zu genehmigen. Fox trat seine Reise am 22. März an. Am selben Tage beauftragte Präsident Lincoln zwei persönliche Vertrauensleute, S. A. Hurlbut und Ward H. Lamon, nach Süd Carolina zu reisen. Hurlbuts Auftrag war, in Süd Carolina, insbesondere in Charleston, herauszufinden, ob dort eine Pro-Unions-Stimmung zu bemerken wäre. Lamon, ein langjähriger Vertrauter des Präsidenten und sein Anwalts-Partner, sollte Gouverneur Pickens und Major Anderson in Fort Sumter aufsuchen.

Fox traf sich unverzüglich mit Anderson; der ihm deutlich machte, dass es unmöglich wäre, das Fort von See her zu verstärken. Major Anderson erklärte, dass der einzige Weg, die Fortbesatzung erfolgreich aufzustocken, wäre, eine gewaltige Streitmacht von der Insel Morris herüberzuschicken.¹⁰⁵ Außerdem warnte Anderson Kapitän Fox, dass jeder Versuch, Verstärkungen von See her zu schicken, den Süden veranlassen würde, das Fort unter Artilleriefeuer zu nehmen und damit einen unnötigen Krieg zu eröffnen. Es wäre außerdem eine Provokation, nur um einen Versuch zu unternehmen.¹⁰⁶ Anderson teilte Fox auch mit, dass es keine Notwendigkeit gäbe, Nahrungsmittel in das Fort zu schaffen, weil er Lieferverträge mit dem Bürgermeister und den Kaufleuten von Charleston abgeschlossen hätte, täglich frische Lebensmittel und Fleisch ins Fort zu liefern. Anderson hat-

104 Ramsdell, Lincoln and Fort Sumter" Seite 268

105 Anmerkung des Herausgebers: Die Insel ist seewärts vorgelagert, etwa einen Kilometer vom Fort entfernt und unbewohnt.

106 Tilley, Lincoln Takes Command, Seiten 176-178

te seinen Vorgesetzten in Washington auch bereits geschrieben: *„Ich hoffe, dass unsere Freunde nicht versuchen, Nachschub anzuliefern. Das würde mehr Schaden anrichten, als uns nützen.“*¹⁰⁷

Hurlbut fand in Charleston wenig Sympathie für die Union, deshalb könnte sie auch nicht mit Unterstützung rechnen. Lamont suchte Gouverneur Pickens auf und trug ihm vor, dass er gekommen wäre, den Abzug von Major Anderson und seiner ganzen Garnison zu arrangieren. Lamont erwähnte dabei sogar die Schiffstypen, die später kommen sollten, die Truppe abzuholen. Er informierte Gouverneur Pickens, dass er bald wiederkommen werde, um persönlich beim Abtransport der Truppe anwesend zu sein.¹⁰⁸ Gouverneur Pickens seinerseits ließ Lamont wissen, dass jeder Versuch, Schiffe nach Fort Sumter zu entsenden, und wäre es nur, um Nachschub anzulanden, Süd Carolina veranlassen würde, das Feuer auf das Fort zu eröffnen.¹⁰⁹ Tatsächlich brachten sowohl Hurlbut als auch Lamont dem Präsidenten die entscheidenden Informationen mit, die er wissen wollte, und die für seine nächste Kabinettsbesprechung am 29. März ausschlaggebend waren: sogar der Antransport von Versorgungsgütern schon würde den „ersten Schuss“ des Südens auf das Fort auslösen.¹¹⁰

Mittlerweile hatte die Sitzungsperiode des Kongresses begonnen, und der US Senat entwickelte Interesse an den laufenden Verhandlungen. Er ließ Präsident Lincoln wissen, dass er über die Angelegenheit Fort Sumter informiert zu werden wünschte. Lincoln schickte General Scott in den Senat, der dort bezeugte, dass er die Räumung von Fort Sumter empfohlen hätte, weil er dies für zwingend erforderlich gehalten hätte. Daraufhin verabschiedete der Senat einen Beschluss mit der Aufforderung an Lincoln, ihm Kopien des gesamten Schriftverkehrs mit Major

107 Ebenda, Seite 147

108 Potter, Lincoln and His Party in the Secession Crisis, Seite 340

109 Ramsdell, Lincoln and Fort Sumter, Seiten 176-178

110 Bruce Catton, The Coming Fury, Garden City, N. Y., Doubleday, 1961, Seiten 281f

Anderson vorzulegen. Aber der Präsident verweigerte die Einsicht in die Akten und berief sich dabei auf ein Ausnahmerecht der Exekutive nach einem völlig neuen Dokument vom 26. März 1861.¹¹¹

Nun wurde für die Öffentlichkeit erkennbar, besonders für die in Washington D. C., dass Lincolns Weigerung, irgendwelche Friedensvorschläge zu entwickeln oder die konföderierten Bevollmächtigten zu empfangen, jedwede Verhandlungen zwischen dem Norden und dem Süden unterband. Deshalb wandten sich zwei Oberste Bundesrichter, Samuel Nelson aus dem Norden und John Campbell aus dem Süden an Außenminister Seward und boten sich als Vermittler zwischen ihm und den drei Bevollmächtigten des Südstaaten-Präsidenten Jefferson Davis an. Seward sollte Friedensvorstellungen austauschen und versuchen die Streitigkeiten ohne Krieg zu schlichten. Außenminister Seward begann schon bald nach der Kabinettsitzung vom 15. März, sich mit den zwei Bundesrichtern zu treffen. Zu der Zeit gab Seward Bundesrichter Campbell die ausdrückliche Vollmacht, seinem Präsidenten Davis schriftlich mitzuteilen, dass Fort Sumter binnen fünf Tagen geräumt würde.¹¹² Als die drei Bevollmächtigten diese feste Zusage des Außenministers vernommen hatten, ließen sie die Forderung nach Anerkennung der Selbständigkeit des Südens durch Präsident Lincoln fallen. Am 21. März übermittelte Bundesrichter Campbell noch einmal eine Note von Außenminister Seward, in der bestätigt wurde, dass Sumter geräumt werden sollte, und Seward kündigte noch eine weitere Stellungnahme an. Am 22. März wurde schließlich eine dritte Note abgeschickt, von Seward autorisiert und von Campbell an die drei Beauftragten der Südregerung übergeben. In ihr erklärte der Minister: „Ich [Außenminister Seward] vertraue unvermindert darauf, dass Fort Sumter evakuiert wird.“¹¹³ Eine Woche später, am 30. März, ging bei den drei Beauftragten die Information von Gouverneur Pickens ein, dass der Lamon-

111 Tilly, Lincoln Takes Command, Seite 191

112 Potter, Lincoln and His Party in the Secession Crisis, Seite 345

113 Ebenda, Seite 347

Besuch bei ihm am 25. März die Verpflichtung des Präsidenten Lincoln erbracht hätte, Sumter bald zu räumen. Lamon hätte sich Gouverneur Pickens gegenüber selbst als persönlicher Beauftragter Lincolns ausgewiesen.¹¹⁴

Eine entscheidende Kabinettsitzung fand allerdings am 29. März statt, die zu einem völlig anderen Ergebnis führte, als die Sitzung vom 15. März. Einen Tag vor dieser neuerlichen Sitzung teilte Präsident Lincoln Kapitän Fox mit, dass sein Sumter-Plan nun doch verwirklicht werden sollte.¹¹⁵ Bei der Sitzung einen Tag danach, am 29. März, stimmten plötzlich alle, außer zwei Kabinettsmitgliedern, dafür, Fort Sumter zu verstärken. Es waren Außenminister Seward und Innenminister Caleb B. Smith, die nach wie vor der Entsendung von Soldaten und Versorgungsgütern nach Fort Sumter widersprachen. Beide redeten der Evakuierung der Truppe von dort das Wort.¹¹⁶ Sofort im Anschluss an die Sitzung gab Lincoln Fox die Order, Fort Sumter nicht vor dem 6. April zu verlassen.¹¹⁷ Und heimlich erließ er die nötigen Befehle, Truppen zusammenzustellen und Kriegsschiffe bereitzustellen.¹¹⁸

Die eigentlichen Kriegsgründe

Nun stellt sich die große Frage, was zwischen dem 15. und dem 29. März geschehen ist und den Meinungswechsel der Minister ausgelöst hat. Warum hat Lincoln Fox einen Tag vor der Sitzung vom 29. März bereits gesagt, dass sein Sumter-Plan nun doch verwirklicht werden sollte? David Potter stellt das so dar, dass das Kabinett nach seiner Meinung am 29. März entschieden hat, dass General Scotts bisherige Empfehlung, Fort Sumter zu räumen, politisch mit der Wirkung auf die anderen Grenz-Bundesstaaten be-

114 Ebenda

115 Tilley, *Lincoln Takes Command*, Seiten 197-199

116 Potter, *Lincoln and His Party in the Secession Crisis*, Seite 361

117 Ebenda

118 Tilley, *Lincoln Takes Command*, Seite 197

gründet worden war und nicht mit militärischen Argumenten.¹¹⁹

Es gibt kaum Belege für diese Interpretation von Potter, aber erdrückende Beweise dafür, dass es andere Gründe für diesen Meinungsumschwung gab. Es waren seit geraumer Zeit Vermutungen in den Zeitungen des Nordens erschienen, dass der Morrill-Zolltarif Probleme für den Norden verursachen könnte, wenn der Süden Niedrig-Zölle einführen würde. Ein treffendes Beispiel dafür liefert die *New Häven Daily Register* vom 11. Februar 1861:

„Nie ist eine unüberlegtere und für die Interessen des Nordens schädlichere Maßnahme vorgeschlagen worden - und die auch noch zur falschen Zeit - als das Gesetz über den Morrill-Zoll, das jetzt dem Kongress vorliegt. Es sieht eine so starke Erhöhung der Zölle auf alle importierten Güter vor, bei vielen Artikeln bis zum Sperr-Zoll ... während der Kongress die Zölle für alle nördlichen Häfen heraufsetzt, schaffen die Südstaaten die Importzölle für ihre Häfen ab. ... Mehr als drei Viertel der Seeküste zum Atlantik hin, von der Chesapeake Bay bis zur entferntesten Grenze von Texas lägen dann außerhalb unseres Kongress-Zollgebiets. Die Häfen der Südstaaten wären eine Einladung für den Freihandel mit aller Welt. Was wären die hohen Zölle dann noch für uns wert, mit nur einem Viertel der bisherigen Meeresküste?“¹¹²⁰

Der auf Steuerfragen spezialisierte Historiker Charles Adams untersucht diese Wahrnehmung einer Nord-Zeitung kritisch in Bezug auf die Folgen für die Industrie:

„Der Krieg begann nicht wegen der hohen Morrill-Zoll-Tarife. Eher war es umgekehrt. Es waren die niedrigen Zolltarife der Südstaaten, die einen Freihandel ins Leben riefen. Diese Süd-Zölle und ihre wirtschaftlichen Folgen für den Norden - verheerende Folgen - waren es, die den Verdruss bei den Vertretern der nördlichen Wirtschaftsinteressen erregt und deren bisheriges Desinteresse an den abgefallenen Südstaaten in einen militanten Ärger verwandelt haben. Das verband die Vertreter der Finanzinteressen, die nun Willens waren, den Präsidenten mit dem Kapital auszustatten, das er brauchte, um einen Krieg zu führen. Hier ist das Drehbuch dazu:

119 Potter, Lincoln and His Party in the Secession Crisis, Seite 363

120 Howard Cecil Perkins, ed, Northern Editorials on Secession, Gloucester, Mass., Petre Smith, Band 2, Seiten 589-591

1. *Am 11. März 1861 wird die konföderierte Verfassung angenommen. Sie schuf etwas, das im wesentlichen eine Freihandelszone war, im Gegensatz zur Hochzoll-Schutzzone im Norden.*
2. *Innerhalb von weniger als zwei Wochen erfassten die Zeitungen im Norden die Bedeutung dieses Vorgangs und schalteten von einer moderaten, versöhnlichen Berichterstattung auf aggressive Forderungen nach sofortigem Handeln um."*

Die New Yorker *Evening Post*, eine republikanische Zeitung, brachte am 12. März folgenden Leitartikel:

„Es gibt einige Schwierigkeiten, die mit der Erhebung von Zöllen verknüpft sind, die man aufmerksam beobachten sollte.

Es wird allgemein anerkannt, dass die Zölle entweder in den Häfen der aufständischen Bundesstaaten eingezogen werden müssen oder dass die dortigen Häfen für Importe aus dem Ausland geschlossen werden müssen. Wenn keines von beiden geschieht, müssen unsere Zoll-Bestimmungen widerrufen werden, werden die Quellen unserer Staatseinnahmen austrocknen, werden wir kein Geld mehr für die Fortführung der Regierungsgeschäfte haben und wird die Nation noch vor der nächsten Getreideernte bankrott sein. Wenn zugelassen wird, dass Eisenerz mit den Niedrig-Zöllen von 10 % über Savannah eingeführt wird, kommt kein Gramm mehr über den Hafen von New York, und die Eisenbahnen werden von den Südstaaten leben. Die 10 % sind alles, was die Südstaaten an Zoll auf ihre Importe erheben wollen.

Was bleibt dann für unsere Regierung? Sollen wir zulassen, dass die abtrünnigen Bundesstaaten auf diese Weise die Zoll-Gesetze für die ganze Union außer Kraft setzen? Oder wird die Regierung sich dazu entscheiden, alle ausländischen Handelsgüter, die über Häfen laufen, in denen wir keine Zollbehörden und keine Zollbeamten mehr unterhalten, als Schmuggelware zu betrachten? Wird sie sich dazu entscheiden, die Handelswaren dort anzuhalten, wo wir ausgeschlossen worden sind? Oder wird der Präsident eine Sondersitzung des Kongresses einberufen und tun, was bisher unkluger Weise unterlassen worden ist, nämlich alle Zugangshäfen in den abgefallenen Bundesstaaten zu zerstören ?"m

Die *Philadelphia Press* forderte am 18. März eine Seeblockade für alle Südstaaten-Häfen und verlangte damit eine Kriegseröffnung. Die Zeitung wies darauf hin, dass es entlang der riesigen Küstenlänge des Atlantiks bis nach West Texas keine Schutzzölle mehr geben würde, und dass die europäischen Waren damit die Produkte aus den Nordstaaten auf den Märkten im Süden unterbieten und so den Norden ruinieren würden.¹²² Noch kurz zuvor, am 15. Januar 1861, hatte dieselbe Zeitung sich gegen jede Militäraktion ausgesprochen und die Auffassung vertreten, dass man den Süden in Frieden ziehen lassen sollte. Das aber schrieb sie, ehe die hohen Morrill-Schutzzölle durch den Kongress gelaufen waren und sich die Südstaaten-Konföderation mit ihrer Verfassung auf ein Schutzzoll-Verbot festgelegt hatte.¹²³ Auch die *New York Times* wechselte am 22. und 23. März ihre Meinung in der Schutzzoll-Frage. Sie schrieb: „*Schließt sofort jeden Südstaatenhafen, zerstört ihren Handel und bringt den totalen Ruin über die konföderierten Staaten. ... Ein Kriegszustand wäre dem passiven Verhalten der Regierung fast noch vorzuziehen.*“¹²⁴

Der eindeutigste Artikel zu dieser Angelegenheit, mit dem sich die Lincoln-Regierung konfrontiert sah, erschien am 18. März in der *Boston Transcript*.

„Es bedarf keines besonderen Scharfsinns zu erkennen, dass der Handel wohl das entscheidende Motiv für die abgefallenen Staaten ist, das sie hindert, in die Union zurückzukehren. Die angeblichen Klagen über die Sklavenhaltung waren ursprünglich einmal die Gründe für die Abspaltung der Baumwoll-Staaten. Aber nun ist die Maske gefallen, und es ist deutlich geworden, dass die Bevölkerung der Haupt-Sessions-Staaten jetzt ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit wollen. Sie träumen davon, dass sich die Zentren des Handelsverkehrs von den Häfen des Nordens zu den Häfen des Südens verlagern. Die Kaufleute aus New Orleans, Charleston und Savannah sind von der Vorstellung besessen, dass New York, Boston und Philadelphia durch ein Zollsystem nahe dem Freihandel in Zukunft ihre merkantile Größe einbüßen. Wenn den Südstaaten

122 Adams, *Those Dirty Rotten Taxes*, Seite 103

123 Ebenda

124 Ebenda

eine Politik der Minimalzölle erlaubt wird, werden die Geschäfte der großen Städte im Norden zweifelsohne schweren Schaden nehmen.

Die Zollunterschiede zwischen der Union im Norden und der Konföderation im Süden sind so gewaltig, dass es für den gesamten Nordwesten in Zukunft vorteilhafter sein wird, seine Waren in New Orleans statt in New York einzukaufen. Außerdem werden die Produktions-Anteile unseres Landes wegen der Niedrig-Zölle unter zunehmenden Importquoten leiden. ... Die [Regierung] würde ihre Pflicht unserem Lande gegenüber verletzen, wenn sie nichts dagegen unternehmen würde."¹²⁵

Lincoln bekam auch Druck von Seiten der radikalen Republikaner, besonders von den Gouverneuren, die er brauchte, um eine harte Politik zu verfolgen und in den Krieg zu ziehen, und sei es auf dem Wege über das Fort Sumter. Typisch für die Reaktionen der radikalen Republikaner war ein Brief von Schatzminister J. H. Jordan vom 27. März 1861, der zweifelsohne vorher mit den anderen Kabinettsmitgliedern abgesprochen worden war. So waren auch viele andere Briefe und Leitartikel zur gleichen Sache. Dieser Brief lautete wie folgt:

„In Gottes Namen! Warum halten wir das Fort nicht? Werden die Verstärkung und das Halten des Forts die Rebellen dazu bringen, anzugreifen und einen „Bürgerkrieg“ vom Zaun zu brechen? Was solls? Das ist genau das, was die Regierung jetzt anstreben sollte. Und sie sollte alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, das zu arrangieren. Lasst sie das Fort angreifen. Wenn sie das wollen, werden sie es sein, die den Krieg begonnen haben.“¹²⁶

Es wurde in den Zeitungen auch ausführlich darüber geschrieben, dass der Grund für das schlechte Abschneiden der Republikaner in Ohio, Connecticut und Rhode Island an der Schwäche der Regierung lag, die diese mit der Aufgabe von Fort Sumter zeigte. Rutherford B. Hayes erklärte: „Fort Sumter zu räumen, ist ärgerlich. Es schadet auch bei unserer kleinen Wahl.“¹²⁷

125 Ebenda, Seiten 104f

126 Ramsdell, Lincoln and Fort Sumter, Seite 272

127 Potter, Lincoln and His Party in the Secession Crisis, Seite 342

Charles W. Ramsdell dachte an diese Aussagen, als er darlegte, dass Lincoln sich in einer furchtbaren Zwickmühle zwischen militärischer Beratung und politischem Druck befand. Die Generale hatten ihm gesagt, dass er mit der Verstärkung der Fortbesatzung oder der Lieferung von Nachschub einen Fehler begehen würde. Andererseits würde er sich politisch auch die Räumung des Forts nicht leisten können. Ramsdell schreibt: „Könnten die Südstaaten dazu veranlasst werden, Fort Sumter anzugreifen und die Rolle des Aggressors zu übernehmen und sich damit in den Augen der Nordstaatler und aller Welt ins Unrecht zu setzen? Er fährt fort, dass wenn der Süden dazu verleitet werden könnte, den Krieg selbst anzufangen, dann:

„würden die zwei Flügel seiner Partei [der Republikaner] zusammenstehen und wenigstens einige Demokraten würden ihn unterstützen und auch Leute aus den Grenz-Bundesstaaten könnten dazukommen, wenn man sie überzeugen könnte, dass der Krieg von den Sezessionisten angefangen worden ist. Wenn er sie nicht zur Verteidigung der Regierungsmacht würde zusammenführen können, würden sich der Friedens-Flügel und die „Hard-Liner“ unter den Republikanern spalten, die Partei würde kollabieren, seine Regierung würde scheitern, und er würde als eine schwache Figur in die Geschichte eingehen, die es zugelassen hat, dass ihr die Union in der Hand zerronnen ist. So, wie die Dinge nun lagen, war der einzige Weg, die Union wieder herzustellen und die Partei und seine Regierung zu retten, die Autorität der Regierung unzweideutig durchzusetzen, das heißt, durch Krieg.“¹²⁸

Lincoln mit über 60 % Gegenstimmen und einer Partei mit vielen gegensätzlichen Interessen wusste, dass seine Minderheitspartei in dieser Krise auseinanderfallen konnte. Shelby Foote hat dies Dilemma und Lincolns Strategie dagegen so beschrieben:

„Als Lincoln nach dem tagelangen Auftrieb an Besuchern und unterschiedlichsten Ratgebern mittenachts durch die Flure des Weißen Hauses ging, wurde ihm klar, dass es seine dringendste Aufgabe war, diese nicht zusammenpassenden Puzzle-Teile zusammen zu fügen, und er wusste auch, dass der erfolgreichste Weg dazu sein würde, eine Aggression des Südens abzuwarten. Dazu musste er inzwischen so viel

*Druck erzeugen, dass er provozierte, aber auch so wenig, dass er ihn noch rechtfertigen konnte.*¹¹²⁹

Am 1. April gab es hektische Aktivitäten in Lincolns Regierung. Wie bereits erwähnt, erließ Lincoln neue Befehle für die Verstärkung von Fort Pickens, als schlechte Wahlergebnisse für die Republikaner aus Ohio durchgegeben wurden.¹³⁰ An diesem Tage legte Außenminister Seward auch noch eine schriftliche Empfehlung vor, Lincoln sollte einen Krieg gegen Frankreich und Spanien statt gegen die Südstaaten beginnen. Frankreich und Spanien hatten kürzlich Mexiko und Santo Domingo angegriffen, und Seward empfahl nun, Erklärungen von beiden Staaten zu verlangen und, wenn diese unbefriedigend ausfallen sollten, ihnen den Krieg zu erklären.¹³¹ Seward hatte schon im Januar harte Kritik einstecken müssen, als er erklärte: *„Wenn der Herrgott den Vereinigten Staaten einen Krieg verzeihen würde, dann einen Krieg gegen England, Frankreich oder Spanien als das beste Mittel, den inneren Frieden der USA wiederherzustellen.*¹³² Seward hatte den enormen Wert eines Krieges für die Lincoln-Regierung erkannt, weil das die Republikanische Partei vereinen, einen großen Machtzuwachs für den Präsidenten bedeuten und der Kritik und der Opposition ein Ende bereiten würde. Lincoln hatte das am eigenen Leib erfahren, als er einst versuchte, gegen Präsident Polk im Kriege gegen Mexiko zu opponieren. Allerdings zog Lincoln einen Krieg gegen die Südstaaten einem Kriege gegen England, Spanien oder Frankreich vor. Er beantwortete die Note Swards vom 1. April mit einem Brief vom selben Tag, in dem er den Seward-Ratschlag zur Außenpolitik ablehnte. Der Außenminister hatte Lincoln in seiner Note auch dafür kritisiert,

129 Shelby Foote, *The Civil War, A Narrative, Fort Sumter to Perryville*, New York, Vintage Books, 1986, Seite 44

130 Potter, *Lincoln and His Party in the Secession Crisis*, Seite 341

131 Ebenda, Seiten 368f, siehe auch in den Originaldokumenten: *Collected Works of Abraham Lincoln*. Roy P. Basle ed, New Brunswick, N. J., Rutgers University Press, 1953-1955, Seiten 136f, 153-155 und 316-318 und siehe auch: Howard K. Beale, *Diary of Gideon Welles, Secretary of Navy Under Lincoln and Johnson*, New York, Norton, 1960, Band I, Seite 37

132 Potter, *Lincoln and His Party in the Secession Crisis*, Seiten 369f

dass er keine Innenpolitik betreibe. Lincoln erwiderte auf diesen Vorwurf mit einem Hinweis auf seine Antrittsrede, in der er das Halten der Forts und das Eintreiben der Zölle als seine Innenpolitik bezeichnet hatte, die er derzeit, wenn nötig, mit Gewalt oder Einmarsch in die Tat umsetzen werde.¹³³

Lincolns Täuschungsmanöver

Inzwischen hatten die drei konföderierten Bevollmächtigten allerlei militärische Aktivitäten im Norden beobachtet, und sie waren misstrauisch geworden, was Lincoln im geheimen trieb. Am 1. April wurde Bundesrichter Campbell aus dem Süden wieder einmal bei Außenminister Seward vorstellig, um sich erneut bestätigen zu lassen, dass Fort Sumter vom Norden aufgegeben werden sollte, doch dieses Mal erfuhr er eine veränderte Version. Er wertete das als Haltungsänderung bei der Unions-Regierung. Seward teilte ihm nun mit, dass der Präsident beabsichtigen könnte, das Fort mit Verpflegung und anderen Nachschubgütern zu versorgen, dass aber keine Verstärkung der Besatzung vorgesehen wäre. Seward erklärte allerdings, dass dieses nicht ohne Vorankündigung bei Gouverneur Pickens geschehen werde.¹³⁴ Damit hatte die Lincoln-Regierung eine neue Haltung eingenommen. Sie hatte eine Unterscheidung zwischen Verpflegung und Truppenverstärkung vorgenommen, und der Öffentlichkeit dabei vorgegaukelt, Anderson und seine Truppe würden hungern. Anderson jedoch erhielt nach wie vor jeden Tag Nachschub aus Charleston. Das lief so lange, bis der Süden sicher erkannt hatte, dass der Norden Truppen schickte und Kriegsschiffe, die einen Angriff auf Fort Sumter auslösen sollten. Die Versorgung aus Charleston wurde erst am 7. April eingestellt. Seward aber fuhr noch immer fort, Bundesrichter Campbell zu versichern, dass das Kabinett und der Präsident entschieden hätten, Fort Sumter irgendwann zu räumen.¹³⁵ Seward sagte Campbell, dass einige Republikaner die Regierung gedrängt hätten, die Räumung von

133 Van Dören ed, *The Literary Works of Abraham Lincoln*, Seiten 183f

134 Potter, *Lincoln and His Party in the Secession Crisis*, Seite 347

135 Ebenda, Seite 348

Fort Sumter bis nach den Wahlen in Connecticut und Rhode Island aufzuschieben.¹³⁶ Schließlich, am 8. April bedrängte Richter Campbell Außenminister Seward, ihm eine neue Zusicherung zu geben, weil inzwischen reichlich viel Gerüchte über militärische Aktivitäten umliefen. Seward schickte ihm eine schriftliche Antwort: „Vertrauen auf Räumung von Fort Sumter völlig berechtigt. Nur Geduld. Wir werden weitersehen.“¹³⁷ Am 2. April, nachdem der Außenminister der konföderierten Staaten L. P. Walker von den drei Beauftragten von der regen militärischen Betriebsamkeit und einem Gerücht, die Lincoln-Regierung könnte versuchen, Fort Sumter zu verstärken, gehört hatte, sagte er zu General Beauregard in Charleston, er möge die Einstellung der Nahrungsmittellieferungen an Major Anderson in Betracht ziehen.¹³⁸

Am 3. April beschlossen Lincoln und Seward, Allen B. McGruder als Sonderbeauftragten zum „Virginia-Sezessions-Kongress“ zu entsenden. McGruder sollte dort versuchen, einen Verzicht des Bundesstaats Virginia auf seine Abspaltung zu erreichen. Seit dem 13. Februar war die Versammlung in Virginia anberaumt, um die Frage einer Trennung von der Union und des Umgangs mit den sieben bereits ausgetretenen Bundesstaaten zu beraten. Es gab zwar eine stark verbreitete Stimmung gegen die Abspaltung in Virginia, aber es war auch nicht zu übersehen, dass die Lage in Bezug auf die Forts Pickert und Sumter, mit ausgebildeten Truppen und Kanonen auf beiden Seiten, inzwischen sehr gefährlich war. Die bald scheidende Buchanan-Regierung war bereits kaum noch handlungsfähig, und es war zu der Zeit noch ungewiss, wie Präsident Lincoln mit dieser Krise umgehen würde. Und es gab sieben weitere Grenz-Staaten, die die Union noch nicht verlassen hatten. Alle schauten auf Virginia, um sich an ihm zu orientieren.

McGruder reiste am 4. April zum „Virginia-Sezessions-Kongress“, um dortige Delegierte nach Washington zu direkten Ge-

136 Ebenda

137 Ebenda

138 Tilley, Lincoln Takes Command, Seite 202

sprächen mit Präsident Lincoln einzuladen. Der Kongress wählte drei Beauftragte und legte fest, dass die vorgesehenen Gespräche geheim gehalten werden sollten. Da die drei Herren in Washington allgemein bekannt waren, wurde zusätzlich entschieden, Oberst B. Baldwin nach Washington zu schicken. Baldwin war zwar in Virginia bekannt, doch nicht in Washington, und außerdem galt er als Gegner einer Abspaltung.¹³⁹ Die Unterredung zwischen Lincoln und Oberst Baldwin ist von Reverend R. L. Dabney überliefert, der den Oberst 1865 dazu befragt hat. Baldwin hat im selben Jahr auch noch vor der „Gemeinsamen Kommission für Wiederaufbau“ mit demselben Zeugnis ausgesagt.¹⁴⁰

Oberst Baldwin hat berichtet, dass er sich am 4. April mit Außenminister Seward getroffen hat, der ihn im Weißen Haus Präsident Lincoln vorgestellt hat. Lincoln, gerade in einer Konferenz mit zahlreichen Herren, entschuldigte sich, als ihm Baldwin vorgestellt wurde, und ging mit dem Oberst in ein Zimmer in die obere Etage, verschloss die Tür und sprach allein mit Baldwin.

Oberst Baldwin berichtete Lincoln, dass Virginia in der Union zu bleiben wünschte, und dass dies helfen würde, die anderen Grenz-Staaten davon abzuhalten, dem Beispiel der schon abtrünnigen sieben Bundesstaaten zu folgen. Der „Virginia-Kongress“ sähe keine Probleme in der Sklavenfrage, machte sich aber Sorgen, weil Lincoln Gewalt anwenden wollte, um die abgefallenen Staaten zurückzuholen. Deshalb hätte der „Virginia-Kongress“ gerne eine schriftliche Zusicherung von nicht mehr als fünf Zeilen, dass die Lincoln-Regierung die Verfassung und die Unions-Gesetze respektieren werde. Der Kongress wünschte eine feste Zusage, dass Lincoln bei dem Bemühen, die abgefallenen Staaten zurück zu gewinnen, auf Gewalt verzichte. Des Weiteren trug Baldwin vor, dass Virginia in der Union verbleiben und sich nach Kräften dafür einsetzen werde, die abtrünnigen Staaten in

139 Robert L. Dabney, *Memoir of a Narrative Received of Colonel John B. Baldwin of Staunton, Touching the Origin of the War*, Discussions, Harrisonburg, Va., Sprinkle Publications, 1994, Seiten 87-110

140 Potter, *Lincoln and his Party in the Secession Crisis*, Seiten 354-358 und Fußnote 47 auf Seite 357

die Union zurück zu holen, wenn der Präsident diese Erklärung unterschreiben würde. Danach, so der Bericht des Obersten, wäre Lincoln aufgestanden und hätte sehr enttäuscht gewirkt. Er wäre steif umhergegangen und hätte erwidert: „**Das hätte ich früher wissen sollen! Sie sind zu spät gekommen, Herr Oberst, zu spät! Warum sind Sie nicht vier Tage früher gekommen und haben mir das vorgetragen?**“¹⁴¹ Oberst Baldwin wehrte sich, er sei gekommen, sobald er dazu aufgefordert worden sei und sobald ihm das möglich gewesen sei. Lincoln hätte noch einmal geantwortet: „**Ja, aber Sie sind zu spät. Ich sage Ihnen, zu spät!**“¹⁴²

Baldwin berichtete dann weiter, dass er zu dem Schluss gekommen wäre, dass der Weg der Gewalt bereits beschlossene Sache gewesen wäre, und dass es nun zu spät sei, die Gewaltanwendung zu verhindern. Baldwin erklärte auch, dass Lincoln von der Ernsthaftigkeit beeindruckt gewesen wäre, mit der ihm der Wunsch der Bürger von Virginia, in der Union zu bleiben, vorgetragen worden wäre und die Bereitschaft, sich um die Rückkehr der schon abgefallenen Staaten zu bemühen. Lincoln setzte das Gespräch fort: „**Aber was soll ich in der Zwischenzeit mit der Besetzung von Montgomery**¹⁴³ **anfangen? Soll ich sie ziehen lassen?**“¹⁴⁴ Baldwin gab zur Antwort: „**Ja, Herr Präsident, bis sie auf friedlichem Wege zurückgebracht werden können.**“¹⁴⁵ Darauf Lincoln: „**Und Charleston und andere Häfen als Tore für Importe zu 10 % Zoll öffnen. Was würde dann aus meinen Zolleinnahmen werden?**“¹⁴⁶

Baldwin kam nach der Unterredung mit Bedauern zu dem Schluss, dass es mit Lincoln keine Abmachung über eine Lösung geben würde, die Krise ohne Gewalt zu überwinden. Er reiste nach Virginia zurück und trug seine Erkenntnisse bei den drei Beauftragten und vor dem Kongress vor. Daraufhin beschlos-

141 Dabney, Discussions Seite 92

142 Ebenda

143 Anmerkung des Herausgebers: Montgomery in Alabama ist während der Sezession der Sitz der konföderierten Regierung.

144 Ebenda, Seite 94

145 Ebenda

146 Ebenda

sen die drei Virginia-Beauftragten, nach Washington zu fahren und selbst bei Lincoln vorzusprechen. Sie suchten ihn im Weißen Haus auf und drängten noch einmal auf Nachsicht und die Räumung der Forts. Lincoln erwiderte, dass dann alle Einfuhren über Charleston laufen und seine Quellen für die Staatseinkünfte trocken fallen würden. Er sagte: *„Wenn ich das täte, was würde dann aus meinen Staatseinkünften? Ich könnte genauso gut meine Haushaltsführung eins teilen!“*¹⁴⁷

Oberst Baldwin berichtete Reverend Dabney, dass er nach dem Kriege einen Freund Außenminister Swards gesprochen hätte, der ihn verteidigt hat. Er hätte ihn gefragt, warum Seward Bundesrichter Campbell so über Lincolns Absicht hinters Licht geführt hätte, genauso wie die drei Bevollmächtigten aus Virginia. Swards Freund hätte ihm erklärt, dass Lincoln mit seinem Entschluss lange zwischen seinem [Swards] und General Scotts Anraten über Sumter und den Ratschlägen von Thad Stevens¹⁴⁸ und den radikalen Gouverneuren hin und her geschwankt wäre.¹⁴⁹ Baldwin hätte auch erklärt, dass er von Swards Freund erfahren hätte, dass die radikalen Gouverneure voller Wut gewesen wären, als sie zu Lincoln sagten:

„Seward schreit dauernd, wir dürfen dies und das nicht tun, nur weil er Angst vor Krieg hat. Seward denkt kurzfristig. Krieg ist genau das, was wir uns wünschen sollten. Die Interessen unserer Partei würden bei einer friedlichen Lösung verlieren und bei einer Auseinandersetzung alles erreichen. Wir waren eine Generation lang in der Opposition. Jetzt sind wir endlich an der Regierung. In der Opposition konnten wir gut über die Verfassung und die Rechte daherreden, aber jetzt sind wir an der Regierung und wollen es bleiben. Unser Interesse ist es nun, eine starke und zentralistische Regierung zu bilden. Es ist höchste Zeit, dass die Regierung von Grund auf umgestaltet und konsolidiert wird, und dass das ärgerliche Staatsrecht beseitigt wird. Wir brauchen eine starke

147 Ebenda, Seite 97

148 Anmerkung des Herausgebers: Thaddeus Stevens war radikaler Republikaner, Mitglied des Repräsentantenhauses und scharfer Gegner der Konföderation.

149 Ebenda, Seite 98

Regierung, um Wohlstand zu vermehren, und wir brauchen Macht für unsere Anhänger. Wir wollen dauerhaft hohe Zölle, um den Süden vom Norden abhängig zu machen. Und jetzt geben uns die Kerle im Süden genau die Gelegenheit, die wir dazu brauchen. Und da soll Seward sein törichtes Lied singen dürfen, dass wir einen Krieg vermeiden sollten? Wir sollten den Krieg willkommen heißen. Die Südstaatler sind unbedacht und jetzt ordentlich verärgert. Wir sollten jetzt einen Plan machen, sie mit einer List zu reizen, dass es so aussieht, als würden sie den ersten Schlag austeilen. Dann hätten wir einen Vorwand, unter dem sich der jetzt geteilte Norden zusammenschließen und zu den Waffen eilen würde. Die Südstaatler sind Maulhelden, aber ein feiger und verweiblichter Haufen von Tyrannen. Wir werden sie mit Leichtigkeit in drei Monaten schlagen. Dieser kurze Krieg wird, wenn wir es klug anfangen, unsere große Chance sein. Wir werden ihn nutzen, um die Sklaverei abzuschaffen und den Süden auf Dauer zum Krüppel schlagen. Der Süden ist die Hochburg all dieser Ideen von Begrenzung der Regierungsmacht' und Menschenrechten'. Vernichtet den Süden durch die Abschaffung der Sklaverei, und wir werden alles haben, was wir wollen, eine gefestigte Regierungsmacht, einen grenzenlosen Aufstieg unserer Partei und die Möglichkeit, Zölle und Steuern festzulegen, wie wir sie wollen, und eine Ausdehnung unserer Geschäfte."¹⁵⁰

Am 4. April schickte Martin J. Crawford, einer der drei Bevollmächtigten, ein Telegramm an Gouverneur Pickens und schrieb ihm, dass Präsident Lincoln offensichtlich die Absicht hätte, Major Anderson die Verantwortung zuzuschieben, indem er einfach nichts mehr täte, und es Anderson überließe, seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Am selben Tage erhielt Gouverneur Pickens auch die Weisung von der konföderierten Regierung, er sollte die Verpflegungsversorgung aus Charleston für Major Anderson einstellen. Daraufhin schickte Pickens einen Boten in das Fort zu Anderson und ließ ihm ausrichten, dass die Vergünstigung der Lebensmittellieferungen bald auslaufen würde. Außerdem übermittelte der Bote, was Pickens vom Bevollmächtigten Crawford über die Vorgänge in Washington erfahren hatte. Das Gerücht, das Anderson auf diese Weise erfuhr, lautete:

150 Ebenda, Seiten 98f

„Präsident Lincoln wird Anderson nicht befehlen, sich aus Fort Sumter zurückzuziehen. Er wird es ihm überlassen, selbst zu handeln.“¹⁵¹

Zurück beim Gouverneur meldete der Bote, dass Anderson äußerst aufgebracht gewesen wäre, als er dieses alles hörte. Andersons schriftliche Reaktion darauf vom 5. April ist in den Dienstakten erhalten. Er berichtete seinen Vorgesetzten in Washington von dem Gerücht, dass er ohne weitere Befehle gelassen werden sollte, und fragte nach, ob das denn stimmen könnte. Daraus geht eindeutig hervor, dass Major Anderson nicht über etwaige Verstärkungen für Fort Sumter informiert gewesen ist. Er meldete in seinem Bericht auch, dass sein Lebensmittel-Nachschub aus Charleston bald eingestellt werden würde.¹⁵²

Wie wir heute wissen, hatte Lincoln bereits angeordnet, Fort Sumter zu verstärken. Er ließ zum Schein verbreiten „er schicke Brot für die hungernden Soldaten.“ Tatsächlich aber wurden die Lebensmittel-Lieferungen für das Fort aus Charleston nicht vor dem 7. April 1861 eingestellt, und das auch nur als Folge der Herausforderung durch den Präsidenten.¹⁵³ Außerdem hatte Anderson schon vorher nach Washington gemeldet, dass die Nahrungsmittel im Fort bis zum 26. April reichen würden, selbst wenn keine weiteren mehr aus Charleston geliefert würden.

Am 7. April veröffentlichte der *New York Herald* den Inhalt einer Botschaft des Präsidenten der Konföderation Jefferson Davis:

„Wir haben heute Nachrichten aus Montgomery erhalten, die absolut zuverlässig ergeben, dass keine Angriffe konföderierter Truppen auf die Forts Sumter und Pickens geführt werden. Präsident Davis ist entschlossen, sich durch die Regierung [in Washington] in keine Lage manövrieren zu lassen, die den Eindruck vor der Welt entstehen lässt, der Süden sei der Angreifer. Dies war und ist noch immer die Politik des Präsidenten Lincoln. Das wird nicht funktionieren. Außer, wenn die Lincoln-Regierung den ersten Schritt tut und angreift - so Präsident

151 Tilley, Lincoln Takes Command, Seite 211

152 Ebenda, Seite 212

153 Stampf, And the War Came, The North and the Secession Crisis 1860-1861, Seite 282

Davis - wird es keine Zusammenstöße und kein Blutvergießen geben. Die Verantwortung für die Auslösung eines Konfliktes liegt also bei der Lincoln-Regierung, und die Verantwortung für das furchtbare Elend eines langen Bürgerkrieges.¹⁵⁴

Außerdem erhielt Major Anderson am 7. April einen von Präsident Lincoln aufgesetzten und von Kriegsminister Cameron am 4. April unterzeichneten Brief, in dem ihm mitgeteilt wurde, dass Lincoln tatsächlich Truppen und Schiffe zur Verstärkung von Fort Sumter schicken werde. Anderson hatte Lincoln aber bereits früher darauf aufmerksam gemacht, dass er zu einer erfolgreichen Verstärkung Tausende Soldaten von Fort Moultrie¹⁵⁵ in Marsch setzen müsste, und dass jeder Versuch von See her scheitern würde. Ein Versuch von See her würde außerdem nur dazu führen, dass die Konföderierten das Fort beschießen und damit den Krieg eröffnen würden.

Am 8. April setzte Anderson einen Antwortbrief an Lincoln auf, aber die Konföderierten hatten nicht nur die Lebensmittellieferungen eingestellt, sondern auch den Postweg unterbrochen. Sie beschlagnahmten alle Briefe einschließlich dieses Briefs, der ausschnittsweise lautete:

„Ich hatte die Ehre, mit der gestrigen Post den Brief des sehr geehrten Herrn Kriegsministers vom 4. April zu erhalten. Ich muss gestehen, dass mich seine Erklärungen in höchstem Maße überrascht haben, insbesondere, weil sie den bisherigen Zusagen widersprechen, die Herr Crawford ermächtigt Weise telegraphisch übermittelt hatte. Ich verlasse mich darauf, dass die Angelegenheit richtig gestellt wird, weil jede derzeitige Truppenbewegung katastrophale Folgen für das ganze Land haben wird, nachdem die Südstaaten irreführender Weise davon unterrichtet worden sind, dass kein solcher Versuch unternommen wird. Wir haben nicht genug Öl für die Beleuchtung während einer ganzen Nacht. Die Boote würden sich deshalb bei Nacht nach anderen Orientierungshilfen richten müssen. Ich hätte informiert werden müssen,

154 Tilley, Lincoln Takes Command, Seite 219

155 Fort Moultrie liegt an der Zufahrt nach Charleston dem Fort Sumter in knapp 2 Kilometer Entfernung am anderen Ufer gegenüber.

*dass dieses Unternehmen nun doch stattfinden soll. Oberst Lamon hat bei mir den Eindruck hinterlassen, dass das Unternehmen, das ich bisher nur aus einer Bemerkung des Kapitäns Fox kannte, nicht stattfinden sollte. Wir werden uns Mühe geben, unsere Aufgabe zu erfüllen, obwohl ich offen bekennen muss, dass ich mit meinem Herzen nicht für den Krieg bin, der damit ausgelöst wird. Es ist mein inbrünstiges Gebet, dass Gott ihn verhüten möge und uns dazu bringt, zu friedlichen Mitteln zurückzukehren, um unser Recht zu erhalten.*¹⁵⁶

Durch diesen abgefangenen Brief wussten die Konföderierten nun, dass Lincoln nicht nur Verpflegung schickte, sondern auch eine massive Truppenverstärkung für Fort Sumter, womit er alle vorherigen Zusicherungen brach. Sie wussten jetzt, dass Lincoln die verschiedenen Vertreter der Südstaaten in einer großangelegten Täuschaktion betrogen hatte. Präsident Davis begriff nun, nicht nur aus diesem Brief, sondern auch aus anderen Quellen, dass Lincoln eine bedrohliche Streitmacht von acht Kriegsschiffen mit 26 Geschützen und 1.400 Mann in Marsch gesetzt hatte, die in wenigen Tagen in Charleston ankommen würden.¹⁵⁷ Am 8. April traf außerdem ein Sonderkurier von Lincoln mit Namen Robert Chew in Charleston ein, ein einfacher Angestellter aus dem Außenministerium. Der meldete sich bei Kapitän Theo Talbot, um mit ihm Gouverneur Pickens aufzusuchen. Herr Chew überreichte dem Gouverneur eine von Präsident Lincoln verfasste schriftliche Notiz:

*„Ich bin vom Präsidenten der Vereinigten Staaten angewiesen, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, dass der Versuch unternommen werden wird, Fort Sumter mit ausschließlich Verpflegungsvorräten zu versorgen. Wenn nicht versucht wird, das zu verhindern und wenn das Fort nicht angegriffen wird, werden auch keine Truppen, Waffen oder Munitionsvorräte ohne Vorwarnung an Land gesetzt.“*¹⁵⁸

156 Ebenda, Seiten 223f

157 Jefferson Davis, Rise and Fall of the Confederate Government, Nashville, Tenn., William Mayes Coats, 1996, Band I, Seite 284

158 Ramsdell, Lincoln and Fort Sumter, Seite 289

Am 10. April erschien die *New York Tribune* mit einem Leitartikel des Inhalts: „*Wir sind befugt, mit absoluter Sicherheit mitzuteilen, dass das Hauptziel des Militär- und Marineunternehmens, das den hiesigen Hafen in den letzten vier Tagen verlassen hat, die Entlastung von Fort Sumter ist.*“¹⁵⁹ Sobald der Artikel erschienen war, telegraphierten die drei Südstaatenbeauftragten an General Beauregard in Charleston, dass der *Tribüne* von heute gemeldet hätte, dass das eigentliche Ziel des Unternehmens die Entlastung von Fort Sumter wäre, und dass dazu Truppen an Land gesetzt werden sollten, um jeden Widerstand zu brechen.¹⁶⁰

Mittlerweile hatte Kriegsminister [der Konföderierten] Leroy Walker in Montgomery die Nachricht von General Beauregard in Charleston empfangen, dass Gouverneur Pickens die offizielle Lincoln-Note über den Sonderkurier Chew erhalten hatte, und dass nun die Streitmacht aus New York erwartet werden müsste. Walker schickte ein Telegramm zurück an Beauregard:

*„Wenn Sie keinen Zweifel an der Vollmacht des Sonderkuriers haben, der Ihnen die Absicht der Washingtoner Regierung übermittelt hat, Fort Sumter gewaltsam zu versorgen, verlangen Sie umgehend die Räumung des Forts. Sollte diese abgelehnt werden, ergreifen Sie Maßnahmen zur Bekämpfung nach Ihrer eigenen Entscheidung.“*¹⁶¹

Am nächsten Tag schickte General Beauregard zwei Parlamentäre zu Major Anderson mit der Aufforderung, das Fort zu räumen. Sie sicherten dem Major zu, dass seine Truppe in allen Ehren und ohne jeden Schaden, abziehen könnte. Anderson gab den zwei Parlamentären sofort schriftlich seine Weigerung mit auf den Rückweg. Mündlich fügte er hinzu: „*Ich werde auf den ersten Schuss warten, und wenn Ihr uns nicht in Stücke schießt, werden wir in ein paar Tagen an Hunger sterben*“.¹⁶² General Beauregard und die konföderierten Generale wussten nun, dass Lincolns Schiffe mit der Truppe nicht später als am 12. April, vielleicht sogar vorher, eintreffen würden.

159 Tilley, *Lincoln Takes Command*, Seite 230

160 Ebenda

161 Ebenda, Seite 231

162 Ebenda, Seite 233

Sie berieten und kamen zu dem Schluss, dass ihnen keine andere Wahl blieb, als Major Andersen zu eröffnen, dass sie nicht länger warten könnten, wenn er nicht unverzüglich abziehen würde. Sie würden ab dem 12. April das Feuer auf das Fort eröffnen.

Bruce Catton, ein renommierter Bürgerkriegs-Historiker, legt dar, wie Präsident Lincoln Präsident Davis dazu gebracht hat, „den ersten Schuss“ abzugeben:

„Lincoln war ganz einfach von Lamon und von Hurihut gewarnt worden, dass ein Proviantsschiff für Fort Sumter unter Beschuss genommen würde. Nun schickte er ein Schiff mit Ankündigung zu denen, die die Geschütze dazu hatten. Er schickte zugleich Kriegsschiffe mit Truppen, die sich aber zunächst im Hintergrund halten sollten. Wenn es dann nur wegen einer Schiffsladung Schweinefleisch und Crackers zu einem Kriege kommen würde, hätte das auch noch einen starken Beigeschmack.“

Nicht umsonst bemerkte Kapitän Fox später, dass es für Lincoln offensichtlich sehr wichtig war, dass Süd Carolina vor der Welt als dasjenige Land dastand, das auf Brot geschossen hatte.¹⁶³

Robert McElroy, ein Biograph von Jefferson Davis, beschreibt die Auffassung von Davis und seinen Kabinettsmitgliedern, als sie den Feuerbefehl auf Fort Sumter gaben, folgendermaßen: „Lincolns Befehl, die Flotte zu entsenden, war eine Kriegserklärung.“¹⁶⁴ Shelby Foote schildert das Dilemma so:

„Lincoln hatte sie in eine Lage manövriert, in der sie nur noch die Wahl hatten, klein beizugeben oder den „ersten Schuss“ abzugeben. Was in den Augen der Welt schwerer wog, war, dass der „erste Schuss“ vordergründig abgegeben werden sollte, um Verpflegung von hungernden Menschen fernzuhalten.“

Präsident Davis rief das Kabinett zusammen und legte ihm den Einsatzbefehl vor. Die Reaktionen darauf waren unterschiedlich. Robert Toombs, ein Hitzkopf¹⁶⁵, war verstört und sagte:

163 Catton, The Coming Fury, Seite 297

164 Tilley, Lincoln Takes Command, Seite 263

165 Anmerkung des Herausgebers: Robert Augustus Toombs, Politiker aus Georgia, war konföderierter Außenminister und bekannt als Temperaments-

„Die Feuereröffnung auf das Fort wird einen Bürgerkrieg eröffnen, wie die Welt bisher keinen größeren erlebt hat. Ich fühle mich nicht befugt, Ihnen dazu zu raten.“

Er lief gemessenen Schrittes und erhobenen Hauptes, mit unter den Rockschößen gehaltenen Händen durch den Saal. ***„Herr Präsident, das ist derzeit Selbstmord, Mord, und es wird uns jeden Freund im Norden kosten. Sie stechen mutwillig in ein Hornissennest, das von den Bergen bis zum Meer reicht. Es werden Legionen ausschwärmen und uns zu Tode stechen. Das ist sinnlos. Das setzt uns ins Unrecht. Das ist tödlich.“***

Davis begründete nun anders und passte seine Argumente an. Es wäre nicht er gewesen, der die Dinge so weit getrieben hätte, sondern Lincoln, und die Welt würde das und auch Lincolns Täuschungen erkennen.¹⁶⁶ Davis' Logik war im Lichte dessen, was er über die Verhandlungen um Pickens und Sumter wusste, nachvollziehbar. Er wusste, dass Lincoln beschlossen hatte, die Forts nicht aufzugeben, und dass er ihre Verstärkung vorbereitet hatte. So war es nicht sinnvoll, abzuwarten, bis Lincoln die Forts versorgt und mit Soldaten und Munition aufgefüllt hätte, bevor die Konföderierten mit der Beschießung beginnen würden. Davis konnte nach der Abspaltung genau so wenig ein Fort der Union mehr im Hafen von Charleston dulden, wie die amerikanischen Siedler nach der Abspaltung von England kein Fort der Briten mehr im Hafen von New York oder Boston hätte dulden können. Es war nun erwiesen, dass Lincoln den Süden mit seinen zahlreichen Versprechungen getäuscht hatte, insbesondere mit den Zusagen Außenminister Swards, die Forts zu räumen. Nun war zu sehen, dass Lincoln mit der Versorgung von Fort Sumter im Begriff war, einen Krieg zu provozieren. Er zeigte damit auch, dass Fort Sumter nicht, wie zugesagt, geräumt werden sollte.

Dennoch, die Öffentlichkeit kannte alle die Verhandlungen über die Forts nicht. Sie wusste nichts über die vielen Noten hin und her und konnte nicht verstehen, dass die Entsendung von

bündel.

166 Foote, The Civil War, Seiten 47f

Verstärkungen oder Brot eine Kriegserklärung an den Süden war. Die Öffentlichkeit sah nur, was eine harmlose Brotsendung für eine hungernde Garnison zu sein schien. Und dann eröffnete der Süden das Feuer auf das Fort! Wenn der Süden einmal den Krieg gewonnen haben würde, würden die Geschichtsbücher Davis' Standpunkt darauf beziehen, das der Norden dem Süden nicht erlaubt hatte, sich selbständig zu machen. Aber nichts in der Geschichte ist sicherer, als dass die Sieger die Geschichte schreiben.

Fort Sumter, Lincolns Köder

Als der Süden in den ersten Morgenstunden des 12. April 1861 das Feuer auf das Fort eröffnete, war das erste Kriegsschiff Lincolns, die THE HARRIET LANE dicht vor dem Hafen von Charleston angekommen. Die Geschütze der Konföderierten beschossen 36 Stunden lang das Fort. In dieser Zeit liefen auch die übrigen Schiffe der Lincoln-Flotte in die Bucht vor Charleston ein. Trotzdem feuerten die Schiffe nicht zurück. Sie zeigten, dass ihr Auftrag, „den ersten Schuss“ der Konföderierten herauszulocken, damit schon erfüllt war.

Viele Zeitungen im Norden reagierten auf die Fort-Beschießung und auf Lincolns Täuschung, um „den ersten Schuss“ des Südens auszulösen. Bezeichnend für die Berichte im Norden ist der Leitartikel des *Buffalo Daily Courier* vom 16. April 1861:

„Die Nachricht vom Fall Fort Sumters ist im Norden mit mehr Verwunderung als mit anderen Gefühlen aufgenommen worden. Jeder vernünftige Kopf stellt sich nun Fragen. Hat die Regierung dieses erste merkwürdige, unglückliche Gefecht ernst gemeint? Wenn das Fort verstärkt werden sollte, warum wurde das dann nicht versucht? ... Uns scheint es so, als wäre die Sache bei Fort Sumter nur als Gelegenheit geplant gewesen, die Stimmung für den Norden zu verbessern und der Regierung mehr öffentliche Zustimmung für ihre Politik zu verschaffen. Wenn die Feuerkraft auf den Schiffen in der Bucht vor Sumter für die Entlastung von Major Anderson eingesetzt worden wäre, als das Fort in Trümmer gelegt worden ist, hätte sie sicherlich ihre Aufgabe glän-

zend erfüllt. Es scheint uns gewiss, dass das gar nicht vorgesehen war. Die Regierung stand, um ein einfaches Bild zu gebrauchen, bei Fort Sumter wie ein begossener Pudel da, der seinem Herausforderer erlaubt hat, ihn k.o. zu schlagen. Die Süd Caroliner haben zugeschlagen. Der Krieg ist eröffnet, und der Plan der Regierung ist aufgegangen."¹⁶⁷

Das *New York Evening Day-Book* schrieb im Leitartikel vom 17. April folgendes:

„Es besteht kein Zweifel, und alle Begleitumstände deuten daraufhin, dass es sich hierbei um einen listig ausgetüftelten Plan für eine Schauveranstaltung gehandelt hat, um die Bevölkerung des Nordens gegen die Südstaatler wachzurütteln, wenn nicht gar auf die Palme zu bringen. Lincoln und Seward wissen genau, dass das Recht, ein Proviantschiff zu Major Anderson zu entsenden, das gleiche wie eine Verstärkung ist. Deswegen ist die ganze Sache so aufgezoogen worden, dass man sie als humanitäre Hilfsaktion zur Unterstützung einer verhungernenden Garnison verkaufen konnte. Es war für Seward wohl nicht möglich, etwas mit offenem Visier zu unternehmen.

Wir wagen die Behauptung, dass noch nie ein so gewaltig angelegtes Komplott gegen die Freiheit des Menschen ausgeheckt worden ist. Welcher Unmensch konnte sich die Opferung des tapferen Major Anderson und seiner kleinen Truppe ausdenken, nur um dieses politische Spiel aufzuführen? Anderson war gezwungen, einem 36stündigen Feuerhagel standzuhalten, während die Flotte, die ihn unterstützen sollte, unbeteiligt auf seine Notsignale schaute und ihm nicht zu Hilfe eilte! Warum haben sie nichts unternommen? Vielleicht werden die Archive in Washington dereinst die Geschichte dieses seltsamen Vorgangs aufdecken. Stoppt diese geisteskranken Männer, bevor ihr ihnen folgt. Sie spalten die Union unter dem Vorwand, sie zu retten."¹⁶⁸

Die *Providence Daily Post* vom 13. April 1861 schrieb:

"Wir sollen in einen Bürgerkrieg ziehen, nur weil Abraham Lincoln seine Republikanische Partei mehr liebt als sein Land. ...Er klammert sich an seine Parteiüberzeugung und lässt es zu, dass die Nation in den Strudel der Zerstörung treibt. Während der Handel dahinsiecht

167 Perkins, Northern Editoriais on Secession, Seite 716

168 Ebenda, Seiten 718f

und unsere industriellen Interessen vom Ruin bedroht sind, ruft Lincoln die Bevölkerung des Nordens - Demokraten, Konservative und Republikaner - auf in den Süden zu marschieren und unsere Ansprüche durchzusetzen -welche? Die nationale Ehre? Mitnichten, aber die ,Chicago-Plattform!'¹⁶⁹ ... Die Baumwollstaaten zweifeln unter diesen Umständen an der Gerechtigkeit. Sie haben sich aus der Union zurückgezogen und wollen nichts Anderes, als allein gelassen zu werden.

Uns wird stattdessen gerade eingeredet, dass der Krieg, wenn überhaupt, einem Akt der Menschlichkeit von Seiten unserer Regierung entspringt, weil die Truppe in Fort Sumter Verpflegung bräuchte und versorgt werden müsste. Das ist alles! Ist das alles? Beachten wir die Tatsachen. Vor drei Wochen haben uns die regierungsnahen Zeitungen versichert, dass Fort Sumter geräumt würde. Sie schrieben, dass das Fort nicht ohne große Opfer an Menschenleben verproviantiert oder verstärkt werden könnte, auch nicht ohne Riesenärger mit dem ganzen Süden. Sie schrieben, dass die Aufgabe der Forts die Anhänger der Abspaltung sicherlich enttäuschen und in Verlegenheit bringen würde und die Stimmung für die Abspaltung in allen Grenz- und Sklavenstaaten dämpfen würde. Sie hatten die öffentliche Meinung bereits daraufeingestellt, als, ganz schnell, die Sache umgedreht wurde, und Fort Sumter nun doch verproviantiert werden sollte. Die Abspaltung soll also doch nicht verhindert werden. Warum?

Wir glauben, dass der Leser schon erkennt, warum. Herr Lincoln sah eine Gelegenheit, einen Bürgerkrieg zu eröffnen, ohne dass er als Aggressor dastand. Ergab vor, die Männer in Fort Sumter wären nahezu ohne Lebensmittel. Sie sollten gepflegt werden. Wir würden versuchen, sie zu verproviantieren. Das kann uns sicher niemand vorwerfen. Wir sollten unsere tapferen Soldaten unter allen Umständen versorgen. Die Südstaatler, die sowohl wahnsinnig als auch dumm sind, werden Widerstand leisten. Dann wird ein Bürgerkrieg ausbrechen. Dann werde ich an den Norden appellieren, mich bei der Niederschlagung der Rebellion zu unterstützen, und der Norden muss daraufeingehen. Wie könnte er anders reagieren.'¹⁷⁰

169 Anmerkung des Herausgebers: Die Chicago-Plattform war eine Art von Parteiprogramm des Lincoln-Flügels der Republikaner zur Zeit von deren Parteigründung.

170 Ebenda, Seiten711-713

Zum Schluss ein weiterer Leitartikel aus dem Norden. Er stammt aus dem *American Standard* vom 12. April, dem Tag der Beschießung von Fort Sumter:

„Der Regierungskurs ist von einem erstaunlichen Maß an Wahnsinn und Rücksichtslosigkeit gekennzeichnet. Es scheint so, als sei er mehr auf die Zerstörung der Union als auf ihre Erhaltung ausgerichtet, als sei ihm alle Weisheit und aller Patriotismus abhanden gekommen und als sei er dem Willen von aufgebrachten Parteiführern unterworfen. ... Die Regierung versucht, ihre wirklichen Motive hinter der Behauptung zu verbergen, es ginge um humanitäre Dinge und um Hilfe für den tapferen Major Anderson und seine Leute. Sie behauptet, dass ein unbewaffneter Dampfer mit Vorräten zu Anderson geschickt wird, und dass, wenn dem Schiff der Weg nicht friedlich frei gemacht wird, die Auslieferung der Versorgungsgüter mit Gewalt erzwungen wird. Dieser Vorgang ist eine hinterlistige Täuschung. ... Der unbewaffnete Dampfer ist, wie bekannt, ein bloßer Köder. Er soll das ‚erste Feuer‘ der Südstaaten herauslocken, das, von unserer Regierung provoziert, den Vorwand liefern soll, die Schrecken des Krieges von der Leine zu lassen. Die Regierung wagt es nicht, den ‚ersten Schuss‘ abzugeben oder das erste Blut zu vergießen und sucht nun ein künstliches Vehikel, das Odium des Aggressors den südlichen Konföderierten zuzuschieben. ... Der Vorwand mit der humanitären Hilfe, dessen sich die Regierung hier bedient, ist eine äußerst transparente Schande, eine inhaltslose Farce und eine Heuchelei, die noch infamer ist, als die Durchtriebtheit, aus der sie zusammengebraut ist.

Kein intelligenter Mensch wird sich durch diese Einlassungen täuschen lassen. Wenn Blut vergossen wird, gehört die Schuld dafür an die Adresse der Regierung. Der Regierung hat der Mut gefehlt, zurückzustecken, um den Frieden und die Einheit des Landes zu erhalten, aber sie war so tapfer, ihre Ohren vor all' den Argumenten der gemeinsamen Bruderschaft, des gemeinsamen Landes, der gemeinsamen Vorväter, der gemeinsamen Religion und der gemeinsamen Sprache zu verschließen und die Nation in einen Bürgerkrieg zu stürzen, um das edle Bauwerk unserer Väter zu zerstören.

Wenn sich das Ergebnis einstellt - und das muss Bürgerkrieg sein - wird das Andenken an Abraham Lincoln und seine törichten Ratgeber zusammen mit anderen Verderbern als verachtend und verabscheuend

*bewahrt werden. ... Und wenn der Historiker, der den Bericht über diese verheerende Regierung schreibt, ein Motto zur Charakterisierung des Präsidenten braucht, der die Institutionen zerstört hat, die zu schützen er geschworen hatte, wird es so ähnlich lauten wie dieses: Hier folgt der Bericht über einen Mann, der sich mehr gefürchtet hat, seine Partei im Stich zu lassen, als sein Land zu ruinieren, der sich mehr Sorgen um sein Überleben als Parteigenosse gemacht hat, als um seine Weisheit als Staatsmann und um seine Courage und Tugend als Patriot. Es folgt ein Bericht über einen Mann, der den edelsten Versuch der Menschheit, sich selbst zu regieren, durch seine Schwäche zerstört hat.*¹⁷¹

Während der Beschießung von Fort Sumter hat es auf beiden Seiten keinerlei Verwundete gegeben. Nach Einstellung des Feuers schickten die Konföderierten einen Arzt ins Fort, um zu sehen, ob Major Anderson dessen Hilfe brauchen könnte. Anderson erwiderte, er hätte weder Verwundete noch Tote und bräuchte keine medizinische Hilfe. Er bat aber, und das wurde ihm gewährt, um Gelegenheit, die Fahne der Union mit der gebührenden Zeremonie niederzuholen und das Fort in Ehren verlassen zu dürfen.¹⁷² Während der Fahnenzeremonie explodierte allerdings eines der Geschütze auf dem Fort, und einer der Nordstaaten-Soldaten wurde dabei getötet. Das war der einzige Verlust während des Fort Sumter-Vorgangs.

Shelby Foote beschreibt den Respekt, den sich beide Seiten gegenseitig zollten, insbesondere die Bewunderung der Südstaatler für den tapferen Major Anderson und seine Truppe, die dem Artilleriefeuer so lange stand gehalten hatte. Foote berichtet: *„Als die erschöpften Artilleriesoldaten [aus dem Fort] still aus dem Hafen ausliefen, säumten die konföderierten Soldaten die Strände und zogen ihre Mützen zum Salut. Es gab kein Jubelgeschrei.*¹⁷³

Die Geschichte hätte hiermit ohne einen im Gefecht Gefallenen ihr Ende finden können. Der Süden hatte sich damit aus der Union

171 Ebenda, Seiten 706-708

172 Anmerkung des Herausgebers: „In Ehren verlassen“ bedeutet freien Abzug mit Handwaffen und ohne Gang in die Gefangenschaft.

173 Foote, The Civil War, A Narrative, Fort Sumter to Perryville, Seite 50

gelöst und das Ideal der Gründungsväter von einer Zentralregierung mit begrenzter Macht und beschränkten Staatsbefugnissen bewahrt. Die Sklaverei hätte ohnehin auch ohne Krieg bald der Vergangenheit angehört, wie in der übrigen westlichen Zivilisation. Stattdessen berief Präsident Lincoln ohne Beteiligung des Kongresses 75.000 Mann für die Miliz ein und marschierte verfassungswidrig in den Südstaaten ein, um die Beschießung von Fort Sumter zu vergelten. Außerdem berief Lincoln am 15. April den Kongress ein, allerdings erst für den 4. Juli 1861. Lincoln begann den Krieg mit illegalen und verfassungswidrigen Mitteln, obwohl weder die Regierung in Washington noch die Nordstaaten angegriffen worden waren. Er behauptete, das geschähe unter dem „Kriegsrecht des Präsidenten“, so wie es die Verfassung vorsähe.

Da der Kongress nie einen Krieg erklärt hat, kam die Frage auf, wann der Bürgerkrieg begonnen hat. Das Oberste Bundesgericht ist mehrfach angerufen worden, diese Frage zu klären. Die Frage wurde sowohl im Krieg als auch unmittelbar danach gestellt. Als allgemeine Auffassung gilt, dass der Bürgerkrieg begonnen hat, als Truppen aus dem Süden das Fort unter Feuer nahmen. Das Oberste Bundesgericht erklärte allerdings, dass der Krieg zwei Anfangsdaten **nach** der Fortbeschießung hat, beide ausgelöst von Präsident Lincoln mit seiner Anordnung einer Seeblockade der Südstaaten-Häfen. Die erste Verkündung einer Seeblockade erfolgte am 19. April. Sie betraf Süd Carolina, Georgia, Alabama, Florida, Mississippi, Louisiana und Texas. Die zweite vom 27. April galt für Virginia und Nord Carolina.¹⁷⁴

Nach dem Fort Sumter-Vorfall fühlte sich Bundesrichter Campbell auf üble Weise von Außenminister Seward während der vorherigen Verhandlungen hinters Licht geführt. Er schrieb dem Außenminister und kritisierte ihn wegen seiner Täuschung:

„Ich nehme an, dass kein aufrechter Mann, der das liest, was ich über die Vorgänge um Sumter geschrieben und gedacht habe, umhin kann, als mir zuzustimmen, dass das zweideutige Reden der Regierung - im

174 James G. Randall, Constitutional Problems Under Lincoln, Chicago, University of Chicago Press, 1951, Seite 50

Vergleich zu ihren Versprechungen - der unmittelbare Grund für die große Katastrophe ist."¹⁷⁵

Außenminister Seward hat nie auf diesen Brief geantwortet. Sein Biograph Thornton K. Lothrop hat allerdings Swards Auffassung zu Sumter offenbart: *„Das Sumter-Unternehmen hat zwar sein angebliches Ziel verfehlt, aber es hat dazu geführt, dass die Südstaaten das Fort angegriffen haben. Das ‚erste Geschützfeuer‘ hat die Situation auf sehr wirksame Weise geklärt. ... und Präsident Lincoln an die Spitze eines vereinten Volks gesetzt.*"¹⁷⁶

Die Bedeutung des „ersten Schusses“

Charles Ramsdell, ein renommierter Historiker, legt überzeugend dar, dass Lincolns einziges Ziel mit dem Fox-Plan gewesen ist, den Süden zum „ersten Schuss“ zu verleiten:

„Obwohl es bei der Beschießung von Fort Sumter keine Verwundenen gegeben hat, versetzte die bloße Nachricht, dass der Angriff auf das Fort begonnen hatte, den ganzen Norden in Flammen der Empörung. Die ‚Rebellen‘ hatten den ‚ersten Schuss‘ abgegeben. Sie hatten sich entschlossen, einen Krieg vom Zaun zu brechen. Wenn es vorher noch irgendeinen Zweifel gegeben hatte, ob die Masse der Nordstaatler die Regierung bei der Niederwerfung der Sezessionisten unterstützen würde, war er jetzt ausgeräumt. Lincolns Strategie war vollends aufgegangen. Er nutzte den psychologischen Moment, um die Miliz einzuberufen und den Norden für den Krieg in Pflicht zu nehmen. Mit dem Vorgehen hatte er zwar vier der Grenz- und Sklavenstaaten eingebüßt, aber er hatte vermutlich schon mit dem Verlust gerechnet."¹⁷⁷

Lincoln hat nie aufgehört, dem Süden die Schuld für den Kriegausbruch zu geben. Selbst in seiner „Ansprache zur Lage der Nation“ vom 6. Dezember 1864 erklärte Lincoln: „Um eine einfache Friedensbedingung zu nennen, sage ich schlicht, der

175 Tilley, Lincoln Takes Command, Seite 288

176 Ebenda, Seite 265

177 Ramsdell, Lincoln and Fort Sumter, Seiten 284f

Krieg wird aus Sicht der Regierung dann zu Ende sein, wenn die, die ihn begonnen haben, ihn auch beenden."¹⁷⁸

Nach dem Krieg hat der konföderierte Präsident Jefferson Davis seine Gründe erklärt, warum er den Befehl gegeben hat, Fort Sumter zu beschießen:

„Der Versuch, uns als Aggressor in dem Konflikt darzustellen, ist so daneben, wie die Beschuldigung des Wolfs gegen das Lamm in dem bekannten Märchen. Der Angreifer ist nicht unbedingt der, der den ersten Schlag austeilt oder die erste Kanone abfeuert. Abzuwarten, bis der Gegner seine Stellung zu Lande oder seine Position auf See verstärkt, nachdem er seine feindliche Absicht bereits erklärt hat, nur um den ‚ersten Kanonenschuss‘ abzuwarten, hieße, so unklug zu sein, wie es zu zögern wäre, den Arm eines Angreifers herunterzuschlagen, wenn der seine tödliche Waffe schon auf die eigene Brust gerichtet hat, gar zu warten, bis er abgefeuert hat. Die hinterlistige und demagogische Schimpfkanonade über den ‚ersten Schuss‘ mag die Leidenschaften eines unvernünftigen Mobs in Zeiten allgemeiner Erregung wecken, aber in einer unparteiischen Geschichtsschreibung taugt sie nicht, die Unions-Regierung von ihrer Verantwortung für den Überfall mit der Entsendung einer feindlichen Flotte gegen den Hafen von Charleston zu befreien, zumal sie mit der drohenden Gefahr aus Fort Sumter zusammengearbeitet hat. Nachdem der Angriff durch eine Flotte feindlicher Herkunft erfolgt war, war das Ausschalten von Fort Sumter eine für absolut und sofort notwendig gehaltene Verteidigungsmaßnahme. Die Absicht des Kommandanten der PAWNEE war so eindeutig, den Bürgerkrieg zu eröffnen, als er es abgelehnt hat, wie Kapitän Fox uns erklärt hat, ohne Anweisung eines Vorgesetzten in den Hafen einzulaufen. Die schlichte Offenheit des Marineoffiziers war noch nicht von dem Schwindel der politischen Spitzfindigkeit verdorben. Aber angenommen, die konföderierten Behörden hätten eingelenkt und der Anlieferung von Nachschub für die Unterhaltung der Garnison zugestimmt, welche Sicherheit hätten sie gehabt, dass nichts weiter unternommen würde? Konnte man sich nach den Erfahrungen mit der STAR OF THE WEST und den Täuschungen der drei Beauftragten in Washington noch auf irgendeine Zusicherung der Regierung der

178 Tilley, Lincoln Takes Command, Seite 227

Vereinigten Staaten verlassen ? Die Regierung hat uns gesagt, dass wir schnellstens benachrichtigt wurden, dass nichts mehr in der Angelegenheit unternommen würde. Die Worte in Kursivschrift sind bedeutungsvoll, obwohl sie wie eine unscheinbare und harmlos aussehende Einschränkung wirken. Aber uns war ja gerade ausdrücklich lange vorher mitgeteilt worden, dass die Garnison zurückgezogen werden sollte. Es würde also auch in Zukunft so einfach sein, die eine Zusicherung zu brechen, wie es schon gewesen ist, die andere nicht einzuhalten.

Darüber hinaus war die sogenannte Benachrichtigung nur eine Kurzmitteilung ohne Datum, ohne Unterschrift und ohne Beglaubigung irgendeiner Art an Gouverneur Pickens, nicht einmal von einem akkreditierten Beauftragten überbracht, sondern nur von einem kleinen Angestellten aus dem Außenministerium. Alle Merkmale, die diese Kurzmitteilung gültig oder bindend hätten machen können, waren vorsichtig und absichtlich weggelassen worden, wie schon bei den mündlichen und schriftlichen Zusagen des Herrn Seward, die von Bundesrichter Campbell übermittelt worden waren. So hätte der Absender die Mitteilungen später ohne Weiteres leugnen können."¹⁷⁹

Präsident Davis fuhr in seiner Erklärung fort:

„Die unblutige Beschießung von Fort Sumter und ihre Kapitulation geschahen am 13. April 1861. Der Garnison wurde großzügig gestattet, das Fort mit allen militärischen Ehren zu verlassen. Die Räumung des Forts, das den Zugang zum Hafen von Charleston beherrschte, wurde als Rechtstitel von Süd Carolina beansprucht. Wenn das Fort in feindliche Hände gefallen wäre, wäre das schädlich für den Handel gewesen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte den freiwilligen Abzug der Garnison erwogen, und die, die es am besten beurteilen konnten, hatten geglaubt, das wäre zugesagt worden. Dennoch, wenn statt der Erfüllung purer Erwartungen und statt der Räumung der Garnison eine Einsatztruppe organisiert und in Marsch gesetzt worden ist, erforderte es die Dringlichkeit der Angelegenheit, das Fort zu bekämpfen, ehe es verstärkt werden konnte. Wenn es eine Verzögerung gegeben hätte, wäre eine Auseinandersetzung zwischen dann größeren Land- und Seestreitkräften umso gewaltiger geworden. Dann wäre die

179 Davis, The Rise and Fall of the Confederate Government, Band I, Seiten 292-295

*Auseinandersetzung kaum so unblutig verlaufen, wie die Beschießung des Forts. Stattdessen wurde das Geschehen ausgenutzt, um die Menschen im Norden aufzuputzen. Nachdem die Täuschung der konföderierten drei Beauftragten aufgefliegen war, wurde geschickt versucht, dem Süden, der auf Frieden drängte und noch immer in der Defensive stand, anzuhängen, dass er mit dem Beschuss von Sumter einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten eröffnet hat.*¹⁸⁰

Nachdem es gelungen war, den Süden zu veranlassen, den „ersten Schuss“ abzufeuern und den „Krieg zu beginnen“, setzte Lincoln an, sich zum ersten Diktator der USA aufzuschwingen. Der Historiker Arthur M. Schlesinger jr., einer der überzeugtesten Anhänger Lincolns, beschreibt dessen anfängliche Kriegsführung wie folgt:

„Lincoln begann trotzdem, Macht an sich zu ziehen und am Kongress vorbei zu handeln. Fort Sumter war am 12. April 1861 angegriffen worden. Am 15. April berief Lincoln den Kongress zu einer Sondersitzung ein, aber erst zum 4. Juli. So gewann er zehn Wochen, in denen er am Kongress vorbei per Dekret regieren konnte. In der Zeit brachte er die Nation endgültig auf den Pfad des Krieges.

Am 15. April verfügte er, die Miliz auf eine Stärke von 75.000 Mann zu bringen. Hierbei berief er sich auf eine Gesetzesvorschrift. Von da an handelte er auf eigene Faust. Am 19. April verhängte er eine Seeblockade über die ‚Rebellen-Häfen‘ und maßte sich dabei die Amtsbefugnis an, für die bisherigen Maßnahmen eine Kriegserklärung zu verlangen. Am 3. Mai rief er Freiwillige für den Kriegsdienst auf und vergrößerte Heer und Marine, womit er ein Recht ausübte, das sonst nur dem Kongress zustand. Am 20. April wies er den Schatzminister ohne Genehmigung des Kongresses an, Steuergelder für die Streitkräfte bereitzustellen und verletzte damit den Artikel I, Absatz 9 der amerikanischen Verfassung. Am 27. April übertrug er dem Oberbefehlshaber des

180 Ebenda, Seite 297, Siehe auch die Erklärung des konföderierten Vize-Präsidenten Alexander H. Stephens, A Constitutional View of the War Between the States, Harrisonburg, Va., Sprinkle Publications, 1994, Band 2, Seiten 34-36, 349. Für eine weitere kurz gefasste und nachvollziehbare Deutung des „erste Schuss“-Manövers von Lincoln siehe: Stampf, And the War came, Seiten 263-286.

Heeres die Befugnis, die Habeas-Corpus-Akte aufzuheben.¹⁸¹ Er tat das, obwohl das Recht dazu vor Lincolns Zeit als Vorrecht des Kongresses galt, auch wenn das nicht ausdrücklich in der Verfassung stand. Später behandelte Lincoln die Habeas-Corpus-Regelung als Präzedenzfall für weitere Außer-Kraft-Setzungen von Verfassungsrechten in Zeiten von Rebellion und Krieg - unzweifelhaft eine Überziehung seiner ursprünglichen Absicht¹⁸².

Die Frage, die die Geschichtsschreibung letzten Endes klären muss, ist, ob Lincoln den Süden in die Lage manövriert hat, den „ersten Schuss“ abzufeuern, um die Öffentlichkeit - wie er es wollte - davon zu überzeugen, dass der Süden den Krieg eröffnet hat, den Lincoln selbst in Wirklichkeit begonnen hat? Obwohl Lincoln eine sehr manipulierende und heimlichtuende Person war, gibt es kaum einen Beweis, der die Vergehen eindeutig belegt. Aber amtliche Berichte, wie sie besonders die Arbeit von John Shipley Tilley offenlegt, bezeugen es, und Lincoln selbst hinterließ den Beweis.¹⁸³ Als erstes ist da Lincolns Brief an Gustavus Fox vom 1. Mai 1865, in dem er Fox tröstete und schrieb, er sollte nicht betrübt sein, dass sein Versuch, Versorgungsgüter nach Fort Sumter anzutransportieren, gescheitert wäre. Lincoln versicherte ihm, dass er noch immer Vertrauen zu ihm hätte und lobte ihn für sein Bemühen. Lincoln schrieb im Brief:

„Sie und ich, wir beide, haben vorhergesehen, dass die Sache der Nation durch den Versuch, Fort Sumter zu versorgen, vorangebracht hat, selbst wenn der Versuch schiefging. Und es ist kein geringer Trost, zu wissen, dass Ihre Erwartung durch das Ergebnis gerechtfertigt worden ist.“¹⁸⁴

181 Anmerkung des Herausgebers: Die englische „Habeas Corpus Amendment Act“ von 1679 hatte die Pflicht zur richterlichen Haftprüfung innerhalb von drei Tagen eingeführt.

182 Arthur M. Schlesinger jr., War and the Constitution, Abraham Lincoln and Franklin D. Roosevelt, in Lincoln The War President, The Gettysburg Lectures, Gabor S. Boritt ed, New York, Oxford University Press, 1992, Seiten 155f, Weitere Einzelheiten zu Lincolns verfassungswidrigem Verhalten siehe bei: James G. Randall, Constitutional Problems Under Lincoln

183 Tilley, Lincoln Takes Command

184 Ramsdell, Lincoln and Fort Sumter, Seite 285

Lincoln bewies seine Wertschätzung für Fox mit dessen Beförderung auf einen hohen Posten. Fox wurde 1865 Stellvertreter der Marineminister.¹⁸⁵ Der zweite Beweis: Lincolns zwei zuverlässige Geheimsekretäre John G. Nicolay und John Hay nahmen ihre Berichte über Lincolns Bemühungen, den Süden zum „ersten Schuss“ zu verleiten, zu den Akten. In einer ihrer Quellen steht: *„Theoretisch betrachtet, reicht es aus, dass sich die Regierung im Recht befindet. Aber um die Angelegenheit wasserdicht zu machen, entschied er, dass die Rebellen zusätzlich ins Unrecht zu setzen sind.“*¹⁸⁶

Beide Sekretäre hielten auch fest:

*„Präsident Lincoln hat bei seiner Entscheidung in der Sumter-Frage eine einfache aber wirkungsvolle Politik eingeschlagen. Um es mit seinen Worten auszudrücken, er beschloss, „Anderson Brot zu schicken“. Wenn die Rebellen auf den Transport schießen, werden sie die Welt nicht mehr überzeugen können, dass er [Lincoln] den Bürgerkrieg begonnen hat.“*¹⁸⁷

Außerdem schlossen die zwei Geheimsekretäre ihren Fort-Sumter-Bericht mit der Behauptung ab,

*„Als er schließlich den Befehl zum Auslaufen der Flotte gab, war er [Lincoln] Herr der Situation .. Herr, falls die Rebellen zögerten oder die Sache bereuen sollten, weil sie dann ihr Prestige im Süden einbüßen würden, und auch Herr, wenn sie hartnäckig bleiben würden, weil er dann einen vereinten Norden anführen würde.“*¹⁸⁸

Den besten Beweis enthielt allerdings das Tagebuch des Senators Orville H. Browning, eines sehr engen und vertrauten Freundes von Lincoln. Senator Stephen A. Douglas aus Illinois starb nach Ausbruch des Kriegs, und der republikanische Gouverneur Richard Yates ernannte Browning am 3. Juni 1861 zu dessen Nachfolger. Browning war seit über 20 Jahren ein enger Freund Lincolns, und nachdem er Senator geworden war, wurde er dessen Regierungssprecher. Präsident Lincoln hatte den Kongress für den 4. Juli zu einer Sitzung einberufen, aber Senator

185 Tilley, Lincoln Takes Command, Seite 152

186 Ramsdell, Lincoln and Ford Sumter, Seite 286

187 Ebenda

188 Ebenda

Browning machte sich schon früher auf den Weg und ging ins Weiße Haus, um seinen alten Freund vorher privat aufzusuchen, also am Abend des 3. Juli. Browning führte ein Tagebuch mit akribischer Genauigkeit, was Lincoln allerdings nicht wusste. Nach dem abendlichen Treffen mit Lincoln schrieb Browning, als er wieder im Hotel war, auf, worüber der Präsident und er sich unterhalten hatten. Im Tagebuch steht, dass Lincoln, nachdem er Browning seine Erklärung an den Kongress für den nächsten Tag vorgelesen hatte, das Papier zur Seite gelegt und das Gespräch so fortgesetzt hat:

„Er hat mir erzählt, dass das allererste, was er nach seiner Amtseinführung in die Hand bekommen hätte, ein Bericht von Major Anderson gewesen wäre, in dem dieser gemeldet hätte, dass es unmöglich wäre, Fort Sumter zu verteidigen oder zu entlasten. Danach hätte er das Kabinett zusammengerufen und General Scott um Rat gefragt. Scott hätte Anderson zugestimmt, und das Kabinett mit Ausnahme von Generalpostmeister Blair hätte sich für die Evakuierung der Fortbesatzung ausgesprochen. Lincoln hätte gesagt, dass aller Arger und alle Befürchtungen seines Lebens nichts gegen seine Sorgen zwischen dieser Kabinettsitzung und dem Fall von Fort Sumter gewesen wären. Er selbst hätte sich die Idee einfallen lassen und vorgeschlagen, Vorräte zu schicken, ohne eine Verstärkung zu versuchen, aber Gouverneur Pickens in Süd Carolina davon zu informieren. Der Plan hätte funktioniert. Sie hätten Fort Sumter angegriffen, das Fort wäre gefallen und so hätte es mehr Nutzen gehabt, als es sonst hätte nutzen können.“¹⁸⁹

Wenn „der Plan“ gewesen wäre, „der hungernden Fortbesatzung Verpflegung zu bringen“, wäre er gescheitert. Aber da „der Plan“ war, die Südstaatler zur Abgabe des „ersten Schusses“ zu provozieren, war er gelungen, und genau das war es, was Lincoln erklärt hat.

Charles Ramsdell stellt fest, dass diese Tagebucheintragung den Beweis erbringt, dass Lincoln den Süden veranlasst hat, den „ersten Schuss“ abzugeben, und Ramsdell erklärt Lincolns Verhalten gegenüber Browning so:

189 Ebenda, Seiten 287f

„Es ist nicht schwer zu verstehen, warum der sonst so verschwiegene Lincoln, der so lange von Fremden und Kritikern umgeben war, von denen er sich eigentlich Hilfe versprochen hatte, an diesem Abend zum ersten Mal nach so vielen Monaten gegenüber einem alten, loyalen und diskreten Freund vergessen hat, zu schweigen, obwohl dieser Freund oft eigene Interessen verfolgt hat. Es muss ihm eine emotionale Erleichterung bedeutet haben, mit Stolz über seine großartige Strategie sprechen zu können, die er so lange für sich behalten musste. Es muss ihm gut getan haben, seinen Freund Browning mit seinem Erfolg beeindrucken zu können, wie er mit der verworrenen und gefährlichen Lage fertig geworden ist. Er hat nicht geglaubt, dass Browning das Geheimnis seinem Tagebuch anvertrauen würde.“¹⁹⁰

Nur selten finden Historiker einen so guten Hinweis oder den berühmten „rauchenden Colt“ zum Beweis für die verborgenen Absichten eines cleveren Politikers als diese Tagebucheintragung von Browning. Am nächsten Tag, dem 4. Juli 1861 hielt Lincoln seine Rede vor dem Kongress. Er erklärte, dass er versucht hätte, eine friedliche Lösung des Problems herbeizuführen, als er seine Schiffe mit Brot für die tapferen und hungernden Soldaten zum Fort Sumter entsandt hätte. Er beendete seine Botschaft mit dem Satz: „Da wir unseren Weg ohne Arglist und in lauterer Absicht eingeschlagen haben, lassen Sie uns auf Gott vertrauen und ohne Furcht und mit starken Herzen voranschreiten.“¹⁹¹ Obwohl Browning ein enger Freund und Anhänger Lincolns war, muss er blass geworden sein, als er diese Worte mit anhören musste, nachdem er Lincolns wahre Geschichte vom Abend vorher kannte.

Es gibt viele Lincoln-Anhänger, die immer noch der Meinung sind, dass Lincoln nie getrickst haben könnte, um einen Krieg auszulösen, weil das völlig außerhalb des Wesens dieses Mannes gelegen hätte, der seine Anti-Kriegs-Einstellung so überzeugend im Kongress vertreten hätte, als Präsident Polk seinen Amerikanisch-Mexikanischen Krieg begann. Lincoln hatte Polk beschuldigt, den Krieg dadurch provoziert zu haben, dass er Truppen in

190 Ebenda, Seite 288

191 Masters, Lincoln, The Man, Seite 418

ein umstrittenes Grenzgebiet geschickt hat, was die Mexikaner veranlasste, die „ersten Schüsse“ abzugeben. Einer der Historiker, der Lincoln am meisten bewundert hat, kommentierte dessen Ablehnung des Krieges so:

„Die Politik in Verbindung mit Lincolns moralischer Abscheu gegen den Amerikanisch-Mexikanischen Krieg war vor allem eine parteitaktische Angelegenheit. Jetzt vermisst man allerdings seine grundsätzliche Anti-Kriegs-Einstellung von 1848. Damals prangerte er den Präsident der USA James K. Polk an, den Krieg provoziert zu haben: ‚Das Blut dieses Krieges schreit wie das Blutvergießen Abels zum Himmel.‘ Lincoln ließ keine Entschuldigung bei seiner Attacke gegen Polk gelten, weil Herrscher zu allen Zeiten, in Kriegen immer wieder ihre Völker verelenden ließen und dabei vorgaben, dass das dem Wohl des Volkes dienen würde. Dies“ - so argumentierte Lincoln - *„war die größte aller königlichen Unterdrückungen.“* „Militärischer Ruhm“ - so Lincoln - *„wäre der wunderschöne Regenbogen in den Regenschauern des Blutes, das hypnotisierende Auge der Schlange, der Reiz der Zerstörung.“*¹⁹²

Gabor Boritt hat hier offensichtlich Auszüge aus Lincolns Brief an seinen Rechtsanwalts-Sozius William H. Herndon zitiert, der die Ansicht vertreten hatte, Lincoln sollte Präsident Polk nicht kritisieren. Lincoln hatte Polk vorgeworfen, er hätte den Krieg mit Mexiko angefangen und den Kongress mit Tricks dazu gebracht, Mexiko den Krieg zu erklären. Lincoln hielt den Krieg für nicht verfassungskonform, weil Präsident Polk ihn tatsächlich selbst begonnen hatte, statt die Angelegenheit der Kriegserklärung vor den Kongress zu bringen. Lincoln schreibt in seinem Brief an Herndon:

„Die Verfassung, soweit ich sie verstehe, überträgt die Befugnis, Kriege zu führen, dem Kongress. Und das aus folgenden Gründen: Könige haben ihre Völker immer wieder in Kriege verwickelt und damit arm gemacht und dabei meist, wenn nicht immer, vorgegeben, dass dies zum Nutzen des Volkes geschähe. Unsere Verfassungsväter von 1787 verstanden die Kriegs-Allmacht der Könige als die größte aller Unterdrückungen für

192 Boritt, War Opponent and War President, in Lincoln The War President, The Gettysburg Lectures, Gabor S. Boritt ed., Seiten 190f. Für eine ausführlichere Erklärung der Angriffe Lincolns gegen Präsident Polk siehe: Masters, Lincoln, The Man, Seiten 97f

ihre Völker. Daher beschlossen sie, die Verfassung so zu formulieren, dass nie einem einzigen Mann allein die Macht gegeben werden sollte, uns diese Unterdrückung anzutun. Ihre Auffassung aber zerstört die Bedeutung unserer alten Verfassung und stellt den Präsidenten an die Stelle, an der früher stets die Könige gestanden haben"¹⁹³

Lincoln zog allerdings eine Menge wertvolle Lehren aus seiner Oppositionszeit unter Präsident Polk. Er erkannte, dass Polk den Krieg angestrebt hatte, um den Mexikanern Land abzunehmen, das die zu verkaufen sich geweigert hatten. Er sah auch ein, dass Polk es sich nicht leisten konnte, als Aggressor wahrgenommen zu werden, der einen Krieg angezettelt hatte. Lincoln hatte gelernt, dass der Kongress dem Präsidenten kaum seine Unterstützung verweigern konnte, wenn man die andere Seite selbst veranlasst hatte, das „Feuer zu eröffnen“, und amerikanische Truppen dabei schon unter Beschuss geraten waren. Der Kongress konnte sich dann kaum noch weigern, den Krieg zu erklären. Er würde die Truppe im Felde im Stich lassen, wenn er es nicht täte. Lincoln hatte auch gesehen, welche immense Macht und welch' großes Ansehen dem Präsidenten zuflog, wenn der Krieg erst einmal begonnen hatte. Lincoln hatte gemerkt, wie alle Meinungsverschiedenheiten mit der Opposition verschwanden, war der Krieg erst einmal ausgebrochen, und wie die Partei, die an der Macht war, von großer Zustimmung getragen, ihren Kurs verfolgen konnte. Lincoln hatte für seine Attacken gegen Polk auch viel Kritik einstecken und begreifen müssen, wie unpopulär es war, gegen einen Krieg, in dem man sich bereits befand, zu opponieren. Besonders die Demokraten beschuldigten ihn 1848 der „Korruption“ und des „Verrats in einer Neuauflage eines Benedict Arnold“.¹⁹⁴¹⁹⁵ Obwohl sich alle Whigs¹⁹⁶ in Illinois Lin-

193 Mark E. Neelly, Jr., *The Fate of Liberty, Abraham Lincoln and Civil Liberties*, New York and Oxford, Oxford University Press, 1991, Seite 213

194 Boritt ed., *War Opponent and War President*, Seite 191.

195 Anmerkung des Herausgebers: Arnold war amerikanischer General im Unabhängigkeitskrieg gegen England. Er ließ sich von den Engländern bestechen und ging 1781 auf deren Seite über. Benedict Arnold gilt in den USA als Urbild des hinterlistigen Verräters.

196 Anmerkung des Herausgebers: Die Whigs waren von 1833 bis 1860 eine

colns Opposition gegenüber Polk anschlossen und den Präsident beschuldigten, den Krieg begonnen zu haben, gab es einen Politiker, der ein Gegner des Kriegs von 1812 ¹⁹⁷ gewesen war und der jetzt ausscherte und erklärte, dass er dem Krieg gegen Mexiko nicht widersprechen würde. Er wird so zitiert: „*Nein, bei Gott, ich habe einmal einem Krieg widersprochen, und das hat mich ruiniert. Und jetzt bin ich für Krieg, Seuche und Hungersnot!*“

Lincolns Erfahrungen aus dem Mexikanischen Krieg belegen noch lange nicht, dass er sich mit der Auslösung des Bürgerkriegs anders als sonst verhalten hat. Sie zeigen lediglich, dass er Gelegenheit hatte, viel von dem zu lernen, was er als Präsident selbst anwenden konnte, vor allem als einer, der weniger als 40 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte und nur eine Minderheit in beiden Häusern des Kongresses. In einem laufenden Krieg und ohne die Südstaatler im Kongress konnte er das gesamte Parteiprogramm der Republikaner in Gesetze gießen lassen. Der Süden hatte bisher nacheinander die Pläne der Föderalistischen Partei, der Whigs und der Republikaner abgelehnt, eine starke Zentralregierung einzusetzen. Die Republikaner standen nun für eine mit viel Macht ausgestattete, zentralistische Regierung, für hohe Schutzzölle, für die „inländische Entwicklung“ und für die Verbindung zwischen der Regierung und den Großunternehmen der amerikanischen Wirtschaft. Die Südstaaten standen dagegen.

Fareed Zakaria, der geschäftsführende Herausgeber des einflussreichen Magazins *Foreign Affairs* ist ein großer Bewunderer der lincolnschen Errungenschaft, der mächtigen Zentralregierung, die Amerika von einem rückständigen Land zu einem Staat gemacht hat, der den europäischen Mächten ebenbürtig ist. In seinem Buch „Vom Wohlstand zur Macht“ vertritt er die Auffassung, dass Lincoln der Erste war, der Amerika in eine gro-

amerikanische Partei, meist innerparteilich inhaltlich zerstritten. Sie waren mit keiner der heutigen US Parteien vergleichbar.

197 Anmerkung des Herausgebers: Der Krieg von 1812 bis 1814 war der zweite amerikanische Unabhängigkeitskrieg gegen England.

ße Kriegsmacht verwandelt hat, und er stimmte dem Wechsel der Außenpolitik, der mit dem Spanisch-Amerikanischen Krieg und dem Ersten Weltkrieg vollzogen worden war, auf ganzer Linie zu. Er folgerte, dass ein reiches Land wie die USA, auch ein mächtiges Land mit militärischer Macht sein sollte. Das Militär könnte helfen, die wirtschaftliche Macht auf das Ausland auszuweiten. Zakaria beschreibt den Wandel in der Außenwirkung der USA als Ergebnis des Bürgerkriegs mit der Brille eines europäischen Staatsmanns, der des großen britischen Ministerpräsidenten Disraeli:

*„Europäische Staatsmänner sahen im amerikanischen Bürgerkrieg einen Wendepunkt ohne Weg zurück. Benjamin Disraeli erklärte vor dem Unterhaus, dass der Krieg ein Amerika hinterlassen hätte, das sich vom Amerika der Gründungsväter und selbst von dem, das unsere Generation kennengelernt hat, unterscheidet. Es würde ein Amerika der Streitkräfte, der Diplomatie, der wetteifernden Bundesstaaten und lavierenden Kabinette, der häufigen Turbulenzen und vermutlich vieler Kriege sein.“*¹⁹⁸

Völlig andere Vorstellungen sind in der Korrespondenz zweier prominenter freiheitsliebender Männer nach dem Bürgerkrieg zu finden. Beide erblickten in einer mächtigen zentralistischen Regierung eine starke Bedrohung der Freiheit des Individuums und der Idee der amerikanischen Republik, so wie sie die Gründungsväter einst geschaffen hatten. Lord Acton, der große Historiker der Freiheitsidee wurde einmal gebeten, seine Auffassungen über den amerikanischen Bürgerkrieg niederzuschreiben. Er kam der Bitte sehr bald nach und schrieb zeitnah zu den Ereignissen. Am Ende des Kriegs korrespondierte er mit General Robert E. Lee¹⁹⁹ und befragte ihn nach seiner Meinung über die Auswirkung des Siegs der Nordstaaten. In seinem Brief vom 4. November 1866 beklagte sich Lord Acton über die Niederlage des Südens und schrieb:

198 Fareed Zakaria, *From Wealth to Power, The Unusual Origins of America's World Role*, Princeton, N. J., Princeton University Press, 1998, Seite 48

199 Anmerkung des Herausgebers: Lee war Südstaaten-General, zunächst Oberbefehlshaber der Nord-Virginia-Armee und ab 1865 Oberbefehlshaber des konföderierten Heeres.

„Ich sehe in den Staatsrechten²⁰⁰ die einzige sachdienliche Begrenzung eines absolutistischen souveränen Willens. Die Abspaltung hat mich mit Hoffnungen erfüllt, nicht als Zerstörung sondern als Reform von Demokratie. ... Deshalb schien es mir, dass Sie Ihre Schlachten für unsere Freiheit, unseren Fortschritt und unsere Zivilisation geschlagen haben. Und ich trauere tiefer um den verlorenen Einsatz bei Richmond als ich mich über das freue, was bei Waterloo gerettet worden ist.“²⁰¹

General Lee antwortete Lord Acton am 15. Dezember mit einem Brief, in dem er - im Auszug wiedergegeben - schrieb:

„Ich kann nur sagen, dass ich, während ich die Erhaltung der verfassungsmäßigen Macht der Unionsregierung in Washington als Grundlage für Frieden und Sicherheit zu Hause und dem Ausland gegenüber betrachtet habe, ich doch der Ansicht bin, dass die Erhaltung der Rechte und Kompetenzen, die den Bundesstaaten und dem Volk vorbehalten sind, nicht nur wichtig für den Ausgleich und die Ausgewogenheit im gesamten System ist, sondern auch für die Garantie einer freiheitlichen Regierung. Ich halte es für die Hauptquelle der Stabilität unseres politischen Systems, während die Verschmelzung der Bundesstaaten zu einer einzigen riesigen Republik, die dem Ausland gegenüber und im Inland aggressiv auftreten wird, sicherlich der Anfang des Niedergangs all²⁰² dessen werden wird, was vorausgegangen ist.“

General Lee setzte fort:

„Der Süden hat nur für den Vorrang der Verfassung gekämpft und die ihr angemessene Handhabung der Gesetze. Virginia hatte zuletzt große Anstrengungen unternommen, die Union zu retten und dabei auf Eintracht und Kompromiss gedrängt. Senator Douglass hatte in seinen Anmerkungen zum Kompromiss-Gesetz des „Komitees der Dreizehn“²⁰³ von 1861 geschrieben, dass jedes Mitglied aus dem Süden,

200 Anmerkung des Herausgebers: Die alte verfassungsmäßige Abgrenzung der Rechte der US Bundesregierung in Washington und der Rechte der einzelnen Bundesstaaten.

201 Rufus Fears ed., Essays in the History of Liberty, Selected Writings of Lord Acton, Indianapolis, Ind., Liberty Fund, 1985, Band I, Seite 363

202 Ebenda, Seite 365

203 Anmerkung des Herausgebers: Ein Komitee von 13 Spitzenpolitikern aus den Nord- und den Slidstaaten, deren Kompromissvorschlag zur Erhaltung

einschließlich der Herren Toombs und Davis, ihr Bereitschaft erklärt hatte, den Antrag des Senators Crittenden aus Kentucky zu akzeptieren. Der hatte eine endgültige Beilegung der Streitigkeiten vorgeschlagen. Die einzige Schwierigkeit auf dem Weg zu einem einvernehmlichen Ausgleich gab es mit der Partei der Republikaner. Wer anders ist für den Krieg verantwortlich?’²⁰⁴

Lincoln, ein Diktator

Carl N. Degler, ein Historiker, der mit dem Pulitzer Preis ausgezeichnet worden ist, schreibt, dass die meisten Historiker Lincoln ungern mit Bismarck in Deutschland vergleichen, aber er zeigt auch, dass beide Männer von „Blut und Eisen“ gewesen sind, und dass ihre großen Erfolge sehr ähnlich sind.²⁰⁵ Sowohl Lincoln als auch Bismarck formten ihre jeweiligen Länder von Staatenbünden in konsolidierte Staaten um. Degler kommt zu dem Schluss, dass beide Männer Kriege dazu brauchten. Obwohl Degler den Wohlfahrtsstaat in seiner Gegenüberstellung nicht erwähnt, hat Bismarck eindeutig den ersten Wohlfahrtsstaat durch das erste soziale Sicherungssystem geschaffen, und die erste Arbeitsgesetzgebung, während Lincolns Wohlfahrtsstaat in Amerika hauptsächlich auf genossenschaftlicher Basis aufgebaut war. Nach dem Krieg schuf er auch die Pensionen für Veteranen. Degler weist trotzdem darauf hin, dass es eine direkte Parallele im Aufbau ihrer jeweiligen Wohlfahrtsstaaten gibt.

Ein Vergleich, der auf den Wohlfahrtsstaat zielt, den Degler ausgelassen hat, ist, dass der Vorgang, Konföderationen zu zerstören, um Nationen zu bilden, sowohl Bismarck als auch Lincoln in Wirklichkeit zur selben Zeit zu Diktatoren gemacht hat. Bismarck diente seiner Bestimmung von 1862 bis 1871 und Lincoln

des Friedens von der Republikanischen Partei abgelehnt wurde.

204 Ebenda, Seite 366

205 Carl N. Degler, *The United States and National Unification*, in *Lincoln the War President, Gettysburg Lectures*, Gabor S. Boritt ed., New York, Oxford University Press, 1992, Seite 106

von 1861 bis 1865.²⁰⁶ Professor Forrest McDonald zitiert in seinem ausgezeichneten Buch mit einem Überblick über die amerikanischen Präsidentschaften zahllose Quellen sowohl von Lincolns Zeitgenossen als auch von heutigen Historikern, die alle darin übereinstimmen, dass Lincoln zum Diktator geworden war:

„Damals und später haben viele Leute Lincolns Amtsführung als maßlos kritisiert. Der Sklavereieigener Wendell Phillips nannte Lincoln einen schrankenlosen Despot, und Richter Benjamin R. Curtis schrieb, dass er eine „Militär-Gewaltherrschaft“ errichtet hätte. Als William Whiting, Jurist im Kriegsministerium, ein Buch mit dem Titel „Kriegsmächte unter der Verfassung“²⁰⁷ veröffentlichte, in dem er behauptete, dass die Handlungen des Präsidenten in Kriegszeiten keinerlei Verfassungsbeschränkungen unterlägen, polterte Senator Charles Sumner, dass diese Lehrmeinung (und Lincolns entsprechendes Betragen) so anmaßend, unvernünftig, verfassungswidrig, absurd und tyrannisch wäre, dass sie keine Beachtung verdiene. Wenn man dieser Lehrmeinung folgen würde, würde die Staatsgewalt „von einer Herrschaft des Rechts zu der einer Militärdiktatur“ mutieren. Historiker des 20. Jahrhunderts und Politikwissenschaftler charakterisieren Lincolns Präsidentschaft normalerweise als „Diktatur“ oder als „konstitutionelle Diktatur“ - manchmal im wohlwollend römischen Sinne, manchmal in modern finsternerem Sinne.“²⁰⁸

Lincoln als Amerikas erster Diktator brachte einige der Schrecken der Französischen Revolution an unsere Küsten. Er unterschrieb einen Vollstreckungsbefehl für die Inhaftierung des Leitenden Richters des Obersten Bundesgerichts der USA, weil der Richter die Meinung geäußert hatte, dass Lincoln verfassungswidrig gehandelt hätte, als er die Habeas Corpus Akte außer Kraft gesetzt hat. Lincoln hatte im Zuge dieses Unrechtsakts 13.000 Kriegsgegner aus den Nordstaaten ohne Rechtsgrundlage ins Gefängnis werfen lassen, ohne sie vor ein Zivilgericht zu stellen. Sie wurden von Militärgerichten unfair und ohne ge-

206 Randall, Constitutional Problems Under Lincoln, Seite 57

207 Originaltitel: War Powers under the Constitution

208 Forrest McDonald, The American Presidency, Lawrence: University Press of Kansas, 1994, Seite 400

setzliches Verfahren abgeurteilt, obwohl genügend Zivilgerichte zur Verfügung gestanden hätten.²⁰⁹ Nach dem Krieg sprach das Oberste Bundesgericht in der Sache „Ex Parte Milligan“ 1866 eines seiner bedeutendsten Urteile gegen die präsidiale Macht zu Gunsten der Rechte des Einzelnen. Es entschied, dass Präsident Lincoln mit seiner Entscheidung, Militärgerichte über Zivilpersonen urteilen zu lassen, verfassungswidrig gehandelt hat.

Die Regierung drängte im „Milligan-Verfahren“ darauf, dass der Präsident der alleinige Richter über Dringlichkeit, Notwendigkeit, und situationsgegebene Erfordernisse und deren Ausmaß und Dauer sein sollte, und dass seine Macht im Kriege unbegrenzt sein müsste, solange der Kongress dem keine Beschränkungen auferlegt hätte. Der Gerichtshof lehnte diese Forderungen ab und verkündete:

„Die Verfassung der Vereinigten Staaten ist ein Gesetz, das sowohl für Herrscher als auch das Volk und in Zeiten des Krieges und des Friedens gleichermaßen gilt. ... Keine Lehre mit schädlicheren Folgen ist je von einem Menschenhirn erdacht worden, als dass jede Bestimmung der Verfassung bei jedem größeren Regierungsverlangen außer Kraft gesetzt werden könnte.“²¹⁰

Lincoln hat zahlreiche Mitglieder des Parlaments von Maryland verhaften und ins Gefängnis bringen lassen, nur auf den Verdacht hin, dass sie für die Abspaltung stimmen könnten.²¹¹ Er konfiszierte viele Eisenbahnen und mehr als 300 „illoyale“ Zeitungen. Es ist von größter Ironie, dass Lincoln den Enkel des Autors der Nationalhymne „Das Sternenbanner“²¹² ohne Rechtsgrundlage und ohne Anklageerhebung hat verhaften lassen, nur weil er verdächtigt wurde, Lincoln gegenüber illoyal zu sein. Der Vorfall ist ausgerechnet in Fort McHenry passiert.

209 Neally Jr., The Fate of Liberty, Seiten 10 und 23

210 Christopher N. May, In the Name of War, Judicial Review and the War Powers Since 1918, Cambridge, Mass., Harvard University Press, 1989, Seite 19

211 Bart Rhett Talbert, Maryland, The South's First Casualty, Berryville, Va., Rockbridge, 1995, Seiten 59-66

212 Originaltitel: Star-spangled Banner

Dort war der Großvater zum Dichten der Hymne inspiriert worden. Der Enkel Frank Key Howard beschrieb dieses entsetzliche Erlebnis in seinem zuerst 1881 veröffentlichten Buch:

*„Als ich morgens hinausschaute, konnte ich mich nicht gegen die Erinnerung an einen merkwürdigen, unangenehmen Vorfall wehren. Am selben Tag vor 47 Jahren wurde mein Großvater F. S. Key als Gefangener auf einem britischen Schiff Zeuge der Beschießung von Fort McHenry. Als die feindliche Flotte am Morgen danach geschlagen abdrehte, schrieb er das im ganzen Land beliebte Lied „Das Sternenbanner“. Als ich vor genau derselben Szene stand, konnte ich nicht anders, als meine Lage mit der vor 47 Jahren zu vergleichen. Ich sah die Fahne, die mein Großvater so stolz besungen hatte, jetzt an derselben Stelle über den Opfern der ordinären und brutalen Gwalt Herrschaft wehen, wie sie die moderne Zeit erlebt.“*²¹³

Außenminister Seward sonnte sich in der Macht und dem Ruhm von Lincolns Diktatur sogar soweit, dass er sich vor dem britischen Botschafter Lord Lyons brüstete: *„Ich kann mit der rechten Hand klingeln und damit die Haft eines Menschen in Ohio anordnen. Ich kann noch einmal läuten und damit die Haft eines Bürgers in New York befehlen. Kann Queen Mary das auch?“*²¹⁴

Degler stellt heraus, dass sowohl Lincoln als auch Bismarck in einer Zeit gelebt haben, als die Entwicklungen ganz anders liefen als heute. Während die [nationalen] Abspaltungen während der letzten Jahre des 20. Jahrhunderts in Russland, Kanada, Italien, Frankreich, Belgien, Großbritannien und sogar in den USA sehr lebhaft diskutiert und befürwortet worden sind, bildeten sich zwischen 1845 und 1870 erst viele Nationen in der Welt, wie Degler zeigt. Er erwähnt sechs Beispiele, bei denen es entweder eine misslungene Abspaltung oder einen Krieg gegeben hat, bei denen es dann aber doch zu einer Vereinigung gekommen ist: 1.

213 John A. Marshall, *American Bastile, A History of the Illegal Arrests and Imprisonment of American Citizens in the Northern and Border States, on Account of Their Political Opinions, During the Late Civil War*, Wiggins, Miss., Crown Rights, 1881 (1998), Seiten 645f

214 Masters, Lincoln, *The Man*, Seite 411

Den ungarischen Aufstand gegen Österreich, der 1848 misslungen ist; 2. Den vergeblichen polnischen Versuch von 1863, sich von Russland zu lösen; 3. Im Jahre 1847 wurde die Schweiz vom Staatenbund zum Bundesstaat unter einer neuen Verfassung nach amerikanischem Vorbild, nach einem Bürgerkrieg zwischen den katholischen und den protestantischen Kantonen, der mit einer Abspaltung der katholischen Kantone begonnen hatte; 4. 1860 wurde Italien zum ersten Mal seit dem antiken Rom vereinigt; 5. 1870 wurde Deutschland zum ersten Mal vereinigt und 6. Japan ordnete sich unter einer starken Zentralregierung neu und ersetzte damit sein altes Feudalsystem im Zuge der Meiji-Restauration.²¹⁵

Degler untersucht dann den amerikanischen Bürgerkrieg, den er als das beste Beispiel für einen Einigungsprozess zu seiner Zeit bezeichnet. Er stellt heraus, dass die USA unter ihrer ursprünglichen Verfassung ein Staatenbund gewesen sind und keine Nation im „gewöhnlichen“ oder europäischen Sinne. Vorher hatte mehrmals die Gefahr des Auseinanderfallens bestanden, zum Beispiel durch den Kentucky-Virginia- Aufhebungs-Beschluss, durch die Gefahr des Abfallens der Neuengland-Staaten nach dem Erwerb von Louisiana, der Gefahr der Abfallens der Neuengland-Staaten nach dem Krieg von 1812 und durch den Zoll-Nichtigkeits-Beschluss von Süd-Carolina im Jahre 1832.²¹⁶

Degler untersucht Bismarcks Vorgehen bei der deutschen Einigung und stellt fest, dass er zwei Kriege heraufbeschwören musste, um den deutschen Staat zu bilden. Degler schreibt, dass *„alle Anstrengungen um nationale Vereinigungen in Europa und Nordamerika militärischer Gewalt bedurften, um Nationen ins Leben zu rufen, und um sie mit Staatsgewalt auszustatten.“*²¹⁷ Die deutsche Vereinigung aus mehreren Staaten unter Bismarck ist erst am Ende von zwei Kriegen vollendet worden. Zuerst kam der sieben Wochen dauernde Krieg, den Bismarck von der Seite Preußens aus gegen Österreich provoziert hat, um Österreich aus Deutschland auszuschließen, so dass der militärische,

215 Degler, The United States and National Unification, Seiten 92f

216 Ebenda, Seiten 95f

217 Ebenda, Seite 102

preußische Staat zum Mittelpunkt und zur Vormacht im vereinigten Deutschland wurde. Mit der Niederlage Österreichs 1866 schuf Bismarck eine norddeutsche Konföderation unter der Führung Preußens. Degler behauptet, „Bismarck zog Österreich in einen Krieg hinein, um sein Ende zu erreichen.“²¹⁸ Der zweite Schritt im Einigungsprozess war der Deutsch-Französische Krieg, der die katholischen Staaten Bayern, Württemberg und Baden mit dem protestantischen Preußen und den anderen norddeutschen Staaten im neu formierten Deutschland zusammengeführt hat. Bismarck brüstete sich in seinen „Erinnerungen“ damit, dass er den Krieg dadurch verursacht hätte, dass er einen Antwortbrief seines Königs an die französische Regierung vorsätzlich verkürzt hat. Bismarck erreichte seinen Zweck durch einen ersten aggressiven Schritt, der Frankreich provoziert hat, Deutschland den Krieg zu erklären.²¹⁹ Durch diesen Krieg wurden alle deutschen Staaten dazu gebracht, sich unter Preußens und Bismarcks Führung zu einem Staat zusammenzuschließen.²²⁰ Er lag damit auf einer Linie mit Lincoln, der ebenfalls den Anschein erweckt hat, der Krieg diene der Verteidigung und wäre deshalb ein „gerechter Krieg“. Bismarck erklärte: *„Der Erfolg hängt wesentlich davon ab, welchen Eindruck der Anlass eines Kriegs auf uns und andere macht. Es ist wichtig, dass wir die angegriffene Seite sind.“*²²¹

Die außenpolitische Ansicht Großbritanniens zum amerikanischen Bürgerkrieg ist bereits durch die Brille Benjamin Disraelis dargestellt worden. Ein Vergleich mit seiner Sicht zum frisch vereinigten Deutschen Reich ist interessant:

218 Ebenda, Seite 103

219 Anmerkung des Herausgebers: Hier ist Degler sehr ungenau: Der so genannten Emser Depesche war am 6. Juli 1870 eine verklausulierte französische Kriegsdrohung für den Fall vorausgegangen, dass ein Hohenzollernprinz den spanischen Thron besteigen sollte. Der Prinz verzichtete. Frankreich verlangte danach eine weitere Verzichtserklärung vom preußischen König für alle Zeit. Der König, der den Prinz nicht für den spanischen Thron vorgeschlagen hatte, weigerte sich, eine solche Verzichtserklärung abzugeben. Wegen dieser von Bismarck verkürzt übermittelten Weigerung hat Frankreich Deutschland den Krieg erklärt.

220 Ebenda, Seite 108

221 Charles L. C. Minor in M. D. Carter, *The Real Lincoln, From the Testimony of His Contemporaries*, 4th ed.,

„Soweit es Deutschland betrifft, gibt Disraelis berühmte Bemerkung vom Februar 1871 über die ‚deutsche Revolution‘ Europas besorgte Reaktionen über das frisch vereinte Deutschland wider: Diese Revolution, so behauptet Disraeli dramatisch, ist ein ‚größeres politisches Ereignis‘ als die Französische Revolution im vorigen Jahrhundert. Er gestand ein, dass es sich dabei zwar einerseits nicht um einen so großen gesellschaftlichen Wandel gehandelt hat, wie bei der Französischen Revolution, er bemerkte aber, dass es andererseits auch keine diplomatische Tradition gäbe, die dies Ereignis nicht hinweggefegt hätte. Disraeli setzte fort: ‚Ihr habt damit eine neue Welt. Das Gleichgewicht der Kräfte ist dadurch komplett zerstört, und das Land, welches am meisten darunter leidet und das die Folgen dieses großen Wandels am stärksten spürt, ist England.‘¹¹²²²

Der Herausgeber des Buchs „Auf der Straße zum totalen Krieg“²²³, von dem dies Zitat entnommen ist, zieht daraus folgenden Schluss:

„Sherman²²⁴ gab den Hinweis, dass man im Grunde genommen bei der Erschaffung einer Nation bereit sein muss, Gewalt anzuwenden, notfalls bis hin zum Extrem des totalen Krieges. Abraham Lincoln, der Demokrat von niederer Geburt, und Otto von Bismarck, der aristokratische, selbtherrliche Mann, hätten dem zustimmen können.“¹¹²²⁵

Carl Degler stellte bei seinen Kommentierungen des amerikanischen Bürgerkriegs fest, dass es sich, kurz gesagt, nicht um den Kampf zur Rettung einer gescheiterten Union gehandelt hat, sondern um die Erschaffung einer Nation, wie es sie bisher nicht gegeben hat.²²⁶

Degler setzt fort: *„Lincoln entwickelte sich zum wahren Schöpfer des amerikanischen Nationalismus und nicht nur zum bloßen Retter der Union.“¹¹²²⁷*

222 Harrisonburg Va., Sprinkle Publication, 1992, Seite 256

223 Originaltitel: On the Road to Total War

224 Anmerkung des Herausgebers: William T. Sherman war Nordstaatengeneral, Bankier, Rechtsanwalt und Schriftsteller. Er hat von 1820-1891 gelebt..

225 Ebenda

226 Degler, The United States and National Unification, Seite 102

227 Ebenda, Seite 106

Degler folgert zur Bedeutung dieses Krieges:

„Was der Krieg im Endeffekt bedeutete, war die gewaltsame Einbeziehung des widerspenstigen Südens in die neu geschaffene Nation. Und genau das war es in der Tat, was der Sklavereieigener Wendell Phillips von Anbeginn befürchtet hatte. „Eine Union“ so bemerkte er 1860 in einer Rede in New York, „baut auf der Freiwilligkeit ihrer Staaten auf.“²²ⁱ

Degler spricht auch die Frage von Lincolns Manöver an, den Süden zum „ersten Schuss“ zu verleiten:

„Die Auseinandersetzung der amerikanischen Historiker über die Frage, ob Lincoln den Süden zum ‚ersten Schuss‘ des Bürgerkriegs gereizt hat, erreichte über die Jahre nie die negative Auslegung, die Bismarcks, Emser Depesche‘ anhaftet. Dennoch hat Lincolns Zögern, das Sumter-Problem zu lösen, zweifelsohne großen Druck auf die Konföderierten ausgeübt, den ‚ersten Schuss‘ abzugeben. In dieser Hinsicht zeigt sein Vorgehen eine ähnliche Absicht wie die bei Bismarcks Manöver 1870. Denn zu der Zeit schon, als Lincoln noch von der Versorgung Fort Sumters absah, lehnte er bereits den Rat seines ersten Militärberaters, des Generals Winfield Scott, ab, der die Räumung des Forts für besser hielt, als die Konföderierten zur Kriegseröffnung zu verleiten. Lincolns Nationalismus brauchte einen Krieg, und zwar einen, den die andere Seite begann.“²²⁹

Um es zusammenzufassen, Lincoln schuf das „Amerikanische System“, das seinem Idol Henry Clay²³⁰ vorgeschwebt hatte. Dies System sah extrem hohe Zölle zum Schutz der Industrie des Nordens vor ausländischer Konkurrenz vor, dazu die „inländische Entwicklung“ der Wirtschaft des Nordens mit Hilfe der Steuern und Zölle vor allem aus dem Süden und eine Zentralregierung für einen Bundesstaat, der stark genug für ein offensives Vorgehen nach außen und eine Gewaltherrschaft im Inneren sein sollte, so wie General Lee das formuliert hatte.²³¹

228 Ebenda, Seite 109

229 Ebenda, Seite 108

230 Anmerkung des Herausgebers: Henry Clay war amerikanischer Jurist und Politiker und von 1825 bis 1829 amerikanischer Außenminister.

231 Siehe das ausgezeichnete Buch von Frank Van der Linden, Lincoln, The Road to War, Golden, Colo. , Fulerum Publishing, 1998, Seite 329, in dem der Autor die Schlussfolgerungen im allgemeinen stützt, aber den Zoll-Streit über-

Nichts von alledem hätte ohne den Untergang der „Amerikanischen Republik der Gründungsväter“ geschaffen werden können. Es hätte auch nicht ohne Krieg, ohne den Ausschluss des Südens aus dem Kongress und ohne die Erschöpfung der Südstaaten von 1865 bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts geschehen können. Das 20. Jahrhundert war es, das die Lincoln-Nation in zwei Weltkriege mit Deutschland verwickelt sah, dem Deutschland, das Bismarck geschaffen hatte.

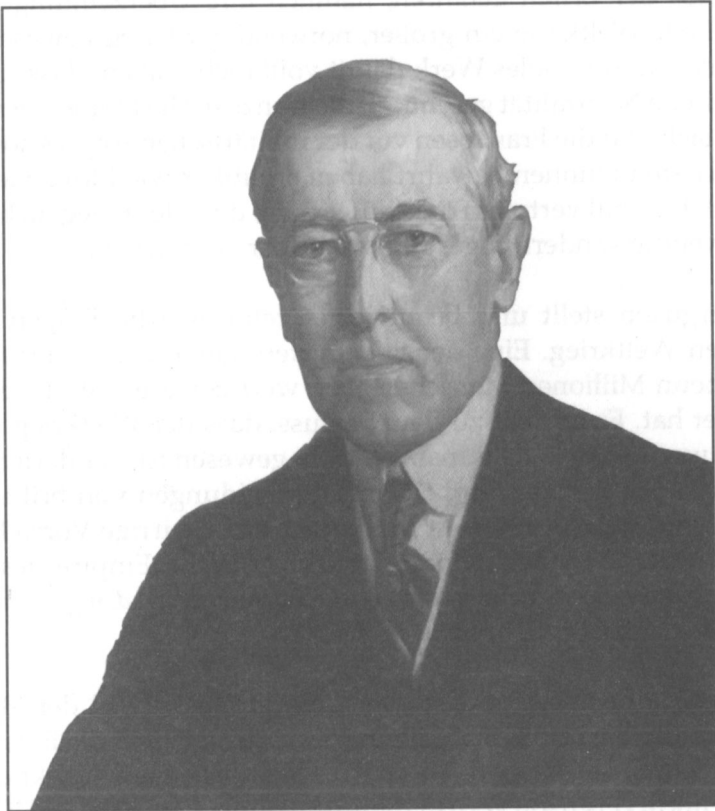
sieht, der die politischen und wirtschaftlichen Interessenten des Nordens veranlasst hat, einen Krieg gegen den Süden zu führen, um dessen Abspaltung zu verhindern.

Die Katastrophe des Ersten Weltkriegs

Niall Ferguson ist ein Geschichtsprofessor, der zunächst in Cambridge gelehrt hat und nun als Mitglied des Lehrkörpers der Oxford Universität zur akademischen Respektsperson geworden ist. Das sind sonst die Gütesiegel für das Establishment oder die „Hofhistoriker“, deren Hauptaufgabe darin besteht, die patriotischen und politischen Mythen ihrer Regierungen zu schützen. Professor Ferguson hat allerdings einen dem Bildersturm vergleichbaren Angriff gegen den ehrwürdigsten patriotischen Mythos der Briten gefahren, nämlich ihre Überzeugung, dass der Erste Weltkrieg ein großer, notwendiger Krieg gewesen ist, in dem sie ein nobles Werk damit vollbracht haben, dass sie die belgische Neutralität geschützt, die französische Freiheit gerettet und sich und die Franzosen vor der militärischen Aggression der verhassten Hunnen bewahrt haben. Politiker wie Lloyd George und Churchill vertraten die Auffassung, dass der Krieg nicht nur notwendig sondern sogar unabwendbar gewesen ist.

Ferguson stellt und beantwortet zehn gezielte Fragen zum Ersten Weltkrieg. Eine der wichtigsten davon ist, ob der Krieg die neun Millionen Menschenleben wert gewesen ist, die er gekostet hat. Er kommt zu dem Schluss, dass der Weltkrieg nicht nur unnötig und nicht unabwendbar gewesen ist, sondern auch, dass er das Resultat grober Fehlentscheidungen von britischen Spitzenpolitikern gewesen ist, die sich auf die irriige Vorstellung einer deutschen Bedrohung für das Britische Empire gestützt hat. Ferguson betrachtet das als *„nicht weniger als den größten Irrtum der modernen Geschichte“*.

Er geht noch weiter und weist die größte Schuld den Briten zu, weil es die britische Regierung war, die letztlich die Entscheidung fällte, den Krieg auf dem Kontinent zu einem Weltkrieg zu erweitern. Ferguson vertritt die Auffassung, dass England keiner rechtlichen Verpflichtung unterlag, Belgien und Frankreich zu



Präsident Thomas Woodrow Wilson

beschützen, und dass die deutsche Aufrüstung der Marine keine wirkliche Bedrohung für die britische Marine dargestellt hat.

Die englischen Spitzenpolitiker, so behauptet Ferguson, hätten erkennen müssen, dass die Deutschen in der großen Furcht gelebt haben, von der wachsenden Industrie- und Militärmacht Russland einerseits und Frankreichs großer Armee andererseits eingekreist zu werden. Er legt zudem dar, dass der deutsche Kaiser am Vorabend des Krieges sein Ehrenwort gegeben hatte, Frankreichs und Belgiens territoriale Integrität als Preis für Englands Neutralität zu wahren.

Ferguson kommt zu dem Schluss, dass Englands Entscheidung, sich einzumischen, das Ergebnis einer geheimen Planung seiner Generale und Diplomaten bis zurück ins Jahr 1905 gewesen ist, die auf einer Missdeutung der deutschen Absichten beruht hat, die man sich in napoleonischen Ausmaßen vorgestellt hat. Politisches Kalkül spielte ebenfalls eine Rolle beim Ansteuern des Krieges. Ferguson schreibt, dass Außenminister Edward Grey dabei die Führungsrolle übernommen hat, um Großbritannien auf den Weg des Krieges zu führen. Obwohl die Mehrheit der anderen Ministerien zunächst gezögert hat, entschieden sie sich dann doch dazu, Grey zu unterstützen, zum Teil aus Angst, aus dem Amt entfernt zu werden und die Tories an die Macht zu lassen.

Der Erste Weltkrieg beunruhigt die englische Seele selbst heute noch immer, so wie der amerikanische Bürgerkrieg die Amerikaner noch immer umtreibt. Die englischen Verluste im Ersten Weltkrieg beliefen sich auf 723.000 Mann, mehr als zweimal so viele wie im Zweiten Weltkrieg. Der Autor schreibt: „*Der Erste Weltkrieg war das Schlimmste, was mein Volk je auszustehen hatte.*“

Einer der schwerwiegendsten Folgeschäden des Krieges, der sich durch die Kriegsteilnahme Englands und Amerikas verschlimmert hat, war die Zerstörung der russischen Regierung. Ferguson behauptet, dass das Fernbleiben der Briten höchst wahrscheinlich zu einem schnellen Sieg der Deutschen mit ein

paar territorialen Zugeständnissen im Osten geführt hätte und nicht zu einer bolschewistischen Revolution. Es hätte dann keinen Lenin und keinen Hitler gegeben. „*Es war letzten Endes der Erste Weltkrieg, der es beiden Männern möglich machte, ihre barbarischen Gewaltherrschaften zu errichten, mit denen sie noch mehr Massenmorde verüben konnten.*“

Hätten sich die Briten aus dem Krieg herausgehalten, so behauptet Ferguson, wäre ihr Empire noch immer voll Kraft und lebensfähig. Ihre Kriegsteilnahme aber und ihr Sieg markierten den Anfang vom Ende ihrer Stellung als erste Weltfinanzmacht. Er glaubt, dass die Engländer gut und gerne in guten Beziehungen wie vor dem Kriege mit den Deutschen hätten leben können. Aber der englische „Sieg“ wurde mit einem Preis weit jenseits seines Werts bezahlt, und er setzte dem ersten goldenen Zeitalter der wirtschaftlichen Globalisierung ein Ende.

Der Erste Weltkrieg hat auch der Freiheit des Einzelnen großen Schaden zugefügt. „*Das Kriegs-England ... wurde schrittweise zu einer Art Polizeistaat*“, schreibt Ferguson. Natürlich ist die Freiheit stets ein Opfer jeden Krieges. Der englische Autor vergleicht hier die englische Situation mit den drakonischen Maßnahmen, denen Präsident Lincoln die Amerikaner unterworfen hatte. Die Unterdrückung der freien Rede in Amerika „machte den Anspruch der alliierten Mächte, für die Freiheit zu kämpfen, zum Gegenstand des Spottes.“

Während sich dieses Buch vor allem an eine englische Leserschaft wendet, ist es auch für die Amerikaner von Interesse, die den Briten tragischer Weise in die zwei Weltkriege gefolgt sind. Auch sie haben in beiden Kriegen immense Verluste an Freiheit erlitten, und zwar als Folge der Machtkonzentration in dem Koloss von Regierung in Washington D. C. Es gibt viele wertvolle Lehren aus diesem noch immer zeitgemäßen und wichtigen [Ferguson-] Buch zu ziehen.

Franklin D. Roosevelt und der „erste Schuss“

Es war die Frage, wie wir sie in eine Situation bringen konnten, den ersten Schuss abzugeben, ohne uns zu sehr zu gefährden.²³²

Der Zweite Weltkrieg ist der „Lieblingskrieg“ der heutigen Liberalen und Neokonservativen, die eine mächtige, aktive und zentralistische Regierung und eine interventionistische Außenpolitik verherrlichen. Teil ihrer Mythologie, die diesen Krieg umgibt, ist, dass dies der „letzte gute Krieg“ gewesen ist. Es war ein „gerechter“ Krieg, weil es sich um einen Verteidigungskrieg gehandelt hat. Trotz der äußersten Bemühungen des Präsidenten Roosevelt, Amerika neutral und aus den Streitigkeiten in Europa und Asien herauszuhalten, führten die Japaner einen „unprovokierten Überraschungsangriff“ auf Pearl Harbor und zwangen so die USA in eine Auseinandersetzung. Der Zweite Weltkrieg war außerdem ein „Krieg von edler Gesinnung“, weil Amerika ihn gegen üble Tyrannen wie den Nationalsozialismus in Deutschland und den Faschismus in Italien und Japan geführt hat. Die Tatsache, dass Stalin und Sowjetrußland unsere Alliierten gewesen sind, und wir ihnen geholfen haben, Millionen von Menschen während des Krieges und danach zu unterdrücken, wird dabei übersehen.²³³ Schließlich erwähnen die Verfechter

232 Dieses Zitat stammt aus dem Tagebuch des Kriegsministers Henry Stimson. Es bezieht sich auf die Kabinettsitzung Präsident Roosevelts am 25. November 1941, wenige Tage vor dem sog. Überraschungsangriff auf Pearl Harbor, siehe dazu George Morgenstern, Pearl Harbor, The Story of the Secret War, Old Greenwich, Conn., Devin-Adair, 1947, Seite 292. Deutsche Ausgabe: Pearl Harbor. Eine amerikanische Katastrophe. Hg. und übersetzt von Walter Post. Gilching 2012

233 Zur Tyrannei Stalins und der Sowjetunion im allgemeinen siehe: R. J. Rummel, Death by Government, New Brunswick, N. J., Transaction Publishers, 1995 und das jüngere Buch: Power Kills, Democracy as a Method of Nonviolence, New Brunswick, N. J., Transaction Publishers, 1997. Zur amerikanischen Kriegs- und Nachkriegshilfe an die Sowjetunion siehe: Werner Keller, Are the Russians Ten Feet Tall?, Constantine Fitz Gibbon, trans., London, Thames and Hudson, 1961 und auch Major George R. Jordan (USAF) From Major Jordan's Diaries, New York, Harcourt, Brace, 1952. Zur britischen und amerikanischen



Präsident Franklin Delano Roosevelt

des „letzten guten Krieges“ noch, dass die Amerikaner durchweg in ihren patriotischen Opfern für den Krieg vereint gewesen waren. Das half, aus uns eine große Nation mit einer starken Zentralregierung in Washington D. C. zu machen. Das beförderte die USA in eine internationale Führungsrolle als Weltpolizist. Und es bescherte der Welt Stabilität. Der Zweite Weltkrieg und die Teilnahme der USA an diesem Krieg sind zum Mythos der amerikanischen Öffentlichkeit geworden. Alles Hinterfragen der offiziellen Darstellungen dieser Ereignisse wird von Politikern, Intellektuellen und in der Medienlandschaft entmutigt und verteufelt.²³⁴

Ich aber werde darlegen, dass Präsident Roosevelt dringend einen Krieg gewollt und angestrebt hat. Er hat Japan nicht nur provoziert, in Pearl Harbor den „ersten Schuss“ abzufeuern. Er war letztlich auch dafür verantwortlich, dass höchstwichtige Informationen über den bevorstehenden Angriff auf Pearl Harbor vor den Militärkommandeuren in Pearl Harbor zurückgehalten worden sind, Informationen die, wenn sie weitergegeben worden wären, wahrscheinlich den Angriff auf Pearl Harbor insgesamt vereitelt hätten.

Anders als bei „Abraham Lincoln und dem ersten Schuss“, wo keine amtlichen Ermittlungen über den Fort Sumter-Vorfall geführt worden waren, gab es zum Pearl Harbor-Debakel zehn offizielle Untersuchungen. Sie sollten zu Tage fördern, wie solch' eine Tragödie passieren konnte, bei der fast 3.000 amerikanische Soldaten ihr Leben lassen mussten, weitere Tausende verwundet wurden, und die Pazifik-Flotte erhebliche Verluste erlitt. Zahlreiche Gelehrte, Autoren und Politiker, die die Beweise aus den Untersuchungen analysiert haben, entdeckten tatsächlich, dass

Hilfe für die Stalin-Gewaltherrschaft nach dem Krieg siehe: Nicholas Bethell, *The Last Secret, The Delivery to Stalin of Over Two Million Russians by Britain and the United States*, New York, Basic Books, 1974

234 Ein klassisches Beispiel ist die schändliche Hetzkampagne gegen Pat Buchanan wegen seines Buchs: *A Republic, Not an Empire, Reclaiming America's Destiny*, Washington D. C., Regnery, 1999 und siehe z.B. die Artikel über Buchanan und sein Buch von Tucker Carlson, Robert G. Kaufmann and William Kristol in *The Weekly Standard* 5, No 2, vom 27 September 1999

Präsident Roosevelt den Angriff der Japaner provoziert hat, und dass er die entscheidenden Informationen vor den Kommandeuren auf Pearl Harbor zurückgehalten, und das amerikanische Volk und den Kongress getäuscht hat. Trotzdem verteidigen und preisen diese Roosevelt-Bewunderer immer noch sein doppelzüngiges Verhalten. Typisch für einen solchen Apologeten ist Professor Thomas Bailey, ein Historiker, Professor für Diplomatiesgeschichte an der Stanford Universität. Er behauptet:

„Franklin Roosevelt täuschte das amerikanische Volk wiederholt in der Zeit vor Pearl Harbor.... Wenn er das Volk überhaupt dazu [zum Krieg] bewegen wollte, musste er es zu dessen eigenem Interesse hinters Licht führen, beziehungsweise was er für dessen Interesse hielt. Er verhielt sich wie ein Arzt, der einen Patienten zu dessen eigenem Wohl belügen muss. ... Das Land war bis zum Tag von Pearl Harbor mit überwältigender Mehrheit gegen eine Kriegsbeteiligung. Ein offensichtlicher Versuch, das Volk in den Krieg zu führen, hätte sicher zu einem Fehlschlag geführt und fast sicher zu einer Ablösung Roosevelts 1940 und daraus resultierend einem Scheitern seiner politischen Ziele.“²³⁵

Derselbe Professor Bailey zitiert die Kongressangeordnete Claire Booth Luce, Ehefrau des Medienmoguls Luce, die gesagt hat: Roosevelt *„lügt uns in den Krieg, weil ihm die politische Courage fehlt, uns in ihn hineinzuführen,“*^m

Eine Auseinandersetzung mit dieser Verteidigung Roosevelts durch Professor Bailey würde eine eingehende Diskussion darüber erfordern, ob ein Präsident der Vereinigten Staaten die Rolle eines Quasi-Diktators einnehmen darf. Doch das ist nicht Gegenstand unserer Betrachtung. Baileys Roosevelt-Verteidigung opfert alle Schutzbestimmungen der Verfassung und die demokratischen Abläufe, die eine Befugnis der Exekutive zur

235 Thomas A. Bailey, *The Man in the Street, The Impact of American Public Opinion on Foreign Policy*, New York, Macmillan, 1948, Seiten 11f. Siehe auch: Bruce R. Bartlett, *Cover-Up, The Politics of Pearl Harbor, 1941-1946*, New Rochelle, N. Y., Arlington House, 1978, Seite 64

236 Thomas A. Bailey, *Presidential Greatness, The Image and the Man from George Washington to the Present*, New York, Appleman Century-Crofts, 1966, Seite 155

Eröffnung eines Krieges zu verhindern suchen. Die Gründungsväter Amerikas wollten, dass alleine der Kongress das Recht zur Kriegseröffnung hat. Sie entzogen dem Präsidenten mit der Verfassung ausdrücklich jede Vollmacht, Kriege zu beginnen. Die Geschichte lehrt eindringlich, und hier besonders die von England, die den Gründungsvätern noch allzu gut vor Augen stand, dass man einem König oder wenigen Männern der Exekutive in Fragen der Kriegseröffnung kein Vertrauen schenken kann.²³⁷

Wenn man Geschichte untersuchen will, wie den „Überraschungsangriff“ auf Pearl Harbor, muss man die Vorstellungen und Ereignisse, die ihm vorausgegangen sind, mit untersuchen, weil sich Geschichte verhält, wie ein saumloses Stück Tuch. Die Pearl Harbor-Ereignisse sind eng mit dem britischen Einfluss verknüpft, der mit dem Ersten Weltkrieg seinen Anfang nahm, als es den Engländern gelang, Amerika in den Krieg hineinzuziehen. Es gibt zahlreiche Bücher über den „Überraschungsangriff“, aber sie unterscheiden sich in ihren Schlussfolgerungen, ob Roosevelt den Angriff der Japaner provoziert hat, ob er Informationen vor den Kommandeuren in Pearl Harbor zurückgehalten hat, und ob Churchill und er ein Komplott geschmiedet haben, um Amerika durch die „Hintertür“ eines Kriegs mit Japan in den Krieg in Europa zu lotsen. Dennoch betrachten alle Bücher über Pearl Harbor, die ich kenne, hauptsächlich den Zeitraum von Anfang 1939 bis zum 7. Dezember 1941.²³⁸ Man kann die Ereignisse von Pearl Harbor nur wirklich verstehen und bewerten, wenn man sie als Teil eines Zeitraums von 1914 über den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg bis 1946 zum [ersten] Pearl-Harbor-Untersuchungsausschuss des Kongresses ansieht. Der Zweite Weltkrieg war tatsächlich eine Fortsetzung des Ersten Weltkriegs. Deshalb muss man beide als einen Krieg mit einer 20jährigen Pause von 1919 bis 1939 betrachten und erforschen.

237 Siehe: John V. Denson, War and American Freedom, in *The Costs of War, America's Pyrrhic Victories*, John V. Denson ed., 2nd ed., New Brunswick, N. J., Translation Publishers, 1999, Seiten 1-11

238 Am 7. Dezember 1941 griff eine japanische Flugzeugträgerflotte Pearl Harbor an.

Viele Menschen weigern sich einfach, zu glauben, dass Präsident Roosevelt und Winston Churchill ein Komplott geschmiedet haben, um Amerika in den Krieg hineinzuziehen, und dass sie dazu die amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbor aufs Spiel gesetzt haben. Wenn man nur die Zeit von 1939 bis 1941 betrachtet, sieht man nicht das ganze Bild. Das Bild hellt sich nur auf, wenn man die immensen mächtigen politischen und wirtschaftlichen Kräfte wahrnimmt, die sowohl im Britischen Empire als auch in Amerika am Werke waren, um erst England in den Ersten Weltkrieg und später Amerika in diesen Krieg zu treiben. Die britischen Schlüsselpersonen in dieser Kräftegruppe, die inzwischen als Anglo-Amerikanisches Establishment bekannt geworden ist, haben im wesentlichen den Versailler Vertrag verfasst, der den Ersten Weltkrieg beendet hat. Dieser unlautere Vertrag hat auf direktem Weg zum Krieg von 1939 zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien geführt, der sich dann zum Zweiten Weltkrieg ausgeweitet hat. Es gab viele Vorgänge, die Wilson und Roosevelt nicht im Alleingang hätten bewerkstelligen können, um Amerika in die zwei Weltkriege zu führen, aber mit öffentlicher und geheimer Beteiligung jenes mächtigen Anglo-Amerikanischen Establishments konnte Amerika gegen den Willen der großen Mehrheit seiner Bürger in die zwei europäischen Kriege hineingezerrt werden. Es gibt ein erkennbares Schema, nach dem die Anglo-Amerikanische Gruppe vom Ersten Weltkrieg bis Pearl Harbor gehandelt hat. Die Pearl Harbor-Geschichte passt dort hinein wie eine Hand in einen Handschuh. Wenn man die Pearl Harbor-Geschichte erzählen will, muss man mit dem Ersten Weltkrieg anfangen.

Hier muss noch ein weiterer Punkt Erwähnung finden. Die „Hof-Geschichtsschreiber“ oder das Establishment der Journalisten und Historiker verfolgen ihre Absichten mit Verunglimpfungen und dem Leugnen jeder gegenteiligen Erklärung oder Darstellung zu den politischen und patriotischen Mythen. Die Rolle dieser Leute ist es, sowohl Erfinder und Wächter solcher Mythen als auch Beschützer ihrer Politiker und besonderen Interessen-

gruppen zu spielen.²³⁹ Meist tun diese „Hof-Geschichtsschreiber“ die Widerlegung ihrer Mythen als „Verschwörungstheorien“ ab. Sie neigen dazu, umstrittene historische Ereignisse mit ihrer „nur-eine-Kugel-Theorie“²⁴⁰ zu deuten. Während die „Hof-Historiker“ Pearl Harbor nicht mit der „nur-eine Kugel-Theorie“ erklären können, lehnen sie die hier vertretene Darstellung als bloß eine weitere Verschwörungstheorie ab. Sie versuchen auch, das Geschehen von Pearl Harbor mit dem verräterischen und verderbten Volkscharakter der Japaner und mit deren langer Tradition solcher Überraschungsangriffe zu erklären. Dabei gibt es in der japanischen Geschichte nur ein einziges Beispiel für einen Überraschungsangriff, nämlich den von Port Arthur und den japanischen Sieg über Russland im Jahre 1905.

Um die Geschichte von Pearl Harbor zu berichten, müssen wir uns zuerst an die ursprünglichen Vorstellungen der Gründungsväter über amerikanische Außenpolitik erinnern. Das sind Ideen, die im 20. Jahrhundert völlig verdrängt worden sind. Die ursprüngliche amerikanische Außenpolitik, die mit Präsident George Washington begann, und die danach für ein Jahrhundert galt, ist in Washingtons Abschiedsrede von 1797 gut dargestellt. Dort gibt er diesen weise vorausschauenden Ratschlag:

„Gegen die heimtückische List ausländischen Einflusses - ich flehe Euch an, liebe Mitbürger, mir das zu glauben - sollte das Misstrauen ständig wach bleiben, weil die Geschichte und die Erfahrung lehren, dass der Einfluss des Auslands einer der tödlichsten Feinde der republikanischen Herrschaftsform ist. Die große Verhaltensregel für uns ist, bei der Ausdehnung unserer Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland, die politischen Verknüpfungen mit ihm so klein wie möglich zu halten. ... Europa hat eine Vielzahl eigener Interessen, die keinen oder nur

239 Siehe Elmer Barnes, Revisionism and the Historical Blackout, in Perpetual War for Perpetual Peace, A Critical Examination of the Foreign Policy of Franklin Delano Roosevelt and its Aftermath, Harry Elmer Barnes, ed., New York, Greenwood Press, 1969, Seiten 1-78

240 Die „Lone-Nut-Theory“ stammt vom Kennedy-Attentat. Sie hält an der Behauptung fest, dass US Präsident Kennedy nur mit einer Kugel ermordet worden ist, obwohl er offensichtlich - so eine gegenteilige Theorie - gleichzeitig durch mehrere Schützen ermordet worden ist.

einen ganz entfernten Bezug zu uns haben. So ist Europa in häufige Auseinandersetzungen verwickelt, deren Ursachen außerhalb unserer Interessen liegen. Deshalb muss es unklug sein, uns mit künstlichen Verpflichtungen in die Wechselfälle der europäischen Politik mit ihren üblichen Bündnissen und Auseinandersetzungen und ihren Freundschaften und Feindschaften einzubringen.

Warum sollten wir unser Schicksal an das Schicksal irgendeines Teiles von Europa binden, indem wir unseren Frieden und unseren Wohlstand mit den Mühseligkeiten europäischen Ehrgeizes, europäischer Rivalitäten, Interessen, Spannungen und Launen verknüpfen?

Es ist unsere gute Politik, Dauerallianzen mit jedwedem Teil des Auslands aus dem Weg zu gehen.¹¹²⁴¹

Murray Rothbard schrieb eine brillante Abhandlung über die amerikanische Außenpolitik und ihren Wandel zu einer Politik der Einmischung am Ende des 19. Jahrhunderts, die Washingtons Ratschläge ausdrücklich verwarf. Der Wandel hatte Amerika als erstes in einen Konflikt mit dem weltumspannenden Britischen Empire und dessen wirtschaftlichen Interessen in unserer Hemisphäre in Venezuela geführt und damit zu einem Grenzstreit:

„Der große Wendepunkt in Amerikas Außenpolitik kam in den frühen 1890er Jahren während der zweiten Cleveland-Regierung.²⁴² Damals machten die USA eine dauerhafte Kehrtwende von einer Friedens- und Nichteinmischungspolitik zu einem Programm der wirtschaftlichen und politischen Expansion dem Ausland gegenüber. Im Zentrum dieser neuen Politik standen Amerikas Großbankiers, die darauf erpicht waren, die wachsende wirtschaftliche Stärke unseres Landes auszunutzen. Sie wollten Export- und Kapitalanlage-Märkte finanziell erschließen und Anleihen für Dritte-Welt-Regierungen auflegen. Im Mittelpunkt der aggressiven Expansion in den 1890er Jahren stand Südamerika. Der Hauptgegner, den es damals zu vertreiben galt, war Großbritannien, das den ausländischen Investment-Markt in dieser riesigen Region beherrschte.¹¹²⁴³

241 George Washington, George Washington, A Collection, W.B. Allen ed. , Indianapolis, Ind., Liberty Classics, 1988, Seiten 524f

242 Anmerkung des Herausgebers: Grover Cleveland war der 22. und 24. Präsident der USA von 1885 bis 1889 und von 1893 bis 1897.

243 Murray N. Rothbard, Wall Street, Banks and American Foreign Policy, Bur-

Die führende Investmentbank Amerikas zu der Zeit war die von J. P. Morgan, die einen enormen Einfluss auf einige Kabinettsmitglieder der Regierung von Präsident Cleveland hatte, wenn nicht auf Cleveland selbst. Rothbard fährt fort:

„Richard Olney, langjähriger Gesinnungsfreund von Morgan und Außenminister von 1895 bis 1897, folgte dem Ruf, die USA auf den Weg zu einem Empire zu bringen. Nach Ende seiner Amtszeit fasste er die Politik, die er verfolgt hatte, einmal in einer öffentlichen Rede so zusammen: „Die alte isolationistische Politik, die George Washington in seiner Abschiedsrede verkündet hatte, ist vorbei. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo es erforderlich sein wird, dass wir eine Führungsrolle unter den Mächten der Erde übernehmen. ... Die Gegenwart verlangt nach unserer wirtschaftlichen Beteiligung.“ Er fügte hinzu: „Jetzt schreien unsere wirtschaftlichen Interessen geradezu nach mehr Märkten und größeren Märkten für amerikanische Produkte, besonders in Latein-Amerika.“²⁴⁴

Diese neue Außenpolitik, die zu Cleverlands Regierungszeit verkündet, wenn nicht gar schon verfolgt worden war, führte direkt zum Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 unter Präsident McKinley und zum Erwerb eines Reichs in Asien.²⁴⁵ Damit war Amerikas traditionelle Linie der Außenpolitik verworfen worden.

An der Wende zum 20. Jahrhundert begannen die USA mit ihrer neuen Außenpolitik der Einmischung. Bis dahin war das Britische Empire das größte bekannte Weltreich dieser Art. Die industrielle Revolution hatte in England angefangen und so die Briten zur ersten Nation gemacht, die in den Genuss der Vorteile der Industrialisierung gelangte. Daraus erwuchs eine riesige Menge neuen Reichtums. A. J. P. Taylor, ein renommierter englischer Historiker erläuterte, wie Großbritannien zur großen Weltmacht geworden und für mehr als dreihundert Jahre geblieben ist:

lingame, Calif., Center for Libertarian Studies, 1995, Seite 4

244 Ebenda, Seite 5

245 Anmerkung des Herausgebers: Gemeint ist die amerikanische Eroberung der Philippinen.

„Obwohl es zu den Voraussetzungen gehört, eine Großmacht zu sein, dass man einen großen Krieg führen kann, ist der einzige Weg, es auch zu bleiben, dass man keine Kriege führt, und wenn doch, dann nur in kleinem Rahmen. Das war das Geheimnis der Größe Großbritanniens, solange es bei seiner Seemacht blieb und nicht versuchte, eine Militärmacht nach kontinentalem Muster zu werden.“¹²⁴⁶

Die Briten hatten zahllose Kolonien über die ganze Welt verteilt mit begrenzten Kriegen und Militäreinsätzen erworben. Sie hatten erkannt, dass diese Besitzungen für ihre industrielle Entwicklung notwendig waren, denn die Kolonien lieferten Rohstoffe und boten Absatzmärkte für ihre englischen Produkte. Diese Grundlage der britischen und amerikanischen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung bot die Bühne für den Eintritt Englands und der USA in den Ersten Weltkrieg.

Weder der Erste noch der Zweite Weltkrieg waren unvermeidlich oder notwendig, besonders aus amerikanischer Perspektive. Beide Kriege wurden in erster Linie durch schlechte politische Entscheidungen verursacht, die weitgehend von den mächtigen Wirtschaftsinteressen einer kleinen Zahl politisch einflussreicher Leute beeinflusst worden waren. Tatsächlich stand das ganze 20. Jahrhundert in Bezug auf Frieden oder Krieg weitgehend, wenn nicht gar völlig unter dem Einfluss der schon erwähnten Anglo-Amerikanischen Gruppe, die einige der bedeutendsten Wirtschaftsinteressen in der Welt verkörperte. Diese Gruppe hatte die Idee einer parteiübergreifenden Außenpolitik in Amerika gefördert. Eine solche Linie führte in Fragen von Außenpolitik und Krieg und Frieden nur zu wenig Auseinandersetzungen und Debatten. Die Gruppe hatte auch die Idee einer „Cäsaren-Präsidentschaft“ unterstützt, die dem Präsident der USA fast unbegrenzte Handlungsvollmacht in der Außenpolitik verlieh. Arthur M. Schlesinger jr. behandelt die Ursprünge dieser Außenpolitik in seinem Buch „Die Cäsaren-Präsidentschaft“²⁴⁷

246 A.J.P. Taylor, *The Origins of the Second World War*, 2nd ed. , Greenwich Conn., Fawcett Publications, 1961, Seite 284

247 Originaltitel: *The Imperial Presidency*

Er schreibt, dass diese Politik damit begann, dass Präsident Roosevelt Republikaner in sein Kabinett aufnahm, und dass dies dann unter Präsident Truman üblich geworden ist. Schlesinger macht darauf aufmerksam, dass Senator A. Taft den Präsidenten Roosevelt und Truman in dieser Hinsicht energisch widersprach:

„Senator Robert A. Taft erklärte 1939: ‚Es gibt Leute, die sagen, dass Politik am Meeresufer enden sollte. Ich kann dem überhaupt nicht zustimmen. ... Es gibt in der Außenpolitik keine Unterordnung unter die Exekutive. Nur Hitler und Stalin könnten so etwas behaupten.‘ Taft blieb bei seiner Auffassung bis nach dem Krieg. Im Januar 1951 bezeichnete er die parteiübergreifende Außenpolitik als gefährlichen Irrtum, der die Grundfesten der Nation bedroht.“²⁴⁸

Diese Anglo-Amerikanische Gruppe ist keine finstere und illegale Gesellschaft von Verschwörern, doch sie versucht, ihre letzten Ziele vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Diese Leute oder ihre Helfer wirken ganz offen in der amerikanischen und britischen Politik, wo sie Wahlämter und Kabinettsposten in und unter ihren jeweiligen Regierungen innehaben. Ihre Spenden und ihre politische Propaganda sind ausgesprochen wirksam. Sie fördern das private Unternehmertum nach Kräften, dazu den Privatbesitz und den Besitz an den Produktionsmitteln, aber sie lehnen das freie Unternehmertum ab, wie es von Ludwig von Mises²⁴⁹ und der Österreichischen Schule empfohlen worden ist. Das System des freien Unternehmertums vertritt die konsequente Trennung von Wirtschaft und Regierung, während das private Unternehmertum eine Partnerschaft zwischen Regierung und wirtschaftlichen Interessen anstrebt, die wirtschaftliche und militärische Vorteile fürs Geschäft abwirft. Die Anglo-Amerika-

248 Arthur M. Schlesinger jr., *The Imperial Presidency*, Boston, Houghton Mifflin, 1973, Seite 129. Siehe auch "the condemnation of the bipartisan foreign policy" von Felix Morley in seinem Buch *The Foreign Policy of the United States*, New York, Alfred A. Knopf, 1951, Seiten VI-VII

249 Anmerkung des Herausgebers: Ludwig von Mises war österreichisch-US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Theoretiker des Liberalismus. Er hat von 1881 bis 1973 gelebt.

nische Gruppe tut sich nicht schwer mit einer gelenkten Wirtschaft. Das ist der Preis für diese Partnerschaft, den sie bezahlt. Ihr politischer Einfluss ist damit so immens, dass sie ihre Macht in der Regierung nutzen kann, um weniger einflussreiche Konkurrenten von den Geschäften fernzuhalten.

*Der Erste Weltkrieg und der Versailler Vertrag
als Gründe für den Zweiten Weltkrieg*

Der Pearl Harbor-„Vorfall“ brachte die USA 1941 in den Zweiten Weltkrieg, zwei Jahre, nachdem der Krieg in Europa angefangen hatte. Wenn man verstehen will, warum der Zweite Weltkrieg in Europa ausbrach, muss man wissen, wie der Erste Weltkrieg 1918-19 zu Ende ging. Wie schon an früherer Stelle erwähnt, ist der Zweite Weltkrieg in Wirklichkeit die Fortsetzung des Ersten Weltkriegs in Europa, vor allem, weil der erste beider Kriege mit dem Rache- und Betrugs-Vertrag von Versailles abgeschlossen worden ist. Vor dem Zweiten Weltkrieg hat das Deutsche Reich versucht, den Vertrag auf friedlichem Weg zu revidieren. Als die Alliierten diese Versuche abblitzen ließen, versuchten es die Deutschen mit Gewalt. A. J. P. Taylor hat ein Werk, das an Klarheit nichts vermissen lässt, über die wahren Gründe des Zweite Weltkriegs in Europa verfasst, in dem er mit den Mythen und der falschen Propaganda der Alliierten aufgeräumt hat. Er schreibt:

„Der Zweite Weltkrieg war größtenteils eine Wiederholung des Ersten Weltkriegs. ... Deutschland kämpfte im wesentlichen darum, seine Verurteilung nach dem Ersten aufzuheben und die Regelungen, die ihm folgten, zu revidieren. Ihre Gegner kämpften, wenn auch weniger bewusst, darum, diese Regelungen zu verteidigen.... Wenn man die simple Frage stellt: ‚Worum ging es in dem Krieg?‘ ist die erste Antwort: ‚um zu entscheiden, wie Europa neu gestaltet werden sollte.‘ Aber die zweite Antwort ist bloß: ‚zu entscheiden, ob das neu gestaltete Europa so bleiben sollte.‘ Der erste Krieg erklärt den zweiten, und tatsächlich hat er ihn verursacht, so wie ein Ereignis ein anderes verursacht.“¹²⁵⁰

250 Taylor, The Origins of the Second World War, Seiten 22f

Taylor setzt mit der Erklärung fort, wie der Friedensvertrag, der den ersten Krieg beendet hat, den zweiten Krieg verursacht hat und kommt zu dem Schluss, dass „dem Friedensvertrag von Versailles von Anfang an die moralische Berechtigung gefehlt hat.“²⁵¹

Deshalb sollten wir einen kurzen Blick auf den Ersten Weltkrieg werfen, um den Zweiten zu verstehen und schauen, warum er ausgefochten und wie er mit diesem Vertrag beendet worden ist.

Der Eintritt Englands in den Ersten Weltkrieg ist weitgehend von den gleichen politischen und wirtschaftlichen Interessen in Großbritannien beeinflusst worden, wie der spätere Eintritt der USA in beide Kriege von den Interessen J. P. Morgans. Die Geschichte dieser Anglo-Amerikanischen Verflechtung ist von Professor Carroll Quigley von der Georgetown Universität beschrieben worden. Quigley hat die Organisation und den unglaublichen Einfluss dieser Gruppe auf die britische und die amerikanische Außenpolitik untersucht. Vor seiner letzten Tätigkeit an der Georgetown Universität, wo zufällig ein Student Namens Bill Clinton sein Student war, hat er in Harvard und Princeton gelehrt. (Präsident Clinton hat einmal erklärt, dass Quigley in Georgetown einer seiner Lieblingsprofessoren gewesen wäre.) Quigley schrieb ein 1965 veröffentlichtes Buch, das die Anglo-Amerikanische Gruppe und ihre Anfänge in England im 19. Jahrhundert darstellt:

„Es gibt und hat seit einer Generation ein internationales anglophiles Netzwerk gegeben. ... Ich kenne das Funktionieren dieses Netzwerks, weil ich es 20 Jahre lang untersucht habe und zwei Jahre in den frühen 1960ern die Genehmigung hatte, seine Akten und geheimen Berichte zu lesen. Ich habe nichts gegen das Netzwerk und seinen Apparat oder die meisten seiner Ziele, und ich habe ihm die längste Zeit meines Lebens nahegestanden. Ich habe das Netzwerk lediglich früher und noch vor kurzem wegen seiner Ausrichtung abgelehnt, insbesondere seine Überzeugung, dass England mehr eine atlantische Macht als eine europäische wäre, und dass es deshalb mit den Vereinigten Staaten verbündet, wenn nicht sogar ein Bundesstaat von ihnen sein sollte, und dass es sich deshalb von Europa isoliert halten sollte. Aber grundsätzlich ist

251 Ebenda, Seiten 32 und 277

*meine Hauptkritik, dass dieses Netzwerk unbekannt bleiben will. Ich bin aber der Auffassung, dass die Rolle dieses Netzwerks in der Geschichte so bedeutend ist, dass es bekannt sein müsste.*¹²⁵²

Quigley legt dar, dass die Gruppe in England einst unter der Führung von Professor John Ruskin begonnen hat, und dass sie die meisten ihrer finanziellen Zuwendungen von Cecil Rhodes, dem Miterbauer des britischen Empires, erhalten hat. Der amerikanische Teil des Netzwerks hat sich anfänglich um das Bankhaus J. P. Morgan zusammengefunden, was Morgans Rolle zu erklären hilft, die er gespielt hat, um Amerika zur Hilfe Englands in den Ersten Weltkrieg zu führen. Quigley fährt mit der Erklärung fort:

*„Das ursprüngliche Ziel dieser Gruppe war es, die Englisch sprechende Welt zu einem Staatenbund im Sinne von Cecil Rhodes (1853-1902) und William T. Stead (1849-1912)²⁵³ zusammen zu führen. Das Geld für die Organisationsarbeit dazu stammte aus dem Rhodes Trust.*¹²⁵⁴²⁵⁵

Bald nachdem Quigley sein Buch „Tragedy and Hope“ veröffentlicht hatte, nahm der Verleger es aus dem Druck und vernichtete die Druckplatten, ohne Quigley vorher dazu zu befragen.²⁵⁶ Wahrscheinlich deshalb fiel Quigleys nächstes Buch

252 Carroll Quigley, Tragedy and Hope, A History of the World in Our Time, New York, Macmillan, 1974, Seite 950

253 Anmerkung des Herausgebers: William Stead war ein britischer Journalist.

254 Carroll Quigley, Tragedy and Hope, A History of the World in Our Time, New York, Macmillan, 1974.

255 Anmerkung des Herausgebers: Der Rhodes Trust war eine Stiftung des durch Gold- und Diamantenminen im südlichen Afrika zu einem der reichsten Männer der Welt gewordenen englischen Unternehmers und Politikers Cecil Rhodes.

256 Der bekannte amerikanische Kolumnist Charles Reese aus Orlando, Florida, bestätigt diesen Vorgang nach einem Interview mit Quigleys Witwe. Reese berichtet: „Ich versicherte mich dessen in einem Telefoninterview mit seiner Witwe. Sie berichtete, er sei sehr aufgebracht gewesen, als er davon erfahren hätte. Quigley starb bald danach.“, Charles Reese, The Orlando Sentinel, January 26, 1999

„The Anglo-American Establishment" umso kritischer aus.²⁵⁷ Ohne die zwei Bücher von Quigley und Rothbard's „Wall Street, Banks and American Foreign Policy" gelesen zu haben, kann man kein eingehendes Verständnis dafür entwickeln, wie und warum die Vereinigten Staaten in die zwei Weltkriege gerieten, um das Britische Empire zu unterstützen.

Quigley schließt seine Untersuchung über die Anglo-Amerikanische Gruppe und ihren Einfluss auf die Weltereignisse mit diesem nüchternen Gedanken: „Ihre Aktivitäten in der Außenpolitik haben fast die gesamte westliche Zivilisation zerstört, zumindest den europäischen Kern davon."²⁵⁸ Quigley erläutert die langfristige Bedeutung dieser Gruppe, besonders die des englischen Teils derselben:

„Eine der Hauptpraktiken dieser Gruppe war die Propaganda. Sie zettelte den Jameson Raid von 1895 an.²⁵⁹ Sie verursachte den Burenkrieg von 1899 bis 1902. Sie baute den Rhodes-Trust auf. Sie rief die Südafrikanische Union ins Leben. ... Sie übte einen wesentlichen Einfluss auf Lloyd Georges Kriegskabinett von 1917 bis 1919 und auf die britische Delegation bei der Versailler Konferenz aus. Sie hatte einen großen Anteil an der Gründung und der Leitung des Völkerbundes und an dessen System der Mandate.²⁶⁰ 1919 gründete die Gruppe das ‚Königliche Institut für Außenpolitik‘, das sie heute noch beherrscht. Zwischen 1917 und 1945 übte sie großen Einfluss auf die britische Politik gegenüber Irland, Palästina und Indien aus. Von 1920 bis 1940 beeinflusste sie maßgeblich die Appeasement-Politik [Beschwichtigungspolitik] gegenüber Deutschland. Und sie steuerte weitgehend und steuert noch immer

257 Carroll Quigley, The Anglo-American Establishment, From Rhodes to Cliveden, New York, Books in Focus, 1981

258 Ebenda, Seite 309

259 Anmerkung des Herausgebers: Der Jameson Raid war der britische Überfall auf die Burenrepublik Transvaal 1895 bis 96 mit dem Versuch, die dortige Burenregierung zu stürzen und durch eine englische zu ersetzen.

260 Anmerkung des Herausgebers: Der Völkerbund unterhielt nach dem Ersten Weltkrieg ein ganzes System von ehemaligen deutschen Kolonien und aus von Deutschland und dem Osmanischen Reich abgetrennten Gebieten unter sog. Völkerbundsmandat, was aber meist nur einem erneuerten Kolonialstatus unter englischer, amerikanischer, japanischer und französischer Herrschaft entsprach.

***die Quellenlage und die Geschichtsschreibung des Britischen Empires und der englischen Außenpolitik seit dem Burenkrieg.*¹²⁶¹**

Die Briten waren die erste Nation in der Moderne, die den Imperialismus zu einer „Kunst des Regierens“ entwickelt hat. Sie schufen ihr eigenes Imperium über mehrere Jahrhunderte mit folgenden drei Zielen: Seeherrschaft, Herrschaft über das internationale Bankensystem und Herrschaft über die Rohstoffquellen der Welt.²⁶² Die Außenpolitik des Britischen Empire seit dem späten 16. Jahrhundert bestand darin, den Aufstieg jedweder starken Macht des Kontinents zu verhindern. Sie bewerkstelligten das mit dem Abschluss immer neuer Bündnisse gegen jede Macht, die aufzusteigen drohte. Mit dem Zusammenschluss eines deutschen Staates unter Bismarck im Französisch-Preußischen Krieg von 1870-1871 war plötzlich eine aggressive, wirtschaftlich vitale deutsche Nation hervorgebrochen, die von der englischen politisch-wirtschaftlichen Klasse als äußerste Bedrohung für ihre Politik des „Gleichgewichts der Kräfte“ in Europa und für ihre wirtschaftliche und militärische Weltherrschaft angesehen wurde.

Karl Helfferich, ein bedeutender deutscher Bankier und Finanzminister im Ersten Weltkrieg, kommentierte 1918 die Rivalität zwischen Deutschland und dem Britischen Empire und den Grund für die englische Kriegserklärung vom August 1914:

***„Englands Politik war stets gegen die politisch und wirtschaftlich stärkste Macht des Kontinents gerichtet. ... Seit Deutschland die politisch und wirtschaftlich stärkste Macht des Kontinents geworden war, fühlte sich England von Deutschland stärker als von jedem anderen Land in seiner globalen Wirtschaftsrolle und in seiner Seeherrschaft bedroht. Von diesem Zeitpunkt an wurden die englisch-deutschen Gegensätze unüberbrückbar, und es war keine Einigung mehr zu auch nur einer einzigen Frage möglich.“*¹²⁶³**

261 Carroll Quigley, *The Anglo-American Establishment, From Rhodes to Cliveden*, New York, Books in Focus, 1981, Seite 5

262 F. William Engdahl, *A Century of War, Anglo-American Oil Politics and the New World Order*, Concord, Mass., Paul and Company, 1993, Seiten 8-19

263 Ebenda, Seite 38

Helfferrich bestätigt mit Bedauern die Richtigkeit der bismarck-schen Feststellung von 1897: „Die einzige Bedingung, die zu einer Verbesserung des deutsch-englischen Verhältnisses führen könnte, gäbe es, wenn wir unsere wirtschaftliche Entwicklung drosseln würden, doch das geht nicht.“²⁶⁴

Der amerikanische Diplomat Henry White war von seiner Regierung 1907 beauftragt worden, sich in England mit einem zuständigen Politiker zu treffen und die Auffassung der Briten zur anwachsenden deutschen Leistungskraft herauszufinden. Er traf sich mit Arthur James Balfour, der später englischer Außenminister im Ersten Weltkrieg wurde; derselbe, der dann durch seine „Balfour-Erklärung“ berühmt geworden ist, die 1948 zur Gründung des Staates Israel geführt hat. Wie der Historiker Allan Nevins berichtet, hat die Tochter des oben erwähnten Diplomaten White folgendes Gespräch zwischen ihrem Vater und Balfour mitgehört:

Balfour (etwas locker): *„Wir sind wahrscheinlich Idioten, dass wir keinen Grundfinden, um Deutschland den Krieg zu erklären, bevor es zu viele Schiffe baut und uns unseren Handel wegnimmt.“*

White: *„Sie sind ein Ehrenmann im Privatleben. Wie können Sie etwas politisch so Unmoralisches in Erwägung ziehen, wie einen Krieg gegen eine harmlose Nation zu provozieren, die genauso wie Sie das Recht hat, eine Flotte zu unterhalten? Wenn Sie mit dem deutschen Handel mithalten wollen, arbeiten Sie härter.“*

Balfour; *„Das würde bedeuten, dass wir unseren Lebensstandard senken müssten. Vielleicht wäre ein Krieg einfacher für uns.“*

White; *„Ich bin schockiert, dass Sie sich zu grundsätzlichen Fragen so äußern können.“*

Balfour (wieder etwas leichthin) : „Ist das eine Frage von Recht oder Unrecht? Vielleicht ist das aber eine Frage der Erhaltung unserer Vorherrschaft.“

Etwa um 1910 hatten die zwei neuen Industrienationen Deutschland und die Vereinigten Staaten durch ihre Kriege von 1871 beziehungsweise 1861 starke zentralistische Regierungsformen angenommen. Sie begannen nun, das „Gleichgewicht der Kräfte“ in der Welt durcheinander zu bringen. Daneben wurde Japan mit seiner ältesten Monarchie der Welt und einer ebenfalls starken Zentralregierung zum einzigen Land in Asien, das sich auch zur Industrialisierung entschloss. Außerdem schockierte Japan mit seinem Sieg über Russland 1905 die Welt. Deshalb empfanden britische Spitzenpolitiker, dass ihre Weltherrschaft sowohl auf dem Kontinent als auch zugleich im Atlantik und Pazifik bedroht würde. Wirtschaftlich betrachtet, rückten die USA bis 1910 auf Platz Eins der Weltrangliste für die Produktion von Industriegütern vor und Deutschland auf Platz Zwei, während Großbritannien auf Platz Drei zurückfiel.²⁶⁵ Als in Deutschland und Japan eine rasante Industrieentwicklung stattfand, bewies das Britische Empire die außergewöhnliche Bedeutung des Erdöls. Bis 1912 erzeugten die USA über 63 % des auf der Welt geförderten Mineralöls und England nicht mehr als 12 %.²⁶⁶ Anders verhielt es sich mit Deutschland und Japan. Beide verfügten über keine unabhängige und sichere Erdölversorgung.²⁶⁷

Großbritanniens „Politik des Gleichgewichts der Kräfte“ mit dem Anspruch auf Englands Führungsrolle betrachtete alle diese Wirtschaftskonkurrenz als Bedrohung für das Empire. Aber die Briten sahen in Deutschland, dem neuen starken Mann Europas dicht hinter dem Kanal, die weitaus größte Bedrohung und nicht in den USA hinter dem Atlantik oder in Japan im Pazifik. Der Autor von „Ein Jahrhundert des Krieges“²⁶⁸ [hier ist das Buch von Engdahl gemeint] kommt in seiner Untersuchung über den Ersten Weltkrieg zu dem Schluss:

265 Fareed Zakaria, *From Wealth to Power, The Unusual Origins of America's World Role*, Princeton, N. J., Princeton University Press, 1998, Seite 190

266 Engdahl, *A Century of War*, Seiten 37 und 75

267 Ebenda, Seite 36

268 Originaltitel: *A Century of War*

„Die Führungsschicht Englands hatte sich lange vor 1914 darauffestgelegt, dass der einzig gangbare Weg, um die europäische Lage wieder unter Kontrolle zu bringen, in einem Krieg bestand. Der,Strategie des Gleichgewichts der Kräfte' folgend, diktierten die britischen Interessen einen Wechsel von der traditionellen pro-osmanischen und anti-russischen Außenpolitik des 19. Jahrhunderts zu einer pro-russischen und anti-deutschen Politik ab den späten 1890er Jahren.“¹²⁶⁹

Die britische politische und wirtschaftliche Führung hat nicht erwartet, dass der Krieg so schwierig werden und so lange dauern würde, und sie hat auch nicht gedacht, dass ihr „Sieg“ mit Amerikas Hilfe sie derart schwächen und so viel kosten würde, wie es sich herausgestellt hat. A. J. P. Taylor erklärt, dass „der Erste Weltkrieg ganz offensichtlich anders ausgegangen wäre, wenn die Amerikaner nicht eingegriffen hätten. Die Alliierten, um es offen auszudrücken, hätten den Krieg nicht gewonnen.“²⁷⁰ Er stellte ferner fest, dass „die deutsche Armee zwar im Feld geschlagen und auf dem Rückzug war, aber keineswegs ausmanövriert oder vernichtet. Die britische und die französische Armee, obwohl sie siegreich waren, hatten sich nahezu verbraucht.“²⁷¹ Die Sieger waren nicht in Deutschland einmarschiert, und die deutschen Truppen standen tatsächlich noch in Feindesland, und sie konnten auch noch kämpfen, auch wenn sie sich zurückzogen. Allerdings war ihre Niederlage mit dem Eingreifen der amerikanischen Armee unabwendbar geworden.

Im Buch „Das Erbarmen des Krieges“²⁷² behauptet der englische Historiker Niall Ferguson, dass Großbritannien sich nicht in den europäischen Krieg hätte einmischen und einen Weltkrieg daraus machen sollen, und dass die deutsche Regierung und der Kaiser in Wahrheit keine militärische oder wirtschaftliche Bedrohung für das Britische Empire dargestellt hätten.²⁷³

269 Ebenda, Seite 38

270 Taylor, The Origins of the Second World War, Seite 24

271 Ebenda, Seite 26

272 Originaltitel: The Pity of War

273 Niall Ferguson, The Pity of War, London, Allen Lane, Penguin Press, 1998

Ferguson schlussfolgert, dass, wenn Großbritannien dem Kriege ferngeblieben wäre, Amerika sich nicht eingemischt hätte. Der Krieg hätte nicht so lang gedauert, und er wäre mit einem Sieg für das kaiserliche Deutschland ausgegangen. Er stellt dabei heraus, dass es keine rechtsverbindliche Verpflichtung Englands gab, für Frankreich oder Belgien in den Krieg zu ziehen:

„Englands Entscheidung, in den Krieg einzugreifen, war das Ergebnis einer geheimen Planung seiner Generale und Diplomaten, die auf das späte Jahr 1905 zurückging. ... Als am 2. August 1914 der Moment der Entscheidung gekommen war, war es trotzdem keine ausgemachte Sache, dass Großbritannien gegen Deutschland in den Krieg ziehen würde. Die Mehrzahl der Minister zögerte zunächst. Zum Schluss entschieden sie sich aber doch dazu, den Außenminister Sir Edward Grey zu unterstützen, zum Teil aus Angst, aus dem Amt entfernt zu werden und die Tories an die Macht zu lassen. Es war ein historisches Desaster.“¹²⁷⁴

Er vertritt außerdem die Auffassung: „Wenn der Krieg ohne Briten und Franzosen geführt worden wäre, hätten die Deutschen möglicherweise so etwas wie eine Europäische Union gebildet, acht Jahrzehnte vor dem späteren Fahrplan“, und Großbritannien wäre stark geblieben, vor allem als Finanzmacht.²⁷⁵ Ferguson führt weiter aus, dass ein kurzer Krieg mit einem Sieg des kaiserlichen Deutschland zu einer ganz anderen Welt für den Rest des zwanzigsten Jahrhunderts geführt hätte, ohne Nationalsozialismus in Deutschland und ohne Kommunismus in Russland:

„Mit einem siegreichen Kaiser hätte sich Adolf Hitler für den Rest seines Lebens als mittelmäßiger Postkartenmaler und altgedienter Soldat in einem deutsch beherrschten Mitteleuropa durchschlagen können, in dem er wenig zu beklagen gehabt hätte. Und ein Lenin hätte sein hypochondrisches Geschreibsel fortsetzen und ewig weiter daraufwarten können, dass der Kapitalismus zusammenbricht; als frustrierter Mann. ... Es war schließlich das Resultat des Krieges, dass beide Männer aufsteigen, ihre barbarische Gewaltherrschaft errichten und noch mehr Massenmorde verüben konnten.“¹²⁷⁶

274 Ebenda, Seite 443

275 Ebenda, Seiten 458 und 460

276 Ebenda, Seite 460

Ferguson schließt sein Buch mit der Erkenntnis, dass der Erste Weltkrieg nicht nur wegen seiner Zerstörungskraft so furchtbar war, sondern - was noch bedeutender - weil er auch vermeidbar war. Englische Politiker haben sich eine Riesen-Fehlentscheidung geleistet, als sie Großbritannien in den Krieg geführt haben. Sie haben damit das ganze 20. Jahrhundert verändert.

*„Der Erste Weltkrieg war, kläglich' im poetischen Sinne und zugleich, ein Jammer'. Er war etwas, das schlimmer war als die Tragödie, von der wir in der Schule gelernt haben, dass sie letztlich unvermeidlich ist. Es war nicht weniger als der größte Irrtum der modernen Geschichte.*¹²⁷⁷

Murray Rothbard pflichtet Ferguson in seinem Urteil über den Ersten Weltkrieg bei und dazu, dass die Kriegsteilnahme der Briten ein großer Irrtum war, aber er beklagt noch mehr den großen Irrtum des US Präsidenten Woodrow Wilson:

*„Amerikas Eintritt in den Ersten Weltkrieg im April 1917 hatte einen Vorlauf. Es wurden Friedensverhandlungen zwischen den kriegführenden Parteien verhindert, und die Alliierten wurden in einen Frieden mit bedingungsloser Kapitulation und mit Gebietsabtretungen getrieben, in einen Frieden, der zum Boden für den Zweiten Weltkrieg wurde. Der amerikanische Kriegseintritt kostete auf diese Weise zahllose Menschenleben auf allen Seiten, er brachte Chaos und das Auseinanderreißen von Ländern in Zentral- und Osteuropa am Ende dieses Krieges. Er brachte den Kommunismus, den Faschismus und den Nationalsozialismus in Europa an die Macht. So gesehen war Woodrow Wilsons Entscheidung für den Kriegseintritt die wohl verhängnisvollste Einzelentscheidung des 20. Jahrhunderts. Sie hat unermessliches Elend und Zerstörung ohne Ende ausgelöst. Aber Morgans Gewinne wurden vermehrt und abgesichert.*¹²⁷⁸

Rothbard äußert sich dann noch zu Morgans unmittelbaren Finanzinteressen am Kriegseintritt der USA, von dem Morgen behauptet hat, er diene nur der Hilfe Englands:

„Im Moment einer großen finanziellen Krise für die Morgans kam der Beginn des Ersten Weltkriegs für sie wie ein Geschenk des Himmels.

277 Ebenda, Seite 462

278 Rothbard, Wall Street, Banks and American Foreign Policy, Seiten 20f

Seit langem mit der britischen Finanzwirtschaft verknüpft - wie die Rothschilds - stürzten sich die Morgans in die Auseinandersetzung um das Geld, sicherten sich die Berufung von ‚J. P. Morgan and Company‘ als Finanzbevollmächtigte für die kriegführende britische und die französische Regierung und als alleinvertretende Emissionsbank für deren Kriegsanleihen in den USA. J. P. Morgan wurde auch die bevollmächtigte Agentur der ‚Bank of England‘, der leistungsstarken englischen Zentralbank. Doch nicht nur das, die Morgans wurden die Hauptbeteiligten an der Finanzierung der amerikanischen Munitionsverkäufe und Waffenlieferungen an Großbritannien und Frankreich. ‚J. P. Morgan and Company‘ wurden außerdem zur zentralen Agentur für die Organisation und Steuerung der Kriegseinkäufe beider Alliierten in den USA.¹²⁷⁹

Wie allgemein bekannt ist, ist man im nachhinein klüger als man es zuvor war. Trotzdem sollte man Lehren aus der Geschichte ziehen. Solche Lehren ergeben sich bei einer Betrachtung der politischen Alternativen, die man hatte und dann der Folgen der getroffenen Entscheidung im Vergleich zu den Folgen der anderen Handlungsmöglichkeiten, die man nicht gewählt hat.²⁸⁰

Die Engländer entschieden sich zum Kriegseintritt aus sehr dürftigen Gründen, vor allem aus wirtschaftlichen. Sie dachten, dass sie die Deutschen im Verein mit den Franzosen und den Russen schnell und endgültig besiegen könnten. Das war aber nicht der Fall. So riefen sie verzweifelt nach den Amerikanern, um die deutsche wirtschaftliche und militärische „Bedrohung“ vollends zu zerschlagen. Selbst wenn England in den Krieg eingetreten wäre, ihn dann aber ohne die Hilfe Amerikas hätte ausfechten müssen, unabhängig davon, wer den Krieg gewonnen hätte, wäre es viel früher zu einem Friedensschluss gekommen. Der Friedensvertrag wäre auf gleicher Augenhöhe mit der früheren deutschen Regierung, und vielleicht auch mit der früheren russischen Regierung geschlossen worden und heute noch in Kraft. Wenn es so gewesen wäre, wäre das 20. Jahrhundert

279 Ebenda, Seiten 15f

280 Siehe Niall Ferguson ed., *Virtual History, Alternatives and Counterfactuals*, London, Papermac, 1977 und 1997

völlig anders verlaufen, vor allem ohne den Nationalsozialismus in Deutschland und wahrscheinlich ohne den Kommunismus in Russland.

Oberst Edward Mandel House, der einflussreichste Berater des Präsidenten Wilson, ist in den Jahren 1914 und 1915 mehrfach nach England gereist, um den Kriegseintritt der USA zu erörtern, letztmalig am 17. Oktober 1915. Im Gegensatz zu allen seinen öffentlichen Reden mit der Forderung nach Beibehaltung der Neutralität der USA schrieb Präsident Wilson einen geheimen Brief an die wichtigsten Mitglieder der englischen Regierung, in dem er den Kriegseintritt der USA auf der Seite der Westalliierten anbot, um ihren Sieg zu sichern. Das hätte Wilson in die Lage versetzt, der Welt als Hauptakteur einen dauerhaften Frieden zu diktieren.²⁸¹ House appellierte an Wilsons unersättliches Ego, indem er ihm einredete, er würde damit zum „Retter der Welt“ und zu einem neuen „Friedensfürst“.²⁸² House umschmeichelte Wilson, nannte die Gründe für einen Kriegseintritt Amerikas „humanitäre Beweggründe“ und erklärte Wilson, er würde damit *„die edelste Rolle spielen, die je ein Menschensohn gespielt hat,“*²⁸³

Präsident Wilson war naiv genug, daran zu glauben, dass die einzigen Kriegsziele der alliierten Briten, Russen und Franzosen die waren, die öffentlich vorgegeben worden waren, nämlich die Wiederherstellung Belgiens, die Rückkehr von Elsass-Lothringen an Frankreich und die Eroberung Konstantinopels durch Russland.²⁸⁴ Einer der amerikanischen Delegierten auf der Pariser Konferenz, die dem Ersten Weltkrieg folgte, war ein gut unterrichteter Diplomat namens William C. Bullitt. Später legte er sein Amt als Delegierter aus Protest gegen Präsident Wilsons Verhal-

281 William C. Bullitt and Sigmund Freud, Woodrow Wilson, A Psychological Study, New Brunswick, N. J., Transaction Publishers, 1967 und 1999, Seiten 170f

282 Ebenda, Seite 170

283 Ebenda,

284 Ebenda, Seite 174

ten bei den Verhandlungen nieder, als die Konferenz auf den Vertrag von Versailles zusteuerte. Bullitt erklärte, Wilson würde die geheimen Ziele der Alliierten nicht durchschauen, besonders die der Briten nicht. Die heimlichen Ziele der Engländer, die sie auf der Friedenskonferenz durchzusetzen hofften, waren:

„Die Zerstörung der deutschen Flotte, die Übernahme der deutschen Handelsmarine, die Ausschaltung Deutschlands als Handelskonkurrenz, das Einziehen möglichst großer Entschädigungen von Deutschland, die Übernahme der deutschen Kolonien Deutsch-Ost-Afrika und Kamerun und aller deutschen Kolonien im Pazifik südlich des Äquators Ferner Palästina und so viel von Syrien, wie man Frankreich vorenthalten könnte, die Ausdehnung der eigenen Einflusszone in Persien und die Anerkennung ihrer Protektorate über Zypern und Ägypten.“²⁸⁵

Bullitt kommt zu dem Schluss, dass die Briten mit dem Versailler Vertrag alle ihre verdeckten Kriegsziele in der einen oder anderen Form erreicht haben.²⁸⁶

Der große Klassiker unter den amerikanischen liberalen Schriftstellern Albert Jay Nock kommentierte den Ersten Weltkrieg und den Vertrag von Versailles so:

„Der Krieg steigerte den allgemeinen Glauben an die Gewalt in einer maßlosen Weise. Ersetzte unzählige imperialistische Unternehmungen in Gang und löste endlose nationalistische Begierden aus. Jeder Krieg tut das in dem Maße, das seiner Größe entspricht. Die abschließenden Regelungen von Versailles waren deshalb ein schieres Gerangel nach Kriegsbeute.“²⁸⁷

Während des Ersten Weltkriegs hatten die Briten offensichtlich erkannt, wie wichtig, ja wie entscheidend das reichliche Vorhandensein von Öl-Vorräten nicht nur für die Industrie war, sondern auch für militärische Zwecke. Deshalb war eines ihrer wesentlichen Wirtschafts- und Kriegsziele, die Araber von

285 Ebenda, Seite 173

286 Ebenda

287 Albert Jay Nock, *The State of the Union, Essays in Social Criticism*, Indianapolis, Ind., Liberty Press, 1991, Seite 89

der Türkenherrschaft im Osmanischen Reich zu befreien und anschließend die arabischen Öl-Geschäfte zu übernehmen. Die Engländer setzten dazu ihren Agenten „Lawrence of Arabia“ ein, der den Aufstand der Araber gegen die Türken anführte. Danach, während der Vorverhandlungen für Versailles, spielten sie ein Doppelspiel mit den Arabern, betrogen sie und rissen deren Ölvorkommen an sich. Bis 1925 hatten die Briten mehr als die Hälfte der Welt-Erdölvorräte unter ihre Kontrolle gebracht.²⁸⁸ Es dauerte nicht einmal bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, bis die Amerikaner dank Roosevelts Betrügereien „ihren Anteil“ des arabischen Öls an sich gebracht hatten, also des Öls, das sich die Engländer nach dem Ersten Weltkrieg zunächst für sich genommen hatten. William Engdahl schreibt dazu:

„Die Rockefeller-Firmen der Standard Oil Group sicherten sich zusammen mit Gulf Oil, das der Pittsburger Mellon-Familie gehört, den Hauptanteil der Ölkonzessionen im Mittleren Osten, vor allem in Saudi Arabien. Teils durch die geschickte Diplomatie des Präsidenten Roosevelt und teils durch Churchills Stümperei entglitt Saudi Arabien den Engländern während des Zweiten Weltkriegs. Der saudische König Abdul Azis erhielt 1943 ein beispielloses Leih- und Pacht-Abkommen. Das war eine Geste, mit der sich die Amerikaner das Wohlwollen der Saudis für eine Übertragung der Ölkonzessionen nach dem Kriege sicherten.“²⁸⁹

Auch Engdahl kommentiert den Versailler Friedensvertrag und den Völkerbund:

„Englands Schöpfung des Völkerbunds wurde auf dem Wege über die Versailler Friedenskonferenz im Jahre 1919 zum Vehikel, um der nackten imperialistischen Aneignung von Territorien den Anschein der internationalen Legitimität zu geben. Der Finanzwirtschaft der „City of London“ war das Opfer von Hunderttausenden von britischen Soldaten ein offensichtlich nur geringer Preis für die künftige Herrschaft über die Entwicklung der Weltwirtschaft. Dazu hatte die Kontrolle über die Rohstoffe, insbesondere über die neue Ressource Erdöl verholfen.“²⁹⁰

288 Engdahl, A Century of War, Seite 75

289 Ebenda, Seite 107

290 Ebenda, Seite 50

Engdahl schreibt weiter, dass der Persische Golf nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags 1919 zum „Englischen Meer“ geworden war.²⁹¹ Murray Rothbard weist darauf hin, dass das erste offizielle Treffen der Anglo-Amerikanischen-Gruppe während der Versailler Konferenz in Paris stattfand, als *„die britischen und amerikanischen Mitglieder der Historischen Stäbe“ beider Delegationen in Versailles die Gelegenheit wahrnahmen, eine ständige Organisation zu gründen, um ein informelles, wenn nicht gar formelles anglo-amerikanisches Empire wiederherzustellen. Die neue Gruppe, das ‚(Royal) Institute of International Affairs‘, wurde am 30. Mai 1919 bei einer Zusammenkunft im Hotel Majestic in Paris gegründet.“*²⁹²

Rothbard fährt mit der Enthüllung der starken Beteiligung des Hauses Morgan an dieser Anglo-Amerikanischen Gruppe fort. Er weist auch auf die heftigen wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen der Morgans und der Rockefellers hin. Diese hatten Anfang des 20. Jahrhunderts begonnen, waren aber schließlich beigelegt worden. Die Morgans und die Rockefellers bündelten dann ihre Kräfte, um kurz vor dem Zweiten Weltkrieg das Führungsgespann im amerikanischen Teil der Anglo-Amerikanischen Gruppe zu bilden.²⁹³

Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass der inzwischen besser informierte und realistischer gewordene Präsident Wilson nach dem Ersten Weltkrieg vor den Amerikanern zugegeben hat, dass der Erste Weltkrieg kein idealistischer und humanitärer Krieg gewesen ist, um „die Welt sicher für die Demokratie“ zu machen, und dass es nicht der Krieg gewesen ist, „um alle Kriege zu beenden.“ Er reiste durch die USA und versuchte die öffentliche Meinung zu beeinflussen, um Druck auf die Senatoren auszuüben, damit diese den Versailler Vertrag akzeptierten und die Vereinigten Staaten dem Völkerbund beitreten ließen. Der Se-

291 Ebenda, Seite 51

292 Rothbard, Wall Street, Banks and American Foreign Policy, Seiten 25f, Die Amerikaner gründeten 1921 ihr "Council on Foreign Relations", das ihre Aktivitäten und ihre Politik mit denen des Royal Institute koordinierte.

293 Ebenda, Seiten 27-37

nat war so weise, beides abzulehnen. Gegen Ende seiner Reise hielt der entmutigte Präsident am 5. September 1919 in St. Louis, Missouri, eine Rede, in der er seine hochfliegenden Pläne aufgab und vor den Amerikanern zugab, welche die wahren Gründe für den Kriegseintritt der USA gewesen waren:

„Meine lieben Landsleute, warum gibt es hier keinen Mann, keine Frau - ich will auch sagen, kein Kind - das nicht wüsste, dass der Ursprung des Krieges in der modernen Welt im industriellen und wirtschaftlichen Konkurrenzkampfliegt? ... Dieser Krieg war von Anfang an ein Handels- und Industrie-Krieg. Es ist kein politischer Krieg gewesen.“¹²⁹⁴

Die ganze Ungerechtigkeit des Versailler Vertrags ist eine Geschichte, die zu erzählen sich die meisten britischen und amerikanischen Historiker weigern, und die nur wenige Engländer und Amerikaner wirklich kennen. Tatsächlich ist die moderne und liberale Lesart der Geschichte, die aber völlig abwegig ist, dass der Zweite Weltkrieg hauptsächlich darauf zurück zu führen ist, dass der US Senat sich geweigert hatte, den Versailler Vertrag zu ratifizieren und dem Völkerbund beizutreten. Die wahre Geschichte des Vertrags ist jedoch ganz anders. Sie lehrt uns eine wichtige Erfahrung der Geschichte, wie wir noch sehen werden.

Nachdem Präsident Wilson die USA in den Ersten Weltkrieg getrieben hatte, versprach er den Deutschen, dass ein Friedensvertrag unter der Konferenzleitung der Amerikaner erarbeitet würde, dass die Friedensbedingungen angemessen sein würden, und dass keine Kriegsreparationen von Deutschland ver-

294 Arthur S. Link ed., The Papers of Woodrow Wilson, Princeton, N. J., Princeton University Press, 1990, Band 63, Seiten 45f. Die Wilson Regierung sah in der Weigerung des US Senats, den Versailler Vertrag zu ratifizieren, eine verlockende Gelegenheit. Amerika blieb damit rein formal bis zum November 1921 im Krieg. Dann erst beendeten neue Verträge den Krieg für die USA. Während dieser Zwischenperiode drückte die Wilson-Regierung etliche Gesetze unter dem Kriegsrecht durch. Das Oberste Bundesgericht, das bislang jede rückwärts schauende Aufarbeitung von Kriegsmaßnahmen unterlassen hatte, erkannte die Gefahr, brach mit seiner langen Tradition und begann, diese „Machtergreifung“ juristisch zu überprüfen. Siehe dazu auch: Christopher N. May, In the Name of War, Judicial Review and the War Power Since 1918, Cambridge, Mass., Harvard University Press, 1989

langt werden würden. Der Vertrag - so ein weiteres Versprechen - würde allen Völkern in Europa ihre Selbstbestimmung garantieren, so dass sie sich ihre eigenen Regierungen wählen könnten. Amerika, Frankreich und Großbritannien schlossen am 5. November 1918 einen Waffenstillstands-Vorvertrag, in dem sie mit ihren Verbündeten übereinkamen, auf der Basis der berühmten 14 Wilson-Punkte Frieden zu schließen.²⁹⁵ Dies Versprechen erwies sich als Betrugsmanöver, und stattdessen wurde Deutschland ein Rachevertrag aufgezwungen. A. J. P. Taylor beschreibt die dabei vor allem von den Briten angewandten Zwangsmaßnahmen:

*„Es gab andere Zwangsmaßnahmen als die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen und die Besetzung deutschen Territoriums. Das war eine wirtschaftliche Maßnahme, eine Form der Seeblockade, von der man glaubt, dass sie entscheidend zur deutschen Niederlage beigetragen hat. Die Blockade zwang die deutsche Regierung im Juni 1919, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten wurden zu einem Erpressungswettbewerb, wie bei den Horrorszeneen in einem Kriminalfilm. Die Alliierten, beziehungsweise einige von ihnen, drohten, Deutschland zu erwürgen“*²⁹⁶

Am 11. November 1918, nach der Unterzeichnung des formalen Waffenstillstands, endeten die Kampfhandlungen, aber die englische Seeblockade gegen Deutschland wurde fortgesetzt.²⁹⁷ Sie kostete 800.000 Deutsche ihr Leben durch Verhungern. Das erzeugte einen berechtigten Hass gegen die Alliierten.²⁹⁸ Er war im wesentlichen auf die Fortsetzung der englischen Blockade sechs Monate über den Abschluss des Waffenstillstands hinaus zurückzuführen, der die Deutschen gezwungen hatte, den unlauteren Versailler Vertrag zu unterschreiben.

295 Quigley, The Anglo-American Establishment, Seite 237

296 Taylor, The Origins of the Second World War, Seite 33

297 Anmerkung des Herausgebers: Dies war ein Bruch des geschlossenen Waffenstillstandsvertrags.

298 Charles Callan Tansill, The United States and the Road to War in Europe, in Perpetual War for Perpetual Peace, A Critical Examination of the Foreign Policy of Franklin Delano Roosevelt and its Aftermaths, Harry Elmer Barnes ed., New York, Greenwood Press, 1969, Seite 96

Der Vertrag von Versailles beraubte Deutschland aller seiner kolonialen Besitzungen und erlaubte den Engländern, ihre Herrschaft über Afrika auszudehnen. Durch die Übernahme der deutschen Kolonien als „Völkerbundmandate“ erfüllte sich Cecil Rhodes Traum von einer durchgehenden Verbindung Kairo-Kapstadt unter britischer Kontrolle. Vom Standpunkt zukünftiger politischer Gestaltungsmöglichkeiten aus betrachtet, war die Begrenzung des deutschen Heeres auf nur 100.000 Mann von entscheidender Bedeutung. Sie entzog Deutschland jede Möglichkeit der Selbstverteidigung, so dass es sich schwerlich noch gegen seinen feindlichen Nachbarn Frankreich wehren konnte, und nun auch nicht gegen die Sowjetunion. Der Vertrag verbot den Deutschen den Besitz jedweden Flugzeugs, jeden U-Boots, die Unterhaltung schwerer Artillerie und den Besitz von Panzern. Deutschland hatte seine Hochseeflotte vor Scapa Flow selbst versenkt, um sie der Übernahme durch die Briten zu entziehen, während diese wieder die größte Flotte der Welt besaßen. Die Franzosen verlangten im Vertrag die Räumung des deutschen Rheinlands von deutschem Militär zwischen dem Rhein und Frankreichs Grenze. Damit sicherten sich die Franzosen einen offenen, unverteidigten Zugang zum Herz der deutschen Industrie, zum Ruhrgebiet. Frankreich selbst unterhielt an seiner Grenze zum Deutschen Reich eine starke Armee, die damals für eine der besten der Welt gehalten wurde.²⁹⁹ In eindeutiger Verletzung von Wilsons 14 Punkten, die das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ proklamiert hatten, wurden über drei Millionen Deutsche zwangsweise der Tschechoslowakei zugeschlagen und sechs Millionen zu Österreich.^{300 301} Außerdem bürdete der Vertrag den Deutschen die alleinige Schuld am Ersten Weltkrieg auf, indem er sie beschuldigte, den Krieg angefangen zu haben.

299 Kenneth Brody, *The Avoidable War, Lord Cecil and the Policy of Principle-1933-1935*, New Brunswick, N. J., Transaction Publishers, 1999, Band 1, Seiten 1-6 und 99-123

300 Anmerkung des Herausgebers: Am 2.3.1919 hatte die Nationalversammlung der neuen Republik Österreich den Anschluss Österreichs an die neue deutsche Republik beschlossen. Die Siegermächte verboten von Paris aus diesen Anschluss.

301 Taylor, *The Origins of the Second World War*, Seiten 146-181 u. 278

Das war eine Folgerung, welche die Deutschen nicht akzeptieren konnten.³⁰²

Ein weiteres schweres Unrecht, das den Deutschen mit dem Vertrag angetan worden ist, ist eines, das direkt zum Zweiten Weltkrieg führte. Der Vertrag zog einen breiten Streifen oder „Korridor“ durch Deutschland hindurch von Polen zum deutschen Ostseehafen Danzig. Dieser Streifen Land wurde von Deutschland abgetrennt, um Polen einen Zugang zur Ostsee zu verschaffen. Der Korridor schnitt Ostpreußen vollständig vom Kerngebiet des Deutschen Reiches ab. Der Völkerbund übernahm die Regierung von Danzig und erklärte es zur „Freien Stadt“. Eine halbe Million Menschen in Danzig und im Korridor wurden in krasser Verletzung des wilsonischen Versprechens auf Selbstbestimmung plötzlich Untertanen der polnischen Regierung.^{303 304} Und schließlich war die Auferlegung unermesslicher Reparationszahlungen zum Ersatz für die angerichteten Kriegsschäden eine weitere Ungerechtigkeit und flagrante Verletzung der wilsonischen Versprechen und der Vor-Waffenstillstands Vereinbarungen. William Engdahl schreibt dazu:

„Im Mai 1921 trat das Alliierte Reparations-Komitee zusammen und stellte den endgültigen Zahlungsplan für Deutschland auf der als das ‚Londoner Ultimatum‘ bezeichnet wird. Darin wurden Deutschlands Reparationszahlungen an die Siegerstaaten auf die astronomische Zahl von 132 Milliarden Goldmark festgelegt, ein Betrag, von dem selbst der englische Reparationsexperte J. M. Keynes erklärte, dass es das Dreifache dessen wäre, was Deutschland zahlen könnte.“³⁰⁵

Taylor urteilte über die Reparationszahlungen, die 13 Jahre lang, von 1919 bis 1932, geleistet wurden: *„Zum Schluss fühlten sich die Franzosen betrogen und die Deutschen ausgeraubt. Die Repa-*

302 Taylor, The Origins of the Second World War, Seite 50, auch: M. H. Cochran, Germany Not Guilty in 1914, Colorado Springs, Colo., Ralph Myles, 1972.

303 Taylor, The Origins of the Second World War, Seite 189.

304 Anmerkung des Herausgebers: Die Angabe ist ungenau. Nur die Deutschen im Korridor kamen unter polnische Herrschaft. Die Deutschen in Danzig wurden gegen ihren erklärten Willen Bürger der halbsouveränen Republik „Freie Stadt Danzig“ unter der Oberhoheit des Völkerbunds.

305 Engdahl, A Century of War, Seite 81

*rationen hatten die Leidenschaften des Krieges lebendig erhalten.*¹³⁰⁶
Er setzte fort: *„Die Reparationen hatten Symbolkraft. Sie erzeugten Verstimmung, Misstrauen und Feindschaft zwischen den Nationen; mehr noch: sie ebneten den Weg zum Zweiten Weltkrieg.“*¹³⁰⁷

Deutschland war von Amerika und seinen Alliierten in den Friedensverhandlungen regelrecht betrogen worden. Der Delegierte Bullitt äußerte zu den deutschen Reaktionen auf den Vertrag:
*„Der Vertrag ist den Deutschen am 7. Mai 1919 ausgehändigt worden. Der Präsident der Weimarer Nationalversammlung bemerkte, nachdem er ihn gelesen hatte, es wäre unbegreiflich, dass ein Mann, der der Welt Frieden und Gerechtigkeit versprochen hatte, und auf dessen Wort eine Völkergemeinschaft [der Völkerbund] gegründet werden sollte, in der Lage gewesen ist, diesen von Hass diktierten Plan mit auszuarbeiten. Die erste deutsche amtliche Stellungnahme vom 10. Mai 1919 zum Vertrag lautete, dass die erste Durchsicht des Vertrags erkennen ließe, dass wesentliche seiner Artikel die Grundlage eines Friedens des Rechts verlassen haben, auf die sich die damals noch Kriegführenden geeinigt hatten'. Sie lautet weiter, dass etliche der Forderungen so hart wären, dass sie keine Nation überstehen kann' und dass ,viele Forderungen unerfüllbar wären.“*¹³⁰⁸

Bullitt demissionierte als Delegierter auf der Pariser Friedenskonferenz. Er schrieb am 17. Mai 1919 ein Rücktrittsgesuch an Präsident Wilson, das auszugsweise lautet:
*„Aber unsere Regierung hat zugestimmt, die leidenden Völker der Welt neuen Unterdrückungen, Unterwerfungen und Gebietsteilungen auszuliefern - ein Jahrhundert des Krieges -. Und ich bin nicht länger davon überzeugt, im Dienste dieser Regierung für eine „neue Weltordnung“ arbeiten zu können.“*¹³⁰⁹ ... *Dieser Vertrag macht neue internationale Konflikte sicher. Es ist meine Überzeugung, dass der Völkerbund nicht die Macht haben wird, diese Kriege zu verhindern. ... Deshalb wäre es die Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten ihren Bürgern und der Menschheit gegenüber, die Unterschrift oder*

306 Taylor, The Origins of the Second World War, Seite 47

307 Ebenda, Seite 48

308 Bullitt and Freud, Woodrow Wilson, Seiten 268f

309 Ebenda, Seite 271

*die Ratifizierung dieses ungerechten Friedens zu verweigern und die Garantie seiner Bestimmungen durch den Völkerbund abzulehnen.*³¹⁰

Der Vertrag von Versailles wurde Deutschlands neuer Regierung wiederum unter Verletzung der von Wilson versprochenen Selbstbestimmung aufgezwungen. Die unbeliebten Regierungen der Weimarer Republik haben diesen Vertrag gegen die deutschen Interessen erfüllt und wurden schließlich dafür durch Hitlers mörderische nationalsozialistische Bewegung gestürzt. Diese Bewegung hatte ihre Macht auf demokratischem und verfassungsmäßigem Weg mit zwei hauptsächlichen Versprechen gewonnen, nämlich, den Kommunismus zu bekämpfen und den unfairen Rachefrieden von Versailles aufzuheben. Obwohl die Reparationszahlungen schon 1932 eingestellt worden waren, war ihr Unrecht noch immer ein Haupt-Wahlkampfthema. Hitler setzte den Wahlkampf mit dem Versprechen fort, auch die Reste der Versailler Bestimmungen in Deutschland außer Kraft zu setzen. Er sagte:

*„Mein Programm ist die Aufhebung des Versailler Vertrags. ... Niemand hat das öfter erklärt und wiederholt als ich. Wieder und wieder habe ich diese Worte geschrieben - Aufhebung des Versailler Vertrags.“*³¹¹

Nachdem Hitler an die Macht gekommen war, ersuchte er die alliierten Siegermächte, den Vertrag zu ändern und Deutschland entweder zu gestatten, seine Streitkräfte wieder mit Personal und Ausrüstung auf den Stand der anderen Nationen bis zur Verteidigungsfähigkeit aufbauen zu dürfen, oder zu einer totalen Abrüstung aller Staaten aufzurufen. Die Alliierten haben beide Angebote abgelehnt.³¹² Danach hat Hitler im Alleingang gehandelt, um seine dem deutschen Volk gegebenen Versprechen einzulösen. Er missachtete die im Versailler Vertrag festgelegten Begrenzungen an Truppenstärken und Bewaffnungen und

310 Ebenda, Seiten 271f

311 Allan Bullock, Hitler, A Study in Tyranny, New York, Harper and Row, 1962 Seite 315, auch Brody, The Avoidable War, Seite 99

312 Ebenda, Seiten 99-123

rüstete Deutschland wieder auf, aber zunächst nur bis zu einer angemessenen Verteidigungsstärke. Hitler unterbreitete 1936 ein Friedensangebot, das den Briten und Franzosen Sicherheit in Europa gegeben hätte. Er gab die Zusicherung, dass Deutschland keine territorialen Forderungen auf die verlorenen Gebiete in Europa stellen würde, womit er die Gebietsverluste aus dem Versailler Vertrag anerkannt hat. Außerdem offerierte er allen westeuropäischen Mächten, nur Russland nicht, einen Nichtangriffspakt für 25 Jahre. Hitler ist stets dabei geblieben, dass er nur die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und der Sowjetunion anstrebte. Als Antwort für seine Friedensangebote erhielt er von England erst eine Rückfrage zu ein paar Einzelheiten und dann die Weigerung zu weiterer Korrespondenz. Aus Frankreich erhielt er überhaupt keine Reaktion.³¹³ A. J. P. Taylor erklärt Hitlers Außenpolitik wie folgt:

„Es gab ein System in Hitlers Außenpolitik, obwohl das nicht neu war. Seine Weltsicht war kontinental, so wie die Stresemanns vor ihm. Hitler hat nicht versucht, die „Weltpolitik“ wiederzubeleben, die Deutschland vor 1914 verfolgt hatte. Er hat zum Beispiel keine Pläne für eine große Schlachtflotte geschmiedet. Er führte keine Klage über den Verlust der Kolonien, ausgenommen als Mittel, um die Engländer in Verlegenheit zu bringen. Er zeigte nicht einmal Interesse am Mittleren Osten - daher auch seine Blindheit für die große Chance nach dem Sieg über Frankreich 1940 - ... Er wollte das Britische Empire nicht zerstören, nicht einmal den Franzosen Elsass-Lothringen abnehmen. Im Gegenzug wollte er, dass die Alliierten den Urteilsspruch vom Januar 1918 [Wilson's 14 Punkte] akzeptierten und ihre Missachtung dieses Schiedsspruchs nach dem November 1918 rückgängig machten. Der deutsche Sieg im Osten sollte dabei in Rechnung gestellt werden. Das war kein unsinniges Programm. Viele Engländer, ganz zu schweigen von Milner und Smuts,³¹⁴ stimmten damit schon 1918 überein. Viele

313 Taylor, The Origins of the Second World War, Seite 100

314 Sir Alfred Milner war einer der wichtigsten Führer des englischen Teils des Anglo-Amerikanischen Establishments und Jan C. Smuts war ein bedeutendes Mitglied in Süd-Afrika. Lord Robert Cecil war der Führer eines anderen Blocks im englischen Teil der Anglo-Amerikanischen Gruppe. Milner wurde aber später das dominierende Mitglied, und man hat dann von der Milner-Gruppe" gesprochen. Siehe auch Quigley, The Anglo-American Establishment, Seiten

*weitere taten das dann später, und viele Franzosen kamen auch zu dieser Ansicht.*¹³¹⁵

Es gab viel Kritik am Münchener Abkommen als Teil der britischen Beschwichtigungspolitik [Appeasement-Politik], aber Taylor merkt dazu an:

*„Nur die, die Sowjet-Russland an der Stelle Deutschlands hatten haben wollen, sind berechtigt, die Beschwichtigungspolitik zu verurteilen. Ich kann nicht verstehen, wie die meisten, die die „Beschwichtiger“ verurteilt haben, jetzt genauso empört über die unausweichliche Folge ihrer damaligen Fehlbeurteilung sind.“*¹³¹⁶

Englands Grund für die „Appeasement-Politik“ hatte seine Ursache zuförderst im Schuldgefühl wegen der politischen und wirtschaftlichen Interessen des britischen Teils der Anglo-Amerikanischen Gruppe, die zu den Hauptautoren und Nutznießern des unfairen Versailler Vertrags gehörten. Rothbard und Quigley haben über diese Interessen geschrieben. Diese englische Gruppe, gemeinhin „Milner-Gruppe“ genannt, handelte den Versailler Vertrag aus und beherrschte gewissermaßen die britische Außenpolitik im Ersten Weltkrieg und danach. Sie war zwar bereit, einen großen Teil des Vertrags stückchenweise für Hitler außer Kraft zu setzen, was Deutschland sogar erlaubt hätte, Gebiete in Europa zurück zu verlangen. Aber die Milner-Gruppe wollte die wirtschaftlichen Zugewinne, die mit dem Vertrag erzielt worden waren, nicht aufgeben. Insbesondere wollten diese Politiker Hitler in ausreichendem Maße wiederbewaffnen, damit er Europa vor einer kommunistischen Übernahme schützen konnte. Aber Hitler sollte das auf eigene Kappe ohne ein besonderes Abkommen tun. Ein solches hätte ihre „Weisheit“ beim Aushandeln des Original-Versailler-Vertrags schlecht dastehen lassen.

Die tatsächliche Ironie des Beginns des Zweiten Weltkriegs ist, dass er ausgerechnet wegen der Danzig- und der Korridor-Frage ausgebrochen ist, die sowohl von den führenden britischen als

15-32 und 51-100

315 Taylor, The Origins of the Second World War, Seiten 69f

316 Taylor, The Origins of the Second World War, Seite 292

auch französischen Politikern für die am wenigsten haltbare und am notwendigsten zu ändernde Bestimmungen des Vertrags gehalten wurde. Hitler hatte den Alliierten und den Polen zahlreiche Vorschläge zur Regelung der Korridor-Frage unterbreitet. Einer war, Danzig wieder an das Reich anzugliedern und dafür die Deutschen im Korridor unter polnischer Herrschaft zu lassen. Ein anderes Angebot war, die Bevölkerung im Korridor in einer Volksabstimmung selbst über ihre Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland entscheiden zu lassen. Die Briten und Franzosen, die formal Verbündete der Polen waren, drängten die Polen, auf diese Angebote Hitlers einzugehen.³¹⁷ Beide Regierungen ersuchten auch Präsident Roosevelt, die Polen zu einer Annahme des Angebotes Hitlers aufzufordern, aber Roosevelt weigerte sich, die Angelegenheit auch nur mit polnischen Diplomaten zu erörtern.³¹⁸ Die polnische Regierung lehnte es arroganter Weise ab, diese Angebote zu beantworten, und schließlich, am 1. September 1939, griff Hitler Polen an. England und Frankreich erklärten wegen ihrer Vertragspflichten am 3. September Deutschland daraufhin den Krieg, griffen aber nicht zu Polens Unterstützung ein. Hitler hatte nicht erwartet, dass Großbritannien und Frankreich wegen einer Bestimmung des Versailler Vertrags in den Krieg ziehen würden, die sie ihm gegenüber selbst als ungerecht für Deutschland und die Menschen in Danzig und im Korridor bezeichnet hatten. Taylor schreibt zu dieser Ironie:

„Auf diese sonderbare Weise wurden die Franzosen, die 20 Jahre lang Widerstand gegen Deutschland gepredigt hatten, durch die Briten, die 20 Jahre lang Aussöhnung gepredigt hatten, in den Krieg hineingezogen. Beide Staaten zogen für den Teil der Friedensregelungen [im Versailler Vertrag] in den Krieg, den sie für am wenigsten vertretbar gehalten hatten. ...

Solcher Art war der Ursprung des Zweiten Weltkriegs - beziehungsweise des Kriegs zwischen den drei westlichen Staaten - um die Regelungen des Versailler Vertrags. Es war ein Krieg, der vom Moment des Endes des Ersten Weltkriegs an³¹⁹ in der Luft lag. ... Großbritannien

317 Ebenda, Seiten 239-268

318 Ebenda, Seite 262

319 Ebenda, Seite 267

und Frankreich taten nichts, um Polen zu Hilfe zu eilen, und wenig, um sich selbst zu helfen. Der europäische Kampf, der 1918 begonnen hatte, als die deutsche Waffenstillstandsdelegation vor Marschall Foch im Salonwagen bei Rethondes [Compiègne] erschien, endete 1940, als die französische Waffenstillstandsdelegation vor Hitler in dem selben Wagen erschien. Damit gab es für Europa eine ‚neue Ordnung‘. Sie war von Deutschland dominiert.“

Es ist sowohl ironisch als auch bemerkenswert, dass sowohl Deutschland als auch die Sowjetunion Polen angegriffen haben, und dass England und Frankreich dafür nur dem Deutschen Reich den Krieg erklärt haben, während die Sowjetunion anschließend zum Verbündeten der Engländer und Amerikaner geworden ist. Die letzte Ironie des Krieges ist zum Schluss gewesen, dass Polen nicht von der Tyrannei befreit worden ist, sondern einfach nur von der deutschen Fremdherrschaft unter die sowjetische gekommen ist.

Der französisch-englische Krieg gegen Deutschland wurde der „Sitzkrieg“ oder der „vorgetäuschte Krieg“ genannt³²⁰, weil es auf beiden Seiten so gut wie zu keinen Kämpfen kam. Aber im April und Mai 1940³²¹ schreckte Deutschland die Welt mit einem Sieg über Frankreich in nur 35 Tagen auf. Die Deutschen trieben eine alliierte Streitmacht von 335.000 Mann, zumeist Briten gegen die Kanalküste bei Dünkirchen, wo diese dann hoffnungslos in einer Falle saß.³²² Hitler gab den Befehl, die hilflose britische Armee entkommen zu lassen, um auf diese drastische Weise deutlich zu machen, dass er keinen Groll gegen England hegte und einen Friedensvertrag mit ihm auszuhandeln wünschte. Er glaubte, dass ein Massaker bei Dünkirchen die öffentliche Meinung in England in Flammen setzen und eine Einigung mit Großbritannien unmöglich machen würde. Aber am 10. Mai 1940 wurde Winston Churchill Premierminister und der lehnte nicht nur ab,

320 Im Originaltext: „the phony war“

321 Anmerkung des Herausgebers: Der deutsche Angriff gegen Frankreich begann erst am 10. Mai 1940.

322 Beschrieben in: Nicholas Harman, Dunkirk, The Patriotic Myth, New York, Simon and Schuster, 1980

mit Deutschland zu verhandeln, sondern er veranlasste sofort Luftangriffe gegen deutsche Städte und die Zivilbevölkerung in ihnen. Die alliierte Kriegspropaganda, einschließlich der amerikanischen, hat stets behauptet, dass Hitler die Bombardierung der Städte mit dem Luftangriff auf die englische Stadt Coventry begonnen hat, aber die Aktenlage zeigt heute ganz eindeutig, dass Churchill den Luftkrieg angefangen hat.³²³

Taylor, der englische Historiker, legt zu dieser Propaganda dar, dass es einen nahezu allgemein verbreiteten Glauben gegeben hat, dass es Hitler gewesen ist, der den unterschiedslosen Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung eingeleitet hat. In Wirklichkeit sind es die britischen Chefstrategen gewesen, die die Bombardierung der Zivilbevölkerung begonnen haben, womit sich ja einige ihrer glaubwürdigsten Vertreter selbst gebrüstet haben.³²⁴ Während des Sommers 1940, nach der Bombardierung der Zivilbevölkerung in deutschen Städten durch die Briten, versuchte Hitler verzweifelt, eine Vereinbarung mit Churchill [über die Einschränkung des Bombenkriegs] zu treffen. Der aber weigerte sich schlichtweg, darüber zu verhandeln. Es dauerte noch bis November 1940, bis Hitler mit der Bombardierung der englischen Bevölkerung und ihrer Städte Vergeltung übte, der Städte, die wie Coventry keine militärischen Ziele waren.^{325 326}

So sehen wir, dass einer der Hauptgründe für den Zweiten Weltkrieg in Europa der Rache-Vertrag von Versailles und das Versäumnis der Alliierten war, den Vertrag friedlich zwischen beiden Kriegen zu korrigieren. Stattdessen setzten die Alliierten ihre Vorführung von Unrecht nach dem Zweiten Weltkrieg in den Nürnberger Prozessen fort. Eine der Anschuldigungen im Anklagepunkt Zwei war „Verbrechen gegen den Frieden“.

323 James E. Spaight, *Bombing Vindicated*, London G. Bles, 1944 und *Air Marshall Sir Arthur Harris, Bomber Offensive*, London, Kimber, 1963

324 Taylor, *The Origins of the Second World War*, Seite 284

325 Ebenda, Seiten 284-287.

326 Anmerkung des Herausgebers: Die deutschen Luftangriffe waren stets Vergeltung für vorherige Verschärfungen des Luftkriegs durch die Engländer. Dem ersten Angriff auf London gingen z. B. acht Angriffe auf Berlin voraus. Dem Angriff gegen Coventry gingen britische Luftangriffe auf 41 deutsche Städte voraus.

Als solches wurde Deutschland der Bruch des Versailler Friedensvertrags ausgelegt. Die Ungerechtigkeit dieses Vertrages, die am Anfang stand, wurde [im Prozess] als unerheblich und als unzulässige Zeugeneinlassung behandelt. Damit wurde jeder Ansatz, das deutsche Vorgehen zwischen 1919 und 1939 zu erklären, unterbunden und die Darstellung der Versuche, den Versailler Vertrag auf friedlichem Weg zu revidieren, untersagt. Während der Verhandlungen stellten die Alliierten Deutschland einfach als den nicht provozierten Aggressor gegen die friedlichen europäischen Mächte dar. Genauso hatten sie es mit der Kriegsschuld-Klausel im Versailler Vertrag gemacht, der Deutschland mit der alleinigen Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs gebrandmarkt hatte.

Keine dieser Erklärungen für den Zweiten Weltkrieg soll Hitler von seiner mörderischen Innenpolitik entlasten. Wie Taylor darlegt, war es nicht Hitlers Außenpolitik, die von Übel war; sie war in der Tat verständlich und bis zu einem gewissen Punkt gerechtfertigt. Stattdessen war es Hitlers Innenpolitik, die zum Tod von 21 Millionen unschuldigen und unbewaffneten Männern, Frauen und Kindern während des Kriegs geführt hat, nachdem er die uneingeschränkte Gewalt in der deutschen Regierung übernommen hatte³²⁷. Obwohl Hitler sein Amt auf demokratische und verfassungsmäßige Weise mit dem Versprechen gewonnen hatte, den Versailler Vertrag zu revidieren und dem Kommunismus entgegenzutreten, ging er nach seinem Amtsantritt über Bismarcks Vereinigung der Bundesstaaten zu einer Nation hinaus, indem er alle Provinzen des Deutschen Reichs auflöste und eine starke, totalitäre Herrschaft etablierte. Zum Schluss erklärte er sich zum Diktator. Wie Taylor dazu feststellt:

„Hitler veränderte das meiste in Deutschland. Er hob alle politischen Freiheiten und das Recht im Kriege auf. Er gestaltete Deutschland wirtschaftlich und finanzpolitisch um. Er stritt mit den Kirchen. Er hob die einzel-

327 Anmerkung des Herausgebers: Die Zahl von 21 Millionen Todesopfer deutscher Innenpolitik während des Krieges ist aus der vom Autor gegenüber dem Herausgeber angegebenen Quelle, „R. J. Rummel, Death by Government, Tabelle 6.1“ nicht nachvollziehbar.

*nen Reichsländer auf und machte Deutschland zum ersten Mal zu einem Einheitsstaat. Er nahm nur in einem Ressort keine Änderungen vor. Seine Außenpolitik war die seiner Vorgänger, die der Berufsdiplomaten und im Grunde genommen, die aller Deutschen. Hitler wollte genau wie diese Deutschland von den Beschränkungen des Versailler Vertrags befreien, wieder eine große Armee aufstellen und Deutschland zur größten Macht Europas werden lassen, wie es seinem natürlichen Gewicht entsprach.*³²⁸

Hitlers Innenpolitik war allerdings wieder ein Beweis für Lord Actons berühmten Satz: „**Alle Macht neigt dazu, zu korrumpieren; absolute Macht korrumpiert absolut.**“ Es ist keine Frage, dass Hitler zu den übelsten Mördern der Geschichte zählt, aber er nimmt erst Rang Drei hinter dem Sowjet-Russen Stalin und dem chinesischen Kommunisten Mao ein. Stalin ist persönlich für mehr als 42 millionenfachen Mord an unschuldigen Männern, Frauen und Kindern zwischen 1929 und 1953 verantwortlich. Das Sowjet-Reich selbst rangiert als größte Tyrannei, die die Welt erlebt hat, mit insgesamt 62 Millionen ermordeten eigenen Staatsbürgern zwischen 1917 und 1987 an der Spitze.³²⁹ Mao kommt auf Platz Zwei hinter Stalin, weil in seiner Zeit als chinesischer Diktator zwischen 1923 und 1979 mehr als 37 Millionen ermordete eigene Staatsbürger auf seine Rechnung gehen.³³⁰ Eines der grotesksten Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs war, dass der Krieg den Aufstieg der zwei kommunistischen Mächte Russland und China gebracht und die Zerstörung der drei stärksten antikommunistischen Mächte Deutschland, Japan und Italien bewerkstelligt hat. Der Zweite Weltkrieg hat die Welt sicherer für den Kommunismus und damit anfälliger für Tyrannenherrschaften gemacht.

Im Hinblick auf den Ersten Weltkrieg und Amerikas Einmischung ist bemerkenswert, dass zwei der Hauptakteure in diesem Krieg auch wieder entscheidende Figuren im Zweiten Weltkrieg waren. Franklin Roosevelt diente unter der Regierung Wilsons als Stellvertretender Marineminister und Winston Churchill stand

328 Taylor, *The Origins of the Second World War*, Seite 70

329 R. J. Rummel, *Death by Government*, Seiten 4,8,79-89

330 Ebenda, Seiten 8 und 91

in der britischen Regierung als „Erster Lord der Admiralität“, also als Marineminister noch eine Stufe höher. Churchills Rolle beim LUSITANIA-Zwischenfall ist schon bemerkenswert.³³¹ Dies Ereignis wurde zu einer der Haupt-„Begründungen“, mit der Wilson Amerika in den Ersten Weltkrieg geführt hat.

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg bekam die Cunard Dampfschiffahrtsgesellschaft in England eine staatliche Subvention zum Bau der LUSITANIA, die das schnellste Ozeanschiff der Welt wurde. Die Subvention erlaubte der Regierung, Einfluss auf die Konstruktion des Schiffs zu nehmen, wozu der Einbau eines geheimen Laderaums für Waffen und Munitionsvorräte gehörte. Die Subvention garantierte der britischen Regierung in Kriegszeiten auch die volle Verfügungsgewalt über das Schiff. Colin Simpson beschreibt 1972 in seinem brisanten Bestseller „The Lusitania“ Einzelheiten, wie die Engländer die Versenkung der LUSITANIA vor allem durch das Einwirken von Churchill ausgenutzt haben, um Amerika in den Ersten Weltkrieg zu ziehen und Deutschland zu besiegen.³³² Als die LUSITANIA sank, verloren mehr als hundert Amerikaner ihr Leben.³³³ Die Britische Admiralität unter Leitung Churchills wechselte den Kapitän für diese verhängnisvolle Reise aus, indem sie den bisherigen Schiffsführer gegen Kapitän William Turner austauschte. Als sich die LUSITANIA ihrem Bestimmungsort näherte, bekam das eskortierende Kriegsschiff, die JUNO, von der Britischen Admiralität die Weisung, ihren bisherigen Auftrag zu beenden. So fuhr die *Lusitania* ohne Begleitschutz gegen U-Boote weiter. Die LUSITANIA wurde weder informiert, dass sie nun allein war, noch dass ein deutsches U-Boot direkt auf ihrem Kurs lag, was der Admiralität jedoch bekannt war. Und zum Schluss gab die Admiralität Kapitän Turner noch den Befehl, die Geschwindig-

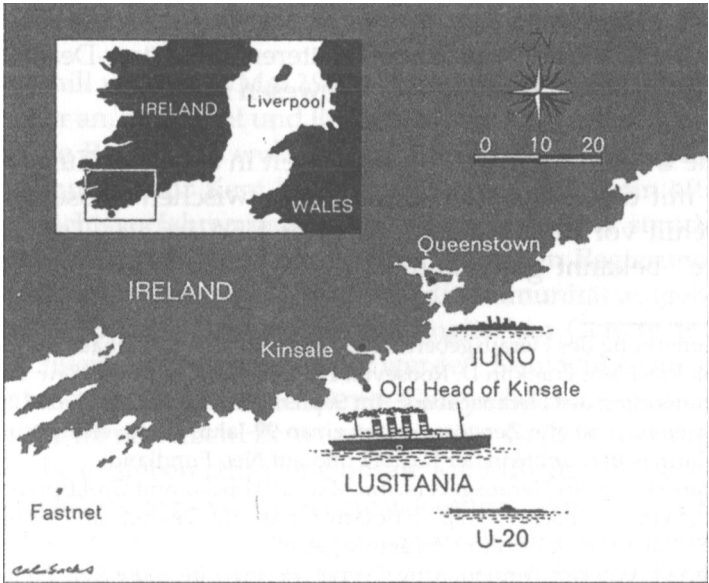
331 Anmerkung des Herausgebers: Am 7. Mai 1915 wurde der englische Dampfer *LUSITANIA* vor der Südküste Irlands von einem deutschen U-Boot versenkt. Dabei kamen u. a. 128 US-Bürger ums Leben.

332 Colin Simpson, *The Lusitania*, New York, Ballantine Books, 1974

333 William Stevenson, *A Man Called Intrepid, The Secret War*, New York, Ballantine Books, 1976, Seiten 267f

keit zu drosseln. Damit war die LUSITANIA zur leichten Beute für deutsche Torpedos geworden.

Als ein Untersuchungsausschuss nach dem Desaster das Unglück untersuchte, wurde Kapitän Turner zum Sündenbock gemacht und der Nachlässigkeit beschuldigt, genauso wie die amerikanischen Kommandeure in Pearl Harbor zu Sündenböcken für das Desaster im Zweiten Weltkrieg wurden.



Ort der Versenkung der LUSITANIA

Der Zweite Weltkrieg und der britische Einfluss auf die amerikanische Aussenpolitik vor Pearl Harbor

Großbritannien musste im Ersten Weltkrieg die harte Lektion lernen, dass es sein Empire nicht ohne die wirtschaftliche und militärische Macht der USA erhalten und schützen konnte, wenn es seine Kriege bis zu einem „Endsieg“ ausfechten wollte. Die Engländer suchten Amerikas Hilfe schon ganz offensichtlich vor dem Kriege in Europa, der im September 1939 anfang. König Georg VI. und seine Gemahlin Königin Mary reisten am 10. Juni 1939 in die USA und suchten Roosevelt in Hyde Park³³⁴, USA auf. Nach dem, was der Biograph des Königs überliefert hat, versprach Roosevelt Georg VI. in einem persönlichen vier-Augen-Gespräch die volle Unterstützung der USA für das Britische Empire. Roosevelt stimmte einer von amerikanischen Kriegsschiffen kontrollierten Zone im Atlantik zu. Die Aufzeichnungen des Königs belegen die Absicht Roosevelts, deutsche U-Boote zu versenken und dann auf die Auswirkungen zu warten. Der Biograph König Georg VI. John W. Wheeler-Bennett kommt zu dem Schluss, dass diese Abmachung die Grundlage für den späteren „Zerstörer-Deal“³³⁵ und das „Lend-Lease-Abkommen“³³⁶ gewesen ist.³³⁷

Eine weitere wichtige Angelegenheit in direktem Zusammenhang mit den Geheimverhandlungen zwischen Roosevelt und Churchill vor dem Kriegseintritt der USA ist als „Tyler-Kent-Affäre“ bekannt geworden. Tyler Kent, ein Entschlüsselungs-

334 Anmerkung des Herausgebers: Hyde Park war das Privathaus und Anwesen von Präsident Franklin D. Roosevelt 100 Kilometer nördlich New York.

335 Anmerkung des Herausgebers: Im September 1940 tauschen die USA mit Großbritannien 50 alte Zerstörer gegen einen 99-Jahre-Pachtvertrag für englische Marinestützpunkte in der Karibik und auf Neu Fundland.

336 Anmerkung des Herausgebers: Im März 1941 bekommt Großbritannien in einem „Leih-und Pachtvertrag“ Kriegsmaterial und Devisen im Gesamtwert von 35 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt.

337 John W. Wheeler-Bennett, King George VI., His Life and Reign, New York, St. Martini's, Seiten 390-392. Auch: Ralph Raico, Re-Thinking Churchill, in The Costs of War, America's Pyrrhic Victories, John V. Denson ed., 2nd ed., New Brunswick, N. J., Transaction Publishers, 1999, Seite 337

Beamter in der US Botschaft in London, hatte eine verschlüsselte Korrespondenz zwischen Roosevelt und Churchill aufgenommen, der zu der Zeit nur Erster Lord der Admiralität gewesen war. Der Verschlüsselungscode war nur für die Verbindung der amerikanischen Botschaft mit dem Präsidenten vorgesehen. Mit anderen Worten, der Präsident der USA unterhielt hier unter Verletzung des Protokolls nicht etwa eine Verbindung mit dem Chef der britischen Regierung, sondern er verhandelte heimlich mit Churchill, der erst viele Monate danach Premierminister wurde. Tyler Kent war über diese Tatsache beunruhigt und darüber, dass diese Gespräche zwischen Roosevelt und Churchill geheime Pläne offenbarten, mit denen Amerika unter Verletzung der US-Verfassung und ohne die Kriegserklärung durch den zuständigen Kongress in den Krieg verwickelt werden sollte. Scotland Yard hatte erfahren, dass Kent die entschlüsselten Nachrichten mit Captain Archibald Ramsay besprochen und sie ihm möglicherweise gezeigt hatte. Ramsay war Mitglied im britischen Parlament, und es war bekannt, dass er dem säbelraselnden Churchill unsympathisch war.

Churchill wurde im Mai 1940 Premierminister. Sofort danach ordnete er an, dass Kent und Ramsay verhaftet wurden. Die amerikanische Regierung, wohl Roosevelt selbst, konnte diplomatische Immunität für Kent beanspruchen und damit ein öffentliches Gerichtsverfahren gegen ihn verhindern. Aber stattdessen handelte sie unter der Hand mit der britischen Regierung aus, wohl auch mit Churchill selbst, dass die Immunität aufgehoben wurde. So konnte Kent vor einem englischen Gericht in aller Heimlichkeit der Prozess gemacht werden. Kent wurde für schuldig befunden, das britische „Amts-Geheimhaltungsgesetz“ von 1911 verletzt zu haben. Er wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, die er sieben Jahre lang absaß. Kent durfte erst nach dem Zweiten Weltkrieg in die USA zurückkehren. Wenn Tyler Kents Wissen über die geheimen Pläne Roosevelts und Churchills, die USA in den Krieg zu führen, durch ein öffentliches Verfahren in England vor der amerikanischen Öffentlichkeit bekannt geworden wären, wäre das für die Roosevelt-Regierung zumindest un-

gelegen gekommen. Es hätte sogar zu einem Amtsenthebungsverfahren für den Präsidenten führen können. Churchill wollte die Sache ebenfalls aus der Öffentlichkeit heraushalten. Deshalb wurde Ramsay, obwohl er Parlamentsabgeordneter war, ohne Anklage und Gerichtsverfahren im Gefängnis von Brixton eingesperrt und erst im September 1944 wieder freigelassen. Am Morgen nach seiner Freilassung nahm er seinen Platz im Unterhaus wieder ein und blieb dort bis zum Ende der Legislaturperiode.³³⁸

Ein weiteres interessantes Thema im Zusammenhang mit den Hintergründen der Pearl-Harbor-Geschichte betrifft einen engen Freund von Winston Churchill, einen kanadischen Staatsbürger Namens William Stephenson, der später unter seinem Decknamen „Intrepid“³³⁹ bekannt geworden ist. Die ganze Geschichte, wie Intrepid Churchill und Roosevelt geholfen hat, die USA in den Zweiten Weltkrieg hineinzuziehen, kann man in drei Büchern nachlesen: 1. „Ein Marin, der sich Intrepid nannte“, 2. „Der stille Kanadier“ und 3. Das jüngst erschienene Buch „Die verzweifelte Irreführung“.³⁴⁰ Einer von Intrepids Agenten war Jan Fleming, der Autor, der den britischen Geheimdienst in Romanen und Filmen über James Bond populär gemacht hat.

Stephenson hatte im Ersten Weltkrieg Millionen mit dem „Militär-Industriellen Komplex“ verdient. Das war die Zeit, in der er eine persönliche und enge Freundschaft mit Churchill geschlossen hatte. Als Churchill im Mai 1940 Premierminister wurde und eineinhalb Jahre vor Pearl Harbor, gründete Stephenson eine geheime Organisation unter seiner Leitung in einem mietfreien Büro im Rockefeller Center in New York, um das englische Königshaus

338 Siehe dazu John Holland Snow, *The Case of Tyler Kent*, New Canaan, Conn., *The Long House*, 1982 und siehe auch David Irving, *Churchill's War, The Struggle for Power*, Western Australia, Veritas, 1987, Band 1, Seiten 193-196 und 287f

339 Anmerkung des Herausgebers: Intrepid heißt wörtlich übersetzt „Uner-schrocken“.

340 Stephenson, *A Man Called Intrepid* und H. Montgomery Hyde, *The Quiet Canadian, The Secret Story of Sir William Stephenson*, London, Hamish Ham-ilton, 1963 und Thomas E. Mahl, *Desperate Deception, British Covert Operations in the United States 1939-44*, Washington, D.C., Brassey's, 1998

finanziell zu unterstützen.³⁴¹ Das Ganze blieb auch vor dem englischen Parlament geheim. Obwohl Roosevelt voll eingeweiht war, und obwohl er damit einverstanden war, wurde diese Täuschaktion auch vor dem US-Kongress geheim gehalten. Der Hauptzweck der Organisation war es, Roosevelt und Churchill dabei zu helfen, die USA durch falsche Propaganda in den Krieg zu führen. Dazu gehörten auch das Herstellen gefälschter Dokumente und jedweder anderer nötiger Mittel und offensichtlich auch der Mord an amerikanischen Staatsbürgern, die den Erdölnachschub für Deutschland aufgebaut hatten, was aber in jener Zeit noch ein völlig legales Geschäft war.³⁴² Roosevelt stand in ständiger Verbindung mit Intrepid, hauptsächlich über den amerikanischen Anwalt Ernest Cuneo, der den Decknamen „Crusader“ trug.³⁴³

Zwei gefälschte Dokumente, die Intrepid lanciert hat, haben eine große Wirkung gezeigt, um Amerika und Deutschland in den Krieg gegeneinander zu stürzen. Als erstes lieferte Intrepid eine gefälschte Karte, die Roosevelt am 27. Oktober 1941 bei einer USA-weit verbreiteten Rundfunk-Ansprache vor der amerikanischen Öffentlichkeit gebraucht hat, wohl wissend, dass es sich um eine Fälschung handelte. Die Karte stammte angeblich von einem deutschen Spion. Sie zeigte „Hitlers Geheimplan“ für die deutsche Invasion in Südamerika. Sie sollte die unmittelbar drohende Gefahr für die USA demonstrieren. Intrepid ließ zweitens ein gefälschtes Dokument herstellen, das Hitler zugespielt wurde und das angeblich ein gestohlener amerikanischer Geheimplan war.³⁴⁴ Hitler erhielt dies gefälschte Dokument am 3. Dezember 1941. Der Inhalt war ein angeblicher Roosevelt-Plan für einen Präventivschlag gegen Deutschland ohne vorherige Kriegserklärung vom US-Kongress. Das Dokument hat bei Hitlers Entscheidung vom 11. Dezember 1941 eine Rolle gespielt, als er Amerika den Krieg erklärt hat. Die Entscheidung überraschte fast jeden, ausgenommen Roosevelt, Intrepid und Churchill.

341 Stevenson, A Man Called Intrepid, Seiten 30 und 47

342 Ebenda, Seiten 317-326

343 Mahl, Desperate Deception, Seiten 47,120,193

344 Stevenson, A Man Called Intrepid, Seiten 326-334

Intrepid lieferte auch Munition, um Roosevelts politische Feinde anzugreifen, wie Charles Lindbergh und Henry Ford. Er ließ dazu Falschmeldungen verbreiten, die den Eindruck erwecken sollten, beide wären Nazi-Sympathisanten.³⁴⁵ Er fädelt wohl aufeinander abgestimmte Aktionen ein, die letztlich die politische Karriere eines angesehenen Kongress-Abgeordneten zerstörten, nämlich die von Hamilton Fish. Fish vertrat Roosevelts Wahlkreis im Kongress und kritisierte fast alle außenpolitischen Vorstellungen von Roosevelts Einmischungspolitik.³⁴⁶ Intrepid übte auch großen Einfluss auf anerkannte politische Autoren aus wie Dorothy Thompson, Walter Winchell und Walter Lippman.³⁴⁷

Hier ist es notwendig, die Geschichte von Intrepid zu unterbrechen, um Lippmans Ansichten und die britische Gruppe vorzustellen, mit der er zusammenarbeitete, um Einfluss auf Amerikas Eintritt in den Krieg zu nehmen. Der ungeheure Wert, den Walter Lippman als Propagandist für die Engländer gehabt hat, geht klar aus David Gordons ausgezeichnete Abhandlung über die falsche Kriegspropaganda hervor, insbesondere aus seiner Fallstudie über Lippman.³⁴⁸ Lippman vertrat die Auffassung, dass Amerika in den Zweiten Weltkrieg eingreifen sollte, weil Deutschland eine klare Bedrohung für das Britische Empire darstellte. Er schloss daraus, dass Deutschland eine genauso große Gefahr für die USA bedeutete, weil die Interessen Amerikas den englischen entsprächen. Gordon weist darauf hin, dass Lippman der einflussreichste amerikanische Politik-Kommentator zwischen 1930 und 1950 gewesen ist. Aber er hat seine wahren Absichten erst nach dem Zweiten Weltkrieg offenbart. In einem kleinen Bändchen mit dem Titel „Isolation and Alliances“, das

345 Mahl, *Desperate Deception*, Seiten 23, 34f

346 Ebenda, Seiten 107-135

347 Ebenda, Seiten 47-68

348 David Gordon, *A Common Design, Propaganda and World War*, in *The Costs of War, America's Pyrrhic Victories*, John V. Denson ed. ., 2nd ed. ., New Brunswick, N. J. Transaction Publishers, 1999, Seiten 301-319. Siehe auch Rothbard's account of Lippman's important role in Wall Street, Banks and American Foreign Policy, Seiten 19f

1952 erschien, schrieb Lippman über das amerikanisch-britische Bündnis:

*„Wir waren während des Krieges von 1942 bis 1945 auf dem richtigen Weg, wie ich das sehe. ...In diesen Jahren verband uns eine enge Partnerschaft; man könnte sie eine organische Allianz nennen, die das Geschäft von Krieg und Frieden in der westlichen Welt gesteuert hat, für das, was wir als die Atlantische Gemeinschaft bezeichnen.“*¹³⁴⁹

Lippman wollte eine teilweise Aufhebung der amerikanischen Revolution und zumindest die Errichtung einer dauerhaften Allianz mit dem Britischen Empire. Gordon schließt daraus, dass: *„Lippman - wie Woodrow Wilson - einen Hintergedanken hatte. Für diesen tonangebenden Leitartikler war das Ziel keine Weltherrschaft auf der Grundlage allgemeingültiger Prinzipien. Sein Ziel war vielmehr eine dauerhafte Union der Vereinigten Staaten mit Großbritannien.“*¹³⁵⁰

Von Professor Carroll Quigley erfahren wir, dass der britische Teil des Anglo-Amerikanischen Establishments weitgehend die Nachrichtendienste und die Propaganda-Tätigkeit der englischen Regierung in Amerika beherrscht hat, und das mit zwei der englischen Mitglieder der „Milner-Gruppe“. Diese zwei waren Lord Lothian und Lord Halifax, die als Botschafter in den USA tätig waren. Quigley betont, wie maßgeblich diese Gruppe kurz vor dem Zweiten Weltkrieg in Amerika gewirkt hat:

*„Von noch größerer Bedeutung war das Rekrutieren neuer Mitglieder für die Milner-Gruppe in Washington. Die Gruppe stützte ihre außenpolitischen Bemühungen seit 1920 zu großen Teilen auf die Hoffnung auf eine engere Union mit den USA. Ihnen war klar, dass die amerikanische Intervention im Ersten Weltkrieg entscheidend für den britischen Sieg gewesen war. So waren mehr als ein Dutzend ihrer Mitglieder während des [Zweiten] Kriegs in Washington damit beschäftigt, diese Außenpolitik fortzusetzen.“*¹³⁵¹

349 Gordon, A Common Design, Seiten 318f

350 Ebenda, Seite 319. Für eine aktuelle Äußerung zur Vorstellung über eine Verflechtung Großbritanniens mit den USA als voll stimmberechtigtes Mitglied siehe den Artikel des populären englischen Historikers Paul Johnson „Why Britain Should Join America“, Forbes, 5. April 1999, Seiten 82-87

351 Quigley, The Anglo-American Establishment, Seite 303

Intrepid, der offensichtlich als Propaganda-Spezialist für die Milner-Gruppe gearbeitet hat, beeinflusste Roosevelt sogar soweit, dass die meisten der wichtigen Reden Roosevelts über Außenpolitik zuerst mit Intrepid abgestimmt wurden, ehe sie gehalten wurden. So konnte der Vertreter englischer Interessen sie durchsehen, und wenn er wünschte, redigieren.³⁵² Intrepids Büro wurde auch vertraulich in die Änderung von Meinungsumfrage-Ergebnissen des Gallup-Instituts mit einbezogen.³⁵³ Ferner halfen Intrepid und seine Organisation, die Nominierung der Republikaner für den Präsidentschaftskandidaten Wendell Willkie zu manipulieren. Willkies außenpolitische Haltung war mit der von Roosevelt nahezu identisch. Dadurch wurde die Außenpolitik als Roosevelts Wahlkampfthema für seine Kandidatur für eine ohnehin bis dahin beispiellose dritte Amtszeit stark entwertet.³⁵⁴ Intrepids Leute stellten falsche Eintrittskarten für eine der Willkie-Nominierungs-Veranstaltungen für eine große Zahl seiner Anhänger her, störten die Versammlung und schnitten zu guter Letzt bei einer Rede des früheren Präsidenten Hoover³⁵⁵ auch noch das Mikrofonkabel durch.³⁵⁶

Intrepids Agentur neutralisierte die Opposition von Senator Arthur H. Vandenberg aus Michigan, der zwar auch ein Republikaner, aber zugleich ein unerschrockener Gegner der interventionistischen Außenpolitik war. Er stellte damit eine möglicherweise starke Gefahr für Roosevelts Wiederwahl dar. Intrepids Engländer führten ihm drei Mätressen zu. Danach war Vandenberg als Opposition gegen Roosevelt durch das Risiko der Offenlegung ausgeschaltet.³⁵⁷ Aus Vandenberg wurde dann ein zuverlässiger Interventionist, der später sogar Präsident Harry

352 Mahl, *Desperate Deception*, Seite 58

353 Ebenda, Seiten 69-86

354 Ebenda, Seiten 155-176

355 Anmerkung des Herausgebers: Herbert Hoover war der 31. Präsident der USA von 1929-1933..

356 Ebenda, Seiten 160f

357 Ebenda, Seiten 137-154

Truman³⁵⁸ half, Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg in den Kalten Krieg zu führen.

Intrepid folgte dem Beispiel von Sir William Wiseman, der als erster so gearbeitet hatte. Wiseman war während des Ersten Weltkriegs Chef des britischen Geheimdienstes in den USA, wo er eine wichtige Rolle dabei spielte, Amerika in den Ersten Weltkrieg zu ziehen. Präsident Wilsons Berater, Oberst House, erlaubte William Wiseman regelmäßig ... in seinem Privatbüro in New York die streng geheimen Unterlagen der amerikanischen Regierung zu lesen. Der Vater und die Mutter von Oberst House waren Engländer gewesen.³⁵⁹

Pearl Harbor

Nun wenden wir uns den Ereignissen von Pearl Harbor zu, die Amerika in den Zweiten Weltkrieg gebracht und Präsident Roosevelt seine „Größe“ verliehen haben. Franklin D. Roosevelt nimmt bei den „Hofhistorikern“ nach Präsident Lincoln immer Platz Zwei oder Drei der größten Präsidenten der amerikanischen Geschichte ein. Das verdankt er seiner Beteiligung am Zweiten Weltkrieg. Roosevelt hat sich gewaltig Mühe gegeben, die USA mit Hilfe provoziertes Zwischenfälle mit Deutschland und mit Japan in den Krieg zu führen. Schließlich ist ihm das mit dem „Überraschungsangriff“ auf Pearl Harbor auch gelungen. Wie im folgenden geschildert wird, war dieser Angriff aber keine Überraschung für Roosevelt und seine wichtigsten Berater. In der Tat, Pearl Harbor war durch Roosevelt und seine Außenpolitik provoziert worden.

358 Anmerkung des Herausgebers: Harry Truman war der 33. Präsident der USA von 1945-1953.

359 Bullitt and Freud, Woodrow Wilson, Seite 160. Siehe auch Rothbards Bericht über die wichtige Rolle, die Wiseman gespielt hat, in: Wall Street, Banks and American Foreign Policy, Seiten 19f

Genaueres über den Hintergrund für Pearl Harbor

1932 wurde während des jährlichen Marinemanövers die Einschätzung von Planungsoffizieren der US Navy schriftlich festgehalten, dass die Japaner die amerikanische Pazifikflotte im Falle eines Krieges angreifen würden, unabhängig davon, wo sie sich befände. Es wurde damals auch erkannt, dass Pearl Harbor ein ausgesprochen verwundbares Ziel für einen Überraschungsangriff von feindlichen Flugzeugträgern darstellt.³⁶⁰ Die Untersuchungen zeigten, dass ein großes Kontingent amerikanischer Flugzeuge erforderlich sein würde, um einen solchen Angriff abzuwehren. Vor allem würde eine Rundum-Luft- und See-Raum-Überwachung mit nötigem Abstand zu Pearl Harbor sehr viele Flugzeuge erfordern, wenn ausreichende Vorwarnzeiten eine Katastrophe zu verhindern helfen sollten. Die Japaner erfuhren bald von den Erkenntnissen aus den amerikanischen Seemanövern von 1932, und sie richteten ihren Angriff vom 7. Dezember 1941 danach aus. Das waren die Lehren aus den verschiedenen Untersuchungen der Amerikaner über ihre eigenen Schwächen.

Im Januar 1940 gab Roosevelt die Weisung, die Pazifik-Flotte mit ausgesprochen wenig Luftbegleitschutz und Versorgung von ihrem Heimathafen San Diego nach Pearl Harbor zu verlegen.³⁶¹ Am 7. Mai 1940 wurde bekannt gegeben, dass die gesamte Flotte auf unbegrenzte Zeit in Pearl Harbor bleiben sollte. Dies war eine grundsätzliche Abkehr von Amerikas bisheriger Marine-Politik. Roosevelt schwächte außerdem die Flotte, indem er viele ihrer Schiffe in den Atlantik verlegen ließ, wo sie die Lieferungen von Nachschubgütern und Munitionstransporte für die Briten unterstützen und wo sie versuchen sollten, die deutschen Seestreitkräfte zu provozieren, den „ersten Schuss“ auf Amerika abzufeuern.³⁶² Admiral James O. Richardson, der Chef der Pazifik-Flotte, lehnte diese lächerlichen Befehle so entschieden ab, dass er persönlich im

360 Morgenstern, Pearl Harbor, Seiten 68-84. Siehe auch: Bartlett, Cover-Up, Seiten 52f

361 Ebenda, Seiten 51-67

362 Ebenda, Seite 53 und Bartlett, Cover-Up, Seiten 29f

Weißes Haus vorstellig wurde, um bei Roosevelt Protest dagegen einzulegen. Er sagte seinem Präsidenten, dass die Spitzen der Marine dabei wären, ihr Vertrauen in ihn zu verlieren. Als Ergebnis des Gesprächs wurde Richardson seines Kommandos enthoben und durch Admiral E. Kimmel ersetzt.³⁶³

Die amerikanische Bevölkerung war sehr ernüchtert, als sie erfuhr, dass sie von Präsident Wilson durch Täuschung in den Ersten Weltkrieg gelotst worden war. Das Volk war nun entschieden gegen die Beteiligung Amerikas an einem weiteren Kriege in Europa. Deshalb musste Roosevelt einen Wahlkampf als „Friedenskandidat“ führen, als er versuchte, zum dritten Mal zum Präsident gewählt zu werden, was es bisher in der amerikanischen Geschichte noch nie gegeben hatte. Das hatte auch Wilson vor dem Ersten Weltkrieg so gemacht. Am 11. September 1940 erklärte Roosevelt: „Wir werden an keinen fremden Kriegen teilnehmen, und wir werden weder das Heer, noch die Marine, noch die Luftwaffe in fremde Länder außerhalb Amerikas entsenden, es sei denn, wir würden angegriffen.“³⁶⁴ Später, am 30. Oktober, verkündete er den Müttern und Vätern von Boston: „Eure Söhne werden nicht in fremde Kriege geschickt. Ich habe das bereits erklärt, und ich werde das wieder erklären.“³⁶⁵ Zwei Monate nach diesen Versprechen, Anfang Januar 1941, schickte Roosevelt sein „Alter Ego“ Harry Hopkins nach London, um dort eine ganz andere Botschaft zu überbringen. Diese geheime Botschaft war just die gleiche, die schon Präsident Wilsons „Alter Ego“, Oberst House, am 16. Januar 1916 der englischen Regierung übermittelt hatte. Auch damals war es das Versprechen, dass die USA in den Ersten Weltkrieg eintreten würden. Roose-

363 Morgenstern, Pearl Harbor, Seite 63 und Edward L. Beach, Captain USN Ret., Scapegoats, A Defense of Kimmel and Short at Pearl Harbor, Annapolis, Md., Naval Institute Press, 1995, Seite 13 und James O. Richardson, On the Treadmill to Pearl Harbor, The Memoirs of Admiral James O. Richardson USN Ret., as told to Vice Admiral George C. Dyer USN Ret., Washington D.C. Naval History Division, Department of Navy, 1973

364 Benjamin Colby, Twas a Famous Victory, Deception and Propaganda in the War Against Germany, New Rochelle, N.Y. Arlington House, 1974, Seite 21

365 Ebenda

velt ließ nun das gleiche Versprechen überbringen. Wir wissen heute durch Churchill, was Hopkins ihm bei diesem Besuch folgendes übermittelt hat:

„Der Präsident ist entschlossen, dass wir den Krieg zusammen gewinnen werden.³⁶⁶ Begehen Sie keine Fehler. Der Präsident hat mich entsandt, um Ihnen zu versichern, dass er Sie um jeden Preis und mit allen Mitteln durchboxen wird. ...Es gibt nichts, was er nicht an Menschenmöglichem für Sie tun wird.“

Später, im August 1941, gaben Roosevelt und Churchill bei einem Treffen, das als Atlantik-Konferenz bekannt geworden ist, eine gemeinsame Erklärung ab, die Atlantik-Charta. Nachdem die englischen Archive ihr Material hierzu 1971 und im Januar 1972 veröffentlicht hatten, berichtete die *New York Times*, dass Churchill vor seinem Kriegskabinett nach Rückkehr von der Atlantik-Konferenz eine Erklärung abgegeben hat, die nach dem Kabinetts-Protokoll so lautet:

„Wenn Roosevelt die Frage von Frieden oder Krieg dem Kongress vorlegen würde, gäbe es monatelange Debatten. ... Der Präsident hat gesagt, er würde Krieg führen, ohne ihn zu erklären, und dass er seine Provokationen steigern würde. Wenn die Deutschen sich darüber ärgerten, könnten sie ja die amerikanischen Streitkräfte angreifen.“³⁶⁷

Churchill teilte dem Kabinett auch mit, dass er und Roosevelt beschlossen hätten, dass amerikanische Kriegsschiffe zum Begleitschutz für englische Schiffe über den Atlantik eingesetzt werden. Das Protokoll dieser Kabinettsitzung enthält auch die folgende Aussage Churchills:

„Der Präsident hat befohlen, dass die zum Begleitschutz eingesetzten amerikanischen Kriegsschiffe auch deutsche U-Boote in 200 oder 300 Seemeilen Entfernung von den englischen Konvois angreifen sollten. ... Der Präsident hat deutlich gemacht, dass er auf einen Zwischenfall

366 Winston Churchill, *The Second World War*, Band 3, *The Grand Alliance*, Boston, Houghton Mifflin, 1950, Seite 23. Siehe auch: Colby, *Twas a Famous Victory*, Seite 22

367 *New York Times*, 2. Januar 1972, auch: Colby, *Twas a Famous Victory*, Seite 35

warte, der es ihm erlaubt, die Kampfhandlungen zu eröffnen."³⁶⁸

Am 27. Januar 1942, nachdem Amerika tatsächlich in den Krieg eingetreten war, sprach Churchill vor dem Unterhaus. Er erinnerte an den geheimen Plan, den er und Roosevelt geschmiedet hatten, um die Vereinigten Staaten in den Krieg zu führen. Das war es, was sie auf der Atlantik-Konferenz besprochen hatten: „Es war die Politik des Kabinetts, Verwicklungen mit Japan so lange zu vermeiden, bis wir sicher sein konnten, dass auch die USA am Krieg beteiligt waren.“³⁶⁹ Bald darauf, am 15. Februar 1942 erklärte Churchill vor dem Unterhaus:

*„Wenn ich die Stärke der USA betrachte und mit ihren riesigen Ressourcen zusammenrechne und daran denke, dass sie nun an unserer Seite stehen, an der Seite des Britischen Commonwealth, solange es dauert bis zum Tode oder bis zum Sieg, kann ich nicht glauben, dass es etwas Anderes auf der ganzen Welt gibt, das damit vergleichbar ist. Davon habe ich geträumt, das habe ich angestrebt, dafür habe ich gearbeitet. Und nun ist es passiert.“*³⁷⁰

Heute liegen die Erinnerungen von Churchills Sohn Randolph vor, der von einem Gespräch mit seinem berühmten Vater vor dem Kriegseintritt der USA berichtet. Er hat seinen Vater gefragt, wie er es fertig bringen will, den Krieg zu gewinnen. Churchill hat seinem Sohn geantwortet: *„Ich werde die USA in den Krieg hineinziehen.“*³⁷¹

Eines der Mitglieder des Churchill-Kabinetts, der englische Industrieminister Captain Oliver Lylleton, der gut über die heimlichen Manöver Churchills und Roosevelts, Amerika in den Krieg zu ziehen, unterrichtet war, erklärte am 20. Juni 1944 in London in einer Rede: „Amerika provozierte Japan in einem solchen Maße, dass die Japaner gezwungen waren, Pearl Harbor anzugreifen. Die Behauptung, dass Amerika in den Krieg hineingezwungen worden ist, ist eine Verdrehung der Tatsachen.“³⁷²

368 Colby, T was a Famous Victory, Seite 36

369 Morgenstern, Pearl Harbor, Seite 115

370 Ebenda, Seite 116

371 Mahl, Desperate Deception, Seite 1

372 Morgenstern, Pearl Harbor, Seite 116

Ein Mitglied der Roosevelt-Regierung Harold L. Ickes hat das indirekt bestätigt, als er sagte: „*Ich bin lange Zeit der Überzeugung gewesen, dass der Weg über Japan unser bester Weg in den Krieg gewesen ist... der letztlich zum Krieg gegen Deutschland führen wird.*“³⁷³

George Morgenstern hat ein ausgezeichnetes Buch über Pearl Harbor geschrieben. Darin widmete er seiner Untersuchung über die geheimen Absprachen zwischen Churchill und Roosevelt vor Amerikas Eintritt in den Krieg ein ganzes Kapitel. Er wies auch darauf hin, dass die Niederlande wegen ihrer Erdölvorkommen im Pazifik in die Absprachen einbezogen worden waren. Roosevelt hatte die USA insgeheim für den Fall auf einen Krieg festgelegt, dass die englischen und niederländischen Öl-Interessen durch Japan gefährdet sein würden. Die Japaner brauchten dringend Erdöl.³⁷⁴ Die Militärplanung dazu trug den Namen „Rainbow 5“ und entsprach Roosevelts Absicht, die Wirtschaftsinteressen Großbritanniens, der Niederlande und Chinas zu schützen.³⁷⁵ Diese geheimen Absprachen [mit den Niederlanden] wurden tatsächlich am 6. Dezember 1941 bekannt, aber ihre Bedeutung ging in den Nachrichten des nächsten Tages über Pearl Harbor unter.³⁷⁶ Die geheimen Absprachen waren acht Monate vor Pearl Harbor getroffen worden, aber weder in einem förmlichen Vertrag noch in einem vollziehbaren Abkommen festgehalten worden. Sie waren lediglich eine mündliche Zusage Roosevelts, die aber in einen genau festgelegten, schriftlich fixierten Kriegseinsatzplan für das US-Heer und die US-Marine umgesetzt worden waren. Dieser Kriegsplan war tatsächlich am 28. Mai 1941 von Marineminister Frank Knox und am 2. Juni 1941 von Kriegsminister Henry Stimson genehmigt worden.³⁷⁷

Ein weiterer enger Vertrauter Roosevelts und mehrmaliger Regierungssprecher, der Senator Claude Pepper, der wegen seiner linken Neigungen den Spitznamen „Roter Pepper“ trug, erklärte

373 Beach, Scapegoats, Seite 26

374 Morgenstern, Pearl Harbor, Seiten 104-116

375 Ebenda, Seite 115

376 Ebenda, Seite 104

377 Ebenda, Seite 109

am 24. November 1941 in Boston in einem Interview, dass sich die Vereinigten Staaten dicht vor einem Schießkrieg mit Japan befänden und dass *„wir nur daraufwarten, dass Japan eine [rote] Linie überschreitet, bevor wir den Schießkrieg eröffnen. Ich weiß nicht genau, wo diese Linie liegt ... und ich bin nicht sicher, ob der Präsident weiß, wo sie liegt, aber wenn sie sie überschreiten, beginnen wir zu schießen.“* Pepper fuhr fort, dass *„die tatsächliche Kriegserklärung eine juristische Formsache wäre, und dass solche Formsachen solange zurückgestellt würden, wie jene Räuber [die Japaner] weiterhin Gewalt anwendeten.“*³⁷⁸ Pepper wusste offensichtlich etwas vom „Rainbow 5“-Plan.

Es war allerdings Kriegsminister Stimson, der Roosevelts heimlichen Wunsch, dass die Japaner den „ersten Schuss“ abfeuern, offenbart hat. In einer Erklärung vor dem Kongress-Untersuchungsausschuss zum Angriff auf Pearl Harbor sagte Stimson in der Rückschau:

*„Wenn es zum Krieg kam, war es sowohl wegen der geschlossenen Unterstützung unseres eigenen Volkes, als auch wegen des Urteils der Geschichte wichtig, dass wir nicht in die Rolle dessen gerieten, der den „ersten Schuss“ abgefeuert hatte. Wenn das ohne Opfer unserer eigenen Sicherheit möglich war, aber die Japaner dabei in ihrer wahren Rolle als die wirklichen Aggressoren erschienen, ...Wenn es überdies Krieg geben sollte, wollten wir, dass die Japaner die erste offenkundige Kriegshandlung begingen.“*³⁷⁹

Stimsons Tagebucheintragung vom 25. November 1941, 13 Tage vor Pearl Harbor, beschreibt eine Kabinettsitzung im Weißen Haus:

*„Der Präsident ... kam auf die ganzen Beziehungen zu den Japanern zu sprechen. Er erwähnte, dass wir wahrscheinlich angegriffen würden, vielleicht - schon - nächsten Montag, weil Angriffe ohne Vorwarnung typisch für die Japaner wären. Die Frage wäre, was wir tun sollten. Die Frage wäre, wie wir sie [die Japaner] in eine Situation manövrieren könnten, den ‚ersten Schuss‘ abzugeben, ohne dass eine zu große Gefahr für uns dabei entstünde.“*³⁸⁰

378 Ebenda, Seite 290

379 Ebenda, Seite 292

380 Ebenda

Nachdem im September 1939 in Europa der Krieg begonnen hatte, aber ehe Amerika in den Krieg eingetreten war, startete Roosevelt zahlreiche Versuche, einen Zwischenfall zu provozieren, der Amerika in den Krieg hineinzog, um den Briten zu helfen.³⁸¹ Eine der herausforderndsten Provokationen gegenüber Deutschland war das Leih- und Pacht-Gesetz vom März 1941, das eigentlich eine Kriegserklärung an Deutschland war. Auch Roosevelts Entsendung von 50 Zerstörern an England verfolgte eindeutig die Absicht, die Deutschen zu provozieren und den Engländern zu helfen.³⁸² In Bezug auf die Provokationen gegenüber Deutschland hat ein Kritiker geäußert:

„Viele haben Roosevelts Verhalten am Vorabend des amerikanischen Kriegseintritts in den Zweiten Weltkrieg als besonders verwerflich empfunden. Edward S. Corwin und Louis W. Koenig verwahrten sich gegen den Zerstörer-Handel ‚mit dem Präsident Roosevelt Kongress-Befugnisse für einen momentanen Zweck an sich gerissen und über Staatseigentum verfügt hatte ... und dabei mindestens zwei Verfassungsartikel außer Kraft gesetzt hatte.‘ Senator William Fulbright beschuldigte Roosevelt, ‚die Vertragshoheit des Senats an sich gerissen und die Befugnisse des Kongresses umgangen zu haben‘. Roosevelts Kritiker weisen auch daraufhin, dass er sechs Monate vor Pearl Har-

381 Während Roosevelt bis zum Ende des Krieges behauptet hat, dass das Hauptziel des amerikanischen Kriegseintritts in den Zweiten Weltkrieg die Verteidigung Englands gegen eine deutsche Aggression gewesen wäre, schien er sich - besonders während der Konferenz von Jalta - kaum Sorgen um die Briten und um West-Europa gemacht zu haben. Auf den Kriegskonferenzen war er mehr um seinen Platz in der Geschichte besorgt und darüber, was sein Vorbild als Präsident und Idol Woodrow Wilson nicht erreicht hatte, die Gründung einer Weltorganisation mit Amerika in der Hauptrolle. Roosevelt machte Stalin gegenüber mehrfach Zugeständnisse, um dessen Mitarbeit und Zustimmung für die Vereinten Nationen zu gewinnen, in denen die USA und die Sowjetunion die größten Einflusszonen beherrschen würden. Siehe dazu: Arnos Perlmutter, FDR and Stalin, A Not So Grand Alliance, 1943-1944, Columbia, University of Missouri Press, 1993 und Townsend Hoopes and Douglas Brinkley, FDR and the Creation of the U.N., New Haven, Conn., Yale University Press, 1997

382 Colby, T was a Famous Victory, Seite 17

*bor auf unsicherer Rechtsgrundlage von der Bundesgewalt Gebrauch gemacht hatte, um Streiks zu beenden, bemerkenswerter Weise, um Truppen zur bestreikten Nordamerika-Flugzeug-Fabrik in Kalifornien zu entsenden. Sie weisen daraufhin, dass der Präsident zur gleichen Zeit amerikanische Truppen nach Island und nach Grönland verlegt hatte, Geleitschutz für Waffentransporte nach England gestellt und einen Schießbefehl für die Zerstörer gegen gesichtete deutsche U-Boote erteilt hatte, alles Verletzungen des Rechts auf Kriegsführung, das nur dem Kongress zustand.*¹³⁸³

Dem amerikanischen Volk war auch nicht bekannt, dass Roosevelt ein US Flugzeug mit amerikanischem Kommandant zur Verfügung der Britischen Admiralität abgestellt hatte, um das deutsche Schlachtschiff BISMARCK aufzuspüren. Roosevelt bemerkte einmal seinem Redenschreiber Robert Sherwood gegenüber, dass er, wenn das herauskäme, seines Amtes enthoben würde.³⁸⁴ Roosevelt versuchte bewusst, provozierte Kämpfe zwischen US-Kriegsschiffen und deutschen U-Booten im Atlantik als Grund für einen Kriegseintritt der USA zu nutzen. Am 4. September 1941 wurde das US-Kriegsschiff GREER von einem deutschen U-Boot vor der Küste Islands angegriffen. Die GREER hatte den Angriff provoziert, aber der Präsident belog die amerikanische Öffentlichkeit, indem er behauptete, die GREER hätte nur amerikanische Post nach Island befördert und wäre ohne Vorwarnung in internationalen Gewässern angegriffen worden. Die Wahrheit kam kurz danach heraus, als Admiral Harold, der Chef des US-Admiralstabs, bekanntgab, dass die GREER das deutsche U-Boot drei Stunden lang gejagt hatte. Das U-Boot hätte schließlich gedreht und zwei Torpedos auf die GREER abgeschossen, die dann mit Unterwasserminen geantwortet hatte.³⁸⁵ Ein weiterer Zwischenfall wird so geschildert: *„Wenige Wochen danach wurde ein weiteres amerikanisches Kriegsschiff, die USS KEARNY, von einem deutschen U-Boot angegriffen*

383 Fred I. Greenstein ed., *Leadership in the Modern Presidency*, Cambridge, Mass., Harvard University Press, 1988, Seite 35

384 Bartlett, *Cover-Up*, Seite 9

385 Ebenda, Seite 29

und beschädigt. Am 27. Oktober erklärte der Präsident seinem Land, 'Wir wollten den Schießkrieg verhindern. Aber das Schießen hat begonnen. Die Geschichte hat gezeigt, wer den,ersten Schuss' abgefeuert hat. Aber auflange Sicht ist alles, was zählt, wer den letzten Schuss abgibt. Amerika ist angegriffen worden.'

Als die Wahrheit vom KEARNY-Zwischenfall ans Tageslicht kam, wurde klar, dass Deutschland bei Leibe nicht den 'ersten Schuss' abgefeuert hatte. Ähnlich wie bei der GREER hatte die KEARNY das deutsche U-Boot gesichtet und zuerst gefeuert. Das Resultat war, dass sich die amerikanische Bevölkerung fortan weigerte, sich mit solchen Zwischenfällen für eine Kriegsteilnahme motivieren zu lassen. Als am 30. Oktober tatsächlich das erste amerikanische Schiff, die USS RUBEN JAMES, unterging, konnte der Präsident nicht mehr viel daraus machen.'¹³⁸⁶

Diese Bemühungen, die Deutschen zur Abgabe des „ersten Schusses“ zu verleiten, blieben ohne Erfolg, weil Hitler mehr als alles andere wünschte, den Krieg mit Amerika zu vermeiden.

Genauso versuchte Roosevelt, die Japaner zum „ersten Schuss“ zu provozieren. Ein absolut sensationelles Buch, und höchst wahrscheinlich auch das wichtigste, das je über Roosevelts Rolle beim Pearl Harbor-Angriff geschrieben worden ist, ist im Jahr 2000 herausgekommen.³⁸⁷ Der Autor Robert Stinnett, Teilnehmer am Pazifik-Krieg im Zweiten Weltkrieg, hat 17 Jahre auf seine Forschungsarbeit zu diesem Thema verwendet. Das Buch weist jenseits aller vernünftigen Zweifel nach, dass Roosevelt unmittelbar an den Provokationen der Japaner beteiligt gewesen ist, den „ersten Schuss“ auf Pearl Harbor abzugeben. Er belegt, dass der Präsident die Verantwortung dafür getragen hat, dass den Militärkommandeuren in Pearl Harbor fast alle entscheidenden militärischen Informationen vorenthalten worden sind, und dass er sofort anschließend eine Vertuschungs-Operation veranlasst hat, um die Kommandeure in Pearl Harbor als Sündenböcke dastehen zu lassen. Roosevelt selbst gab vor, durch den Angriff der Japaner überrascht worden zu sein, also völlig schuldlos. Stinnett erklärt:

386 Ebenda, Seiten 29f

387 Robert B. Stinnett, Day of Deceit, The Truth about FDR and Pearl Harbor, New York, The Free Press, 2000

„Roosevelt hat dadurch, dass er den Angriff [der Japaner] provoziert hat, die furchtbare Tatsache hingenommen, dass Amerikas Streitkräfte, einschließlich der Pazifik-Flotte und der Zivilbevölkerung im Pazifik voll und ganz in eine Gefahrenzone gerieten und einem gewaltigen Risiko ausgesetzt waren. Die Kommandeure auf Hawaii, Admiral Husband Kimmel und Generalleutnant Walter Short, wurden von allen Aufklärungsergebnissen abgeschnitten, die sie auf die mit Roosevelts Politik verbundenen Risiken aufmerksam gemacht hätten. Die Kommandeure folgten stattdessen seinem strikten Befehl: ‚Die Vereinigten Staaten wünschen, dass Japan den ersten Schlag führt.‘ Über 200.000 Dokumente und Befragungen haben mich zu diesen Schlüssen kommen lassen.

Ich bin dem Gesetz über die Informationsfreiheit und seinem Autor, dem verstorbenen Kongress-Abgeordneten John Moss (D-California) zu Dank verpflichtet, dass er mir ermöglicht hat, diesen Bericht zu schreiben.³⁸⁸

Stinnett hat das entscheidende Dokument über Roosevelts Provokationen 1995 in den persönlichen Akten des Korvettenkapitäns Arthur H. McCollum entdeckt. Das Papier legt Roosevelts Acht-Punkte-Plan offen, mit dem die Japaner veranlasst werden sollten, den „ersten Schuss“ abzugeben. McCollum hatte auf Weisung Roosevelts ein Papier erarbeitet, datiert auf den 7. Oktober 1940, das er und Roosevelt bei einem Treffen kurz darauf im Weißen Haus besprochen haben.³⁸⁹ Stinnett berichtet, wie Roosevelt den Plan Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt hat. Nach dem Plan waren die acht Schritte wie folgt vorgesehen:

- A. Abkommen mit Großbritannien über die Nutzung britischer Stützpunkte im Pazifik schließen, besonders in Singapur.
- B. Abkommen mit den Niederlanden über die Nutzung von Stützpunkten und Einrichtungen und den Ankauf von Nachschubgütern in Niederländisch Ostindien schließen.
- C. Jede mögliche Hilfe an die chinesische Regierung unter Tschiang Kai-Schek leisten.

388 Ebenda, Seite XIV

389 Ebenda, Seiten 6-10,13-17 und 28f

- D. Ein Geschwader schwerer Fern-Kreuzer in den Osten, zu den Philippinen oder nach Singapur entsenden.
 - E. Zwei U-Boot Geschwader in den Osten verlegen.
 - F. Die Hauptkräfte der US Marine, die derzeit im Pazifik liegen, in die Nähe der Hawaii-Inseln verlegen.
 - G. Darauf bestehen, dass die Niederländer ablehnen, den Japanern Wünsche zu unangemessenen Handelsbedingungen zu erfüllen, besonders in Bezug auf Erdöl
- und
- H. völliges Embargo über den gesamten amerikanischen Handel mit Japan verhängen, im Zusammenwirken mit einem vom Britischen Empire verhängten ähnlichen Embargo.³⁹⁰

Korvettenkapitän McCollum bemerkte am Ende seines Plans: *„Wenn Japan durch diese Maßnahmen dazu gebracht wird, die erste offenkundige Kriegshandlung zu begehnen, ist es umso besser.“*³⁹¹

Das immer wiederkehrende Thema in der amerikanischen Geschichte ist, dass Präsidenten bestimmte Schiffe als Köder auslegen, um den Feind damit zu verleiten, den „ersten Schuss“ abzugeben.³⁹² Stinnet bemerkt dazu:

*„Aufjedem der McCollum-Vorschläge sind Roosevelts Fingerabdrücke zu finden. Einer der empörendsten Vorschläge liegt im Schritt D, die bewusste Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe in japanische Gewässer. Während des geheimen Treffens im Weißen Haus gab Roosevelt persönlich den Auftrag für Maßnahmen im Schritt D. Er bezeichnete das als ‚Auftauch-Törn‘: ‚Ich will, dass sie [die amerikanischen Kreuzer] einfach da und dort auftauchen und den ‚Japsen‘ Rätsel aufgeben. Es macht mir nichts, wenn wir ein oder zwei Kreuzer verlieren, aber gehen Sie mir nicht das Risiko ein, fünf oder sechs zu verlieren.‘ Admiral Husband Kimmel, der Befehlshaber der Pazifik-Flotte, widersprach den ‚Auftauch-Törns‘; ‚Damit sind wir schlecht beraten. Es wird zum Kriegführen, wenn wir diese Törns unternehmen.‘“*³⁹³

390 Ebenda, Seite 8

391 Ebenda, Seite 265

392 Lincoln, McKinley, Wilson und Lyndon Johnson sind gute Beispiele.

393 Stinnett, Day of Deceit, Seite 9

Admiral Kimmel wurde am 25. Juli 1941 vom Chef der Marine-Operations-Abteilung benachrichtigt, dass er die Entsendung einer Flugzeugträger-Fracht an Jagdflugzeugen nach Russland vorzubereiten hätte. Die Sowjetunion war im Juni 1941 von Deutschland angegriffen worden. Kimmel legte heftigen Widerspruch ein, weil er befürchtete, das Unternehmen könnte die Japaner dazu verleiten, die „ersten Schüsse“ abzugeben und damit einen Krieg anzufangen. Außerdem hatte er die Sorge, einen Flugzeugträger samt den Flugzeugen zu verlieren. Schließlich wurde die Idee fallengelassen.³⁹⁴ Roosevelt befahl außerdem drei Selbstmord-Einsätze für drei kleine Kriegsschiffe, die auf den Philippinen stationiert waren.³⁹⁵ Diese Schiffe mit amerikanischen Kommandanten und philippinischen Besatzungen, die jedes mit mindestens einem Geschütz ausgerüstet waren, bekamen den Auftrag, zu verschiedenen Zeiten nach Japan zu laufen und das Feuer der Japaner herauszulocken. Doch die Japaner haben nicht so reagiert.³⁹⁶

Roosevelt ist dem McCollum-Plan in jeder Hinsicht gefolgt. Am 25. Juli 1941 ließ er alle japanischen Vermögen in den USA einfrieren. Damit endete der Außenhandel zwischen beiden Staaten. Diese Sperrung aller japanischen Vermögen in Verbindung mit einem gleichen Vorgehen der Briten und der Niederländer schnitt Japan auf Dauer von allen Erdöllieferungen ab. So war Japan zum Zeitpunkt von Pearl Harbor auf seine restlichen Öllreserven mit einer Reichweite von annähernd einem weiteren Jahr angewiesen, ohne jede Aussicht auf neuen Nachschub.³⁹⁷

Den Japanern war inzwischen klar, dass Roosevelt und Churchill versuchten, einen Krieg zwischen den USA und Japan als Hintertür für einen Kriegseintritt Amerikas in den europäischen Krieg vom Zaun zu brechen. Der japanische Botschafter

394 Morgenstern, Pearl Harbor, Seite 303

395 Anmerkung des Herausgebers: Die Philippinen waren zu der Zeit amerikanische Kolonie.

396 Bartlett, Cover-Up, Seiten 56-59. Siehe auch Kemp Tolley, Cruise of the Lanikai, Incitement to War, Annapolis, Md., Naval Institute Press, 1973

397 Ebenda, Seiten 32 und 38f. Siehe auch: Beach, Scapegoats, Seite 28

in Washington Nomura schickte am 16. August 1941 einen verschlüsselten Bericht nach Tokyo. Das war zwei Tage nach der Verkündung der Atlantik Charta auf der Atlantik-Konferenz von Roosevelt und Churchill. Der Bericht wurde von der US Fernmeldeaufklärung wie folgt entschlüsselt: „*Ich verstehe, dass die Briten glauben, dass sie gute Aussichten auf eine Kriegsteilnahme der USA in Europa haben, wenn sie einen japanisch-amerikanischen Krieg als Hintereingang dazu beginnen lassen können.*“³⁹⁸ Nach der Atlantik-Konferenz haben die Japaner angeboten, ihren Premierminister, Prinz Fumimaro Konoye, ein Mitglied der kaiserlichen Familie, nach Amerika zu entsenden, damit er persönlich mit Roosevelt über die Erhaltung des Friedens verhandeln könnte. Das war ein vorher so nie dagewesener diplomatischer Vorgang, ein verzweifertes Bemühen. Roosevelt lehnte ein solches Treffen rundweg ab. Er löste damit auch den Sturz der moderaten, um Frieden bemühten Konoye-Regierung aus, die dann durch die militante, chauvinistische Tojo-Regierung abgelöst wurde.³⁹⁹ Außerdem stellten Roosevelt und sein Außenminister Cordell Hull bei ihren Verhandlungen mit japanischen Diplomaten ein Ultimatum, das von den Japanern den völligen Rückzug aus China verlangte. Sie taten das wohl wissend, dass Japan solche Bedingungen nicht akzeptieren würden.⁴⁰⁰ Die Japaner waren

398 Morgenstern, Pearl Harbor, Seite 173

399 Bartlett, Cover-Up, Seiten 39-41 und Morgenstern, Pearl Harbor, Seiten 127-143. Diese Weigerung Roosevelts, den japanischen Premierminister zu treffen, hatte viel Ähnlichkeit mit der Weigerung Lincolns, die Beauftragten der Konföderierten zu treffen und Friedensbedingungen mit ihnen zu besprechen. Auch die Ergebnisse in Bezug auf die Erhaltung des Friedens sind sehr ähnlich.

400 Beach, Scapegoats, Seite 32. A. J. P. Taylor behauptet, dass die Mandschurei eine „mythische Bedeutung“ erlangt hatte und ein „Meilenstein auf dem Weg zum Krieg“ war. Tatsächlich hatte eine vom Völkerbund eingesetzte Kommission den Mandschurei-Zwischenfall [1931] auf Antrag Japans untersucht und festgestellt, dass die japanische Klage berechtigt wäre. Japan wurde vom Völkerbund nicht als Aggressor verurteilt. Es wurde allerdings beschuldigt, zur Gewalt gegriffen zu haben, ehe alle friedlichen Mittel ausgeschöpft waren. Taylor behauptet weiterhin, „China hätte sich mit dem Verlust der Mandschurei abgefunden, die sie etliche Jahre nicht beherrscht hatte. 1933 hatten China und Japan wieder Frieden geschlossen. Siehe dazu: Taylor, The Origins of the Second World War, Seite 65

damit vor die Wahl gestellt, den Krieg [mit den USA] verloren zu haben, ohne je gekämpft zu haben, weil sie von der Erdölversorgung und den Rohstoffen abgeschnitten worden waren, oder das Risiko eines Überraschungsangriffs auf Pearl Harbor einzugehen. Mit einem solchen Angriff hatten sie die Chance, der US-Marine einen schweren Schlag zu versetzen und die USA entweder zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag zu veranlassen oder sie so zu schwächen, dass sie nicht mehr in der Lage sein würden, einen Krieg im Pazifik zu gewinnen.

*Die von Roosevelt und Marshall
zurückgehaltenen Informationen⁴⁰¹*

Der außergewöhnliche Betrug im Zusammenhang mit dem Angriff auf Pearl Harbor ist durch die Tatsache ans Licht gekommen, dass Roosevelt und seine wichtigsten Berater in Washington über eine immense Menge von Informationen verfügt haben, die eindeutig auf die japanische Absicht hingewiesen haben, Pearl Harbor überraschend anzugreifen. Die Erkenntnisse hatten viele Tage vorher vorgelegen und ausreichend Zeit geboten, den japanischen Angriff zu verhindern oder sich darauf vorzubereiten. Stattdessen wurden den Kommandeuren in Pearl Harbor die meisten Informationen vorenthalten. Sowohl Admiral Husband E. Kimmel als auch Generalleutnant Walter C. Short, den zwei militärischen Befehlshabern in Pearl Harbor, war von ihren zuständigen Chefs der Marine und des Heeres schriftlich zugesagt worden, dass sie alle, ihre Dienststellen betreffenden Informationen - unabhängig von der Nachrichtenquelle - direkt aus Washington übermittelt bekommen würden. Tatsächlich machte Admiral Kimmel im Juni 1941 auch noch eine Extradefahrt nach Washington, um sich von Admiral Harold R. Stark, dem Chef des US-Admiralstabs, die Zusicherung geben zu lassen, die fraglichen Informationen zu bekommen. Stark gab ihm das heilige Versprechen, dass er alle Informationen erhalten würde.⁴⁰²

401 Anmerkung des Herausgebers: General George C. Marshall war von 1938 bis 1945 Stabschef der US Streitkräfte.

402 Beach, Scapegoats, Seite 11

Am 27. Januar 1941 übermittelte der amerikanische Botschafter in Japan folgendes Telegramm nach Washington:

*„Mein peruanischer Kollege hat einem Mitarbeiter meiner Botschaft mitgeteilt, dass er aus mehreren Quellen, einschließlich einer japanischen, vernommen hätte, dass die japanischen Streitkräfte im Falle einer Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten den Versuch eines Überraschungsangriffs auf Pearl Harbor unternehmen würden. Sie würden alle ihre militärischen Möglichkeiten dabei nutzen. Er fügte hinzu, dass er die Nachricht weitergäbe, obwohl ihm das Unternehmen phantastisch erschiene, aber die Information wäre ihm aus vielen zuverlässigen Quellen zugegangen.“*⁴⁰³

Admiral Stark übermittelte diese Nachricht an Admiral Kimmel, aber er fügte hinzu, dass es sich nur um ein Gerücht handelte, und dass er nichts darauf geben sollte.⁴⁰⁴ Die Tatsache, dass hier sogar ein Gerücht übermittelt worden war, machte Admiral Kimmel glauben, dass er alle verfügbaren Informationen über seine Vorgesetzten in Washington erhalten würde.

Schon bevor Stinnetts Buch [über die amerikanische Funkaufklärung] erschien, war bekannt, dass gewisse japanische Spione Nachrichten über die Liegeplätze und die Aktivitäten der amerikanischen Kriegsschiffe in Pearl Harbor nach Japan übermittelten. Man wusste auch, dass die amerikanischen Dechiffrier-Spezialisten den sogenannten Purpur-Code, den Schlüssel für den japanischen diplomatischen Funkverkehr, geknackt hatten. Die kritischen Informationen über den bevorstehenden Angriff steckten allerdings in den Codes der japanischen Marine und der Streitkräfte. Der Buchautor Stinnett [ein ehemaliger Marineoffizier] hat herausgefunden, dass diese geheimen Nachrichten zwar Roosevelt bekannt gewesen, aber den Pearl Harbor-Kommandeuren vorenthalten worden waren. Die amerikanische Öffentlichkeit hat über 50 Jahre nichts davon erfahren. Stinnett erklärt: „Die Wahrheit über Pearl Harbor findet sich in den Codes der Marine und nicht in denen für den diplomatischen Verkehr.“⁴⁰⁵

403 Bartlett, Cover-Up, Seite 53

404 Beach, Scapegoats, Seite 48

405 Stinnett, Day of Deceit, Seite 21

Die amerikanischen Dechiffrier-Spezialisten brachen den Marine- oder Streitkräfte-Code der Japaner im Oktober 1940⁴⁰⁶ [13 Monate vor dem Pearl Harbor-Überfall].

Einige der überraschendsten Entdeckungen, die Stinnett gelungen sind, haben gezeigt, dass die japanische Flotte auf ihrem Weg nach Pearl Harbor in der Zeit vom 25. November bis zum 7. Dezember [Pearl Harbor] keine Funkstille eingehalten hat. Das war bei früheren Kongressanhörungen selbst unter Eid stets abgestritten worden. Die amerikanischen Dechiffrier-Spezialisten haben tatsächlich den japanischen Funkverkehr entschlüsselt und direkt an Roosevelt weitergeleitet. Sie waren mit ihren Peilstationen auch jederzeit in der Lage, die genauen Positionen der Flotte auf ihrer schicksalsschweren Route zu verfolgen. Als Roosevelt erfuhr, dass sich die japanischen Kräfte in dies Seegebiet hinein bewegten, befahl er allen amerikanischen Schiffen auf dem Nord-Pazifik, das Gebiet zu verlassen. So hat Roosevelt verhindert, dass die Anwesenheit der Japaner dort entdeckt wurde. Stinnett berichtet:

„Die Marine Dienststellen erklärten den Nord-Pazifik zur ‚leeren See‘ und befahlen allen amerikanischen und verbündeten Schiffen, das Seegebiet zu verlassen. Eine Ausweichroute wurde durch die Torres-Meerenge zwischen Australien und Neu Guinea freigegeben. Konteradmiral Richmond K. Turner, 1941 Chef der Operationsabteilung der US-Navy, begründete das mit einem überraschenden Geständnis: ‚Wir waren darauf vorbereitet, den Seeverkehr umzuleiten, wenn wir glaubten, dass der Krieg unmittelbar bevorstände. Wir schickten den Seeverkehr hinunter durch die Torres-Meerenge, so dass der Kurs der japanischen Flotte eindeutig außerhalb jedes [eigenen] Seeverkehrs blieb.‘ Am 25. November, dem Tag, an dem die japanische Flugzeugträger-Flotte nach Pearl Harbor in See stach, schickte das Marine-Hauptquartier diese Nachricht an Admiral Kimmel und das 12. Marinekommando in San Francisco:

„ROUTE FÜR ALLE TRANSPAZIFIK-SCHIFFFAHRT DURCH DIE TORRES-MEERENGE.— CINCPAC [Commander in Chief - Pacific] UND CINCAF [Commander in Chief Airforce] STELLEN

406 Ebenda, Seite 22

NÖTIGEN BEGLEITSCHUTZ GEMASS TELEGRAMM NR. 230258."

Der Befehl wurde eine Stunde nach dem Zeitpunkt abgeschickt, zu dem Admiral Nagumo die Hitokappu Bucht⁴⁰⁷ verlassen hatte und in den Nord-Pazifik ausgelaufen war.

Der „leere See“-Befehl zeigt die Hilflosigkeit des Admirals Kimmel angesichts der Absicht Roosevelts. Der Admiral versuchte bei mehreren Gelegenheiten, etwas für die Verteidigung von Pearl Harbor zu unternehmen und zwar auf der Grundlage der von Rochefort⁴⁰⁸ abgefangenen, beunruhigenden Funksprüche. Genau zwei Wochen vor dem Angriff gab Kimmel den Befehl, das Seegebiet nördlich der Hawaii-Inseln nach der japanischen Flugzeugträger-Flotte abzusuchen. Damit bewegte er die Pazifik-Flotte ohne Genehmigung des Weißen Hauses genau in dem Seegebiet, in dem die Japaner ihren Flugzeugträger-Angriff planten. Aber Kimmels lobenswertem Plan war kein Erfolg beschieden. Kaum, dass man im Weißen Haus erfahren hatte, dass sich Kimmels Schiffe ausgerechnet dort befanden, wo der beabsichtigte japanische Angriff vorgesehen war, befahl man Kimmel, seine Pazifik-Flotte schleunigst aus dem Nord-Pazifik zu den Ankerplätzen in Pearl Harbor heimzuziehen.⁴⁰⁹

Stinnett berichtet außerdem, dass
„Kimmel zu der Zeit nichts von Washingtons Acht-Punkte-Plan gewusst hat. Wenn es mit McCollums Taktik gelingen sollte, die Amerikaner zusammen zu scharen, mussten die Japaner als Aggressoren dastehen und die erste offenkundige Kriegshandlung gegen eine überraschte Pazifik-Flotte begehen und nicht anders herum. Franklin Delano Roosevelt und seine höchsten Befehlshaber setzten darauf, dass die Japaner die erste offenkundige Kriegshandlung begehen würden, und sie

407 Anmerkung des Herausgebers: Sammelraum für die japanische Flugzeugträger-Flotte an der zweit-südlichsten Kurilen-Insel Etorofu vor dem Auslaufen nach Pearl Harbor.

408 Anmerkung des Herausgebers: Korvettenkapitän Josef Rochefort war Leiter einer Funk-Abhör-Station in Pearl Harbor.

409 Stinnett, Day of Deceit, Seiten 144f

wussten aus den abgehörten Nachrichten, dass dies sauber eingefädelt war. Eine offene Seeschlacht zwischen der japanischen Flugzeugträger-Flotte und der Pazifik-Flotte wäre weitaus weniger wirkungsvoll gewesen, die Amerikaner zu empören. Japan hätte dann behaupten können, dass die Amerikaner ihr Recht, mit ihrer Flotte auf dem offenen Meer zu fahren, vorsätzlich behindert hätten, wenn Kimmis Schiffe zuerst angegriffen hätten."⁴¹⁰

Stinnett beschreibt weiterhin, wie Roosevelt Kimmis Schiffe hin und her befahl, als hingen sie an Schnüren:

„Auf Befehl aus Washington ließ Kimmel seine ältesten Schiffe innerhalb Pearl Harbor vor Anker gehen und 21 der modernen Schiffe einschließlich zweier Flugzeugträger nach Wake und Midway verlegen. Das waren befremdliche Befehle, denn sie schickten die amerikanischen Kräfte direkt auf den Kurs einer entgegenkommenden japanischen Flotte von 30 U-Booten. Die Umstände, unter denen die amerikanischen Kriegsschiffe im letzten Moment aus Pearl Harbor verlegt worden waren, wurden durch einen Kongress-Ausschuss 1945-1946 untersucht. Mitglieder des Ausschusses fragten sich, ob diese Aufträge wirkliche Bemühungen waren, die Kräfte auf den Inseln Wake und Midway zu verstärken oder nur Scheinmanöver, um alle modernen Schiffe vor dem Angriff von ihren Liegeplätzen aus Pearl Harbor fort zu bringen, damit sie nicht von den Luftangriffen der Ersten [japanischen] Luftflotte getroffen würden. ... Nach dem Auslaufen der LEXINGTON und der ENTERPRISE-Gruppe waren die verbliebenen Schiffe in Pearl Harbor zumeist 27 Jahre alte Relikte aus dem Ersten Weltkrieg“⁴¹¹

Noch vor dem Erscheinen des Stinnett-Buchs hat ein englischer Verschlüsselungscode-Brecher ein Buch mit dem Titel „Verrat an Pearl Harbor“ veröffentlicht.⁴¹² In diesem Aufsehen erregenden Buch wird beschrieben, dass es den Briten am oder um den 25. November 1941 gelang, Funkverkehr der japanischen Führung über eine große Militäroperation mitzuhören, der sich mit

410 Ebenda; Seite 151

411 Ebenda; Seiten 152 und 154

412 James Rusbridger and Eric Nave, Betrayal at Pearl Harbor, How Churchill Lured Roosevelt into World War II, New York, Summit Books, 1991

Flugzeugträgern, Schlachtschiffen und anderen Kriegsschiffen befasste, die dabei waren, die japanischen Gewässer in Richtung Hawaii zu verlassen. Der Co-Autor des Buchs Captain Eric Nave überbrachte diese Nachricht persönlich Churchill, die Nachricht, dass eindeutige Anzeichen für einen japanischen Überraschungsangriff auf Pearl Harbor vorlägen. Das Buch weist allerdings nicht eindeutig nach, ob oder dass Churchill diese Erkenntnis tatsächlich an Roosevelt weitergeleitet hat.⁴¹³

Ein weiteres Buch mit dem Titel „Der geheime Krieg gegen Hitler“, das auch vor dem Stinnett-Buch erschienen ist, stammt vom früheren CIA Direktor William Casey. Er behauptet:

„Als der japanische Sturm über dem Pazifik begann, seine Wucht zu entfalten, wurden die meisten Privatverbindungen zwischen der japanischen Regierung und ihren Botschaftern in Washington mitgelesen. Die Heeres- und Marine-Dechiffrierer hatten den japanischen Code für den diplomatischen Fernmeldeverkehr geknackt. Sie lasen die Nachrichten, die den Angriff vorhersagten. Die Briten hatten übermitteln lassen, dass eine japanische Flotte nach Osten unterwegs war, und zwar nach Hawaii.“⁴¹⁴

Einige der wichtigsten Informationen, die nie an Admiral Kimmel und Generalleutnant Short weitergereicht worden wa-

413 Ein anderes sensationelles Buch beschreibt und zitiert die angeblich mitgehörten Telefongespräche zwischen Churchill und Roosevelt über die äußerst bedeutungsvolle Nachricht, dass die Japaner zu einem Überraschungsangriff auf dem Wege nach Hawaii sind. Es gibt eine ganze Reihe von Büchern über angebliche Gespräche eines amerikanischen CIA-Agenten mit Heinrich Müller, dem Gestapo-Chef unter Hitler. Diese Gespräche mit Müller fanden angeblich am Ende des Zweiten Weltkriegs statt. Müller soll erklärt haben, dass die Deutschen in der Lage gewesen wären, die Telefonate zwischen Roosevelt und Churchill mitzuhören, weil die Deutschen ein identisches Fernmeldesystem besessen hätten. Die deutscherseits abgehörten Gespräche zwischen Churchill und Roosevelt hätten gezeigt, dass Churchill die eindeutige Information an Roosevelt übermittelt hat, dass die Japaner auf Kurs Pearl Harbor zu einem Überraschungsangriff unterwegs gewesen wären. Siehe dazu : Gregory Douglas, Gestapo Chief, The 1948 Interrogation of Heinrich Müller, San José, Calif., R. James Bender, 1998, Band 3, Seiten 48-99

414 William Casey, The Secret War Against Hitler, Washington, D.C., Regnery Gateway, 1988, Seite 7

ren, und die ihnen [später] nicht einmal zur eigenen Verteidigung zur Verfügung standen, waren die „Bomben-Ziel-Pläne“ vom 24. September und danach.⁴¹⁵ Japanische Spione auf Hawaii meldeten regelmäßig die Positionen aller Schiffe in Pearl Harbor. Diese Meldungen nahmen in der Woche vor dem Angriff deutlich zu. Sie umfassten selbst die Liegeplätze der inzwischen nicht bewegten Schiffe. Es gab ein Gitter-Melde-System, so dass die Positionen der Schiffe mit seiner Hilfe übermittelt werden konnten. Das war ein klares Indiz dafür, dass ein Luftangriff mehr als wahrscheinlich war.⁴¹⁶

Admiral Kimmel erklärte in seinem eigenen Buch, das erschien, ehe bekannt geworden war, dass die Militärbefehle der Japaner abgefangen worden waren, dass ihm Schlüsselinformationen vorenthalten worden sind, und dass er dächte, dass die „Bomben-Ziel-Pläne“ wahrscheinlich das wichtigste Stück militärischer Nachrichten gewesen wären, die ihm hätten übermittelt werden sollen:

„Die Unzulänglichkeiten von Pearl Harbor als Flottenbasis waren im Marineministerium wohl bekannt. In einem Gespräch mit Roosevelt im Juni 1941 in Washington habe ich die Schwächen dargestellt und mit der Bemerkung geschlossen, dass unsere einzige Reaktion für den Fall, dass die Japaner uns angreifen sollten, sein könnte, die Flotte auf See zu haben. Ich habe die Entscheidung, die Flotte in Pearl Harbor zu stationieren, im festen Glauben akzeptiert, dass das Marineministerium mich umgehend mit allen verfügbaren, einschlägigen Informationen versorgen würde, insbesondere mit solchen, die einen Angriff auf die Flotte in Pearl Harbor andeuten würden. ...

Die Sorgfalt, mit der der Flottenchef der Asienflotte und die Briten in London von den Absichten der Japaner informiert worden sind, während die entscheidenden Informationen vor den Kommandeuren in Pearl Harbor zurückgehalten worden sind, ist nie erklärt worden.

Das Verhalten des Marineministeriums hat mir durchaus den Eindruck vermittelt, dass alle Erkenntnisse aus den abgehörten japanischen Nachrichten an mich weitergeleitet wurden. Unter diesen Umständen ist das

415 Beach, Scapegoats, Seite 34

416 Ebenda, Seiten 35f und 92

Unterlassen der Weitergabe solch' wichtiger und bedeutungsvoller Informationen an mich nicht nur ein bloßes Zurückhalten von Aufklärungsergebnissen. Es kommt der Vorspiegelung falscher Tatsachen gleich. Ich hatte um alle wesentlichen Informationen gebeten. Und mir war versichert worden, ich hätte sie bekommen. Mir erschien es auch so, als hätte ich sie bekommen. ... Aber tatsächlich sind mir die wichtigsten Informationen aus den abgehörten japanischen Funksprüchen vorenthalten worden. Dieses Fehlverhalten hat mich nicht nur aller entscheidenden Tatsachen beraubt. Es hat mich in die Irre geführt.

Mir wurde keine der aufgefangenen Informationen zugeleitet, die zeigte, dass die japanische Regierung Pearl Harbor in fünf Abschnitte aufgeteilt hatte, und dass sie nach genauen Angaben über die Liegeplätze der Schiffe unserer Flotte in den wirklich wichtigen Hafengebieten forschte.⁴¹⁷

Admiral Kimmel hat unter Eid bezeugt, dass „wären wir wenigstens zwei oder drei Stunden vor dem Angriff informiert worden, was leicht machbar und möglich gewesen wäre, wir noch viel hätten unternehmen können.“⁴¹⁸

Zur Zeit des Pearl Harbor-Untersuchungsausschusses von 1945-1946 war der einzige Code, von dem die Ausschussmitglieder wussten, dass er geknackt war, der japanische Code für den Diplomatischen Dienst. Viele Zeugen wurden zu der Frage vernommen, welche Informationen Roosevelt und General Marshall aus dem diplomatischen Funkverkehr bekannt waren, und welche davon nicht an Admiral Kimmel und General Short weitergeleitet worden waren.⁴¹⁹ Eine von diesen wichtigen Nachrichten war, dass die Japaner angedeutet hatten, dass sie automatisch handeln würden, wenn sie bis zum 26. November 1941 kein Friedensabkommen mit den USA würden schließen können. Sie hatten angedeutet, dass danach ein Angriff erfolgen würde. Das war an die Kommandeure in Pearl Harbor nicht weitergegeben worden.⁴²⁰

417 Kimmel zitiert aus: Beach, Scapegoats, Seiten 57-59

418 Morgenstern, Pearl Harbor, Seite 253

419 Die Berichte über die Bomben-Ziel-Pläne gehörten nicht zum diplomatischen Nachrichtenverkehr. Sie waren vielmehr Nachrichten von den Spionen auf Hawaii.

420 Morgenstern, Pearl Harbor, Seite 184

Eine andere kritische Botschaft, die in Washington im diplomatischen Funkverkehr abgehört worden und nicht nach Pearl Harbor weitergeleitet worden war, war der so genannte: „Winde auslösen“-Befehl, der in der Nacht vom 3. Dezember 1941 aufgefangen worden war. Captain Laurence F. Safford nahm den Funkanspruch auf und entschlüsselte ihn mit „Krieg mit Amerika und England und Friede mit Russland.“⁴²¹ Der schriftliche Nachweis des „Winde auslösen“-Funkspruchs verschwand geheimnisvoller Weise bevor die Kongressuntersuchungen begannen, aus den Marine-Akten. Aber Captain Safford war sich absolut sicher über den Empfang und den Inhalt dieses Funkspruchs und auch sicher, dass er sofort Präsident Roosevelt zugeleitet worden war.⁴²²

Schließlich empfangen und übersetzten die Entschlüssler ein 14teiliges Telegramm der japanischen Regierung an seine diplomatische Vertretung in Washington D. C. Die ersten 13 Teile wurden am 6. Dezember 1941 aufgefangen.⁴²³ Der erste Teil des Telegramms wurde etwa 9:15 Uhr dem Leutnant Lester R. Schulz im Weißen Haus übermittelt, der die Botschaft in einer Verschluss tasche sofort zu Roosevelt brachte. Harry Hopkins war natürlich auch anwesend, und Schulz hat Roosevelt zu Hopkins sagen hören: „Das bedeutet Krieg!“ Hopkins hat darauf geantwortet: „Es ist zu schade, dass wir nicht den ersten Schlag führen und den Überraschungsangriff verhindern können.“ Roosevelt daraufhin: „Nein, das können wir nicht. Wir sind eine Demokratie und ein friedliches Volk. Aber wir werden ein gutes Alibi haben,“^{424 425}

Es gibt starke Meinungsunterschiede über das, was zwischen diesem Zeitpunkt und dem Beginn des tatsächlichen Fliegerangriffs am nächsten Morgen durchgesickert ist. Das jüngste Buch von Captain Edward L. Beach „Sündenböcke“⁴²⁶ behandelt allerdings die Frage, warum die 14teilige Botschaft nicht

421 Bartlett, Cover-Up, Seite 100, auch Morgenstern, Pearl Harbor, Seiten 198-211

422 Ebenda

423 Beach, Scapegoats, Seiten 87-109

424 Ebenda, Seite 89.

425 Anmerkung des Herausgebers: Wörtlicher Text: „But we have a good record!“

426 Originaltitel: Scapegoats

an die Kommandeure in Pearl Harbor weitergeleitet worden ist. Er bezieht sich auf den neuesten Beleg für ein Treffen am 6. Dezember um Mitternacht im Weißen Haus, das ungefähr bis zum 7. Dezember um 4 Uhr morgens gedauert hat. Nach Beachs Buch hat James G. Stahlmann, ein enger Freund von Marineminister Knox, ausgesagt, dass Knox ihm berichtet hätte, dass er zusammen mit Kriegsminister Henry Stimson, General Marshall, Admiral Stark, Harry Hopkins⁴²⁷ und Roosevelt an dem Treffen teilgenommen hat. Der Zweck der Besprechung war es, die bisher übermittelte [japanische] Botschaft zu besprechen und den Teil 14, der jeden Moment erwartet wurde, zu beurteilen. Dieser letzte Teil traf allerdings nicht mehr während der Besprechung ein. Stahlman hat nicht übermittelt, dass ihm Minister Knox etwas über den eigentlichen Inhalt der Gespräche berichtet hat, aber man ist geneigt, einiges über die Maßnahmen der Besprechungsteilnehmer in den frühen Morgenstunden des 7. Dezember zu vermuten.⁴²⁸ Diese einzelne entschlüsselte Nachricht [Teil 14] wurde als „Aus-händigungs-Anweisung“ bezeichnet, mit der die japanischen Diplomaten davon in Kenntnis gesetzt wurden, dass sie Teil 14 am 7. Dezember nicht später als 10 Uhr morgens an Außenminister Hull zu übergeben hätten. 10 Uhr in Washington war Tagesanbruch in Pearl Harbor. Die Absicht der Japaner war, der amerikanischen Regierung den Angriff auf Pearl Harbor unmittelbar bevor er stattfand, kundzutun, damit ihr später kein Überraschungsangriff vorgeworfen werden könnte. Teil 14 wurde aber erst nach der angegebenen Zeit an Minister Hull ausgehändigt.

Die entscheidenden Männer in Washington - insbesondere Roosevelt und Marshall - aber kannten die entschlüsselte Botschaft schon, so dass der Angriff keine Überraschung für sie war.

Als Admiral Stark am 7. Dezember um 8 Uhr morgens in sein Büro kam, wurde er von Konteradmiral Theodore S. Wilkinson

427 Anmerkung des Herausgebers: Harry Hopkins war einer der wichtigsten Berater Roosevelts im Zweiten Weltkrieg.

428 Beach, Scapegoats, zum Stahlman-Brief siehe Seiten 203-205

und Fregattenkapitän Arthur McCollum aufgesucht. Die zwei Offiziere hatten die 13 ersten Teile der Botschaft bei sich und erklärten, dass sie nun auf den Eingang der „Aushändigungs-Anweisung“ warteten, die auch tatsächlich während des Gesprächs noch eintraf. Wilkinson machte darauf aufmerksam, dass es zwingend erforderlich sein würde, dass Admiral Stark nun als erstes eine Warnung über seine verschlüsselte Direktleitung an Admiral Kimmel in Pearl Harbor und anschließend an Admiral Thomas C. Hart in Manila absetzen müsste.⁴²⁹ Das verschlüsselte Telefon erlaubte eine direkte und sofortige Verbindung zwischen den Gesprächsteilnehmern. Das Gespräch war dabei verschlüsselt und konnte nicht mitgehört und nicht verstanden werden. Auf der Seite des Empfängers war das Gespräch dann wieder entschlüsselt und verständlich. Admiral Kimmel hätte diese Warnung um 3 Uhr morgens, Pearl Harbor-Zeit, bekommen, was ihm genügend Zeit gegeben hätte, sich sowohl auf den Angriff vorzubereiten als auch ihn noch zu verhindern.

Nach den zwei Zeugen hat Admiral Stark den Hörer seines verschlüsselten Telefons abgehoben, dann lange Zeit gezögert, dann den Hörer wieder aufgelegt und dann statt dessen versucht, Präsident Roosevelt anzurufen. Der Telefonist im Weißen Haus hat erklärt, der Präsident wäre nicht erreichbar! Die zwei Zeugen berichteten, dass Admiral Stark dann versucht hat, General Marshall zu erreichen, der aber nicht in seinem Büro anzutreffen war. Die Zeugen stimmten darin überein, dass Stark dann in den nächsten Stunden überhaupt nichts unternommen hat, bis General Marshall später zurückgerufen hat.⁴³⁰

Die Niederschrift der Anhörung im Kongress-Ausschuss von 1945-1946 belegt, dass General Marshall ausgesagt hat, dass er am frühen Morgen des 7. Dezember ausgeritten und nicht vor etwa 11 Uhr in sein Büro zurückgekehrt ist. Danach wäre ihm die vollständige 14teilige Nachricht von seinen zwei höchsten Nachrichtenoffizieren Brigadegeneral Sherman Miles und

429 Ebenda, Seite 95

430 Ebenda

Oberst Rufus Bratton übergeben worden. Auch Marshall hatte ein Verschlüsselungstelefon auf seinem Schreibtisch, das ihm einen Sofort-Anruf bei General Short erlaubt hätte. Aber statt anzurufen, hatte er langsam und bewusst erst die ganze Nachricht durchgelesen, während die beiden Offiziere Miles und Bratton verzweifelt versucht haben, ihn über die entscheidende „Aushändigungs-Anweisung“ aufzuklären und den Termin von 1 Uhr morgens Washingtoner Zeit. Endlich als die Uhr im Büro fast Mittag zeigte, füllte Marshall eine Warn-Meldung in fast unleserlicher Handschrift aus. Dann sagte er zu Miles und Bratton, dass die Meldung an Admiral Kimmel ohne Vorrang durchgegeben werden sollte. Das Telegramm lief deshalb auf ganz normalem Wege bei der Western Union und erreichte Kimmels Büro erst als der Pearl Harbor-Angriff schon erfolgt war.⁴³¹ General Marshall erledigte sodann den Rückruf an Admiral Stark, der bereits seit zwei Stunden auf den Anruf gewartet hatte.

Admiral J. O. Richardson, der frühere Kommandant von Pearl Harbor, der durch Roosevelt abgelöst worden war, schrieb 1956 seine Memoiren, die allerdings erst 1973, ein Jahr nach dem Tode seines Freundes Admiral Stark erschienen sind, ein Jahr bevor er selbst verstarb.⁴³² Er gab darin seiner Auffassung Ausdruck, dass Roosevelt Stark und Marshall untersagt hat, Kimmel und Short zu warnen:

*„Ich nehme stark an, dass der Präsident vor dem 7. Dezember befohlen hatte, dass ausschließlich Marshall befugt wäre, Warnmeldungen an den Hawaii-Bereich heraus zu geben. Ich weiß nicht, ob das stimmt, und ich kann es nicht beweisen. Ich glaube das aber aufgrund meiner Kenntnis von Stark und der Tatsache, dass seine Fernmeldeverbindungen zu Kimmel gleich gut, wenn nicht gar besser als die von Marshall zu General Short waren. Er unternahm keine Anstrengungen, Kimmel am Morgen des 7. Dezember zu warnen, sondern er überließ das Marshall.“*⁴³³

431 Ebenda, Seiten 96f

432 Richardson, On the Treadmill to Pearl Harbor

433 Von Beach in seinem Buch Scapegoats auf Seite 201 zitiert

Captain Beach hat außerdem geschrieben:

„Richardson hat erklärt, dass er sicher war, dass es „irgendeine Weisung von oben“ gegeben hatte, dass nur Marshall befugt war, einen solchen Warnanruf zu machen, dass er [Richardson] aber geglaubt hat, dass Stark trotzdem anrufen würde und dass er ihm nie vergeben hat [es nicht getan zu haben], Richardson war sicherlich empört und die ganze Marine wäre es gewesen, wenn sie davon gewusst hätte.“⁴³⁴

Die offene Frage ist, warum Präsident Roosevelt nicht wollte, dass Marshall und Stark eine Warnung an General Short und Admiral Kimmel in Pearl Harbor durchgeben. Während der Anhörung des gemeinsamen Kongress-Ausschusses hat Senator Homer Ferguson aus Michigan General Short befragt, was er dächte, was passiert wäre, wenn der Befehlshaber in Pearl Harbor vom bevorstehenden Angriff informiert worden wäre. General Short hat dazu ausgesagt:

„Es bestand eine sehr große Wahrscheinlichkeit, dass sie [die Japaner] umgekehrt wären. ... Das hätten sie wohl getan, weil sie fühlten oder wussten, dass sie schwere Verluste hätten hinnehmen müssen. Die Überraschung war ihre einzige Chance auf Erfolg.“⁴³⁵

Diese Schlussfolgerung scheint offensichtlich: Roosevelt wollte es gar nicht erst zu der Gelegenheit kommen lassen, die Japaner davon abzuhalten, den „ersten Schuss“ abzufeuern. Anders als Lincoln bei Fort Sumter, wo es keine Verwundeten und Gefallenen als Folge davon gab, dass die Südstaatler das Feuer eröffnet hatten, hat Roosevelt mit seinem Vabanquespiel immense Verluste hingenommen.

Kriegsminister Henry Stimson hat in seinem Tagebuch berichtet, wie er von der Sorge über die Frage befreit gewesen ist, wie man die Japaner in einen Krieg verwickeln könnte, als die Japaner nun Pearl Harbor bombardiert hatten. Er trug am Sonntag, den 7. Dezember um 14 Uhr ein, er hätte einen Anruf vom Präsident erhalten, Pearl Harbor wäre angegriffen worden. Dann

434 Ebenda, Seite 96

435 Morgenstern, Pearl Harbor, Seite 259

hat er dem Tagebuch anvertraut: „Wir dachten alle drei [Hull, Knox und Stimson], dass wir kämpfen müssen, wenn die Briten kämpfen. Aber jetzt haben die „Japsen“ das ganze Problem gelöst, weil sie uns auf Hawaii direkt angegriffen haben.“⁴³⁶ Stimson hat außerdem ins Tagebuch geschrieben:

*„Als die ersten Nachrichten einliefen, war ich erleichtert, dass die Entscheidung erledigt war, und dass es in einer Weise zur Krise gekommen war, die unsere Bevölkerung zusammenführen würde. Das blieb auch trotz der Katastrophe, die sich nun schnell entwickelte, mein vorherrschendes Empfinden. Ich denke so, weil unsere so vereinte Nation praktisch nichts zu befürchten hat, während die Teilnahmslosigkeit und Zerstrittenheit, die von unpatriotischen Männern geschürt worden war, bisher sehr entmutigend gewesen ist.“*⁴³⁷

Morgensterns Kommentar als Herausgeber zu Stimsons Tagebucheintragung ist an dieser Stelle: „In anderen Worten war Stimsons Ansicht, dass es patriotisch war, für das Britische und das Niederländische Empire in den Krieg zu ziehen und unpatriotisch, zu versuchen, den Frieden zu erhalten.“⁴³⁸ Stimson hat hier eindeutig den Standpunkt des Anglo-Amerikanischen Establishments vertreten, der inzwischen mit den Interessen von Morgan und Rockefeller identisch geworden war.⁴³⁹ Murray Rothbard äußert sich über die Verschmelzung der Anstrengungen von Morgan und Rockefeller zum Zwecke, Amerika in den Zweiten Weltkrieg zu bringen:

„In den 30er Jahren machten die Rockefellers Druck für einen Krieg mit Japan, in dem sie einen starken Konkurrenten um die Öl- und Gummih Rohstoffquellen in Südostasien erblickten und eine Gefahr für Rockefellers Lieblingstraum vom riesigen China-Markt für Erdölprodukte. Andererseits vertraten die Rockefellers die Position der Nicht-Interventionisten für Europa, wo sie enge Verbindungen mit der IG Farben-Gesellschaft in

436 Ebenda, Seite 308

437 Ebenda, Seite 309

438 Ebenda

439 Stimson war ein enger Parteigänger der Morgan-Interessen. Er war ein Anwalt der Wall Street und ein Schützling von Morgans persönlichem Anwalt Elihu Root. Er diente als Kriegsminister unter den Präsidenten Taft und Franklin Roosevelt und als Außenminister unter Herbert Hoover. Siehe Rothbard, Wall Street, Banks and American Foreign Policy, Seite 18

*Deutschland unterhielten und nur wenig lose Bindungen nach England und Frankreich. Im Gegensatz dazu waren die Morgans auf ihre Finanzverbindungen mit England und Frankreich festgelegt. Sie entschieden sich daher früh noch einmal für einen Krieg gegen Deutschland, während ihre Interessen in Fernost inzwischen gering geworden waren. In der Tat war der amerikanische Botschafter in Japan Joseph C. Grew ein früherer Morgan-Teilhaber, eine der ganz wenigen Amtspersonen unter der Roosevelt-Regierung, die aufrichtig am Frieden mit Japan interessiert war. Der Zweite Weltkrieg könnte daher, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, als ein Koalitionskrieg angesehen werden: die Morgans bekamen ihren Krieg in Europa und die Rockefellers ihren in Asien.*¹⁴⁴⁰

Roosevelt wusste, dass, wenn Japan in den Krieg eingetreten war, Deutschland demnächst folgen würde. Eines der diplomatischen Gespräche, das am 29. November 1941 von den Amerikanern mitgehört worden war, war eines zwischen dem japanischen Botschafter und von Ribbentrop, dem deutschen Außenminister, in dem letzterer erklärt hat: *„Wenn Japan in einen Krieg gegen die USA verwickelt werden sollte, wird Deutschland natürlich sofort in den Krieg eintreten*“ In der Nacht vom 7. Dezember 1941, nach dem Luftangriff auf Pearl Harbor, rief Roosevelt sein Kabinett und die Parteiführer im Kongress im Weißen Haus zusammen, um den Pearl Harbor-Angriff zu besprechen. Er sagte zu den Versammelten, dass „wir Grund zu der Annahme haben, dass die Deutschen den Japanern erklärt haben, dass sie, wenn Japan den Krieg erklärt, es auch tun würden. Mit anderen Worten, eine Kriegserklärung von Japan zieht automatisch ...^{1/442}

Der Präsident unterbrach den Satz an dieser Stelle und führte ihn auch nicht zu Ende, aber diese Einlassung zeigte klar, dass ihm die aufgefangene [14teilige] japanische Botschaft längst bekannt war, und dass er wusste, dass der japanische Angriff den Hintereingang zum Krieg mit Deutschland öffnen würde. Das war ja Roosevelts eigentliche Absicht.

440 Ebenda, Seiten 27f

441 Morgenstern, Pearl Harbor, Seite 189

442 Ebenda, Seite 298

Die Verteidiger Roosevelts bleiben dabei, dass die Regierung in Washington ja ausreichende Warnungen an die Kommandeure in Pearl Harbor übermittelt hat. Die folgenden Warnungen wurden [tatsächlich] auf den Weg gebracht und hier von Morgenstern zusammengefasst:⁴⁴³

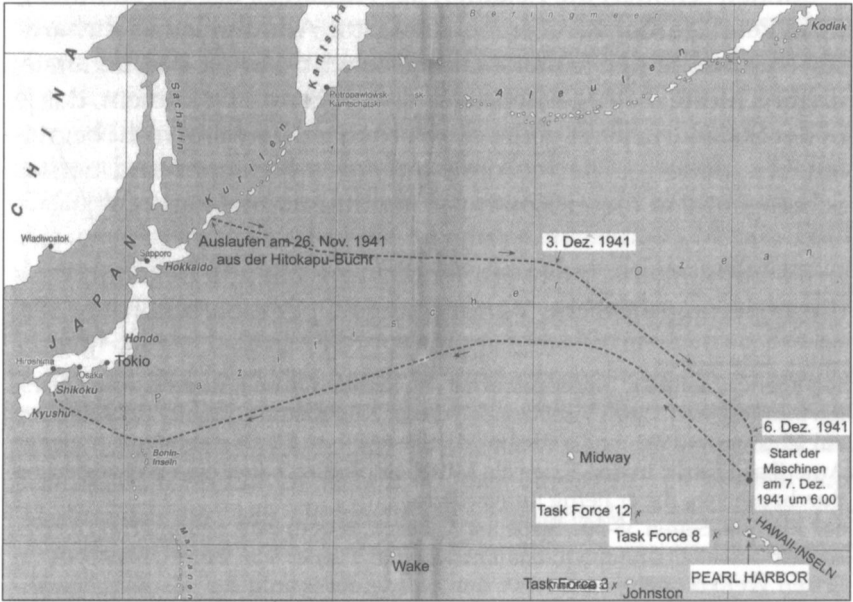
1. Am 16. Oktober 1941 wurde Kimmel darüber informiert, dass in Japan ein neues Kabinett gebildet worden war, und dass ein Krieg zwischen Japan und Russland sehr wahrscheinlich wäre. Es wurde auch erklärt, dass sich ein Krieg zwischen Japan und den USA und Großbritannien ereignen könnte.
2. Am 24. November 1941 erhielt Admiral Kimmel einen Text des Inhalts, dass erfolgreiche Verhandlungen bezweifelt werden müssten, und dass man einem möglichen Angriff der Japaner gegen die Philippinen oder Guam entgegensehen müsste.
3. Am 25. November 1941 gab es eine Mitteilung, die man kaum als Warnung ansehen konnte.
4. Am 27. November 1941 kam die Nachricht „Betrachten Sie dies Telegramm als eine Kriegswarnung.“⁴⁴⁴ Des weiteren mutmaßte man im Telegramm, dass die Philippinen, die Kar Halbinsel oder Borneo die möglichen Ziele der Japaner sein könnten. Es wurde auch noch ausgeführt, dass besondere Vorkehrungen gegen Sabotage getroffen werden sollten. Das führte dazu, dass Flugzeuge in die Mitte der Landebahnen gerollt und dort gegen Sabotage bewacht wurden. Das aber machte sie zu leichten Zielen für die Luftangriffe am 7. Dezember.
5. Schließlich wurde in einer zweiten Warnung am 27. November 1941 mitgeteilt, dass die Verhandlungen mit Japan beendet wären. Diese Nachricht enthielt die Feststellung, dass „die USA wünschten, dass Japan den ersten offenkundigen Schritt zur Kriegseröffnung gehen sollte.“ Sie instruierte Kimmel auch, dass keine Bewegungen gemacht oder demonstrative Maßnahmen ergriffen werden sollten, die die Zivilbevölkerung beunruhigen könnten.“⁴⁴⁵

443 Ebenda, Seiten 223-142

444 Ebenda, Seite 225

445 Ebenda, Seite 226

Wenn man diese Warnungen mit dem vergleicht, was in Washington bekannt, aber den Kommandeuren in Pearl Harbor vorenthalten worden war, wird offensichtlich, dass Roosevelt sich das Überraschungsmoment nicht nehmen lassen wollte und damit riskieren, dass die Japaner ihren Angriff abblasen und nicht zuerst schießen würden. Er musste sein Wahlversprechen erfüllen, dass er sich in keine fremden Kriege einmischen werde, es sei denn, die USA würden zuerst selbst angegriffen. Er musste sein Kriegsversprechen an Churchill und die Briten einlösen, dass er mit irgendwelchen Behelfen in den Krieg gegen Deutschland eintreten würde, selbst wenn es dazu der Hintertüre eines Kriegs mit Japan bedurfte.



Karte des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor

Die Vertuschung

Nachdem Roosevelt den Kongress um eine Kriegserklärung gebeten hatte, war eine seiner ersten Maßnahmen, eine Kommission mit dem begrenzten Auftrag einzusetzen, zu untersuchen, wie es dazu kommen konnte, dass der Überraschungsangriff so katastrophale Folgen hatte. Die Richtlinien für die Kommission schlossen ausdrücklich jede Untersuchung der Vorgänge in Washington aus.⁴⁴⁶ Die Kommission nahm geheime Vernehmungen in Pearl Harbor vor. Es war weder Admiral Kimmel noch General Short gestattet, Beweise beizusteuern noch Zeugen gegenübergestellt zu bekommen. Ihnen wurde jede Teilnahme an den Untersuchungen verwehrt. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass diese zwei befehlshabenden Offiziere allein schuld an der mangelhaften Vorbereitung gewesen waren, die das Debakel verursacht hatte. Präsident Roosevelt degradierte beide und zwang sie, den Dienst in Ungnade zu quittieren.⁴⁴⁷

Stinnett schildert die Reaktion des Admirals, der das Kommando in Pearl Harbor vor Kimmel innehatte. Admiral James Richardson verurteilte den Untersuchungsbericht: „Er ist das unfairste, ungerechteste, betrügerischste und verlogenste Dokument, das je in der Staatsdruckerei gedruckt worden ist. Ich kann nicht begreifen, wie honorige Herren ohne äußerstes Bedauern und tiefstes Schamgefühl in dieser Kommission mitgearbeitet haben.“⁴⁴⁸

Bis zu Stinnetts Buchveröffentlichung blieb unbekannt, dass die regierungsamtliche Vertuschungs-Operation schon vor Ar-

446 Ebenda, Seite 41. Roosevelt ernannte Richter Owen J. Roberts vom Obersten Bundesgericht zum Vorsitzenden dieser Kommission. Richter Roberts hatte am 19. August 1941 eine Rede im Madison Square Garden gehalten, in der er Amerikas Eintritt in den Krieg als Mittel empfohlen hatte, eine Weltregierung durchzusetzen, die er heftig unterstützte.

447 Ebenda, Seiten 38-50. Siehe auch Beach, *Scapegoats*, Seiten 113-117. Das ist fast dasselbe Drehbuch, das mit Kapitän Turner von der LUSITANIA im Ersten Weltkrieg abgelaufen ist. Ihm wurde die Schuld für die damalige Katastrophe zugeschoben; und er zum Sündenbock gemacht. Damit wurde die Aufmerksamkeit von Churchill und der britischen Regierung abgelenkt.

448 Stinnett, *Day of Deceit*, Seite 255

beitsbeginn der Kommission begonnen hatte. Stinnett schreibt dazu:

„Die Hauptbeweise für das, was passiert war, wurden bereits ab dem 11. Dezember versteckt, nur vier Tage nach dem Angriff. Den Anfang der Aktion befahl Konteradmiral Leigh Noyes, der Chef des Marine-Fernmeldedienstes. Er führte die 54-Jahres-Zensur-Regel ein, nach der alle Abhörprotokolle über japanische Militär- und Diplomaten-Funksprüche und -Telefongespräche aus der Zeit vor dem Pearl Harbor-Angriff und die dazugehörigen eigenen Anweisungen an den [zentralen] Marine-Tresor zu übergeben waren. Am 11. Dezember befahl Noyes einer untergebenen Abteilung: „Vernichtet alle Notizen und Schriftstücke,“¹⁴⁴⁹

Stinnett zeigt, wie die Verschleierung auch nach dem Kriege weiterlief:

„Zwei Wochen nach der japanischen Kapitulation im August 1945 sperrte die Marine den öffentlichen Zugang zu den Abhörprotokollen aus der Zeit vor Pearl Harbor, indem sie alle Dokumente als „Streng geheim“ einstufen ließ. Selbst der Kongress wurde aus dem Umlauf von Abhörprotokollen ausgeschlossen. Die Marine-Befehle haben reinen Tisch gemacht. Das Entschlüsselungs- und Abhörpersonal, das den japanischen Funkverkehr im Herbst 1941 bearbeitet hatte, wurde mundtot gemacht. Flottenadmiral Ernest King überwachte die Zensur. Er drohte jedem Marineangehörigen, der den Erfolg der Entschlüsselung enthüllte, Gefängnisstrafen und den Verlust von Bezügen und Pensionen an. Als am 15. November 1945 die Kongress-Untersuchungen zum Pearl Harbor-Angriff begannen, glaubten die Amerikaner, ihnen würden nun alle Einzelheiten über das Entschlüsseln der japanischen Codes vor dem Angriff offenbart. Zeugen führten aufgefangene Nachrichten als Beweismittel ein und lasen den Senatoren und Abgeordneten im Ausschuss entschlüsselte Telegramme vor. Es war eine totale Augenwischer ei. Kein Detail zum Abhören, Entschlüsseln und zur Verteilung der japanischen Marine-Funkmeldungen kam dabei ans Tageslicht. Es wurden nur Nachrichten aus dem Diplomaten- Fernmeldeverkehr offengelegt. Die Republikaner vermuteten zwar eine Informationssperre, aber sie konnten den Maulkorb-Befehl des Admirals King nicht durchbrechen.“¹⁴⁵⁰

449 Ebenda

450 Ebenda; Seiten 256f

Erst im Mai 1999, fast 58 Jahre später, leitete der US Senat eine weitere Untersuchung ein und versuchte, das schwere Unrecht, das Präsident Roosevelt den fähigen Berufsoffizieren angetan hatte, wieder gut zu machen. Roosevelt hatte beide als Sündenböcke für den Überraschungsangriff von Pearl Harbor vorgeschoben. Ein Beschluss des Senats gab beiden Offizieren posthum ihren alten Rang zurück und erklärte, dass sie ihre Pflichten „vollends und professionell“ erfüllt hätten, und dass der japanische Angriff nicht das Ergebnis ihrer Dienstpflichtverletzung gewesen wäre.⁴⁵¹ Der US Senat fand außerdem zu einer äußerst wichtigen Erkenntnis:

„Zahlreiche Untersuchungen nach dem Angriff auf Pearl Harbor haben schriftlich bezeugt, dass der damalige Admiral Kimmel und der damalige Generalleutnant Short nicht mit den erforderlichen und entscheidenden Aufklärungsergebnissen, die verfügbar waren, versorgt worden sind. Das sind Nachrichten, die auf den Krieg mit Japan hingewiesen, die vor dem unmittelbar bevorstehenden Angriff gewarnt haben und die beide zu Vorbereitungen auf den Angriff alarmiert hätten. Das schließt so wichtige Berichte ein, wie die über die japanischen Bomben-Ziel-Pläne vom 24. September 1941 und die Nachricht vom kaiserlich japanischen Außenministerium an den japanischen Botschafter in den USA vom 6.-7. Dezember 1941, bekannt als die 14teilige Botschaft.“⁴⁵²

Der Senat wusste noch nichts von den sensationellen Enthüllungen in Robert Stinnetts Buch, das erst nach den Anhörungen veröffentlicht worden ist. Vielleicht wird das amerikanische Volk eines Tages endgültig die wahren Hintergründe des 7. Dezembers 1941 verstehen und wird „in Schande leben“, weil sein Präsident zum „absoluten Herrscher“ geworden war, der die amerikanischen Soldaten bei Pearl Harbor verraten und den US Kongress übel getäuscht und das amerikanische Volk in einen unnötigen Krieg geführt hat.

451 Siehe Roth: Gesetzesnovelle Nr. 388 zum Verteidigungs- Ermächtigungsgesetz des US Senats des 106. Kongresses, 1. Sitzung am 25. Mai 1999 und Senats-Protokoll vom 24. Mai 1999, Abschnitt 582, Seite S 5879

452 Ebenda, Senate Congressional Record, Seite 5878

Stinnetts Buch enthüllt die hässliche Wahrheit über die Verbrechen, wenn nicht sogar den Landesverrat, des Präsidenten Roosevelt. Das Buch lässt keinen Zweifel daran, dass Roosevelt die Japaner provoziert hat, den „ersten Schuss“ abzugeben und wie er die entscheidenden Informationen vor den Kommandeuren in Pearl Harbor zurückgehalten hat. Diese Kenntnisse hätten es ihnen ermöglicht, den japanischen Angriff zu verhindern oder sich zu schützen. Das Buch zeigt außerdem die massiven Vertuschungsaktivitäten, die Roosevelt selber angeordnet hat. Es schildert auch die vom Präsidenten angestiftete und von seinen militärischen und zivilen Untergebenen ausgeführte Verschwörung, Admirai Kimmel und General Short die Rolle von Sündenböcken zuzuschieben, indem sie die Aufmerksamkeit von den politischen Intrigen in Washington auf beide umgeleitet haben. Das Buch bestätigt auch, dass die Macht des Präsidentenamts und der Exekutive zu Verrat und Bestechlichkeit geführt hat, wie einst zu Zeiten der übelsten römischen Cäsaren. Die Unterstützer Roosevelts sind nun auf ihr Maß als irrende, lächerliche und üble Machiavellisten reduziert, die sich damit verteidigt haben, dass das Ergebnis - der Krieg gegen Deutschland - ihre Mittel rechtfertigte, nämlich die Japaner durch das Opfern der eigenen Soldaten und Schiffe in Pearl Harbor zum „ersten Schuss“ des Krieges zu verleiten.

5

Lincoln und Roosevelt: Amerikanische Cäsaren

Es ist interessant, Lincoln und Roosevelt zu vergleichen, Lincoln und seinen Verrat, mit dem er den südlichen „Feind“ veranlasst hat, den „ersten Schuss“ auf Fort Sumter abzugeben, der den Bürgerkrieg eröffnet hat mit Roosevelts ähnlicher Manipulation, die den Angriff auf Pearl Harbor ausgelöst und Amerika in den Zweiten Weltkrieg geführt hat.

Arthur M. Schlesinger jr., ein bekannter amerikanischer „Hof-Historiker“ hat eine eindeutige Verteidigung sowohl für Abraham Lincolns als auch für Franklin D. Roosevelts verwerfliches Verhalten geschrieben, ihre jeweiligen unnötigen amerikanischen Kriege vom Zaun zu brechen. Er belegt ihr verfassungswidriges Verhalten ganz eindeutig und er spendet ihnen Lob dafür. Er versucht das Handeln beider damit zu rechtfertigen, dass sie in Krisen um das Überleben der amerikanischen Regierung handeln mussten, und dass ihre verfassungswidrigen Aktionen deshalb „notwendig“ gewesen wären. Schlesinger erklärt, „dass der Zweite Weltkrieg nächst dem amerikanischen Bürgerkrieg die größte Krise in der amerikanischen Geschichte gewesen ist.“⁴⁵³ Seine Verteidigung dieser zwei „großen“ Präsidenten liest sich wie folgt:

„Roosevelt tat 1941, was er tat, wie Lincoln 1861 offensichtlich auf allgemeinen Wunsch und auf Grund nationaler Notwendigkeit. Beide Präsidenten handelten vor aller Augen und begleitet von einer völlig freien politischen Debatte. Sie haben getan, was sie glaubten, zur Rettung der Republik tun zu müssen. Sie stellten sich danach der Gerichtsbarkeit des Landes und ließen sich an der Rechtschaffenheit ihrer Motive messen. Was auch immer Lincoln und Roosevelt unter dem Druck der Krise glaubten, tun zu müssen, hat ihre wesentliche Bindung an die verfassungsmäßigen und demokratischen Abläufe nicht verletzt“.⁴⁵⁴

453 Arthur M. Schlesinger jr., The Imperial Presidency, Boston, Houghton Mifflin, 1973, Seite 116

454 Arthur M. Schlesinger jr., War and the Constitution, Abraham Lincoln and

Dennoch erkennt Schlesinger den ungeheuerlichen Präzedenzfall an, den diese beiden Präsidenten mit der Verletzung der eindeutigen Verfassungsgrenzen für ihr Amt geschaffen haben: „Es *besteht dennoch die Gefahr, dass die Inhaber der Macht während wirklicher Gefahrensituationen auch Präzedenzfälle für Überschreitungen der Exekutivbefugnisse in solchen Gefahren schaffen, die nur in der Einbildung des Präsidentenbüros bestehen und die für die Masse der Bevölkerung nicht erkennbar sind. Die ewige Frage ist: Wie unterscheidet man wirkliche Krisen, die die Existenz der Republik bedrohen, von den Alpträumen wahnsinniger Präsidenten, die von Beratern mit Wahnvorstellungen angetrieben werden? Die Notwendigkeit, so sagt Milton, ist „die ewige Ausrede der Tyrannen.“*“⁴⁵⁵

Lassen Sie uns dieser Aussage John Miltons eine gezieltere Warnung William Pitts⁴⁵⁶ aus seiner Rede vor dem Unterhaus vom 18. November 1783 hinzufügen: „Notwendigkeit ist die Ausrede für jede Verletzung der Freiheit der Menschen. Sie ist das Argument der Tyrannen.“⁴⁵⁷ Schließlich ist es auch noch lehrreich, die Begleitumstände von Lincoln bei Fort Sumter mit denen von Roosevelt bei Pearl Harbor zu vergleichen. In keinem Falle lag ein „Überraschungs-“ Angriff durch den Feind vor.

Tatsächlich stand in beiden Fällen ein längerer Zeitraum, nämlich viele Monate vor dem „ersten Schuss“, zur Verfügung, in dem Lincoln und Roosevelt ausgiebig Gelegenheit hatten, mit den angeblichen Feinden zu verhandeln. Die Feinde hatten doch verzweifelt versucht, friedliche Einigungen zu erreichen. In beiden Fällen weigerten sich die Präsidenten, in guter Absicht zu verhandeln. Lincoln gab völlig falsche und widersprüchliche Erklärungen vor den Konföderierten und dem Kongress ab.

Franklin D. Roosevelt, in Lincoln, the War President, The Gettysburg Lectures, Gabor S. Boritt ed., New York, Oxford University Press, 1992, Seite 174

455 Ebenda, Seite 176

456 Anmerkung des Herausgebers: William Pitt der Ältere war von 1782-1783 britischer Premierminister.

457 John Bartlett, Familiar Quotations, Emily Morrison Beck ed., 14th ed. Boston, Little, Brown, 1968, Seite 496

Er weigerte sich sogar, mit den Bevollmächtigten der Konföderierten zu verhandeln. Auch Roosevelt hat Gespräche mit dem japanischen Ministerpräsident Konoye abgelehnt, eine Weigerung, die zum Sturz der gemäßigten und um Frieden bemühten Konoye-Regierung geführt und das militante Tojo-Regime ins Amt gebracht hat. Beide, sowohl Lincoln als auch Roosevelt, haben das amerikanische Volk und den Kongress mehrfach über ihr Tun belogen, während sie heimlich den „Feind“ zur Abgabe des „ersten Schusses“ der jeweiligen Kriege verleitet haben. Beide haben ihre jeweiligen Streitkräfte als Köder für die „ersten Schüsse“ ihrer Gegner ausgelegt.

Auch ein Vergleich der Begleitumstände zeigt klar, dass beide Präsidenten ausreichend Gelegenheit hatten, ihre Argumente und die Kriegsentscheidung dem Kongress zu unterbreiten, wie es die Verfassung eindeutig von ihnen verlangt hat. In beiden Fällen hat der Kongress verzweifelt versucht, herauszufinden, was die Präsidenten wirklich taten, und in beiden Fällen gelang es den Präsidenten, das vor dem Kongress zu verbergen. In Lincolns Fall hätte der Kongress wahrscheinlich keinen Krieg erklärt, nicht für die wirklichen Kriegsgründe des Präsidenten und auch nicht für seine vorgeschobenen Propagandagründe. Ähnlich hätte Roosevelt die Kriegsentscheidung dem Kongress vorlegen und versuchen können, ihn und die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass wir uns mit der Sowjetunion und Großbritannien zusammentun mussten, um die Gewaltherrschaft in Deutschland zu bekämpfen. Das hätte angesichts der Tatsache, dass der Kongress wohl keinen Krieg erklärt und kein Zusammengehen mit der Sowjetunion hätte haben wollen, zu einer Blamage für die Roosevelt-Regierung werden können. Die Sowjetunion war damals schon eines der größten Gewaltregime, das die Welt je gesehen hatte, während Deutschland, der Hauptgegner der Sowjetunion gewesen ist. Die Mehrheit im Kongress war sich gewiss der kommunistischen Gefahr bewusst, während Roosevelt offensichtlich die totale Schlechtigkeit Stalins oder des Kommunismus nie erfasst hat. Roosevelt gab Stalin während des Krieges alles, was er haben wollte, und er sprach von ihm

als „Onkel Joe“. Die Kriegskonferenzen von Teheran [28.Nov. bis 1.Dez.1943] und Jalta [4.bis 11. Feb.1945] belegen Roosevelts völlige und insgeheime Kapitulation gegenüber dem Kommunismus in Russland und China.⁴⁵⁸

1939, bevor der Zweite Weltkrieg in Europa anfang, war allgemein bekannt, dass Stalin bereits mehr als 10 Millionen unschuldige und unbewaffnete Menschen hatte umbringen lassen, davon 3 Millionen russische Bauern zwischen 1928 und 1935. Der Kommunismus hielt das Privateigentum für das Hauptübel der Welt und nahm der selbstversorgenden Landbevölkerung deshalb ihren Privatbesitz an Grund und Boden weg.⁴⁵⁹ In den Jahren 1936 bis 1939 ließ Stalin außerdem ein paar weitere Millionen während seiner Schreckensherrschaft nach „Schauprozessen“ ermorden, um die Kommunistische Partei von solchen Leuten zu befreien, die er für illoyal hielt.⁴⁶⁰ Hitler auf der anderen Seite hatte vor 1939 weniger als hunderttausend Menschen ermorden lassen, vor allem bei der Säuberung der Sturmabteilungen, der so genannten SA, im Juni und Juli 1934.⁴⁶¹ Das sei hier nicht erwähnt, um Hitler zu verteidigen oder zu leugnen, dass er schlimm war, sondern zum Vergleich der zwei Mörder und Tyrannen, so wie der Kenntnisstand über beide in der fraglichen Zeit von 1939 bis 1941 war. Der Vergleich zeigt, dass Roosevelt kaum den Kongress hätte auffordern können, [Deutschland] den Krieg zu erklären und sich dazu mit Stalin und dem Kommunismus zu verbünden und gleichzeitig zu behaupten, man täte das, um einen edlen Krieg gegen Gewaltherrschaft zu führen.

458 George N. Crocker, *Roosevelt's Road to Russia*, Chicago, Henry Regnery, 1959. Als Erklärung für die Auslieferung Chinas an den Kommunismus durch Roosevelt siehe: Anthony Kubek, *How the Far East Was Lost, American Policy and the Creation of Communist China 1941-1949*, Chicago, Henry Regnery, 1963. Siehe auch Perlmutter, *FDR and Stalin*.

459 R. J. Rummel, *Death by Government*, New Brunswick, N. J. Transaction Publishers, 1995, Seite 10. Siehe auch Robert Conquest, *The Harvest of Sorrow, Soviet Collectivization and the Terror-Famine*, New York, Oxford University Press, 1986

460 Rummel, *Death by Government*, Seite 10. Allgemeines darüber siehe Robert Conquest, *The Great Terror, Stalin's Purge of the Thirties*, New York, Macmillan, 1986

461 Rummel, *Death by Government*, Seiten 111-122

Der Vergleich zwischen Privatwirtschaft und Freier Wirtschaft

Ein weiterer interessanter Vergleich zwischen den Situationen, welche die Entscheidungen von Lincoln und Roosevelt beeinflusst haben, ergibt sich aus den wirtschaftlichen Interessen der Eliten, die eine große Rolle bei den beiden Präsidenten gespielt haben, als sie die Kriege angezettelt haben. Es ist anzuzweifeln, dass Lincoln oder Roosevelt den Einfluss dieser wirtschaftlichen Interessen bei einer Kongress-Sitzung hätten offen legen wollen, wenn eine Entscheidung über eine Kriegsbeteiligung angestanden hätte. Das Studium der Geschichte zeigt, dass wirtschaftliche Gesichtspunkte bei Kriegseröffnungen immer eine große Rolle gespielt haben, dass sie aber vor der Öffentlichkeit selten als Gründe offenbart worden sind.

Viele Unternehmer und Banker glauben an die „private Wirtschaft“, aber nicht an die „freie Wirtschaft“. In Lincolns Fall hofften sich die „Privatwirtschafts“- Kapitalisten einen Krieg, um die Südstaaten von der Errichtung einer Freihandelszone mit niedrigen Zolltarifen abzuhalten. Sie wünschten, dass Lincoln ihre besonderen Interessen mit hohen Zöllen schützen würde, und dass er die Südstaaten zwingen würde, in der Union zu bleiben und Steuern zu bezahlen. Diese Art von Leuten wünschte sich eine Zweckgemeinschaft zwischen der Privatwirtschaft und der Regierung. Das entspricht dem Wesen des Faschismus und war schon der Grund für viele Kriege. Im Falle von Roosevelt war er als Präsident weitgehend unter dem Einfluss, zeitweise sogar unter der Kontrolle des Anglo-Amerikanischen Establishments, das aus bedeutenden Unternehmern und Bankern bestand. Sie besaßen oder vertraten riesige wirtschaftliche Beteiligungen in den USA und weltweit. Sie wollten auch eine Partnerschaft mit der Regierung, um ihre privaten Geschäfte und wirtschaftlichen Interessen vor allem vor der gefürchteten industriellen und wirtschaftlichen Konkurrenz aus Deutschland und Japan abzuschirmen. Heutzutage umfasst die amerikanische Wirtschaft viel mehr als nur die Morgan- und Rockefeller-Firmen, aber sie ist genauso rührig im

Bemühen, Einfluss auf die Regierung auszuüben, vor allem in der Außenpolitik. Sie versucht besonders, ihre wirtschaftlichen Interessen über den Präsidenten voranzutreiben.

Ludwig von Mises machte einen klaren Unterschied zwischen „privater Wirtschaft“ und „freier Wirtschaft“. Er redete der völligen Trennung von Wirtschaft und Regierung das Wort, genauso wie der Trennung von Staat und Kirche. Das schloss nicht nur eine Reglementierung oder Lenkung durch den Staat aus, sondern auch eine wirtschaftliche oder militärische Partnerschaft zur oder mit Hilfe der Regierung. In einem freien Wirtschaftssystem müsste jede Firma, jede Bank, die ihre Geschäfte weltweit betreiben wollte, das auf ihr eigenes Risiko und ohne Regierungshilfe tun. Da gäbe es keine Auslandshilfe, vor allem keine, um ausländische Diktatoren zu stützen, die wiederum mit irgendwelchen besonderen Wirtschaftsinteressenten Geschäfte machen sollten. Es dürfte keine Kriege geben, die verwüstete Regionen wie Bosnien oder Jugoslawien hinterlassen, die anschließend von der amerikanischen Wirtschaft wieder aufgebaut werden sollen. Die hat die politischen Einflussmöglichkeiten, um an diese Aufträge zu kommen. Mises glaubte daran, dass die Trennung von Wirtschaft und Regierung notwendig wäre, um Frieden zu erhalten, statt Kriege zu entfachen.

Eine wichtige Erkenntnis von Mises und der Österreichischen Wirtschaftsschule war, dass Regierungseingriffe und Wirtschaftslenkung die eigentlichen Ursachen für die Zyklen von Hochkonjunktur und Depressionen sind, während ein freier Markt sehr stabil ist und sich in kurzen Zeiten selbst einpendelt. Mises wies auch nach, dass sich Pflichtmonopole nur durch Regierungseinfluss bilden und nicht in freien Märkten. Deshalb braucht die Wirtschaft keine Staatslenkung oder Kontrolle, um stabil zu bleiben. Sie funktioniert auch besser völlig unabhängig von Regierungseinfluss.

Eine weitere Empfehlung von Mises lautete, die Größe und Macht der Zentralregierungen generell zu reduzieren, um die individuellen Freiheiten [im Staat] zu schützen:

„Dauerhaften Frieden kann es nur im perfekten Kapitalismus geben, deshalb ist er bis heute nie und nirgendwo ganz verwirklicht worden. In solch einer jeffersonschen Welt der unbehinderten Marktwirtschaft ist der Umfang des Regierungshandelns auf den Schutz des Lebens, der Gesundheit und des Privateigentums gegen Gewalt und Betrug begrenzt.⁴⁶² ... Alle Rhetorik der Befürworter von Staatsallmacht kann die Tatsache nicht leugnen, dass es nur ein System gibt, das für dauerhaften Frieden sorgt: eine freie Marktwirtschaft. Regierungseinfluss führt zu Wirtschaftsnationalismus und auf diesem Wege zu Konflikten.“⁴⁶³

Eine völlige Trennung von Wirtschaft und Regierung ist das, was Mises mit „perfektem Kapitalismus“ meint, was den Frieden und den Wohlstand fördert statt Krieg und Wohlfahrt.

*Einfluss aus dem Ausland -
Das Anglo-Amerikanische Establishment*

Zu Roosevelt: Eine ausländische Regierung hat ihn klar beeinflusst. Sie hat geheim und direkt mit ihm zusammengearbeitet, um die USA in den Zweiten Weltkrieg hineinzuziehen. Das geschah in grober Verletzung der Warnung, die einst Präsident Washington in seiner Abschiedsrede hinterlassen hatte, keiner ausländischen Regierung Einfluss auf die Führung der amerikanischen Politik zu gestatten. Solches ist noch heute ein Problem der amerikanischen Außenpolitik. Amerikas Politiker haben nicht nur Präsident Washingtons Warnung über den gefährlichen Einfluss fremder Mächte ignoriert, sondern auch seinen hervorragenden Rat, uns nicht auf Dauer in Allianzen wie die Vereinten Nationen oder die NATO einbinden zu lassen. Washington gab uns den Rat, so wenig außenpolitische Bindungen mit fremden Regierungen wie möglich einzugehen, statt dessen Handelsbeziehungen mit allen, ohne besondere Präferenzen, zu unterhalten. Mises und Washington redeten nicht dem Isolatio-

462 Ludwig von Mises, *Omnipotent Government, The Rise of the Total State and Total War*, New Rochelle, N. Y. Arlington House, 1969, Seite 264

463 Ebenda, Seite 286

nismus das Wort. Sie sprachen sich für den Welthandel mit allen Nationen aus.

Präsident Washington hatte ausdrücklich davor gewarnt, sich in die europäischen Streitigkeiten verwickeln zu lassen. Unter Präsident Clinton⁴⁶⁴ haben die USA wieder die wilsonsche Außenpolitik aufgegriffen, als Weltpolizist Kreuzzüge durch die ganze Welt zu unternehmen. Dabei wurde der Imperialismus als Humanität verkauft und eine Politik betrieben, die die amerikanischen Streitkräfte in Angelegenheiten verwickelt hat, die in keiner Beziehung zu den wirklichen amerikanischen Interessen oder zur Verteidigung des amerikanischen Volkes oder seiner Heimat stehen. Zahlreiche Mitglieder des Kongresses rufen jetzt wieder nach der Wehrpflicht, um genug Soldaten für die Rolle des Weltpolizisten zur Verfügung zu haben. Charles Beard, ein bekannter Historiker, warnte, dass wir unsere Freiheit verlieren, wenn wir eine Politik des „ewigen Kriegs für den ewigen Frieden“ verfolgen.⁴⁶⁵ Und es war einer unserer Gründungsväter, James Madison, der gewarnt hat „Keine Nation kann ihre Freiheit während eines lang anhaltenden Kriegs erhalten.“⁴⁶⁶ Der Krieg führt die politische Macht notwendigerweise in den Händen weniger zusammen - besonders in denen des Präsidenten - und lässt die Freiheit aller schwinden.

Die Renaissance des Traums unserer Gründungsväter

Wenn die Amerikaner den Traum unserer Gründungsväter wiederbeleben und Frieden und Wohlstand haben wollen anstatt Krieg und Wohlfahrt, müssen wir die Ideen und Institutionen verstehen, die diese Gegebenheiten fördern. Die Amerika-

464 Anmerkung des Herausgebers: Bill Clinton war der 42. Präsident der USA von 1993 bis 2001.

465 Harry Elmer Barnes ed., *Perpetual War for Perpetual Peace*. Seite VIII

466 James Madison, *Political Observations, Letters and Other Writings of James Madison (1795)* Philadelphia, J. B. Lippincott, 1865, Band 4, Seiten 491f. Siehe dazu auch andere Zitate von Madison in John V. Denson, *War and American Freedom*, in *The Costs of War, America's Pyrrhic Victories*, John V. Denson ed., New Brunswick N. Y., Transaction Publishers, 1999, Seiten 6-11

ner müssen das freie Wirtschaftssystem zu schätzen wissen und übernehmen und das private Wirtschaftssystem abschaffen. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts fahren wir einen Kollisionskurs auf eine Katastrophe zu, weil wir Politikern folgen, die wir zwar gewählt haben, die ihre Macht aber mit Krieg und einer Politik des Wohlfahrtssystems behauptet haben. Die Amerikaner werden den Traum ihrer Gründungsväter nie wiederbeleben, wenn Präsidenten wie Lincoln und Roosevelt weiterhin wie „große“ Präsidenten hochgehalten werden. Wir müssen Präsidenten ihres Amtes entheben, die das Verfassungsrecht missachten, welches das Recht zur Kriegserklärung ausschließlich dem Kongress zuweist. Wir müssen die ihres Amtes entheben, die den Kongress mit falschen Angaben zu einer Kriegserklärung verleitet haben.

Die Amerikaner müssen der „Cäsaren-Präsidentschaft“ widerstehen und sie verhindern, weil sie schon viel angerichtet hat und unserem Land und unseren individuellen Freiheiten noch viel Schaden zufügen wird. Der erste Schritt in diese Richtung ist es, zu erkennen, was die Präsidenten Lincoln und Roosevelt wirklich gewesen sind, amerikanische Cäsaren.

Ein weiteres Jahrhundert des Krieges?

Die meisten Liberalen und Anhänger der freien Marktwirtschaft stimmen mit Professor Gabriel Kolko und seiner Schrift „Der Triumph des Konservatismus“⁴⁶⁷ überein. Er hat darin 1963 seine revisionistische Auslegung der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte der Zeit von 1900 bis 1916 dargelegt. Seitdem hat sich Professor Kolko vor allem als Historiker für amerikanische Kriegsgeschichte und Außenpolitik hervorgetan. Seinen Höhepunkt hat er 1994 mit seinem großen Werk „Jahrhundert des Krieges, Politik, Konflikte und Gesellschaft seit 1914“⁴⁶⁸ erreicht. Der Verleger dieses Werkes schlug vor, dass er dasselbe Thema mit einer Kommentierung der Ereignisse vom 11. September 2001 fortsetzt. Als Ergebnis erschien 2002 das 150-Seiten-Buch „Ein weiteres Jahrhundert des Krieges?“⁴⁶⁹, das in einem sehr gut lesbaren Journalistenstil geschrieben ist. Kolko führt zur Absicht dieses Buches aus:

„Aufden folgenden Seiten stelle ich kurz die Gründe für die Ereignisse vom 22. September dar, und warum die amerikanische Außenpolitik nicht nur versagt hat, den Untergang des Kommunismus auszunutzen, sondern auch, warum sie sowohl destabilisierend als auch kontraproduktiv geworden ist. Ich werde auch versuchen, die entscheidende Frage in meinem Titel zu beantworten: Wird es ein weiteres Jahrhundert des Krieges geben?“

Professor Kolko thematisiert, dass die USA zum einzigen bedeutenden Waffenexporteur geworden sind und damit viel zum Durcheinander in der Welt beigetragen haben, dass sie zudem im Gegensatz zu ihrem Selbstanspruch, Stabilität in der Welt zu verbreiten, mit ihren Interventionen, vor allem seit 1947 im Mittleren Osten, Tod, Zerstörung und Aufruhr verbreitet haben. Amerika ist als einzige aggressive Supermacht⁴⁷⁰ übriggeblieben,

467 Originaltitel: The Triumph of Conservatism

468 Originaltitel: Century of War, Politics, Conflicts and Society Since 1914

469 Originaltitel: Another Century of War?

470 Wörtlich übersetzt: „Schurken-Supermacht“

und es wird nicht mehr durch die Möglichkeit eines sowjetischen Gegenschlags in Schranken gehalten. Kolko erklärt dazu:

„Der Kommunismus hat vor zehn Jahren aufgehört, real zu existieren. Er hat die Vereinigten Staaten damit ihrer seit 1945 gegebenen Grundlage für ihre Außen- und Militärpolitik beraubt.“

Kolko macht darauf aufmerksam, dass Amerika sich bemüht hat, einen entsprechend großen Feind ausfindig zu machen und schließlich bei China gelandet ist, das gerade dabei war, seinen Kommunismus loszuwerden und eine freie Marktwirtschaft einzuführen. Mit dem 11. September hat sich allerdings alles verändert. Nun ist der Terrorismus zum weltweiten Feind Amerikas geworden, was zu einem ewig währenden Krieg führen kann, um diesem finsternen und schwer fassbaren Feind zu begegnen. Kolko weist ferner darauf hin, dass Präsident Bush seinen Wahlkampf von 2000 als Kritiker einer „großen Regierung“ geführt hat und dann nach dem 11. September zu einem Cäsaren-Präsident geworden ist, der mit einer neuen drakonischen Macht über die Bürgerrechte verfügt hat.

In Bezug auf unsere Mittelost-Politik seit 1948 schreibt er, dass wir versucht haben, die Sowjetunion aus der Region herauszuhalten und einen Teil der britischen Öl-Anteile zu übernehmen, und dass wir gleichzeitig die widersprüchliche Politik der Briten übernommen haben, den Staat Israel zu unterstützen und daneben freundschaftliche Beziehungen mit den umgebenden arabischen Staaten zu unterhalten. Kolko zeigt, dass wir den Schah in Persien unterstützt haben, während der CIA und Israels Geheimdienst Mossad die Geheimpolizei des Schahs SAVAK ausgebildet haben. Der Schah wurde dann im wesentlichen als Ergebnis einer Revolution gegen die Unterdrückung durch seine Geheimpolizei gestürzt. Dann haben wir Saddam Hussein im Irak bewaffnet und unterstützt, ihm eine riesige Menge Waffen geliefert und gemeinsam mit Saudi Arabien viel Geld gegeben, um die neuen Führer in Persien [nun Iran] zu bekämpfen.

Dann schildert er, dass der CIA eine Vietnam-ähnliche Falle für die Sowjetunion in Afghanistan aufgestellt hat, und dass wir mit der finanziellen Hilfe Saudi Arabiens Osama bin Laden bewaffnet und ausgestattet haben, damit er die Sowjets dort bekämpft. Als Saddam Hussein und der Irak Kuwait bedroht haben, bot Osama bin Laden an, Saddams Truppen zurück zu schlagen, doch die Offerte wurde ausgeschlagen. Stattdessen besiegte die Koalition der Amerikaner mit Unterstützung Saudi Arabiens Saddam Hussein innerhalb seiner eigenen Grenzen. Danach wurden amerikanische Truppen in Saudi Arabien zurückgelassen. Damit wurde Osama bin Laden vor den Kopf gestoßen, der Amerika dafür Rache geschworen hat. Bin Laden stellte 1989 seine al-Qaida-Truppe auf, bildete 70.000 Kämpfer und Terroristen aus und organisierte Zellen in über 50 Ländern, anfangs alles mit amerikanischem und saudischem Geld finanziert. Kolko bemerkt dazu, „dass die beiden heutigen Feinde in der islamischen Welt - Osama bin Laden und Saddam Hussein im Irak - während der meisten Zeit der 80er Jahre enge Verbündete und Freunde der USA gewesen sind, die mit Waffen und vielem Anderen unterstützt und ermutigt worden sind.“

Kolko stellt fest, dass die amerikanischen Kriege und verschiedenen Interventionen für gewöhnlich unbeabsichtigte Folgen gehabt haben, die den besten Interessen der USA geschadet haben. Er beendet seine Kritik der amerikanischen Außenpolitik im Mittleren Osten mit folgender Bemerkung:

„Die gesamte amerikanische Politik im Mittleren Osten war widersprüchlich und kontraproduktiv. Die Unterstützung der USA für Israel ist äußerst wichtig, aber schwerlich der einzige Grund für das 11. September-Trauma und die möglicherweise grundlegende Destabilisierung der Region vom Persischen Golf bis Südasien, die Amerikas Intervention in Afghanistan ausgelöst hat.“

Kolko behauptet, dass unsere massive Unterstützung für Israel seit 1968 einer der Wendepunkte der amerikanischen Außenpolitik gewesen ist:

„Diese Israelhilfe erreichte 1971 600 Millionen Dollar. Das war siebenmal so viel wie während der gesamten Zeit der Johnson-Regierung. 1973 waren es zwei Milliarden Dollar. Von da an wurde Israel der Hauptempfänger amerikanischer Rüstungs-Hilfen. Heutzutage empfängt Israel [jährlich] etwa 3 Milliarden Dollar an ungebundener amerikanische Hilfe. Verständlicherweise sieht die Mehrheit in der arabischen Welt Israel und die USA inzwischen als ein und dasselbe an.“

Er merkte auch an, dass unsere Invasion in Afghanistan einen großen Anteil an der Destabilisierung der pakistanischen und der saudischen Regierung hat, die noch schlimme Folgen für Amerika haben kann. Die amerikanische Außenpolitik wird nun versuchen, ihre gigantischen Militärausgaben mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu rechtfertigen, aber Terrorismus bedeutet den Guerilla-Krieg der Schwachen gegen die Starken, der nicht mit hohen Militärausgaben zu gewinnen ist und mit großen Heeren, Flotten oder high-tech-Flugzeugen. Er zitiert dazu allerdings Verteidigungsminister Donald Rumsfeld⁴⁷¹, der behauptet, dass:

„wir sehr gut in der Lage sind, das zu finanzieren, was wir finanzieren müssen. Die Weltwirtschaft hängt von den USA ab. Sie trägt damit zu Frieden und Stabilität bei. Das untermauert eine wirtschaftlich gesunde Welt, einschließlich der USA.“

Professor Kolko malt eine düstere Zukunft für Amerika, wenn es seine häufigen Interventionen und Kriege in der ganzen Welt fortsetzt:

„Sollte es [Amerika] den 40 oder mehr Staaten, in denen es jetzt terroristische Netzwerke gibt, entgentreten, wird es in der einen oder anderen Weise überall intervenieren. ... Amerika hat Macht ohne Klugheit. Es kann die Grenzen von Waffeneinsatz - trotz seiner wiederholten Erfahrungen damit - nicht erkennen. Das Ergebnis sind Torheit und Hass gewesen, das Rezept für Katastrophen. Der 11. September hat das bestätigt. Der Krieg ist heimgekehrt.“

471 Anmerkung des Herausgebers: Donald Rumsfeld war 1975-1977 und 2001-2006 Verteidigungsminister der USA.

Kolko fasst die amerikanische Außenpolitik und ihre Ergebnisse wie folgt zusammen:

„Die USA haben nach 1947 versucht, einen großen Teil der weltweiten Veränderungen zu steuern und zu kontrollieren, und ein erheblicher Teil dessen, was heute schief läuft, ist das Ergebnis der amerikanischen Interventionen.“

Er sagt, dass wir nicht einmal auf politische Argumente oder gar auf Washingtons Abschiedsrede hören müssen, um zu erkennen, wie unsere Politik in Zukunft aussehen sollte.

„Das stärkste Argument gegen die Einmischung einer Nation bei einer anderen muss aus keiner Doktrin, Moral oder von etwas Anderem abgeleitet werden. Es ergibt sich aus einer ehrlichen Betrachtung der Geschichte der vergangenen Jahrhunderte. ... Seit Anfang des letzten Jahrhunderts haben Kriege nur die Stabilität der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Probe gestellt, und der Kommunismus, der Faschismus und der Nationalsozialismus hätten sicher nicht obsiegt ohne die Ereignisse von 1914 bis 1918, die sie [die totalitären Systeme] gefördert haben.“

Kolko beendet sein Schlusskapitel mit der Feststellung, dass wir uns keine weiteren Interventionen und Kriege mehr erlauben können, weil [inzwischen] Massenvernichtungswaffen auf der ganzen Welt verbreitet sind und überall auch für Terroristen zur Verfügung stehen.

„Eine Außenpolitik, die sowohl unmoralisch als auch erfolglos ist, ist nicht nur einfach dumm, sie ist auch zunehmend für die gefährlich, die sie verfolgen oder fördern. Das ist die missliche Lage, vor der die USA nun stehen. ... Die Art, wie amerikanische Politiker jetzt die Außenpolitik der Nation betreiben, schafft weder Frieden noch Sicherheit zuhause und im Ausland. Im Gegenteil: die Interventionen sind kontraproduktiv. Jeder, ob Amerikaner oder die betroffenen Völker, wäre weitaus besser daran, wenn die Vereinigten Staaten gar nichts täten, ihre Stützpunkte in Übersee schließen und die Flotten von überall her abziehen würden und dem Rest der Welt erlaubten, seine eigenen Wege ohne amerikanische Waffen und Truppen zu finden.“

Dies kleine Buch ist so voller Klugheit und gesundem Menschenverstand, dass es uns auf dem Weg zurück zu unserer ursprünglichen Außenpolitik der Nichteinmischung der Präsidenten Washington und Jefferson bestätigt. Die mit dem Spanisch-Amerikanischen Krieg und alle den Folgekriegen zum Interventionismus konvertierte Außenpolitik der USA hat in Wirklichkeit die Freiheit des amerikanischen Volkes eingeschränkt sowie Tod und Zerstörung in der Welt verursacht. Der Unterschied ist jetzt, dass der Terrorismus aus der arabischen Welt vor allem vor unserer eigenen Haustür stattfindet, statt im entfernten Europa oder Asien, wie in vergangenen Kriegen. Kolko hat eine wortgewaltige Warnung an die Politiker des „amerikanischen Imperialismus“⁴⁷² über die Gefahr der Anmaßung und Arroganz der Macht geschrieben und gezeigt, dass wir unsere Außenpolitik der Einmischung aufgeben sollten. Anderenfalls werden wir die gleichen Folgen erleiden, wie die anderen Reiche vor uns, das Athener Reich, das Römische, das Spanische und das Britische Weltreich. Schließlich haben uns die Gründungsväter die klare Warnung hinterlassen, dass wir unsere Freiheit nur so lang behalten, wie wir eine Republik mit begrenzter Macht für die Zentralregierung und ohne Einmischung ins Ausland bleiben.

472 *Wörtlich übersetzt: Amerikanisches Reich.*

Der Wille zum Frieden

Der Weihnachtswaffenstillstand, der im Dezember 1914 vor allem zwischen britischen und deutschen Soldaten an der Westfront stattfand, ist ein Ereignis, das in der offiziellen Geschichtsschreibung des „Großen Krieges“ nicht erwähnt wird. Orwellische Historiker⁴⁷³ verbergen das Ereignis vor der Öffentlichkeit. Stanley Weintraub hat die Mauer des Schweigens mit einem bewegenden Bericht über dieses bezeichnende Ereignis durchbrochen, indem er Briefe von der Front und Tagebücher beteiligter Soldaten ausgewertet und darüber geschrieben hat. Sein Buch trägt den Titel „Stille Nacht, Die Geschichte des Weihnachtswaffenstillstands im Ersten Weltkrieg“.⁴⁷⁴ Das Buch enthält viele Bilder von tatsächlichen Begebenheiten, die zeigen, wie sich die gegnerischen Truppen mischten und gemeinsam das erste Weihnachten des Krieges feierten. Die frappierende Geschichte begann nach Weintraub am Morgen des 19. Dezember 1914:

„Leutnant Geoffrey Heinekey, der neu beim 2. Bataillon der Queen's Westminster Rifles war, schrieb seiner Mutter: „Es ist etwas Außergewöhnliches passiert. ... Ein paar Deutsche kamen mit erhobenen Händen aus ihren Schützengraben und begannen, ihre Verwundeten einzusammeln. Da steigen wir auch sofort aus unseren Gräben und begannen damit, unsere Verwundeten zu bergen. Die Deutschen winkten uns heran, und viele von uns gingen hinüber und sprachen mit ihnen. Sie halfen uns, unsere Toten zu beerdigen. Das dauerte den ganzen Morgen. Ich sprach mit einigen von ihnen, und ich muss sagen, sie machten einen ganz ausgezeichneten Eindruck auf mich. ... Das Ganze wirkte zu widersinnig auf mich, als dass ich es beschreiben kann. Noch in der Nacht zuvor hatten wir uns ein fürchterliches Gefecht geliefert, und am Morgen danach haben wir ihre Zigaretten geraucht und sie unsere.“

473 Anmerkung des Herausgebers: Historiker, welche die Wahrheit über Vergangenes aus politischen Motiven der Gegenwart „verändern“.

474 Originaltitel: Silent Night, The Story of the World War I Christmas Truce

Weintraub berichtet, dass die Franzosen und die Belgier anders und mit mehr Emotionen auf den Krieg reagiert haben. Der Krieg fand in ihrem Lande statt und „die Franzosen hatten seit 1870 in einer Atmosphäre der Rachegefühle gelebt.“ Damals hatten die Preußen Elsass-Lothringen nach einem von Frankreich erklärten Krieg besetzt. Die englischen und die deutschen Soldaten dagegen sahen wenig Sinn in einem Krieg, wo auch noch der britische König und der deutsche Kaiser beide Enkel von Queen Victoria waren. Warum sollten die Deutschen und die Engländer Krieg gegeneinander führen oder sich hassen, nur weil das österreichische Ehepaar der kaiserlichen Thronfolger während eines Bosnienbesuchs von einem Attentäter ermordet worden war? Dennoch waren seit Kriegsbeginn im August bis Dezember 1914 Hunderttausende von Soldaten gefallen, verwundet und vermisst.

Man schätzt, dass vor dem Krieg über 80 tausend junge Deutsche nach England gegangen waren, um als Kellner, Köche oder Taxifahrer zu arbeiten. Viele davon sprachen sehr gut Englisch. Es sieht so aus, als hätten die Deutschen den Waffenstillstand ausgelöst. Es hatte mit der Zeit so viel Austausch über die Gräben hinweg stattgefunden, dass Brigadegeneral G. T. Forrestier-Walker einen Befehl mit einem Verbrüderungsverbot herausgab, als der Heiligabend nahte:

„Weil es den Unternehmungsgeist der Kommandeure lähmt und den Angriffsgeist der Truppe zerstört ... sind freundschaftlicher Umgang mit dem Feind, inoffizieller Waffenstillstand, Austausch von Tabak und anderen Annehmlichkeiten, so verlockend und gelegentlich erfreulich sie auch sein mögen, streng verboten.“

Später wurden strengere Befehle erlassen und Kriegsgerichtsverfahren bei Verbrüderung angedroht. Die meisten kriegserfahrenen Soldaten der Deutschen wurden an die Russland-Front geschickt, während die jüngeren, etwas weniger ausgebildeten Deutschen, die man als erste eingezogen hatte oder die sich eilig selbst gemeldet hatten, anfangs an die Westfront kamen. Ähnlich war es in England. Junge Männer drängten in den Krieg,

um zu Ruhm zu kommen. Viele hatten Angst, der Krieg könnte zu Ende gehen, ehe sie an die Front gekommen wären. Sie hatten keine Ahnung, dass dies ein Krieg der Abnutzung und der Wehrpflicht werden würde, der blutigste in der Geschichte eines Jahrhunderts der Kriege und der Wohlfahrt.

Als die Heilige Nacht hereinbrach, sahen die englischen Soldaten wie die Deutschen kleine, mit Kerzen geschmückte Christbäume entlang ihrer Schützengräben aufstellten. Viele Deutsche riefen: „***Wir schießen nicht, wenn ihr nicht schießt!***“ Das Feuer wurde entlang vieler Kilometer Frontlänge eingestellt und die Engländer sahen, wie die Deutschen aus ihren Gräben stiegen und auf sie zukamen. Sie taten dasselbe und trafen sich mit ihnen. Man stand zusammen im Niemandsland, und bald tauschte man Schokolade gegen Zigaretten und Zeitungsberichte mit Kriegspropaganda aus beiden Heimatländern. Viele Offiziere auf beiden Seiten versuchten, das Ereignis zu unterbinden, aber die Soldaten ignorierten sie und riskierten Kriegsgericht und Todesstrafe.

Einige der Begegnungen, von denen in den Tagebüchern berichtet wird, fanden zwischen Angelsachsen und deutschen Sachsen statt, und die Deutschen witzelten, sie sollten sich zusammentun und gegen die Preußen kämpfen. Das gewaltige Ausmaß der Verbrüderung, vielleicht auch der Weihnachtsstimmung, hielt die Offiziere von weiteren Maßnahmen ab. Auch von ihnen gingen viele ins Niemandsland und tauschten Weihnachtsglückwünsche mit den Offizieren der anderen Seite aus. Jede Seite half der anderen, Tote zu beerdigen und Verwundete zu bergen, so dass am Weihnachtsmorgen eine große Fläche von der Breite etwa zweier Fußballfelder zwischen den Gräben offen lag. Die Soldaten stiegen wieder aus den Schützengräben und sangen Weihnachtslieder, besonders „Stille Nacht“. Sie sprachen gemeinsam den 23. Psalm⁴⁷⁵ und spielten Soccer oder Fußball. Wieder wurden Weihnachtsgeschenke ausgetauscht. Man bereitete Mahlzeiten im freien Gelände zu und aß gemeinsam. Weinlaub zitiert den Eindruck eines Soldaten bei dem Geschehen: „***Nie ... ist mir der Wahnsinn des Krieges so bewusst geworden.***“

475 Der Herr ist mein Hirte, ...

1926 wurde die erste offizielle englische „Geschichte des Krieges“ veröffentlicht. In ihr wird angegeben, dass der Weihnachtswaffenstillstand ein sehr unbedeutendes Ereignis gewesen ist, an dem nur wenige Soldaten beteiligt gewesen sind. Aber Weintraub schreibt dazu:

„Sir H. Kingsley Wood, Minister im nächsten Krieg und Major im Grabenkrieg von 1914, erinnerte in einer Unterhausdebatte am 31. März 1930 daran, dass er am Waffenstillstand teilgenommen hat. ‚Wir gingen von unseren Schützengräben hinüber und schüttelten vielen unserer deutschen Feinde die Hand. Heute denken viele Leute, dass wir etwas Erniedrigendes getan haben.‘ Kingsley Wood wies diese Unterstellung zurück und fuhr fort: ‚Die Tatsache, dass wir das gemacht haben, und meine Schlussfolgerung von damals, die ich seitdem für richtig halte, ist, dass nie wieder ein Schuss gefallen wäre, wenn man uns gelassen hätte. Der Waffenstillstand hat zwei Wochen lang gedauert. Wir gingen freundlich miteinander um, und dass wir wieder aufeinander geschossen haben, ist nur der Tatsache zu verdanken, dass wir von anderen geführt wurden, die uns dazu gezwungen haben.‘ Wood gibt die Schuld für die Wiederaufnahme der Kämpfe dem ‚Durchgriff des politischen Systems, das krank war. Ich und die anderen, die damals dort waren, beschlossen damals und dort, nie zu ruhen ... bis wir einen Weg sehen konnten, wie wir das ändern könnten.‘ Aber - so Weintraub - sie konnten es nicht“.

Beginnend mit der Französischen Revolution war der Nationalismus mit uneingeschränkter Demokratie eine der grundlegenden Ideen des 19. Jahrhunderts, die zu Anfang des 20. Jahrhunderts zur vorherrschenden Auffassung wurde. Im Gegensatz dazu war die Vorstellung, die zur amerikanischen Revolution geführt hatte, die einer Föderation von souveränen Staaten, die sich unter einer Verfassung zusammen geschlossen hatten. Die Verfassung hatte die Macht der nationalen Zentralregierung streng begrenzt und aufgeteilt, um die individuellen Freiheiten zu schützen. Diese nationale Demokratie wurde durch einen Verfassungszusatz, die „Bill of Rights“, in Schranken gehalten.⁴⁷⁶

476 Anmerkung des Herausgebers: Die Bill of Rights von 1791 ist eine „Änderung“ der US Verfassung mit der Auflistung von zehn unverletzlichen persön-

Diese Vorstellung stand jedoch im Gegensatz zur Wirklichkeit des amerikanischen Bürgerkriegs. Als Sieger ging der Nationalismus aus diesem Gegensatz hervor. Die Grundidee des Nationalismus war, dass der Einzelne die Pflicht hätte, sich für das „größere Wohl“ seiner Nation notfalls selbst zu opfern, und dass es die edelste Tat des Menschen wäre, sein eigenes Leben für das Land im Krieg zu opfern. Das brachte dafür unsterblichen Ruhm.

Zwei Soldaten, ein Brite und ein Deutscher, die beide Erfahrung mit dem Schrecken des Grabenkriegs im Ersten Weltkrieg hatten machen müssen, schrieben beide bewegende Romane. Sie bestritten darin die Idee, dass es Ruhm bringt, sich der Nation in einem unnötigen und ungerechten Krieg zu opfern. Der englische Soldat Wilfred Owen schrieb, bevor er sieben Tage vor dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 im Schützengraben fiel, ein bekanntes Gedicht. Es erzählt das Entsetzen des Gaskriegs, durch den so viele in den Gräben umgekommen waren. Sein Gedicht endet mit den Zeilen:

***„In einem Alptraum könntest auch Du hinter dem Karren hergehen,
auf den wir ihn geworfen haben
und sehen, wie sich seine Augen verdrehen,
sein Gesicht hängt, wie von des Teufels Sünde krank.
Wenn Du bei jedem Wagenrumpeln sein Blut hörst,
wie es mit Schaum aus seiner Lunge tritt,
ekelhaft wie Krebs, bitter wie wiedergekäutes Futter,
abscheulich von unheilbaren Schmerzen auf der unschuldigen Zunge.
Mein Freund, Du würdest nicht mit solcher Lust erzählen
den Kindern, um sie für hoffnungslosen Ruhm zu begeistern
für die alte Lüge: „Dulce et decorum est pro patria mori.“⁴⁷⁷***

Der deutsche Soldat, der einen der besten Anti-Kriegs-Romane aller Zeiten mit dem Titel „Im Westen nichts Neues“ geschrieben

liehen Freiheiten für die US Bürger.

477 Der lateinische Satz heißt übersetzt: „Es ist süß und ehrenvoll, für das Vaterland zu sterben.“ Er stammt vom römischen Dichter Horaz und wurde in den Kriegen des alten Rom benutzt, um patriotischen Eifer zu erwecken.

hat, war Erich M. Remarque. Das Buch wurde später in Amerika verfilmt, und der Film gewann 1930 den Akademie-Preis für die „besten Aufnahmen“. Auch Remarque greift die Idee des ehrenvollen Todes für das Vaterland in einem unnötigen Krieg an. Er beschreibt das Leiden in den Schützengräben:

„Wir sehen Menschen leben, denen der Schädel fehlt; wir sehen Soldaten laufen, denen beide Füße weggesetzt sind; sie stolpern auf den splündernden Stümpfen bis zum nächsten Loch: ein Gefreiter kriecht zwei Kilometer weit auf den Händen und schleppt die zerschmetterten Knie hinter sich her; ein anderer geht zur Verbandsstelle, und über seine festhaltenden Hände quellen die Därme; wir sehen Leute ohne Mund, ohne Unterkiefer, ohne Gesicht, wir finden jemand, der mit den Zähnen zwei Stunden die Schlagader seines Armes klemmt, um nicht zu verbluten“⁴⁷⁸

Thomas Hardys Gedicht „Der Mann, den er getötet hat“⁴⁷⁹ ⁴⁸⁰ wurde 1902 veröffentlicht. Es ist vom Burenkrieg inspiriert, aber es atmet den Geist des Weihnachtswaffenstillstands von 1914:

*„Wenn er und ich uns
in irgendeiner alten Bar begegnet wären,
hätten wir uns zu ein paar kleinen Schlückchen hingesezt
und die Kehlen nass gemacht.
Aber voreinander aufgereiht,
als Infanteristen Aug' in Auge,
schoss ich aufihn und er aufmich.
Ich schoss ihn aufder Stelle tot,
weil er -
weil er mein Feind war.
Nur so, weil er gewiss mein Feind war.“*

478 Erich Maria Remarque, Im Westen nichts Neues, Verlag Kiepenheuer und Witsch, Ausgabe 1998, Seite 97

479 Originaltitel: "The Man He Killed"

480 Anmerkung des Herausgebers: Das Gedicht wird hier nur zur Hälfte wiedergegeben. Die zweite Hälfte wiederholt die erste dem Sinne nach.

Das letzte Kapitel in Weintraubs Buch heißt „Was wenn--? Es ist hypothetische Geschichte vom Allerfeinsten. Weintraub stellt hier dar, wie der Rest des 20. Jahrhunderts nach seiner Überzeugung hätte aussehen können, wenn die Soldaten dem Ersten Weltkrieg mit dem Weihnachtswaffenstillstand ein Ende hätten setzen können. Er nimmt, wie viele andere Historiker an, dass es mit einem frühen Kriegsende im Dezember 1914 wahrscheinlich keine russische Revolution, keinen Kommunismus und keinen Stalin gegeben hätte. Weiterhin wäre Deutschland kein so böserartiger Vertrag wie der von Versailles aufgezwungen worden. Deshalb hätte es auch keinen Hitler, keinen Nationalsozialismus und keinen Zweiten Weltkrieg gegeben. Mit dem frühen Waffenstillstand wären die USA nicht in den Krieg in Europa eingetreten, und Amerika hätte vielleicht die Chance gehabt, eine Republik zu bleiben oder wieder zu werden, statt sich auf den Zweiten Weltkrieg zuzubewegen und auf den Kalten Krieg, auf Korea und Vietnam. Wir wären vielleicht nicht in unserem jetzigen Zustand als Welt-Drangsalierer gelandet.

Weintraub schreibt dazu:

„Franklin D. Roosevelt, damals nur ein unbedeutender stellvertretender Marineminister mit einer bislang nicht eingesetzten Flotte, wäre in eine langweilige Rechtsanwaltskanzlei zurückgekehrt. Er wäre nie der zugkräftige und dennoch 1920 unterlegene Kandidat für den Vizepräsident geworden, also für eine Rolle, die er sich durch sein Auftreten im Krieg verdient hatte. Wilson, der 1916 keinen Wahlkampf mit dem Versprechen hätte führen können, dass er Amerika aus dem Krieg heraushält, hätte - obwohl er auch so nur knapp gewonnen hat - gegen den kraftvollen republikanischen Kandidaten Charles Evans Hughes die Wahl verloren.“

Weintraub legt eine weitere Folge eines frühen Friedens nahe: *„Deutschland wäre im Frieden, wenn nicht Krieg gewesen wäre, die dominierende Macht Europas, vielleicht sogar der Welt geworden. Es wäre ein Mitbewerber neben einem langsamer erwachenden Amerika und einem zunehmend ehrgeizigen und militanten Japan geworden. Es wäre kein wilsonscher Völkerbund entstanden. ...Es hätte sich jedoch eine relativ friedliche Europäische Gemeinschaft' unter deutscher*

Führung ein paar Jahrzehnte vor der Europäischen Union' entwickeln können, ohne vorher im Krieg und durch die Folgen des Krieges zerstört worden zu sein.

Viele Politiker des Britischen Empire sahen im neuen nationalistischen Deutschland seit 1870-1871 eine Bedrohung ihres Welt Handels, besonders durch die deutsche Flotte. Die Meinung, dass Wirtschaftsüberlegungen eine wesentliche Rolle bei den Kriegsgründen gespielt haben, wurde von Präsident Wilson nach dem Krieg in einer [bereits im Kapitel 4 zitierten] Rede bestätigt, in der er seine Einschätzung der wahren Kriegsgründe ausgedrückt hat. Als er im September 1919 auf einer Wahlkampfreise in St. Louis, Missouri, weilte und versuchte, den Senat zu einer Zustimmung zum Versailler Vertrag zu bewegen, sagte er:

„Meine lieben Landsleute, warum gibt es hier keinen Mann, keine Frau - ich will auch sagen, kein Kind - das nicht wüsste, dass der Ursprung des Krieges in der modernen Welt im industriellen und wirtschaftlichen Konkurrenzkampf liegt? ... Dieser Krieg war von Anfang an ein Handels- und Industrie-Krieg. Es ist kein politischer Krieg gewesen.“⁴⁸¹

Weintraub spielt auf ein Theaterstück von William Douglas Home mit dem Namen „Ein Weihnachts-Waffenstillstand“ an, in dem der Charakter von englischen und deutschen Soldaten dargestellt wird, die am Weihnachtstag gerade ein Soccer Spiel im Niemandsland zu Ende gespielt haben. Ihr Gespräch könnte die Gefühle der Soldaten an diesem Tage gut wiedergeben. Der deutsche Leutnant räumt ein, dass es nicht ohne böse Konsequenzen möglich ist, den Krieg so zu beenden wie das gerade zu Ende gegangene Soccer Spiel ***„Weil der Kaiser, die Generale und die Politiker uns in unserem Lande befehlen zu kämpfen.“***

„So wie unsere.“ bestätigt der englische Soldat Andrew Wilson.

„Was können wir da machen?“

„Die Antwort ist, Nichts'. Aber wenn wir nichts tun, können sie nichts anderes tun, als uns nach Hause zu schicken.“

„Oder uns erschießen lassen.“

481 Arthur S. Link ed., The Papers of Woodrow Wilson, Princeton, N. J., Princeton University Press, 1990, Band 63, Seiten 45f.

Im großen Krieg wurden über 10 Millionen Soldaten getötet und Weintraub ergänzt: „Nach dem letzten Waffenstillstand gab es 1919 einen aufgezwungenen Friedensvertrag, der neue Instabilitäten schaffte, und der zu einem neuen Krieg geführt hat.“ Im nächsten Krieg haben mehr als 50 Millionen Menschen ihr Leben verloren, über die Hälfte davon als zivile Opfer. Weintraub schreibt:

„Für viele hat das Ende dieses Krieges und das Ausbleiben eines Friedens bestätigt, dass die Weihnachtswaffenruhe der einzige sinnvolle Abschnitt in dieser Apokalypse gewesen ist. Es strafte alle kriegerischen Parolen Lügen und ließ darauf schließen, dass die Männer, die dort kämpfen und oft sterben mussten, wie gewöhnlich, die Stellvertreter ihrer Regierungen und der Probleme waren, die nur wenig mit ihrem Alltagsleben zu tun hatten. Der Kerzenschein im dunklen Flandern, der im Waffenstillstand kurz aufgeflackert war, hat nur in Memoiren, Briefen, Liedern, Dramen und Geschichten überlebt. ... Diese Feier des Geistes des Humanismus im Weihnachts-Waffenstillstand bleibt eine bewegende Offenbarung der Absurdität des Krieges. Der wenig bekannte schottische Dichter von ‚Nachlese des großen Krieges‘ Frederick Niven hat das wohl richtig in seinem ‚Weihnachtslied aus Flandern‘ eingefangen, das so endet:

*Oh Du, der Du diesen wahren Reim aus Flandern liest,
knie nieder und sprich:
Gott, lass die Zeit rasch laufen,
wenn jeder Tag sein soll wie Weihnacht.“*

Anhang

Roosevelt, Pearl Harbor und das Rote Kreuz

Eine weitere Enthüllung des Verrats von Präsident Roosevelt hat es in der *The Washington Times* vom 22. April 1999 mit der Schlagzeile „Innerhalb der Ringstraße“ gegeben. Dieser Zeitungsbericht bezog sich auf einen Artikel des Pressesprechers des Justizministeriums Daryl S. Borgquist. Der Artikel mit dem Titel „Vorwarnung: Die Rot-Kreuz-Verbindung“ erschien in der Mai-Juni-Ausgabe 1999 des Magazins für Marine-Geschichte, herausgegeben vom US Marine-Institut in Annapolis in Maryland. Borgquist schrieb, dass eine Frau Helen E. Hamman, als sie gehört hatte, dass die Familien von Admiral Kimmel und General Short sich bemühten, ihre Namen in der Pearl Harbor-Affäre zu rehabilitieren, am 5. September 1995 einen Brief an Präsident Clinton geschrieben hat. Sie berichtete, dass sie die Tochter von Herrn Don C. Smith wäre, der 1990 im Alter von 98 Jahren verstorben wäre. Herr Smith hätte den Rot-Kreuz-Kriegsdienst vor dem Zweiten Weltkrieg geleitet, und er hätte seiner Tochter in den 1970er Jahren etwas erzählt, was ihn seit Jahren belastet hätte. Er wäre kurz vor Pearl Harbor 1941 ins Weiße Haus zu einer Unterredung mit Präsident Roosevelt bestellt worden. Der Brief von Frau Hamman enthält die folgende Darstellung dieser Besprechung:

„Präsident Roosevelt bestellte ihn (Smith) kurz vor dem Angriff 1941 in das Weiße Haus. Bei diesem Gespräch teilte der Präsident meinem Vater mit, dass seine Geheimdienst-Mitarbeiter ihn informiert hätten, dass ein Angriff der Japaner auf Pearl Harbor unmittelbar bevorstünde. Er (Roosevelt) erwarte viele Todesopfer und Verluste, und er wies meinen Vater an, Einsatzkräfte und Nachschubgüter ... in einen Bereitstellungsraum an der Westküste zu verlegen. Als er [der Vater] dem Präsidenten gegenüberprotestierte, hätte ihm Roosevelt gesagt, dass das amerikanische Volk einem Kriegseintritt der USA in Europa nie zustimmen würde, wenn das Land nicht innerhalb seiner eigenen Grenzen angegriffen worden wäre. ...Er [der Vater] hat dem Befehl des Präsidenten Folge geleistet und dann viele Jahre damit zugebracht, über diese Aktion nachzudenken, die er für ethisch und moralisch falsch hielt.“

Borgquist berichtet, dass die Akten des Roten Kreuzes zeigen, dass eine beträchtliche Menge an Personal und medizinischer Ausrüstung kurz vor dem Angriff auf Pearl Harbor nach Hawaii verschickt worden ist.

In Washington D. C. ist eine riesige Gedenkstätte errichtet worden, um die „Größe“ Präsident Franklin D. Roosevelts zu würdigen. Auf dem Monument steht das Roosevelt-Zitat geschrieben: „Ich hasse Krieg“. Das bezeugt der Öffentlichkeit in irreführender Weise, dass er ein Präsident gewesen ist, der nach Frieden statt nach Krieg getrachtet hat. Das ist ein Beispiel für falsche Propaganda, verübt am amerikanischen Volk. Wir wissen aus den Pearl-Harbor-Untersuchungen, dass etliche Besatzungsmitglieder der *Oklahoma* lebend im teils gesunkenen Schiffskörper eingeschlossen waren, nachdem der Angriff beendet war. Die Überlebenden außerhalb konnten hören, wie die Eingeschlossenen verzweifelt mit Metallgegenständen von innen gegen die Schiffswand schlugen und auf Rettung hofften, die aber nicht möglich war.⁴⁸² Man sollte eine Schall-Aufnahme mit einer Nachbildung dieser verzweifelten Geräusche anfertigen und sie jede Stunde an der Roosevelt-Gedenkstätte abspielen, um die Amerikaner an den Verrat ihres Oberbefehlshabers zu erinnern.

Bibliographie

- Acton, Lord: *Essays in the History of Liberty: Selected Writings of Lord Acton*. J. Rufus Fears (ed.), vol. 1. Indianapolis 1985
- Adams, Charles: *When In The Course of Human Events: Arguing the Case for Southern Secession*. Lanham 2000
- Adams, Charles: *For Good and Evil: The Impact of Taxes on the Course of Civilization*. 2nd ed., New York 1999
- Adams, Charles: *Those Dirty Rotten Taxes: The Tax Revolts that Built America*. New York 1998, pp. 81-112.
- Adams, Charles and Brandes, Stuart D.: *Wardogs: A History of War Profits in America*. Lexington 1997
- Bailey, Thomas A.: *Presidential Greatness: The Image and the Man from George Washington to the Present*. New York 1966
- Bailey, Thomas A.: *The Man in the Street: The Impact of American Public Opinion on Foreign Policy*. New York 1948
- Barnes, Harry Elmer: *Revisionism and the Historical Blackout*. In: *Perpetual War for Perpetual Peace: A Critical Examination of the Foreign Policy of Franklin Delano Roosevelt and Its Aftermath*. Harry Elmer Barnes (ed.), New York 1969
- Bartlett, John: *Familiar Quotations*. Emily Morrison Beck (ed.), 14th ed., Boston 1968
- Bartlett, Bruce R.: *Cover-Up: The Politics of Pearl Harbor, 1941-1946*. New Rochelle (N.Y.) 1978
- Beach, Edward L. (Captain, USN Ret.): *Scapegoats: A Defense of Kimmel and Short at Pearl Harbor*. Annapolis 1995
- Beale, Howard K.: *Diary of Gideon Welles: Secretary of Navy Under Lincoln and Johnson*, vol. 1. New York 1960
- Bethell, Nicholas: *The Last Secret: The Delivery to Stalin of Over Two Million Russians by Britain and the United States*. New York 1974
- Borgquist, Daryl S.: *Advance Warning: The Red Cross Connection*. In: *Naval History May-June 1999*
- Boritt, Gabor S.: *War Opponent and War President*. In: *Lincoln - The War President: The Gettysburg Lectures*. Gabor S. Boritt (ed.), New York 1992
- Brody, J. Kenneth: *The Avoidable War: Lord Cecil and the Policy*

- of Principle-1933-1935, vol. 1. New Brunswick (N.J.) 1999
- Buchanan, Pat: *A Republic, Not an Empire: Reclaiming America's Destiny*. Washington (D.C.) 1999
- Bullitt, William C., and Sigmund Freud: *Woodrow Wilson: A Psychological Study*. New Brunswick (N.J.) [1967] 1999
- Bullock, Alan: *Hitler, A Study in Tyranny*. New York 1962
- Casey, William: *The Secret War Against Hitler*. Washington (D.C.) 1988
- Catton, Bruce: *The Coming Fury*. Garden City (N.Y.) 1961
- Churchill, Winston: *The Second World War, vol. 3: The Grand Alliance*. Boston 1950
- Cochran, M.H.: *Germany Not Guilty in 1914*. Colorado Springs (Colo.) 1972
- Colby, Benjamin: *Twas a Famous Victory: Deception and Propaganda in the War Against Germany*. New Rochelle (N.Y.) 1974
- Conquest, Robert: *The Great Terror: Stalin's Purge of the Thirties*. New York 1968
- Conquest, Robert: *The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and the Terror-Famine*. New York 1986
- Crocker, George N.: *Roosevelt's Road to Russia*. Chicago 1959
- Current, Richard N.: *Lincoln and The First Shot*. Prospect Heights (Ill.) 1963
- Dabney, Robert L.: *Memoir of a Narrative Received of Colonel John B. Baldwin of Staunton, Touching the Origin of the War - Discussions*. Harrisonburg (Va.) 1994
- Davis, Jefferson: *Rise and Fall of the Confederate Government, vol. 1*. Nashville (Tenn.) 1996
- Davis, William C.: *A Government of Our Own: The Making of the Confederacy*. New York 1994
- Degler, Carl N.: *The United States and National Unification*, in: *Lincoln the War President: The Gettysburg Lectures*. Gabor S. Boritt (ed.), New York 1992
- Denson, John V.: *War and American Freedom*. In: *The Costs of War: America's Pyrrhic Victories*. John V. Denson (ed.), 2nd ed. New Brunswick (N.J.) 1999
- DiLorenzo, Thomas J.: *Yankee Confederates: New England Se-*

- cessionists Movement Prior to the War Between the States. In: Secession, State and Liberty. David Gordon (ed.), New Brunswick (N.J.) 1998
- Douglas, Gregory: Gestapo Chief: The 1948 Interrogation of Heinrich Müller, vol. 3. San Jose (Calif.) 1998
- Engdahl, F. William: A Century of War: Anglo-American Oil Politics and the New World Order. Concord (Mass.) 1993
- Fears, J. Rufus (ed.): Essays in the History of Liberty, Selected Writings of Lord Acton, vol. 1. Indianapolis 1985
- Ferguson, Niall: The Pity of War. London 1998
- Ferguson, Niall: Virtual History: Alternatives and Counterfactuals. London [1977] 1997
- Foner, Phillip S.: Business and Slavery: The New York Merchants and The Irrepressible Conflict. Chapel Hill (N.C.) 1941
- Foote, Shelby: The Civil War: A Narrative - Fort Sumter to Perryville. New York 1986
- Forster, Stig, and Gorg Nagler (eds.): On the Road to Total War: The American Civil War and the German Wars of Unification, 1861-1871. Washington (D.C.) 1997
- Gordon, David: A Common Design: Propaganda and World War. In: The Costs of War: America's Pyrrhic Victories. John V. Denson (ed.), 2nd ed. New Brunswick (N.J.) 1999
- Gordon, David (ed.): Secession, State and Liberty. New Brunswick (N.J.) 1998
- Gutzman, K.R. Constantine: „Oh, What a Tangled Web We Weave .. .“: James Madison and the Compound Republic. Continuity: A Journal of History 22 (1998).
- Greenstein, Fred I. (ed.): Leadership in the Modern Presidency. Cambridge (Mass.) 1988
- Harman, Nicholas: Dunkirk: The Patriotic Myth. New York 1980
- Harris, Air Marshall Sir Arthur: Bomber Offensive. London 1963
- Hayek, F.A.: The Collected Works of F.A. Hayek, vol. 10: Socialism and War: Essays, Documents, Reviews. Bruce Caldwell (ed.), Chicago 1997
- Hoopes, Townsend, and Douglas Brinkley: FDR and the Creation

- of the U.N.. New Haven (Conn.) 1997
- Hunt, Gaillard, and James Brown Scott (eds.): *The Debates in the Federal Convention of 1787 which Framed the Constitution of the United States of America*, vol. 2. Buffalo (N.Y.) 1987
- Hyde, H. Montgomery: *The Quiet Canadian: The Secret Service Story of Sir William Stephenson*. London 1963
- Irving, David: *Churchill's War: The Struggle for Power*, vol. 1. Western Australia 1987
- Johnson, Paul: *Why Britain Should Join America*. In: *Forbes* (April 5, 1999)
- Jordon, George R. (Maj. USAF): *From Major Jordan's Diaries*. New York 1952
- Keller, Werner: *Are the Russians Ten Feet Tall?* Constantine Fitz-Gibbon (trans.). London 1961
- Kubek, Anthony: *How the Far East Was Lost: American Policy and the Creation of Communist China, 1941-1949*. Chicago 1963
- Kuehnelt-Leddihn, Erik von: *Leftism Revisited: From de Sade and Marx to Hitler and Pol Pot*. Washington (D.C.) 1990
- Lincoln, Abraham: *The Collected Works of Abraham Lincoln*. Roy P. Basler (ed.), vol. 1. New Brunswick (N.J.) 1953-55
- Link, Arthur S. (ed.): *The Papers of Woodrow Wilson*, vol. 63. Princeton (N.J.) 1990
- Livingston, Donald W.: *The Secession Tradition in America*. In: *Secession, State and Liberty*. David Gordon (ed.), New Brunswick (N.J.) 1998
- Madison, James: *Political Observations. Letters and Other Writings of James Madison (1795)*, vol. 4. Philadelphia 1865
- Mahl, Thomas E.: *Desperate Deception: British Covert Operations in the United States, 1939-44*. Washington (D.C.) 1998
- Marshall, John A.: *American Bastille: A History of the Illegal Arrests and Imprisonment of American Citizens in the Northern and Border States, on Account of Their Political Opinions, During the Late Civil War*. Wiggins (Miss.) [1881] 1998
- Masters, Edgar Lee: *Lincoln, The Man*. Columbia (S.C.) 1997
- May, Christopher N.: *In the Name of War: Judicial Review and the War Powers Since 1918*. Cambridge (Mass.) 1989

- McDonald, Forrest: *The American Presidency*. Lawrence (Kansas) 1994
- Minor, Charles L.C., in M.D. Carter: *The Real Lincoln: From the Testimony of His Contemporaries*. 4th ed., Harrisonburg 1992
- Mises, Ludwig von: *Omnipotent Government: The Rise of the Total State and Total War*. New Rochelle (N.Y.) 1969
- Morgenstern, George: *Pearl Harbor: The Story of the Secret War*. Old Greenwich (Conn.) 1947
- Morley, Felix: *The Foreign Policy of the United States*. New York 1951
- Murray, Robert, and Tim H. Blessing: *The Presidential Performance Study: A Progress Report*. *Journal of American History* 70 (December 1983)
- Mussolini, Benito: *The Political and Social Doctrine of Fascism*. In: *Fascism: An Anthology*. Nathanael Greene (ed.), New York 1968
- Neelly, Jr., Mark E.: *The Fate of Liberty: Abraham Lincoln and Civil Liberties*. New York and Oxford 1991
- Nevin, John: *Gideon Welles, Lincoln's Secretary of Navy*. Baton Rouge 1994
- Nevins, Allan: *Henry White: Thirty Years of American Diplomacy*. New York 1930
- Nielson, Francis: *The Makers of War*. New Orleans (La.) 1987
- Nock, Albert Jay: *The State of the Union: Essays in Social Criticism*. Indianapolis (Ind.) 1991
- Perkins, Howard Cecil (ed.): *Northern Editorials on Secession*, vol. 2. Gloucester (Mass.) 1964
- Perlmutter, Amos: *FDR and Stalin: A Not So Grand Alliance, 1943-1944*. Columbia (Missouri) 1993
- Porter, Bruce D., *War and the Rise of the State: The Military Foundations of Modern Politics*. New York 1994
- Potter, David M.: *Lincoln and His Party in the Secession Crisis*. Baton Rouge 1995
- Quigley, Carroll: *The Anglo-American Establishment: From Rhodes to Cliveden*. New York 1981
- Quigley, Carroll: *Tragedy and Hope: A History of the World in Our Time*. New York 1974

- Raico, Ralph: Re-Thinking Churchill. In: *The Costs of War: America's Pyrrhic Victories*. John V. Denson (ed.), 2nd ed. New Brunswick (N.J.) 1999
- Ramsdell, Charles W.: Lincoln and Fort Sumter. In: *The Journal of Southern History* 3 (February-November, 1937)
- Randall, James G.: *Constitutional Problems Under Lincoln*. Chicago 1951
- Richardson, James O.: *On the Treadmill to Pearl Harbor: The Memoirs of Admiral James O. Richardson USN (Ret.) as told to Vice Admiral George C. Dyer, USN (Ret.)*. Washington (D.C.) (Naval History Division, Department of Navy) 1973
- Rothbard, Murray N., *Wall Street, Banks, and American Foreign Policy*. Burlingame (Calif.) 1995
- Rummel, R.J.: *Power Kills: Democracy as a Method of Nonviolence*. New Brunswick (N.J.) 1997
- Rummel, R.J.: *Death by Government*. New Brunswick (N.J.) 1995
- Rusbridger, James, and Eric Nave: *Betrayal at Pearl Harbor: How Churchill Lured Roosevelt into World War II*. New York 1991
- Schlesinger, Jr., Arthur M.: *War and the Constitution: Abraham Lincoln and Franklin D. Roosevelt*. In: *Lincoln The War President: The Gettysburg Lectures*. Gabor S. Boritt ed., New York 1992
- Schlesinger, Jr., Arthur M.: *The Imperial Presidency*. Boston 1973
- Simpson, Colin: *The Lusitania*. New York 1974
- Snow, John Holland: *The Case of Tyler Kent*. New Canaan (Conn.) 1982
- Spaight, James E.: *Bombing Vindicated*. London 1944
- Stampp, Kenneth M.: *And the War Came: The North and the Secession Crisis, 1860-1861*. Baton Rouge 1990
- Stephens, Alexander H.: *A Constitutional View of the War Between the States*, vol. 2. Harrisonburg 1994
- Stevenson, William: *A Man Called Intrepid: The Secret War*. New York 1976
- Stinnett, Robert B., *Day of Deceit: The Truth about FDR and Pearl Harbor*. New York 2000

- Swanberg, W.A.: *First Blood: The Story of Fort Sumter*. New York 1957
- Talbert, Bart Rhett: *Maryland: The South's First Casualty*. Berryville 1995
- Tansill, Charles Callan: *The United States and the Road to War in Europe*. In: *Perpetual War for Perpetual Peace: A Critical Examination of the Foreign Policy of Franklin Delano Roosevelt and Its Aftermath*. Harry Elmer Barnes (ed.), New York 1969
- Taussig, Frank: *The Tariff History of the United States*. New York 1931
- Taylor, A.J.P.: *The Origins of the Second World War*. 2nd ed., Greenwich (Conn.) 1961
- Tilley, John Shipley: *Lincoln Takes Command*. Nashville (Tenn.) 1991
- Tolley, Kemp: *Cruise of the Lanikai: Incitement to War*. Annapolis 1973
- Tocqueville, Alexis de: *Democracy in America*. New York 1980
- Van der Linden, Frank: *Lincoln: The Road to War*. Golden (Colo.) 1998
- Van Dören, Carl ed.: *First Inaugural Address. The Literary Works of Abraham Lincoln*. Norwalk (Conn.) 1970
- Washington, George: *George Washington: A Collection*. W.B. Allen (ed.), Indianapolis (Ind.) 1988
- Weintraub, Stanley: *Silent Night: The Story of The World War I Christmas Truce*. New York 2002
- Wheeler-Bennett, John W.: *King George VI: His Life and Reign*. New York 1958
- Wilson, Woodrow: *The Papers of Woodrow Wilson*, vol. 63. Arthur S. Link (ed.), Princeton (N.J.) 1990
- Zakaria, Fareed: *From Wealth to Power: The Unusual Origins of America's World Role*. Princeton (N.J.) 1998

Personenverzeichnis

ABDUL AZIZ, König von Saudi-Arabien 157
ACTON, Lord 42f, 118f, 171
ADAMS, Capt. 67, 75
ADAMS, Charles 62, 83, 85
ANDERSON, Robert 65f, 69, 75,79-81,89f, 93-96,98f, 101f, 104f, 113
AQUIN, Thomas von 55
ARNOLD, Benedict 116
AUGUSTINUS von Hippo 55

BAILEY, Thomas A. 136
BALDWIN, John B. 91-93
BALFOUR, Arthur James 149
BARNES, Harry Elmer 26, 30,139,160, 223
BARTLETT, Bruce R. 136,182,189,193f, 196, 203, 217
BASLE, Roy P. 40, 88
BATES, Edward 75, 77
BEACH, Edward L. 183,193-196, 201-204, 207
BEALE, Howard K. 88
BEARD, Charles 223
BEAUREGARD, P.G.T. 75, 90, 98
BEECHER, Henry Ward 58
BETHELL, Nicholas 135
BIERCE, Ambrose 25
BISMARCK, Otto von 37,120,123-128,148
BLAIR, Montgomery 76,113
BLESSING, Tim H. 55
BOLINGBROKE, Viscount 25
BORGQUIST, Daryl S. 240f
BORITT, Gabor S. 111, 115f, 120
BRANDES, Stuart D. 47
BRATTON, Rufus 206
BRINKLEY, Douglas 188
BRODY, Kenneth 161,164
BROWNING, Orville H. 112-114
BRYAN, William Jennings 14f, 47
BUCHANAN, James 65f, 69-71
BUCHANAN, Patrick 67,135
BULLITT, William C. 155f, 163,181
BULLOCK, Allan 164
BUSH, George W. 226

CALDWELL, Bruce 37
CALHOUN, John C. 62
CAMERON, Simon 77, 96
CAMPBELL, John 41, 81, 89f, 93,106,109
CARLSON, Tucker 135
CARTER, M.D. 125
CASEY, William 199
CATTON, Bruce 80, 99
CHASE, Salmon P. 76
CHEW, Robert L. 97f
CHURCHILL, Randolph 185
CHURCHILL, Winston 14,129,138,157, 168f, 171f, 175-177,184-186,
194, 200, 211f
CICERO, Marcus Tullius 55
CLAY, Henry 60f, 127
CLEVELAND, Grover 140
CLINTON, Bill 145, 223, 249
COLBY, Benjamin 28,183-185,188
CONQUEST, Robert 219
CONSTANTIN, rorrt. Kaiser 27
CORWIN, Edward S. 188
CRAWFORD, Martin J. 94
CRITTENDEN, John J. 120
CROCKER, George 35, 219
CROMWELL, Oliver 59
CURRENT, Richard N. 57
CUNEO, Ernest 177
CURTIS, Benjamin R. 121

DABNEY, Robert L. 91-93
DAVIS, Jefferson 66, 74, 81, 95-97, 99-101,108f, 120
DAVIS, William C. 49
DEGLER, Carl N. 120,123-127
DENSON, John V. 12, 20
DiLORENZO, Thomas J. 63
DISRAELI, Benjamin 49,118,125f
DOUGLAS, Gregory 200
DOUGLASS, Stephen A. 112,119
DYER, George C. 183

ENGDAHL, F. William, 148,150,157f, 162

FEARS, J. Rufus 42,119
FERGUSON, Homer 207
FERGUSON, Niall 129,131f, 151,153f

FICHTE, Johann G.37
FISH, Hamilton, 178
FITZGIBBON, Constantine 133
FLEMING, Ian 176
FLOYD, John B.66
FOCH, Ferdinand, frz. Marschall 168
FONER, Philip S. 62
FOOTE, Shelby 87f, 99f, 105
FORD, Henry 25,178
FOX, Gustavus 70, 76-79, 82, 97, 99,108, Ulf
FREUD, Sigmund 155,163,181
FULBRIGHT, William, 188

GEORGE VI. König von England 174
GORBATSCHOW, Michael 29
GORDON, David 59,178
GREELEY, Horace 58
GREENSTEIN, Fred 1.189
GREY, Edward 131,152
GREW, Joseph G. 209
GROTIUS, Hugo 57
GUTZMAN, K.R. Constantine 60

HALIFAX, Viscount Edvard 140
HAMMAN, Helen E. 240
HARDY, Thomas 236
HARMAN, Nicholas 168
HAROLD, US-Admiral 189
HARRIS, Arthur 169
HART, Thomas C. 205
HAY, John 112
HAYEK, F. A. 37, 52
HAYES, Rutherford B. 86
HEGEL, G. W. F. 37
HEINEKEY, Geoffrey 231
HELFFERICH, Karl 148f
HERRON, George Davis 49f, 115
HITLER, Adolf 16-20, 29f, 39, 49f, 132,152,164-177,190, 200, 219,237
HÖLDERLIN, Johann Christian Friedrich 37
HOLT, Joseph 70
HOME, William Douglas 238
HOOPES, Townsend 188
HOOVER, Herbert 19,180, 208
HOPKINS, Harry 183f, 203f

HORAZ 235
HOUSE, Edward Mandel 155,181
HOWARD, Frank Key 123
HUGHES, Charles Evans 237
HULL, Cordell 194, 204, 208
HUNT, Gaillard 59
HUNTER, R.M.T 41
HURLBUT, S.A. 79f, 99
HUSSEIN, Saddam 226f
HYDE, H. Montgomery 176

ICKES, Harold L. 186
INTREPID 137f, 141

JEFFERSON, Davis 97
JEFFERSON, Thomas 230
JOHNSON, Lyndon Baines 27, 48,192
JOHNSON, Paul 179
JORDAN, George R. 133
JORDON, J.H. 86

KARL der Große 27
KAUFMAN, Robert G. 135
KELLER, Werner 133
KENNEDY, John F. 57,139
KENT, Tyler 175
KEY, Francis Scott 123
KEYNES, John Maynard 162
KIMMEL, Husband E. 183,191-193,195-202, 204-207, 210, 215
KING, Ernest 213
KNOX, Frank 186, 204, 208
KOENIG, Louis W. 188
KOLKO, Gabriel 225-229
KONOYE, Fumimaro 194, 218
KRISTOL, William 135
KUEHNELT-LEDDIHN, Erik von 49f

LADEN, Osama bin 182, 227
LAMMASCH, Heinrich 49
LAMON, Ward H. 79f, 82, 97, 99
LAURIA, Clayton D. 28
LEE, Robert E. 42f, 118f, 127
LENIN, V.I. 132
LEROY, Walter 73

LINCOLN, Abraham 8f, 20f, 32, 37, 40-42, 47f, 55, 57f, 63-69, 71-75,
78-82, 85-104, 106f, 111-117, 120-122, 125-127, 132, 181, 192, 207,
216-218,220,224
LINDBERGH, Charles 178
LINK, Arthur S. 16, 47,159, 238
LIPPMAN, Walter 178f
LIVINGSTON, Donald W. 63
LLOYD GEORGE, David 129,147
LOTHIAN, Lord 179
LOTHROP, Thornton K. 78,107
LUCE, Claire Booth 136
LYLLETON, Oliver 185
LYONS, Lord, brit. Botschafter 123

MADISON, James 60, 223
MAHL, Thomas E. 176f, 180,185
MALLORY, Stephen 67
MAO Tse-tung 29,171
MARSHALL, George C. 174,195, 204-207
MARSHALL, John A. 123
MARTIN, James J. 31
MAY, Christopher N. 122
MARY, Königin von England 174
MASON, George 59f
MASTERS, Edgar Lee 76f, 1.14,123
MAY, Christopher N. 159
McCOLLUM, Arthur H. 19,191-193,198, 205
McDONALD, Forrest 121
McELROY, Robert 71, 99
McGRUDER, Allen B. 90
McKINLEY, William 11, 44,47,141,192
MEIGS, M.C. 68
MILES, Sherman 205f
MILL, John Stuart 37, 217
MILNER, Alfred 165
MINOR, Charles L.C. 125
MISES, Ludwig von 6, 53f, 143, 221f
MOREMAN, Donna 6
MORGAN, J.P. 46,141,145f, 153f
MORGENSTERN, George 133,182f, 185f, 193f, 208f
MORLEY, Felix 143
MORILL, Anson 71
MOSS, John 32,191
MÜLLER, Heinrich 200

MURRAY, Robert 55
MUSSOLINI, Benito 38

NAGUMO, jap. Admiral 198
NAVE, Eric 199f
NEALLY, Mark E. jr. 122
NELSON, Samuel 81
NEVIN, Allan 149
NEVIN, John 71
NICOLAY, John G. 82
NIVEN, Frederick 239
NOCK, Albert Jay 156
NOMURA, Kichisaburo 194
NOYES, Leigh 213

OLNEY, Richard 141
ORWELL, George 26f
OWEN, Wilfred 235

PAHLEWI, Reza, Schah von Persien 226
PARISH, Chad 6
PATERSON, Isabel 45
PEPPER, Claude 186f
PERKINS, Howard Cecil 83f, 102
PHILLIPS, Wendell 121,127
PICKENS, Francis W. 66, 69, 73, 75, 80, 82, 89, 94, 97,109,113
PITT, William d.A. 217
POLK, James K. 8, 47f, 88,114-117
PONSONBY, Artur 13
PORTER, Bruce 51
POTTER, David M. 71f, 74, 80-83, 86, 88f, 91
QUIGLEY, Carroll 145-147,165f

RAICO, Ralph 25,174
RAMSEY, Archibald 175f,
RAMSDELL, Charles W. 72, 74, 78-80, 86f, 97,107, 111f
RANDALL, James G. 106, 111, 121
REESE, Charley 146
REMARQUE, Erich Maria 236
RHODES, Cecil 146,161
RICHARDSON, James O. 182f, 206f
RIBBENTROP, Joachim von 209
ROCHFORT, Josef 198
ROCKWELL, Lew 6

ROOSEVELT, Franklin D. 10,12,16-21, 24, 32, 35, 48, 55, 57, 111, 133,
135-139,143,157,160,167,171,174f, 180f, 183-193,195,197-201, 203-
211, 214-220, 222, 224, 237, 240f
ROOSEVELT, Theodore 11
ROOT, Elihu 208
ROTHBARD, Murray N 140,147,153,158,166,178,181, 208
RUMMEL, R.J. 29,133,170f, 219
RUMSFELD, Donald 228
RUSBRIDGER, James 199
RUTGERS, N.J. 88

SAFFORD, Laurence F. 203
SCHLESINGER, Arthur M. sr. 55
SCHLESINGER, Arthur M. jr. HOF, 142f, 216f,
SCHULZ, Lester R. 203
SCOTT, James Brown 59
SCOTT, Winfield 67, 70, 75f, 78, 80f, 93,113,127
SEWARD, William H. 42, 75f, 81f, 88-91, 93, 101f, 106f, 109,123
SHERMAN, William T. 126
SHERWOOD, Robert 189
SHORT, Walter 191,195, 200f, 206f, 214f, 240
SIMPSON, Colin 172
SMITH, Caleb B. 82
SMITH, Don C. 240
SMUTS, Jan C. 165
SNOW, John Holland 176
SPAIGHT, James E. 169
STAHLMANN, James G. 204
STALIN, Joseph 18, 29, 35,133,171, 218f,
STAMPP, Kenneth M. 62, 95,110
STARK, Harold R. 195f, 204-207
STEAD, William T. 146
STEPHENS, Alexander H. 41,110
STEVENS, Thaddeus 93
STEVENSON, William 172,176
STIMSON, Henry 133,186f, 204, 207f
STINNETT, Robert D. 32,190f, 196-199, 213-215
STRESEMANN, Gustav 165
SUMNER, Charles 121
SWANBERG, W.A. 58, 69
SYLVESTER, Papst 27
TAFT, Robert A. 143, 208
TALBERT, Bart Rhett 122
TALBOT, Theo 98

TALLEYRAND, Charles 48
TANSILL, Charles Callan 160
TAUSSIG, Frank 71
TAYLOR, A. J. P. 141-145,151,160-162,166f, 169,170f, 194
THOMAS, Norman 50
TOMMESEN, Judy 6
THOMPSON, Dorothy 178
TILLEY, John Shipley 63f, 69, 73-79, 81f, 90, 95, 98f, 107f, 111f
TOOMBS, Robert 99,120
TOQUEVILLE, Alexis de 51
TOTTEN, Joseph G. 76, 78
TRUMAN, Harry S. 24,109,142f, 180f
TSCHIANG Kai-Shek 191
TURNER, Richard K. 197
TURNER, William 172f

VALLA, Lorenzo 27
VAN DER LINDEN, Frank 127
VAN DOREN, Carl 89
VANDENBERG, Arthur H. 180

WALKER, Leroy P. 90, 98
WASHINGTON, George 36,139-141, 222f, 230
WEINTRAUB, Stanley 231f, 234, 237f
WELLES, Gideon 68, 71, 77
WHEELER-BENNETT, John W. 174
WHITE, Henry 149
WHITING, William 121
WIGFALL, Louis T. 73, 75
WILHELM II., Deutscher Kaiser 152
WILKINSON, Theodore S. 204f
WILLKIE, Wendell 180
WILSON, Woodrow 12-15, 31, 45-49, 138, 153, 155f, 158f, 161, 163f,
171f, 183,192, 238
WINFIELD, General 65
WINCHELL, Walter 178
WISEMAN, William 181
WOOD, Kingsley 33, 234

YATES, Richard 83

ZAKARIA, Fareed 117f, 159

John V. Denson enthüllt die Kriegsgründe, Kriegsmotive und Kriegsziele der USA, die immer eher in den Expansionen der amerikanischen Herrschaft und den Wirtschaftsvorteilen zu erkennen waren als im Engagement für Menschenrechte, Demokratie und Frieden. Es ging dabei kaum um Ideale. Es ging fast immer um Interessen.

Die deutschsprachigen Leser, die inzwischen fast alle von der Alleinschuld ihrer Eltern und Großeltern an den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts überzeugt sind, und die Japaner, denen die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg im Pazifik zugesprochen wird, werden sich an manchen Stellen dieses brisanten Buches die Augen reiben. Das uns Deutschen innewohnende Bewusstsein von der eigenen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Europa verstellt uns den Blick auf das, was um Deutschland und Japan herum zur gleichen Zeit verursacht und verbrochen worden ist.

Der besondere Reiz dieses Buches besteht darin, dass es von einem Amerikaner geschrieben worden ist, der sich sowohl verfassungsrechtlich als auch kriegsgeschichtlich mit diesem aktuellen Thema auseinandersetzt und die Diskrepanz zwischen dem ungleichen Geschwisterpaar Freiheit und Staatsmacht offen legt. Damit beschreitet er historisch-politisches Neuland zur Geschichtsbetrachtung des 19. und 20. Jahrhunderts.

Der Herausgeber und Übersetzer dieser profunden Fallstudie, Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof, nennt in einem umfangreichen Vorwort die verborgenen Ziele der US-amerikanischen Außenpolitik. Darüber hinaus unterstreicht er für den deutschen Leser wesentliche Aspekte und ergänzt diese aus europäischer Sicht.

Der Autor

JOHN V. DENSON war viele Jahre als Strafverteidiger tätig und wurde 1988 in die amerikanische Akademie für Strafverteidiger aufgenommen. 2005 wurde er zum Bezirksrichter gewählt. Er ist Herausgeber und Mitautor der Bücher »Die Kosten des Krieges. Amerikas Pyrrhus-Siege« sowie »Die Neubewertung der Präsidentschaft. Der Aufstieg des vollziehenden Staates und der Niedergang der Freiheit«

Der Herausgeber und Übersetzer

GERD SCHULTZE-RHONHOF war 37 Jahre Soldat der Bundeswehr, zuletzt als Generalmajor und Territorialer Befehlshaber für Niedersachsen und Bremen. Autor u.a. folgender Bücher: »1939. Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg« (7. Auflage 2012) und »Das tschechisch-deutsche Drama 1918/1939. Errichtung und Zusammenbruch eines Vielvölkerstaates als Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg« (2. Auflage 2011)

Druffel & Vowinckel Verlag

Talhofstr. 32

82205 Gilching

Tel.: 08105-730560

www.druffel-vowinckel.com

John V. Denson

SIE SAGTEN FRIEDEN UND MEINTEN KRIEG

**Die US-Präsidenten
Lincoln, Wilson und Roosevelt**

Die deutschsprachigen Leser, die inzwischen fast alle von der Alleinschuld ihrer Eltern und Großeltern an den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts überzeugt sind, und die Japaner, denen die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg im Pazifik zugesprochen wird, werden sich an manchen Stellen dieses brisanten Buches die Augen reiben. Das uns Deutschen innewohnende Bewusstsein von der eigenen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Europa verstellt uns den Blick auf das, was um Deutschland und Japan herum zur gleichen Zeit verursacht und verbrochen worden ist.

John V. Denson, Jurist und Bezirksrichter in den USA, beschreibt in dieser Studie die Methoden, mit denen US-amerikanische Regierungen ihre Kriege seit 1846 als Feldzüge für Frieden, Freiheit, Menschlichkeit und Demokratie deklariert und doch oft als Intrigenspiele inszeniert haben.



ISBN 978-3-8061-1234-4